

Wehrpflicht- Volksbefragung

Am 20. Jänner 2013 sind alle wahlberechtigten ÖsterreicherInnen aufgerufen, sich bei einer Volksbefragung zwischen der Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder der Beibehaltung der Wehrpflicht und des Zivildienstes zu entscheiden.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Das Land Salzburg hat sich der Herausforderung gestellt, österreichweit erstmals die Aufgabe anzugehen, fundierte Informationen, aber auch die Für und Wider in übersichtlicher und verständlicher Form zusammenzufassen. Entstanden ist eine Informationsbroschüre mit Fakten und Meinun-

gen zu Wehrpflicht, Berufsheer, Zivildienst und Sozialjahr. Damit wird den Bürgerinnen und Bürgern eine Entscheidungshilfe für die Befragung geboten“, erklärten Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer am 20. November in einer Pressekonferenz.

„Das Ergebnis der Volksbefragung ist von großer Bedeutung für die Zukunft Österreichs. Es darf daher im Vorfeld nicht um Partei-Hickhack gehen, sondern um sachliche und ehrliche Information der Bürgerinnen und Bürger“, so Burgstaller.
Lesen Sie weiter auf der Seite 3

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Volksbefragung, die am 20. Jänner 2013 durchgeführt werden wird, um eine Entscheidung zwischen – verkürzt – Berufsheer und Beibehaltung der Wehrpflicht herbeizuführen. Wir danken an dieser Stelle dem Amt der Salzburger Landesregierung dafür, daß wir deren unparteiische Zusammenstellung der Positionen an Sie als Entscheidungshilfe weiterreichen können. Danke auch an die AuslandsösterreicherInnen-Abteilung des BMeiA für die Zusammenfassung des Prozederes zur Teilnahme.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 113

Informationen zur Volksbefragung am 20. Jänner 2013	13	Familienunternehmen noch immer auf Wachstumskurs	67
Nationalrat hat sechsten Klub	14	Ökoenergiecluster legt starke Jahresbilanz	69
Graz hat gewählt	17	Neue Zeitrechnung auf der Weststrecke	72
Václav Klaus auf Staatsbesuch	20	Österreich hat höchsten Bahnanteil in der EU	75
Dialog EU – Arabische Liga	24	Zukunft gemeinsam leben – die Wiener	76
2013 keine Kürzungen bei den EZA-Ausgaben	25	Vil-lacher beweisen, daß Viel-lachen gesund ist!	77
Österreichische Resolution zu Menschenrechten angenommen	27	60 Jahre Landeshymne – 60 Jahre Hoamatland	78
10 Jahre Haager Kodex	28	Das Weinjahr 2012 – ein schöner Jahrgang	79
PaN-Preis für die »Österreichisch-Belgische Gesellschaft«	28	GenussWirt des Jahres 2013	80
EU-Kommissarin Reding in Graz	29	Hohes Ehrenzeichen an Superintendent Weiland	81
»Der Europäische Landbote«	30	LH Pühringer überreichte »RFT OÖ Award 2012«	81
Euregio Senza Confini	31	Brauner überreicht Goldenes Ehrenzeichen des Landes Wien	82
Donau.Räume – Chancen im Donaauraum	32	Quantenphysiker Zeilinger: Neuer Fellow vom AAAS Council	82
Nachtrag: Werner Götz (AÖWB)	33	Elektronenmikroskop mit dem Extra-Dreh	83
Zwei Künstlerinnen in St. Pölten	34	JKU-Kristalle: neue Horizonte	84
Auslandssteirer im Porträt	36	Medizinisches Ortungssystem	85
Nationalfeiertag bei der ÖDG Berlin-Brandenburg	38	Eine Software gegen den Stau	86
Von Erna Weimann.	38	Kluger Kakadu mit handwerklichem Geschick	87
»Kaiserball 2013« in München	42	Steine, die vom Himmel fallen	88
Vereinsfest mit Rückblick auf 2012	42	Friede auf Erden	93
Mit der Heimat verbunden	43	open spaces secret places	97
-----		Neujahrskonzert live im ORF	99
»Burgenland Journal«		Es glänzt ein Stern	101
Delegation in Brüssel	44	Europäischer Filmpreis für Michael Haneke	102
Kroatisches Staatsoberhaupt zu Besuch	46	Viennale 2013	104
Sicherheitspartnerschaft	47	Von Margarethe Glac.	104
Mehr Zivilcourage gefordert	50	»Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: die Schauspielerin Helene Thimig	111
Soz. Angebote f. ältere Generation	51	Ein Dorf voll Museum	
Neuer Leuchtturm der Kultur	54	Im burgenländischen Mönchhof gibt es ein Dorfmuseum. Nun werden Sie sagen: »Ja, und?«	
See.Fest.Spiele. Mörbisch ab 2013 als Gesamterlebnis	57	Von Christa Mössmer (Text) und Michael Mössmer (Fotos).	114
Blasmusikkapellen ausgezeichnet	58		

Rückendeckung für die Autonomie Europawahlen 2014	60		
Rekord-Sommer verleiht Rückenwind für Wintersaison	62		
Konjunkturwende der Industrie in Sicht	64		
Gesamtbewertung: Österreich verbessert sich auf Platz 2	65		



Nationalrat hat sechsten Klub

S 14



Vaclav Klaus auf Staatsbesuch

S 20



»Steine, die vom Himmel fallen«

S 88



Viennale 2012

S 94



Ein Dorf voll Museum

S 114

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: <http://www.bildbox.biz>. S. 2: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles; Peter Lechner/HBF; NHM / Kurt Kracher; Viennale/Robert Newald; Dorfmuseum Mönchhof/Österreich Journal/Michael Mössmer

Innenpolitik

➤ Salzburgs Landeshauptfrau nahm auch zum „Salzburger Abstimmungsbuch“ Stellung, hatte sie doch erklärt, daß sie den Plänen ihres SPÖ-Parteikollegen Verteidigungsminister Norbert Darabos (der die Abschaffung der Wehrpflicht forciert) sehr reserviert gegenüberstehen. Es sei gut möglich, „daß sich bei einem derzeit so heiß debattierten Thema nicht alle hundertprozentig mit dem Ergebnis identifizieren können, was aber ein Merkmal einer lebendigen Demokratie ist“, so Burgstaller.

LH-Stv. Haslauer (ÖVP) fügt hinzu, er habe sich mit dieser Thematik sehr intensiv beschäftigt, „weil es sich bei der nahenden Volksbefragung am 20. Jänner aus meiner Sicht um die wichtigste staatspolitische Entscheidung seit der Abstimmung um den EU-Beitritt handelt. Mir ist wichtig, daß die Befragung nicht vom Parteienstreit dominiert wird, sondern eine sachliche Meinungsbildung dabei im Vordergrund steht. Die Bevölkerung muß die Möglichkeit haben, gut informiert an der Volksbefragung teilzunehmen.“

Die „Österreich Journal“-Redaktion bedankt sich beim Amt der Salzburger Landesregierung dafür, daß wir Ihnen diese Entscheidungshilfe für die Wehrpflicht-Volksbefragung an dieser Stelle vollinhaltlich anbieten dürfen:

Warum eine Volksbefragung?

Das österreichische Bundesheer ist in den kommenden Jahren durch die Erfüllung seiner verfassungsgesetzlichen Aufgaben sowie durch neue Bedrohungsszenarien gefordert. Zuletzt hat in Österreich eine intensive Debatte darüber stattgefunden, ob diese Zielsetzungen besser durch die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder durch die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes erfüllt werden können. Dabei geht es um eine grundsätzliche Frage von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt in Österreich.

Daher hat sich die Bundesregierung entschlossen, eine Volksbefragung durchzuführen, deren Ergebnis sie verbindlich umsetzen wird. Die notwendige Richtungsentscheidung im Interesse der inneren, äußeren und sozialen Sicherheit der österreichischen Bevölkerung wird damit in unterstützender Funktion im Wege der direkten Demokratie durch die verfassungsmäßig vorgesehene Volksbefragung getroffen.

Wie lautet die Frage?

Gemäß Artikel 49b Bundes-Verfassungsgesetz wird am 20. Jänner eine Volksbefragung mit folgender Fragestellung durchgeführt:

a) Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder

b) sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?

Abgestimmt wird, wie bei einer Wahl, indem man den Kreis neben der Frage ankreuzt, die man bejahen will. Werden beide Kreise oder keiner angekreuzt, ist der Stimmzettel ungültig.

Worum geht es?

Modell Wehrpflicht – Zivildienst Wehrpflicht

Nach Artikel 9a Bundes-Verfassungsgesetz ist jeder männliche Staatsbürger wehrpflichtig. Die Dauer der Wehrpflicht beträgt aufgrund einfacher gesetzlicher Regelung sechs Monate. Im Jahr 2012 rückten nach Auskunft des Militärkommandos Salzburg insgesamt 2.900 Grundwehrdiener, davon 1570 Salzburger, zur Ableistung des Präsenzdienstes in Salzburger Kasernen ein. Die Zahl der Grundwehrdiener wird jedoch laut Verteidigungsministerium durch den Geburtenrückgang in den kommenden Jahren österreichweit sinken. Staatsbürgerinnen können sich freiwillig für einen Ausbildungsdienst im Bundesheer als Zeitsoldatinnen entscheiden.

Das heutige Bundesheer setzt sich nach Angaben des Verteidigungsministeriums österreichweit aus rund 14.300 Berufs- und Zeitsoldaten/innen, 8.400 Zivilbediensteten, 21.000 Milizsoldaten/innen und 11.000 Grundwehrdienern (pro Jahr rücken rund 22.000 Grundwehrdiener für sechs Monate ein) zusammen. Das entspricht einer Mobilmachungs-Gesamtstärke von rund 55.000 Personen. Für den Fall der Beibehaltung der Wehrpflicht wurde von den Befürwortern eine umfassende Reform gefordert. Das Budget für das Bundesheer beträgt laut Verteidigungsministerium zurzeit rund zwei Milliarden Euro pro Jahr.

Fakten

- Dauer: 6 Monate
- Grundwehrdiener: jährlich 22.000
- Budget: 2 Milliarden Euro

Zivildienst

Wer die Erfüllung der Wehrpflicht aus Gewissensgründen verweigert, hat die Pflicht, einen Ersatzdienst (Zivildienst) zu leisten. Die Wehrpflicht für männliche Staatsbürger ist die Voraussetzung für den Zivildienst. Im Bundesland Salzburg gibt es 126 Organisationen, denen Zivildienstler zugewiesen werden können. Die Dauer des Zivildienstes beträgt neun Monate. Zivildienstler werden in Salzburg beispielsweise in Krankenanstalten, im Rettungswesen, in sozialen Diensten, in der landwirtschaftlichen Betriebshilfe, in der Altenbetreuung, in Justizanstalten, für die Betreuung von Vertriebenen, AsylwerberInnen und Menschen in Schubhaft, im Katastrophen- und Zivilschutz, in der Schulwegsicherung, im Umweltschutz, in der Jugendarbeit oder in der Kinderbetreuung eingesetzt. Österreichweit werden jährlich laut Innenministerium etwa 13.500 Zivildienstler den verschiedenen Organisationen zugewiesen. Da der Zivildienst neun Monate dauert, sind permanent rund 9.600 Zivildienstler im Einsatz. Die Kosten für den Zivildienst belaufen sich für das Innenministerium nach dessen Auskunft auf rund 57 Millionen Euro pro Jahr. In diesem Betrag sind die Aufwendungen (Unterkunft, Verpflegung, monatliche Grundvergütung, Sozialversicherungsbeiträge etc.) der Einrichtungen nicht enthalten.

Daher veranschlagt das Sozialministerium für den Zivildienst rund 43 Millionen Euro, die Träger selbst übernehmen Kosten in der Höhe von ebenfalls etwa 43 Millionen Euro.

Fakten

- Dauer: 9 Monate
- 13.500 Zivildienstler jährlich, davon 9.600 permanent im Einsatz
- Kosten: Bundesbudget 100 Millionen Euro, Träger 43 Millionen Euro

Modell Berufsheer – Bezahltes freiwilliges soziales Jahr

Berufsheer

Das Berufsheer-Modell des Verteidigungsministeriums sieht vor, daß ab 2014 keine Grundwehrdiener mehr einberufen werden und das Bundesheer zu einem Freiwilligen- bzw. Berufsheer umgestaltet wird. Diese Umgestaltung soll etwa zehn Jahre dauern. Im Endausbau soll es 8.500 BerufssoldatInnen, 7.000 ZeitsoldatInnen (die sich für 3, 6 oder 9 Jahre verpflichten), 9.300 Profi-MilizsoldatInnen (die dafür 5.000 Euro pro Jahr Prämie erhalten), 6.500 Zivilbedienstete und

Innenpolitik

rund 23.000 beorderte MilizsoldatInnen, also insgesamt rund 55.000 Personen umfassen. MilizsoldatInnen sind ausgebildete SoldatInnen, die einem Zivilberuf nachgehen, aber zu Übungen und Einsätzen einberufen werden. 12.500 SoldatInnen sind mindestens für Katastropheneinsätze im Inland und 1.100 für Auslandseinsätze bereitgestellt. Die Kosten betragen nach Auskunft des Verteidigungsministeriums zwei Milliarden Euro pro Jahr.

Fakten

- Keine Grundwehrdiener
- Mobilmachungsstärke: rund 55.000
- Budget: 2 Milliarden Euro

Bezahltes freiwilliges Sozialjahr

Das Modell des Sozialministeriums für ein bezahltes freiwilliges Sozialjahr sieht ein einjähriges Beschäftigungsverhältnis mit Entlohnung, arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Absicherung (Bruttolohn knapp 1.400 Euro, 14 Mal im Jahr) für Männer und Frauen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr vor (keine Altersgrenze nach oben, ausgenommen Pensionsbezug). Mindestens 180 Stunden der Tätigkeit müssen dabei für Berufe im Gesundheits- und Sozialbereich als verwertbare Ausbildungen angeboten werden. Mögliche Ausbildungsangebote im bezahlten Sozialjahr sind beispielsweise die Ausbildung zum/r Rettungssanitäter/in, Teile oder ganze Ausbildungen für Pflege- oder HeimhelferInnen. Weiters wird das Sozialjahr je nach Einsatzbereich auf geforderte Praxiszeiten in einer Ausbildung angerechnet (z.B. Sozialbetreuungsberufe) und kann einen Punktevorsprung für die Aufnahme in Fachhochschulen oder Universitätsstudiengänge bringen. Nach Berechnungen des Sozialministeriums fallen für die Beschäftigung von 8.000 Männern und Frauen 211 Millionen Euro pro Jahr an.

Fakten

- Dauer: 12 Monate
- 8.000 Personen/Jahr
- Kosten für das Modell: 211 Mio. Euro

Katastrophenschutz

Österreich verfügt über ein flächendeckendes Katastrophenschutzsystem, das auf einem Freiwilligensystem aufgebaut ist. In Salzburg stehen insgesamt rund 17.000 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rotem Kreuz, Berg-, Wasser- und Höhlenrettung zur Verfügung. Bei Katastrophen ungewöhnlichen Ausmaßes kann das Bundesheer zur Hilfeleistung angefordert werden. Grundsätzlich können alle Grundwehrdiener nach Absol-

vierung der Grundausbildung zu Katastropheneinsätzen herangezogen werden. Die Zahlen der geeigneten Grundwehrdiener schwanken nach Ausbildungsstand und Gesamtstärke des jeweiligen Einrückungstermins stark. So gab es Anfang Oktober 2012 im Bereich des Militärkommandos Salzburg nach dessen Auskunft 290 Grundwehrdiener, Ende Oktober jedoch 600 Grundwehrdiener, die für Katastropheneinsätze herangezogen werden hätten können. Dazu kommen noch Zeit- und Berufssoldaten. Beim bisher größten Katastropheneinsatz, nämlich beim Hochwasser 2002, waren in ganz Österreich insgesamt 11.300 SoldatInnen im Einsatz. Beim Berufsheer stehen österreichweit nach dem Modell des Verteidigungsministeriums jederzeit mindestens 12.500 SoldatInnen für den Katastropheneinsatz zur Verfügung.

Wie läuft die Volksbefragung ab?

Teilnehmer/innen

An der Volksbefragung können alle österreichischen StaatsbürgerInnen teilnehmen, die am Tag der Befragung, dem 20. Jänner 2013, das 16. Lebensjahr vollendet haben und das Wahlrecht zum Nationalrat besitzen.

Stichtag

Der Stichtag der Volksbefragung ist voraussichtlich der 28. November 2012. Dieser ist ausschlaggebend dafür, ob und wo man sich an der Befragung beteiligen bzw. wo man eine Stimmkarte beantragen kann. Zuständig ist jene Gemeinde, in deren Wählerevidenz der/die an der Befragung Teilnehmerebene am 28. November eingetragen ist.

Tag und Zeit

Befragungstag ist Sonntag, 20. Jänner 2013. Die Öffnungszeiten der Stimmlokale sind von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Sie werden ortsüblich (Gemeindeamt) oder durch Hausanschlag kundgemacht.

Ort

Stimmlokale, in denen das Votum abgegeben werden kann, werden ortsüblich (Gemeindeamt) oder durch Hausanschlag bekanntgegeben. Mit Stimmkarten kann in jeder österreichischen Gemeinde die Stimme abgegeben werden.

Stimmkarten

Stimmkarten, mit denen auch in Stimmlokalen außerhalb der Heimatgemeinde so-

wie per „Briefwahl“ abgestimmt werden kann, können schriftlich bis 16. Jänner 2013, oder persönlich bis spätestens 18. Jänner 2013 (12.00 Uhr) im zuständigen Gemeindeamt beantragt werden. Mit einer Stimmkarte kann auch in Stimmlokalen in anderen Gemeinden abgestimmt werden. Außerdem kann sie für die Briefwahl verwendet werden.

»Briefwahl«

An der Volksbefragung kann man sich auch per „Briefwahl“ beteiligen. Dabei ist wichtig, daß die Stimmkarte bis spätestens 20. Jänner, also am Befragungstag, bis 17.00 Uhr bei der Bezirkswahlbehörde (die Adresse ist auf dem Kuvert aufgedruckt) einlangt. Sie kann per Post geschickt oder auch persönlich abgegeben werden. Die Stimmkarte kann aber auch am Befragungstag in einem Abstimmungslokal des Stimmbezirks der Bezirkswahlbehörde während der Öffnungszeiten des Abstimmungslokals abgegeben werden.

Auf der Stimmkarte muß der/die Absender/in mit seiner/ihrer Unterschrift eidesstattlich erklären, daß er/sie den Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausgefüllt hat. Die Stimmkarte kann bereits unmittelbar nach dem Erhalt, also auch vor dem 20. Jänner, ausgefüllt und abgesendet werden. Für das rechtzeitige Einlangen der Stimmkarte ist der/die Absender/in selber verantwortlich (Postlauf einrechnen). Stimmkarten können in den Gemeinden beantragt werden und sind dort ab Mitte Dezember verfügbar.

Fakten

- Alle ab 16 abstimmungsberechtigt
- Befragungstag: 20. Jänner 2013
- Briefwahl ist möglich

Was passiert mit dem Befragungsergebnis?

BürgerInnen haben in Österreich mehrere Möglichkeiten, ihre Meinung direkt in die Politik einfließen zu lassen. Bei einer Volksbefragung stellt der Nationalrat dem Volk eine Frage zu grundsätzlicher oder gesamtösterreichischer Bedeutung zur unverbindlichen Abstimmung. Bislang fand in Österreich auf Bundesebene noch keine Volksbefragung statt.

Die beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben im Fall dieser Volksbefragung erklärt, das Ergebnis als bindend anzuerkennen und im Nationalrat entsprechend zu behandeln.

Innenpolitik

Welche Meinungen gibt es dazu?

Stellvertretend für die Vielzahl an Diskussionsbeiträgen zu den beiden Modellen Berufswehr und bezahltes freiwilliges Sozialjahr bzw. Wehrpflicht und Zivildienst sind hier die Statements der zwei parteiübergreifenden Personenkomitees „Unser Heer“ bzw. Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt“ angeführt.

Position des Personenkomitees »Unser Heer«

Die Wehrpflicht ist im 21. Jahrhundert nicht nur überholt, sie kann in der jetzigen Form auch nicht länger funktionieren. Bereits 2019 werden dem derzeitigen System – aufgrund der Geburtenentwicklung – rund 8.000 junge Männer fehlen. Wie sollen dann die notwendigen Präsenzdiener zusammenkommen? Durch die Verlängerung des Zivildienstes? Die Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen? Das lehnen wir ab. Wir wollen vielmehr ein Profiheer und ein bezahltes freiwilliges Sozialjahr. Ob friedenssichernde Auslandseinsätze oder Katastrophenhilfe: Die heutigen Aufgaben unseres Bundesheeres verlangen nach gut ausgebildeten Profis – und nicht nach zwangsverpflichteten Chauffeuren, Köchen und Kellnern. Auch unser Sozialsystem, wo der Bedarf nach Arbeitskräften steigt, braucht motivierte Frauen und Männer, die zur Pflege und Betreuung berufen und nicht gezwungen sind. Das bezahlte freiwillige Sozialjahr steht allen Menschen offen und stellt so sicher, daß es auch in Zukunft genug helfende Hände gibt.

Prominente Unterstützer sind u.a. Vizekanzler und Finanzminister a.D. Hannes Androsch, Verteidigungsminister a.D. Friedrich Frischenschlager, der Salzburger LH-Stv. a.D. Karl Steinöcher, Wolfgang Ambros und der Fußballprofi Roland Linz.

Position Verein »Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt«

Am 20. Jänner 2013 werden die ÖsterreicherInnen mit der Volksbefragung zur Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und damit des Zivildienstes über die wichtigste gesellschaftspolitische Entscheidung seit dem Beitritt zur EU 1995 abstimmen. Als überparteiliche Plattform treten wir für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und damit des Zivildienstes ein. VertreterInnen aus allen Bevölkerungsschichten und

politischen Lagern unterstützen uns in unserem Ansinnen. Prominente Unterstützer sind unter anderem LH-Stv. Wilfried Haslauer, Bgm. Heinz Schaden, die Salzburger Sozialpartner AK-Präs. Siegfried Pichler und WK-Präs. Julius Schmalz oder der Salzburger Erzbischof Alois Kothgasser. Wir fordern eine sachliche Information der Bevölkerung und treten ein für

- Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht auf Basis einer grundlegenden Reform;
- Beibehaltung des zivilen Dienstes im Sinne eines Mehrwertes in und an unserer Gesellschaft und der damit verbundenen Möglichkeit einer wichtigen Lebenserfahrung;
- Vorsorge, genügend ausgebildete Helfer für die Bewältigung und Unterstützung bei zivilen Katastrophen bereitzuhalten;
- ein klares Bekenntnis zur Unterstützung, Anerkennung und Wertschätzung zu einer der wichtigsten Werte unserer Gesellschaft, dem Ehrenamt.

Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres

Diese Zusammenstellung der Meinungen über ein Berufsheer und ein bezahltes freiwilliges Sozialjahr bzw. Wehrpflicht und Zivildienst beruht auf Recherchen in österreichischen Tageszeitungen, in Meldungen der Austria Presse Agentur, in Magazinen und im Internet.

Außerdem wurden mehr als 40 österreichische Institutionen, Ministerien, Blaulichtorganisationen, Glaubensgemeinschaften, wissenschaftliche Einrichtungen, NGOs, politische Parteien, Initiativen und Vereine eingeladen, ihre Meinungen beizutragen. Die Rückmeldungen wurden thematisch zusammengefaßt, gebündelt und fallweise redaktionell gekürzt.

Sicherheit

Die geostrategische Lage Österreichs macht die allgemeine Wehrpflicht zur militärischen Landesverteidigung sicherheitspolitisch unnötig.

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport - BMLVS

Neue Herausforderungen (z.B. internationaler Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das „Scheitern“ von Staaten, „Cyber Attacks“, die Bedrohung strategisch wichtiger Infrastruktur, Klimawandel, Umweltschäden und Pandemien, technische Katastrophen wie z.B. Atomunfälle)

erfordern rasch verfügbare, hoch qualifizierte und modern ausgerüstete Soldaten/innen und einen qualitativ höheren Ausbildungsstand.

BMLVS

Die österreichische Neutralität schreibt keine allgemeine Wehrpflicht vor.

BMLVS

Bereits 21 von 27 EU-Staaten haben auf ein Berufsheer umgestellt.

Kurier vom 8. September 2012

Ein Berufsheer bedeutet einen Sicherheitsgewinn für die Bevölkerung.

Kronen Zeitung vom 16. Oktober 2012

Die in der österreichischen Sicherheitsstrategie festgeschriebene Stärke (55.000 SoldatInnen) wird auch mit einem Berufsheer erreicht.

BMLVS

Ausbildung

Ein Berufsheer garantiert Professionalisierung und Spezialisierung zur Bewältigung der neuen Herausforderungen. Sechs Monate Grundwehrdienst reichen dafür nicht aus.

BMLVS

Grundwehrdiener werden ausgebildet, um dann nach kurzer Zeit abzurufen und nie wieder im Heer eingesetzt zu werden.

BMLVS

Gesellschaft

Mehr Frauen beim Heer, eine starke Milizkomponente und das Zeitsoldatensystem stellen sicher, daß auch ein Berufsheer fest in der Zivilgesellschaft verankert bleibt.

BMLVS

In einem Berufsheer bestehen keine Gleichberechtigungs- und Gleichbehandlungsprobleme, wenn der Zugang Männern und Frauen offensteht.

Wikipedia

Es herrschen eine höhere Leistungs- und Einsatzbereitschaft bzw. höhere gesellschaftliche Akzeptanz bei Freiwilligkeit.

BMLVS

Innen- und Verteidigungsministerium sind Institutionen des Rechtsstaates. Jeder Einsatz der Armee erfolgt demokratisch kontrolliert und nach den Grundsätzen der Rechtsordnung.

BMLVS

Innenpolitik

Durch das Berufsheer und das bezahlte freiwillige Sozialjahr werden attraktive Arbeitsplätze für die Jugend geschaffen.

BMLVS

Das bezahlte freiwillige Sozialjahr ist deutlich besser bezahlt und steht auch Frauen offen.

Personenkomitee „Unser Heer“

Die Wehrpflicht ist ein „Zwangsdienst“.

BMLVS

Aufgrund geburtschwacher Jahrgänge wird es bereits ab 2015 zu einem Engpaß bei Grundwehr- und Zivildienern kommen.

Personenkomitee „Unser Heer“

Um auch in Zukunft Sicherheit, Pflege und Betreuung gewährleisten zu können, muß das System unabhängig von der Wehrpflicht werden.

Personenkomitee „Unser Heer“

Der Wegfall der sozialen Dienstleistungen von Zivildienern kann durch ein bezahltes freiwilliges Sozialjahr mehr als kompensiert werden.

Personenkomitee „Unser Heer“

Ein Berufsheer bringt Einsparungspotentiale, da weniger Ausrüstung und Infrastruktur benötigt werden und geringere Kosten für Ausbildung, Betrieb und Entlohnung anfallen.

BMLVS

Berufsheer und freiwilliges Sozialjahr sichern das Sozialsystem auf freiwilliger Basis ab.

BMLVS

Durch das bezahlte freiwillige Sozialjahr entsteht ein Qualitätsschub, da motivierte und bezahlte Personen nur entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt werden und mehr leisten.

Personenkomitee „Unser Heer“

Vorteil eines Berufsheeres ist eine höhere Bewertung des Menschen, da Berufssoldaten knapper sind, eine höherwertige Ausbildung genossen haben und sie und ihre Angehörigen über eine bessere Versorgung verfügen.

Wikipedia

Kosten

Ein Berufsheer verursacht geringere Kosten und ist militärisch effizienter. Derzeit werden 60 Prozent aller Grundwehriener

als Systemerhalter eingesetzt. Sie verlieren fünf Prozent ihres Lebensinkommens, weil sie sechs Monate aus dem Arbeitsprozeß gerissen werden.

BMLVS

Die Wehrpflicht verursacht gesamtwirtschaftliche Kosten bis zu einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

BMLVS

Die Wirtschaftsleistung Österreichs wäre ohne Wehrpflicht jährlich um 480 Millionen Euro höher.

Personenkomitee „Unser Heer“

Ständig knapper werdende Ressourcen zwingen zu einem Wandel von einer Ausbildungs- zu einer Einsatzarmee.

BMLVS

Höhere Investitionen in neue Technologien kämen auch der heimischen Wirtschaft zugute.

BMLVS

Eine Berufsarmee würde ein wesentlich kleineres Erhaltungssystem benötigen als das jetzige Wehrpflichtigen-Heer.

BMLVS

Grundwehriener sind teurere Katastrophenhelfer als Profis, berücksichtigt man Ausbildungskosten, Infrastrukturaufwand, Verwaltung etc.

BMLVS

Mit einem Berufsheer kommt es zu einer Verjüngung der Truppen, einer Verkleinerung der Verwaltung und einer schlankeren Führungsorganisation.

BMLVS

Katastrophenschutz

Für Schutz- und Assistenzeinsätze im Inland ist die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht nicht notwendig.

BMLVS

Große Natur- und technische Katastrophen verlangen zunehmend SpezialistInnen mit technisch hochwertiger Ausrüstung und schwerem Gerät.

BMLVS

Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes

Diese Zusammenstellung der Meinungen über ein Berufsheer und ein bezahltes frei-

williges Sozialjahr bzw. Wehrpflicht und Zivildienst beruht auf Recherchen in österreichischen Tageszeitungen, in Meldungen der Austria Presse Agentur, in Magazinen und im Internet.

Außerdem wurden mehr als 40 österreichische Institutionen, Ministerien, Blaulichtorganisationen, Glaubensgemeinschaften, wissenschaftliche Einrichtungen, NGOs, politische Parteien, Initiativen und Vereine eingeladen, ihre Meinungen beizutragen. Die Rückmeldungen wurden thematisch zusammengefaßt, gebündelt und fallweise redaktionell gekürzt.

Sicherheit

Die Wehrpflicht erfüllt die österreichischen Neutralitätspflichten und sichert die Unabhängigkeit Österreichs ab. Berufsarmeen fokussieren sich auf die Wahrnehmung von Bündnisverpflichtungen im Ausland.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Das Rettungssystem in Österreich funktioniert nur durch den gemeinsamen Einsatz von ehrenamtlichen und hauptberuflichen MitarbeiterInnen sowie von Zivildienern.

Österreichische Wasserrettung

Ein Berufsheer hat eine tendenziell niedrigere politische Hemmschwelle vor dem Einsatz der Armee, da „nur“ freiwillige Soldaten und Personen aus deren Umfeld betroffen sind.

Wikipedia

Die Wehrpflicht bewirkt indirekt eine sorgfältige Abwägung österreichischer militärischer Auslandseinsätze, weil große Teile der Bevölkerung mit den Aktivitäten des Bundesheeres in Verbindung stehen.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Die Umstellung auf ein Berufsheer ist in zahlreichen EU-Ländern kein Erfolgsmodell.

„Einsatz für Österreich – Verein zur Beibehaltung von Wehrpflicht, Zivildienst und Katastrophenschutz“

Gesellschaft

Die Wehrpflicht verankert das Bundesheer in der Bevölkerung.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Die überwiegende Mehrheit der Zivildienner erlebt ihren Zivildienst als positiv, sinnstiftend und bereichernd. Österreichweit bleibt rund die Hälfte aller Zivildienner unmittelbar nach Ende der Dienstzeit als Frei-

Innenpolitik

willige beim Roten Kreuz. In einzelnen Landesverbänden sind es sogar bis zu 80 Prozent.

Rotes Kreuz

Die Wehrpflicht macht die Sicherheit zu einem Thema für alle und ist ein Wehrrecht der BürgerInnen.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Nur die allgemeine Wehrpflicht kann die innere und äußere Sicherheit garantieren. Wehrpflicht und Zivildienst machen die Gesellschaft stark, weil sie damit die Sicherheit hat, die andere teuer kaufen müssen.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Die Wehrpflicht hat eine starke Integrationswirkung und führt junge Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in Kameradschaft zusammen.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Unser Gesundheits- und Sozialsystem funktioniert derzeit mit Hilfe von knapp 14.000 Zivildienern. Dieses System ist seit mehr als drei Jahrzehnten erprobt und lässt sich nicht von heute auf morgen ersetzen.

Rotes Kreuz

Die Wehrpflicht ist die Basis für den Zivildienst als Wehersatzdienst und fördert die Leistungsbereitschaft junger Menschen in Non-Profit-Bereichen. Davon profitiert das Sozialsystem.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Die Wehrpflicht bzw. die Wehersatzpflicht stellen die beste Grundlage für ein weiteres freiwilliges oder berufliches Engagement im Bundesheer oder einer Zivildienst-Organisation dar.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Bei der Frage, ob der Zivildienst abgeschafft wird oder nicht, geht es um unsere Gesellschaft, um unser Gesundheits- und Sozialsystem. Es geht um Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind (zB Kranke, Verletzte, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung).

Rotes Kreuz

Die Wehrpflicht vermittelt eine Wertekultur von Teamgeist und Kameradschaft, Solidarität und Gemeinschaftsdenken.

„Der Soldat“ vom 10. Oktober 2012

Wehrpflicht und Zivildienst sind Dienst an der Heimat. Dadurch werden Menschen aller Schichten und Menschen mit Migra-

tionshintergrund in Österreich integriert.

Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt

Die Wehrpflicht bedeutet Tradition und Nähe zur Bevölkerung.

„News“ 44/11

Ohne Wehrpflicht sind die Tage der Militärmusik gezählt.

„Der Soldat“ vom 10. Oktober 2012

Das Ehrenamt ist einer der wichtigsten Werte der Gesellschaft. Es würde durch ein bezahltes freiwilliges Sozialjahr zumindest infrage gestellt.

Österreichische Wasserrettung

Die Abschaffung der Wehrpflicht bedeutet das Ende des Ehrenamtes.

*„Kameradschaft“ Mitteilungsblatt
September/Oktober 2012*

Der Zivildienst ist ein wertvoller Beitrag für die Gesellschaft und bietet die Möglichkeit einer wichtigen Lebenserfahrung mit dem Erwerb von sozialen und fachlichen Kompetenzen.

Österreichische Wasserrettung

Es stellt einen unbezahlbaren Mehrwert für die Gesellschaft dar, wenn sich junge Menschen für die Sicherheit und das Sozialwesen einbringen.

Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt“

Ohne allgemeine Wehrpflicht gibt es keinen Zivildienst, der eine tragende Säule des Sozialsystems ist.

Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt“

Durch die Wehrpflicht und den Zivildienst wird das Sozialsystem abgesichert.

Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt“

Bezahlte Freiwilligkeit schafft eine unerklärliche und ungerechte Zwei-Klassen-Gesellschaft von bezahlten und unbezahlten Freiwilligen.

Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt“

Kosten

Die Wehrpflicht ist mit Grundwehrendienern, Berufs-, Zeit- und MilizsoldatInnen die beste und kostengünstigste Form zur Erfüllung aller Aufgaben der Landesverteidigung.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Ein Berufsheer bedeutet einen steigenden Aufwand für die Nachwuchswerbung und Besoldung, um die Attraktivität des Soldatenberufes gegenüber den zivilen Berufsfeldern konkurrenzfähig zu gestalten.

Wikipedia

Der Aufwand für die Nachwuchswerbung und Besoldung ist geringer als bei einem Berufsheer.

Österreichische Offiziersgesellschaft

Ein System der bezahlten Freiwilligkeit ist nicht zu finanzieren.

Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt“

Katastrophenschutz

Katastrophenschutz braucht nach der Ersthilfe durch die Einsatzorganisationen die Unterstützung durch das Bundesheer. Mit einem bezahlten freiwilligen Sozialjahr stünden nicht mehr genügend ausgebildete freiwillige HelferInnen für den Katastrophenfall zur Verfügung.

Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt“

Die Bundesländer brauchen Katastrophenschutz-Einheiten für ihre Bevölkerung und wollen nicht von einem aus Wien gesteuerten Berufsheer abhängig sein.

Verein „Salzburg für allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst, Katastrophenschutz und Ehrenamt“

Die vom Landes-Medienzentrum im Auftrag von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und LH-Stv. Wilfried Haslauer erstellte Broschüre, der wir die vorstehenden Informationen entnommen haben, wurde in einer Auflage von 18.000 Stück an Institutionen, Bezirkshauptmannschaften, höhere Schulen und alle Gemeinden im Land Salzburg verteilt. Sie kann auch auf der Landes-Website <http://www.salzburg.gv.at/volksbefragung> heruntergeladen werden, wo auch eine laufend aktualisierte Sammlung mit Links zu Parteien, Plattformen und Institutionen angelegt wurde.

Innenpolitik

SPÖ

Wehrpflicht: Untauglich für die Zukunft

Weil die Geburtenrate sinkt, gehen dem jetzigen System bereits in wenigen Jahren die jungen Männer aus. Schon bald werden tausende Zivildienstler und Wehrpflichtige fehlen. Daher müssen wir jetzt handeln.

So zu tun, als könnte mit der Beibehaltung der Wehrpflicht in Zukunft alles beim Alten bleiben, ist unverantwortlich und widerspricht den Fakten.

Fünf gute Gründe

1. Weil unser Heer, die Katastrophenhilfe und die Sozialdienste mehr Profis brauchen und nicht Systemerhalter.
2. Weil auf Dauer nur das Soziale Jahr unser Sozialsystem sichert.
3. Weil uns durch den Geburtenrückgang die Wehrpflichtigen ausgehen.
4. Weil 6 Monate nicht reichen, um junge Menschen auszubilden.
5. Weil Zwangsdienste im 21. Jahrhundert Geschichte sein sollten.

Rückgang der Stellungspflichtigen

Die beste Lösung für dieses Problem ist die rasche Umstellung auf ein Profiheer und die Einführung eines Sozialen Jahres. Alle internationalen Beispiele von Schweden über Irland bis Deutschland zeigen: Es funktioniert!

Unser Bundesheer braucht Profis

Wir bekennen uns zur Neutralität und zur europäischen Solidarität. Beides ist in den Händen von Profis besser aufgehoben. Einen NATO-Beitritt lehnen wir ab. Und wir brauchen unser Bundesheer heute für die professionelle Hilfeleistung bei Katastrophen, zum Schutz vor möglichen Terrorangriffen und zur Unterstützung der UNO bei der Sicherung des Friedens.

Keiner dieser schwierigen und gefährlichen Jobs kann von jungen Rekruten erfüllt werden, die nach kurzer Grundausbildung als Küchenhilfen, Kellner oder Chauffeure für Offiziere eingesetzt werden. Heute vergeuden schon mehr als 60 Prozent aller Grundwehrdiener als „Systemerhalter“ Zeit, die sie besser für Berufsausbildung oder Studium nutzen könnten.

Dieser Zwangsdienst ist nicht nur frustrierend für die Betroffenen, er kostet sie auch fünf Prozent ihres Lebensinkommens. Viele verlieren ein ganzes Jahr. Volkswirtschaftliche Berechnungen zeigen, daß die Wirtschaftsleistung Österreichs ohne Wehr-

pflcht um eine halbe Milliarde Euro pro Jahr höher wäre.

Deshalb haben bereits 21 von 27 EU-Staaten – darunter auch neutrale oder allianzfreie Länder wie Schweden und Irland – auf ein Profiheer umgestellt.

Freiwilligkeit ist besser als ein Zwangsdienst

Ein Soziales Jahr sichert unser Sozialsystem nachhaltiger als der heutige Zivildienst. Denn die in Zukunft benötigte Zahl an helfenden Händen im Sozialwesen wird es nur dann geben, wenn wir das Soziale Jahr für Frauen öffnen und fair entlohnen. Weil motivierte Freiwillige mehr leisten.

Die Entwicklung bei unseren Nachbarn zeigt, daß dieser Weg vernünftig ist und funktioniert. Der in Deutschland als Ersatz für den Zivildienst eingeführte Bundesfreiwilligendienst („Bufo“) ist eine Erfolgsgeschichte – mit weit mehr BewerberInnen als verfügbaren Plätzen.

Zwangsdienste sollten im 21. Jahrhundert Geschichte sein. Sie haben es in der Hand. Helfen Sie am 20. Jänner mit, die Wehrpflicht endlich auszumustern.

In einem Video melden sich Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kunst mit der Überzeugung zu Wort, daß die Wehrpflicht ausgedient hat und unser Bundesheer mehr Profis braucht. Unter ihnen befinden sich Verteidigungsminister Norbert Darabos, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Brigadier Gerald Karner, Univ. Prof. Anton Pelinka, der ehemalige Staatsoperndirektor Ioan Holender, der ehemalige Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager und der Industrielle Hannes Androsch, der das Personenkomitee „Unser Heer“ ins Leben gerufen hat.

ÖVP

Warum Wehrpflicht, Zivildienst und Katastrophenschutz?

Wehrpflicht, Zivildienst und Katastrophenschutz sind wichtig für Österreich. Sie garantieren die Sicherheit unseres Landes und die Versorgung der Menschen im Notfall. Der Dienst für Österreich ist gut für den Einzelnen und gut für die Gemeinschaft. Ein Berufsheer und ein freiwilliges bezahltes soziales Jahr wären nicht nur viel teurer, sie würden auch die solidarische Gemeinschaft in Österreich untergraben und aushöhlen. Mit der Volksbefragung am 20. Jänner 2013 entscheiden wir deshalb gemeinsam über die Zukunft der Sicherheit in Österreich.

Auch wenn Österreich derzeit keine

direkte Bedrohung von einem benachbarten Staat droht, dürfen wir uns nicht traumwandlerisch in Sicherheit wiegen. Terroristische Bedrohungen und Cyberangriffe sind reale Gefahren – und brodelnde Konfliktherde wie etwa im Nahen Osten sind näher bei uns als viele glauben. Unser Heer ist unsere Sicherheitsgarantie, daß die Souveränität und Neutralität unseres Landes bewahrt wird. Wie bei einer Feuerversicherung sind wir froh, wenn wir sie nicht brauchen – aber dankbar, daß wir sie haben.

Katastrophenschutz

Unser Heer leistet aber noch viel mehr. Bei zahlreichen Katastrophen sorgt das Bundesheer vor allem mit seinen Grundwehrdienern für schnelle Hilfe und Unterstützung mit Geräten und Arbeitskraft. Jahr für Jahr helfen diese Grundwehrdiener, die Auswirkungen von Unwettern und Hochwasser, von Lawinenunglücken und anderen Katastrophen zu bekämpfen. Sie packen dort an, wo Not herrscht. Sie füllen Sandsäcke, bauen Brücken, evakuieren Betroffene und versorgen Hilfsbedürftige. Bei einer Umstellung auf eine Berufsarmee würde Österreich mit einem Schlag 1.800 qualifizierte Pioniersoldaten verlieren. Darüber hinaus würden den ehrenamtlichen Helfern in Zukunft bezahlte Milizsoldaten im Einsatz gegenüber stehen. Ein solches Zweiklassensystem untergräbt die Moral und würde wohl das Ende des Ehrenamtes einläuten.

Nur mit Hilfe der Wehrpflicht kann unser Bundesheer die notwendige Mannstärke aufbringen, um die Sicherheit zu garantieren und flächendeckend den Katastrophenschutz und die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten!

Zivildienst – Stütze des Sozialsystems und Herzstück des Ehrenamts

Die Abstimmung über die Wehrpflicht ist aber auch eine Abstimmung über die soziale Sicherheit in unserem Land. Denn der Zivildienst ist die Stütze des Sozial- und Gesundheitssystems. 14.000 junge Österreicher leisten jedes Jahr in mehr als 1.200 Einrichtungen ihren Dienst für die Hilfsbedürftigen in unserem Land. Organisationen wie das Rote Kreuz, Behindertenbetreuungseinrichtungen, die Sozialhilfe, Altenbetreuung, und Kinderbetreuungseinrichtungen sind auf sie angewiesen.

Darüber hinaus ist der Zivildienst eine wichtige Basis für ehrenamtliches Engagement in Österreich – ein Großteil der Zivildienstler setzt sich auch nach dem Zivildienst

Innenpolitik

ehrenamtlich für gesundheitliche und soziale Zwecke ein.

Die Abschaffung des Zivildienstes würde in Österreich zu einer prekären Situation im Gesundheitssystem und Betreuungswesen führen. Niemand will eine solche Situation – selbst die Wehrdienstgegner nicht! Wer aber die allgemeine Wehrpflicht abschaffen möchte, der muß auch den Zivildienst eliminieren. Denn dies ist durch die europäische Menschenrechtskommission (EKMR) so festgelegt. Die Wehrpflicht abzuschaffen und stattdessen ein verpflichtendes Sozialdienstjahr einzuführen ist daher nicht möglich! Die ÖVP steht für eine solidarische Gesellschaft, in der jeder seinen Beitrag leistet und in der Gesundheit und die Betreuung von Hilfebedürftigen gewährleistet sind.

Wehrdienst und Gesellschaft: Beitrag, Verantwortung, sozialer Schmelztiegel

Wehr- und Zivildienst sind für den Einzelnen nicht nur notwendiges Übel. Sie sind auch ein solidarischer Beitrag an der sozialen Gesellschaft – und sollen einen bewußtseinsbildenden Prozeß in Gang setzen: Sich als Teil der Gesellschaft bewußt zu werden und ihr zu dienen fördert das eigene Verantwortungsbewußtsein, den Zusammenhalt und das soziale Zugehörigkeitsgefühl, und bildet für Österreicher mit und ohne Migrationshintergrund eine identitätsbildende Klammer, die die Gesellschaft zusammenhält.

Die Berufsarmee: Teuer, konjunkturabhängig und weniger effizient

Eine Berufsarmee bedeutet deutlich weniger Leistung für viel mehr Geld! Berufssoldaten müssen gut bezahlt werden, wenn sie dem Land loyal dienen sollen. Mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht würden auf einen Schlag 7.500 Berufssoldaten, 28.000 strukturierte Milizsoldaten und 11.000 Rekruten fehlen. Um eine Berufsarmee in Österreich in dieser Stärke aufzubauen – Darabos' Modell sieht 15.500 Soldaten und Zivilbedienstete vor – wären weit mehr als 4 Milliarden Euro notwendig! Österreich ächzt bereits jetzt unter der enormen Steuerlast – wer also soll das bezahlen?

Bezahlte Arbeitskräfte sind immer konjunkturabhängig – Sicherheit sollte das aber nicht sein. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist daher nicht nur teuer – sie führt auch in eine sicherheitspolitische Sackgasse!

Teufelsspirale »bezahltes Sozialjahr«

Ohne Zivildienst gehen den Einrichtungen mit einem Schlag 10.000 Kräfte ver-

loren. Will man diese durch bezahlte Arbeitskräfte ersetzen, so schafft man gleich zwei Probleme:

Erstens muß man so attraktiv bezahlen, daß das freiwillige Sozialjahr auch wirklich für genügend Menschen in Frage kommt. Zahlt man nur für eine kleine Gruppe, dann bricht das Gesundheits- und Sozialsystem in Österreich zusammen. Ersetzt man hingegen die Arbeitskraft der Zivildienstler ausreichend durch Berufs-Personal, dann steigen die Kosten ins Unermessliche – auf geschätzte 500 Mio. Euro im Jahr. Damit nicht genug, würde man so gleichzeitig einen „Zweiklassensozialdienst“ schaffen, in dem gut bezahlte Arbeitskräfte ehrenamtlichen Mitarbeitern gegenüber stünden. Wie lange würde das wohl gut gehen? Wie viele Ehrenamtliche würden langfristig zusehen, wie andere für die gleichen Tätigkeiten gutes Geld bekämen?

Es ist nicht schwer nachzuvollziehen, daß ein derartiges Zweiklassen-System sukzessive seine ehrenamtlichen Mitarbeiter verliert, wodurch wiederum mehr Kräfte fehlen, die dann ebenfalls durch bezahlte Kräfte ersetzt werden müssen. Die Abwärtsspirale setzt sich fort! Und damit nicht genug. – Der Zivildienst stellt heute die wichtigste Pforte dar, über die junge Menschen in ehrenamtliche Tätigkeiten einsteigen, die wichtigste Phase, in der sie ihre soziale Seite entdecken und dann auch weiterhin einen solidarischen Beitrag im Gesundheits- und Sozialdienst leisten wollen: ehrenamtlich. Das bezahlte Sozialjahr ist daher nicht nur eine teure Angelegenheit, es wird auch längerfristig noch teurer und untergräbt gleichzeitig soziales ehrenamtliches Engagement in Österreich!

FPÖ

Die FPÖ ist klar für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Selbstverständlich gehört das Bundesheer aber dringend reformiert.

Leider verfügt Österreich mit Norbert Darabos aber über einen Verteidigungsminister, der völlig planlos und staatspolitisch unverantwortlich agiert. Sein primäres Ziel sieht er offenbar darin, dem Bundesheer größtmöglichen Schaden zuzufügen.

Darabos war in seinem Ressort von Anfang an eine Fehlbesetzung, das erweist sich auch jetzt wieder. Anstatt sinnvolle Reformen anzukurbeln, fühlt er sich einzig und allein der jeweils geltenden SPÖ-Meinung verpflichtet und nicht dem Bundesheer. Das Experiment, einen Zivildienstler zum Verteidigungsminister zu machen, kann jedenfalls als gescheitert betrachtet werden.

Wie schwierig die Erhaltung eines Berufsheeres ist, zeigt uns ein Blick nach Deutschland. Anstatt der benötigten 15.000 jährlichen Neuzugänge gibt es dort lediglich 8.000 pro Jahr. Und das auch nur, weil die meisten aus den Gebieten der ehemaligen DDR mit ihrer extrem hohen Arbeitslosigkeit kommen.

Die gegenwärtig etwa 14.000 Zivildienstler pro Jahr wiederum sind ein fester Bestandteil in den Blaulichtorganisationen und in den Sozialdiensten. Deren Wegfall zu kompensieren, würde wahrscheinlich bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr kosten. Ein „verpflichtendes Sozialjahr“ als Ersatz für den Zivildienst ist wiederum aufgrund der europäischen Menschenrechtskonvention Artikel 4 (Verbot der Zwangsarbeit), welche im Verfassungsrang steht, gar nicht möglich und somit eine reine Augenauswischerei.

Weiters kommt dazu, daß die Masse der europäischen Staaten, die die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft haben, dies in Wahrnehmung strategischer nationaler Interessen und Ableitung aus ihrer Aufgabenverpflichtung innerhalb der Allianz, eingebettet in ein System gegenseitiger Beistandsverpflichtung getan haben.

Bisher haben sich die öffentlichen Meinungen oft nur auf den wirtschaftlichen Aspekt des Wehrpflichtigenheeres versus Berufsheer beschränkt. Grundsätzlich sollte die finanzielle Seite kein Thema sein, denn wenn die Politik ein Berufsheer möchte, dann müßten auch die dementsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben uns gezeigt, daß die politische Bereitschaft, ein vernünftiges Heer nach internationalen Standards zu finanzieren, einfach nicht gegeben ist. Fakt ist, daß der NATO-Standard 1,3 Prozent des BIP für die Kosten der militärischen Landesverteidigung vorsieht. Derzeit beträgt das Landesverteidigungsbudget Österreichs 0,7 Prozent des BIP.

Einsparungen dominieren die Budgets der Landesverteidigung auf jeden Fall bis 2014. Der Kern der derzeit laufenden Reformabsichten des Ministeriums zielt auf Grund dieser Einsparungen in erster Linie auf Fähigkeitsabbau. In diesem Zusammenhang wäre ein Berufsheer ein erhöhtes Risiko für Österreich: Es gäbe kaum mehr Mobilisierungsmöglichkeiten und zu wenig Personal für das gesamte Einsatzspektrum.

Die viel wesentlichere und wichtigere Frage als die Kosten, ist die Frage, ob Österreich die Einbindung des Bürgers in die Lan-

Innenpolitik

desverteidigung haben will. Dies wird aus Sicht der FPÖ jedenfalls bejaht. Denn die Wehrpflicht ist ein Garant für die Selbstbehauptungsfähigkeit der Republik. Die Bundesverfassung sieht die allgemeine Wehrpflicht der männlichen Staatsbürger vor. Damit sind wesentliche Vorgaben für das Wehrsystem geschaffen, ein Wehrsystem, das sich aus dem Grundwehrdienern, Berufssoldaten und einem Milizsystem zusammensetzt.

Die Wehrpflicht ist Ausdruck des Selbstbehauptungswillens freier und mündiger Bürger, weil sie die Landesverteidigung zur Aufgabe des ganzen Staatsvolkes macht. Das Recht auf Ausbildung des Bürgers an der Waffe darf weder politischer Opportunismus noch falschverstandener Friedfertigkeit geopfert werden.

Die FPÖ sieht den Dienst am Heimatland auch als wichtigen Bestandteil der Gesellschaft und Beitrag zur eigenen Bewußtseinsbildung im Sinne der umfassenden Landesverteidigung. Mit einer Berufsarmee geht die Identifikation des Staatsbürgers mit der Landesverteidigung verloren.

Weiters ist die allgemeine Wehrpflicht der Garant für die Einbindung und Integration der jungen Menschen in das soziale Gefüge unserer Gesellschaft und verhindert die mögliche Gefahr der Bildung eines Staates im Staat durch ein Berufsheer und damit der Verlust der Integration in Österreich.

Ein von den Wehrpflicht-Gegnern gerne gebrachtes Argument, wir bräuchten eine Berufsarmee, weil wir Vollprofis brauchen, ist insofern falsch, da das Österreichische Bundesheer, dank des hohen Ausbildungsstandards, bereits Vollprofis hat.

Eine Neugestaltung der bestehenden Wehrpflicht und eine Optimierung des bewährten bisherigen Mischsystems sind aber, wie gesagt, unumgänglich. Der Wehrdienst im Bundesheer muß durch die Grundwehrdienstleistenden als sinnvoll erfahren werden. Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles sind unter anderem: Entrümpelung der Ausbildungsinhalte und Neustrukturierung der Ausbildungsorganisation. Damit im Zusammenhang steht auch die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen wie zum Beispiel ein Militärdienstrecht und eine zeitgemäße moderne Ausrüstung in entsprechender Anzahl.

Obwohl eine konventionelle Bedrohung Österreichs derzeit nicht erkennbar ist, sind nichtsdestoweniger die Kernkompetenzen des Kampfes der verbundenen Waffen zu erhalten, um erstreaktionsfähige Kräfte zu besitzen und eine anlaßbezogene Aufwuchs-

fähigkeit sicherzustellen. Nur durch glaubhafte Anstrengungen kann es gelingen, die nationale Souveränität und Integrität sicherzustellen.

Daher bekennt sich die FPÖ zur Wehrpflicht und zum derzeitigen Mischsystem aus Grundwehrdienst, Zeit- und Berufssoldaten sowie einem Miliz- und Reserveanteil auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht als vernünftige und bewährte Form für ein Österreichisches Bundesheer.

BZÖ

(Auszug) Die Kernaufgabe westlicher Streitkräfte wird in der nächsten Dekade das internationale Krisenmanagement und die Durchsetzung globaler Verantwortung sowie europäischer Interessen sein. Die Fähigkeit zu Bündnisverteidigung, Abschreckung und Abhaltung bleibt, insbesondere vor dem Hintergrund asymmetrischer Bedrohungen und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, anhaltend hoch. Darüber hinaus werden die Streitkräfte gefordert sein, im Rahmen einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge, Schutz- und Resilienzaufgaben bei neuen Einsatzszenarien im Inland zu übernehmen. Unsicherheit und „strategische Schockereignisse“ erfordern den Ausbau von Krisenfrüherkennung und Prävention.

Die Streitkräfte müssen daher zukunftsrobust, flexibel in der Auftragserfüllung, quantitativ und qualitativ aufwuchsfähig, risikoadäquat an den zukünftigen Sicherheits Herausforderungen und nicht an den Einsätzen der Vergangenheit orientiert sein. Sie müssen international zusammenarbeits- und militärisch bündnisfähig sein und sichtbare, hochwertige und nachgefragte Beiträge zum internationalen Krisenmanagement leisten. Sie müssen rasch reaktionsfähig und effektiv im Einsatz, multifunktionell und modular, hochwertig, hoch professionell, profiliert und an militärischen Kernkompetenzen ausgerichtet sein. Sie müssen in der gesamtstaatlichen umfassenden Sicherheitsvorsorge eingebettet und die vernetzte Sicherheit verstärkend, finanzierbar, breit akzeptiert und öffentlich klar kommunizierbar sein. Sie müssen die Rolle Österreichs in Europa stärken. Sie müssen mit den Entwicklungen in NATO und EU Schritt halten und europäische Kooperationen, Aufgabenteilung und Spezialisierungsoptionen fördern. Eine zunehmende Ausweitung der Aufgaben von Streitkräften in nicht-militärische Bereiche ist problematisch aber ein Faktum. Die Streitkräfteplanung hat beide

Elemente zu berücksichtigen. Der zivilmilitärischen Zusammenarbeit – einschließlich der Interaktion mit NGOs – ist in jeder Hinsicht der Vorrang einzuräumen.

Daher fordert das BZÖ:

1. Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht (Grundwehrdienst) bei gleichzeitiger Volksabstimmung über die Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einschließlich des Wehrsystems (Ersatz der Wehrpflicht durch ein Freiwilligenheer aus berufs- und zeitverpflichteten Soldaten sowie eines Miliz- und Reserveanteils).

2. Beschluß eines Bundesverfassungsgesetzes über diese sicherheitspolitische Neuausrichtung Österreichs (siehe auch Punkt 3) sowie über die Rahmenbedingungen für die Transformation der Streitkräfte.

3. Aufgabe der sicherheits- und verteidigungspolitischen Sonderrolle Österreichs in der Europäischen Union durch Streichung der „irischen Klausel“ und vollberechtigte Mitgliedschaft an der engeren militärischen Zusammenarbeit in der EU sowie den Beitritt zur NATO (Stärkung des europäischen Pfeilers).

4. Einführung eines „freiwilligen Dienstmodells“ in den Streitkräften sowie in den Bereichen Zivil- und Katastrophenschutz, Sozial- und Gesundheitswesen sowie der Entwicklungszusammenarbeit/EZA (mit der Dauer von ein bis zwei Jahren und einer Übungs- und Einsatzmöglichkeit analog zur Miliz des Österreichischen Bundesheeres). Dieses soll an die Schulorganisation des Bundesministeriums für Inneres bzw. der Landesfeuerwehrkommanden sowie den Akademien und Fachhochschulen für Sozial- und Gesundheitsberufe der Länder angebunden werden. Der EZA-Dienst ist beim Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten im Rahmen der Diplomatischen Akademie auszubilden und bei der Austrian Development Agency anzusiedeln...

5. Einrichtung eines Bundesamtes für umfassende Sicherheitsvorsorge und Krisenmanagement in dem im Zusammenwirken von Bundesregierung, Nationalem Sicherheitsrat und parlamentarischen Gremien moderne und vernetzte Sicherheitspolitik in zukunftsrobuster und effektorientierter Form durch alle Akteure (zivile, militärische, nicht-staatliche, etc.) wahrgenommen werden kann.

6. Stärkung der parlamentarischen Strukturen sowie des Nationalen Sicherheitsrates und deren Beratungsorgane und -institute damit der Prozeß der umfassenden

Innenpolitik

Sicherheitsvorsorge auf demokratischer Basis, über die Verwaltungsaufgaben hinaus, begleitet und dauerhaft auf der nötigen, breiten politischen Akzeptanz aufbauen kann.

7. Europäisierung des Österreichischen Bundesheeres und konsequente Ausrichtung des neuen Streitkräftemodells auf die Erfordernisse der europäischen Solidarität und Zusammenarbeit.

8. Aufstellung von gemeinsamen europäischen Streitkräftestrukturen mit gleichgesinnten Partnern und konkrete österreichische Beiträge zum Aufbau eines europäischen Hauptquartiers sowie europäischer Transport- und Aufklärungssysteme.

9. Modernisierung des Österreichischen Bundesheeres gemäß obiger Kriterien und Fähigkeiten sowie Sicherstellung der Wiederaufwuchsfähigkeit.

10. Erhöhung der Einsatzleistung des Österreichischen Bundesheeres durch temporär bis zu maximal 2.500 Soldaten für internationale Operationen im gesamten, auch militärisch anspruchsvollen, Aufgabenspektrum von EU, NATO und UNO sowie tatsächlich einsetzbarer Miliz- und Reservekräfte für Inlandsaufgaben.

Grüne

1. Wieso wollen wir die Wehrpflicht abschaffen?

Seit dem Zerfall des Ostblocks hat sich die Sicherheitslage radikal geändert. Wir leben heute umgeben von befreundeten Staaten. Für die „militärische Landesverteidigung“ im Sinne der Verteidigung von Raum und Boden besteht heute schlicht kein Bedarf mehr. Militär hat heute nur noch einen sinnvollen Zweck: Friedenserhaltung in Krisenregionen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Polizeiaufgaben. Und Grundwehrdiener können ohnehin nicht auf Auslandsmissionen geschickt werden. Dafür sind spezialisierte BerufssoldatInnen viel besser geeignet. Teure Waffengattungen wie Artillerie, Panzer, Flugzeuge werden dann auch nicht mehr benötigt. Der schon seit längerem unnütz gewordene Assistenzeinsatz an den Ostgrenzen wurde inzwischen beendet. Es ist daher soweit: Endlich kann die Wehrpflicht abgeschafft werden und 24.000 jungen Männern pro Jahr damit vergeudete Lebenszeit erspart bleiben.

2. Wie ist das in anderen Staaten in Europa?

In Deutschland wurde 2011 die Wehrpflicht abgeschafft. Auch fast alle anderen Staaten in Europa haben das in den letzten

zehn bis fünfzehn Jahren getan. Übrig bleiben derzeit in der EU nur noch Estland, Finnland, Griechenland, Zypern (alles Staaten mit EU-Außengrenzen) und eben Österreich.

3. Wie soll dann der Katastrophenschutz funktionieren?

Katastrophenschutz durch das Bundesheer ist teuer und ineffizient. Das liegt daran, daß die Hauptaufgabe des Bundesheeres eben grundsätzlich eine andere ist. Ein Beispiel: Bei einem Einsatz in Sri Lanka haben das Rote Kreuz und das Bundesheer jeweils die gleiche Wasseraufbereitungsanlage betrieben. Das Rote Kreuz brauchte dafür drei Personen, das Bundesheer 90. In anderen Ländern gibt es daher für Katastrophenhilfe eigene Einrichtungen: In Deutschland z.B. das Technische Hilfswerk. Die Ausrüstung des Bundesheeres für Katastrophenhilfe (z.B. Bergepanzer, Hubschrauber) könnte daher in einer solchen neuen Einrichtung weiterverwendet werden.

4. Was ist mit dem Zivildienst? Viele Einrichtungen brauchen doch unbedingt die Zivildienner?

Wenn die allgemeine Wehrpflicht fällt, muß der Zivildienst neu geregelt werden. Dieser ist für Wehrdienstverweigerer installiert worden und steht im direkten Zusammenhang mit der Wehrpflicht. Zum Wohle des Sozial- und Gesundheitssystems sollen Frauen und Männer gleichberechtigt ab 18 Jahren, existenzsichernd entlohnt mit 1300 Euro brutto im Monat, auf ein Jahr befristet, vollständige Unterstützung der Organisationen sein. Als Anreizsystem soll dieses Freiwilligenjahr für nachfolgende Ausbildungen (zum Beispiel im Pflegebereich oder im sozialarbeiterischen Bereich) anrechenbar sein. Dieser „freiwillige Zivildienst“ ist eine große Chance für Menschen, die ein Jahr lang im sozialen Bereich arbeiten wollen, eine Berufsausszeit nehmen oder ins Berufsleben (wieder)einsteigen. Es ist die Chance für ein aktives, solidarisches, existenzsichernd entlohntes, qualitätsgesichertes Sozialsystem.

5. Soll statt dem Wehrdienst ein verpflichtendes soziales Jahr für Männer und Frauen kommen?

Nein, natürlich nicht! Niemand soll zwangsweise zu Leistungen verpflichtet werden. Das kann nicht funktionieren, wäre verfassungswidrig und würde wieder das Sozialsystem am Rücken junger Menschen parken. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen,

daß pro Jahrgang rund 85.000 Mädchen und Burschen zu einem Dienst vergattert werden würden, die im Sozial- und Gesundheitswesen alleine gar nicht genügend Aufgaben finden würden. Stattdessen gibt es das Grüne Modell für ein freiwilliges soziales Jahr (siehe Punkt 4) für alle Menschen ab 18.

6. Wird das Bundesheer als Berufsheer nicht zu einer zu starken Macht im Staat (Stichwort Bürgerkrieg 1934)?

Das Bundesheer „neu“ nach unserem Konzept dient nur noch friedenserhaltenden Einsätzen in Krisenregionen. Schwere Waffengattungen werden dafür nicht benötigt und abgeschafft. Es wird einer internationalen Polizeitruppe recht ähnlich sein. Für diese Aufgaben reichen wenige tausend Personen. Nach einer entsprechenden Übergangsfrist könnte wahrscheinlich mit ca. 6.000 bis 8.000 Personen das Auslangen gefunden werden. Eine solche Organisation wäre keine Gefahr für demokratische Strukturen.

7. Sammeln sich in einem Berufsheer nicht lauter gefährliche Waffennarren?

In manchen Staaten hat es tatsächlich solche Entwicklungen gegeben. Es wird daher wichtig sein, die Arbeit beim „Bundesheer neu“ anspruchsvoll und interessant zu gestalten: Für den internationalen Einsatz sind soziale Fähigkeiten ebenso wichtig wie Fremdsprachen und kulturelle Bildung. Nach einigen Jahren Dienst in der Friedenserhaltung soll den SoldatInnen dann die Möglichkeit geboten werden, zu einer Tätigkeit bei der Polizei umzusteigen. Das ist für alle Seiten vorteilhaft: Die SoldatInnen haben eine berufliche Zukunft, und die Polizei erhält erfahrene BeamtInnen mit internationaler Erfahrung. So wird die Karriere auch für engagierte Menschen interessant und die Gefahr eines Sammelbeckens verringert.

8. Ist ein Berufsheer nicht viel teurer als ein Milizheer?

Ein Berufsheer ist dann teurer, wenn die gleiche Größe angepeilt wird. Das ist aber weder notwendig noch sinnvoll. Für die Wahrnehmung internationaler Friedensmissionen genügen wenige tausend SoldatInnen. Zum Vergleich: Derzeit sind im Bereich Landesverteidigung rund 25.000 Personen beschäftigt (ohne Grundwehrdiener!) – für ein Bundesheer neu nach unseren Vorstellungen genügen aber ca. 6.000 bis 8.000. Dieses Heer wird daher deutlich billiger und gleichzeitig effizienter arbeiten.

Innenpolitik

Team Stronach

Statt Zwangsverpflichtung Freiwilligenheer mit Focus auf Zivilschutz – Zivildienst soll Anreiz-Arbeitsmodell für Jugendliche, Arbeitslose und Langzeitarbeitslose werden

Das Bundesheer ist im derzeitigen Zustand dringend reformbedürftig. Jedes Jahr werden über 30.000 junge Menschen zwangsverpflichtet, um als billige Arbeitskräfte eingesetzt zu werden. Im Vorfeld der Volksbefragung ist nicht einmal klar, ob die Regierung nur eine Katastropheneinsatztruppe will, oder ein Heer, das auch Auslandseinsätze durchführen kann. Fest steht nur, daß das Bundesheer derzeit einfach kaputtgespart wird.

Grundsätzlich müssen die Koalitionsparteien noch vor der Volksbefragung zur Wehrpflicht endlich genau definieren, welche Aufgaben das Österreichische Bundesheer künftig übernehmen soll. Schließlich kann ein Berufsheer in Zusammenarbeit mit Freiwilligenorganisationen im Katastrophenschutz eingesetzt werden, oder auf internationaler Ebene für friedenserhaltende Maßnahmen tätig werden.

Auf der Hand liegt aber, daß sich die Aufgaben der Landesverteidigung gewandelt haben. Wir wollen mit allen Beteiligten in einen Diskussionsprozeß treten, um ein möglichst schlagkräftiges und optimal einsetzbares Bundesheer zu erreichen. Das Team Stronach will einen Weisenrat mit ExpertInnen und die BürgerInnen miteinbeziehen, um einen basisdemokratischen Diskurs einzuleiten, der den BürgerInnen letztlich die

Entscheidung ermöglicht. Jedenfalls wollen wir sicherstellen, daß unsere Soldaten bestmöglich und modern ausgerüstet sind. Dies vor allem auch für Katastropheneinsätze.

Einen Zwangsdienst, den die allgemeine Wehrpflicht ja darstellt, lehnt das Team Stronach ab. Neben einem starken Berufsheer mit 8000 Mann sollen sich junge Menschen zu einem freiwilligen, zweijährigen Wehrdienst in einem ebenfalls 8000 Mann starken Freiwilligenheer melden können. Dieses Freiwilligenheer rekrutiert sich nach Vorstellung des Team Stronach aus 18 bis 25jährigen Frauen und Männern, die bereit sind, sich für mindestens zwei Jahre zu verpflichten. Dafür sollen sie ein Gehalt von 1000 Euro brutto sowie Kost und Logis erhalten und neben der militärischen Ausbildung auch eine zivile Aus- oder Weiterbildung in einem bzw. ihrem Beruf absolvieren. Den Fähigsten soll der Wechsel zum Berufsheer offen stehen. Wenn diese Freiwilligen frühestens nach zwei Jahren abrüsten, bekommen sie für jedes Jahr des geleisteten Dienstes einen „Ausbildungsgutschein“ für ein halbes Jahr zur Verfügung gestellt.

Das bestehende Modell des Zivildienstes will das Team Stronach nicht weiterführen. Der Zivildienst sollte zu einem Anreiz-Arbeitsmodellmodell für Jugendliche, Arbeitslose und Langzeitarbeitslose umgestaltet werden. Gleichzeitig soll die zeitliche Begrenzung von neun Monaten wegfallen, der Dienst kann dann auch über eine längere Zeitspanne geleistet werden. Eine Alters-

grenze ist nicht vorgesehen. Für diese soziale Tätigkeit im Dienste der Gesellschaft sollten Jugendliche eine zum Freiwilligenheer adäquate Entlohnung erhalten, Arbeitslose oder Langzeitarbeitslose sollten 400 Euro brutto zusätzlich zu ihrer Arbeitslosenunterstützung/Notstandshilfe oder Mindestsicherung bekommen. Nach Beendigung der Ausbildung ist ab dem dritten Monat des Dienstes ein Ausstieg aus dem Zivildienst möglich, wenn eine Arbeit gefunden wurde.

Künftig sollten die vielen Freiwilligenorganisationen bei Rettung und Feuerwehr im Rahmen des Zivilschutzes viel enger mit den Soldaten zusammenarbeiten können. Denn aufgrund der immer größer werdenden Zahl der Pendler sind viele Hilfsstellen an Wochentagen verwaist, im Einsatzfall fehlt Personal. Viele Berufssoldaten sind als Sanitäter oder Feuerwehrmänner ausgebildet. Von kleinen Stützpunkten aus können sie die Hilfsorganisationen unterstützen und einspringen, wenn im Fall eines Einsatzes zu wenig freiwillige Helfer verfügbar sind. Dazu muß aber auch die Kompetenz des Zivilschutzes, die derzeit beim Innenministerium liegt, überdacht werden.

Das Team Stronach will niemanden zwangsverpflichten – aber wir wollen ein funktionierendes Heer mit fairer Bezahlung! Dann kann Österreich seine Rolle als neutrales Land innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur selbstbewußt wahrnehmen! Schließlich leisten wir einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Europa. ■

AÖWB-Präsident Chlestil: AuslandsösterreicherInnen sollen an der Bundesheervolksbefragung teilnehmen

Gustav Chlestil, der Präsident des Auslandsösterreicher-Weltbundes (AÖWB) appelliert in einem direkt an die AuslandsösterreicherInnen gerichteten und per Post versendeten persönlichen Brief, an der am 20. Jänner stattfindenden Volksbefragung teilzunehmen.

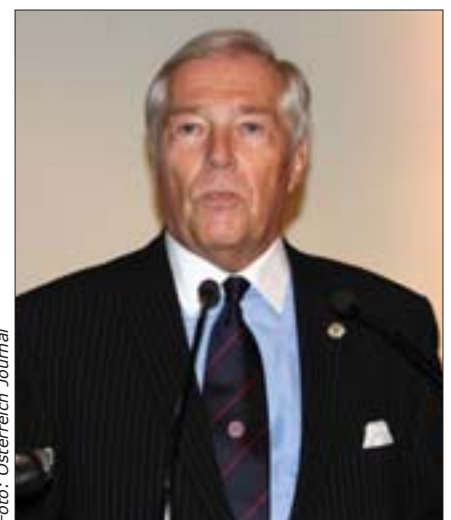
Da dieses direktdemokratische Recht der Teilnahme an der Entscheidung über die Zukunft des österreichischen Bundesheeres für die im Ausland lebenden Staatsbürger nur möglich ist, wenn ihre Eintragung in die Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde spätestens am 28. November 2012 erfolgte, war diese rechtzeitige Information unabdingbar.

Dem Brief war der Beitrag des Leiters der Abteilung für Wahlrechtsangelegenheiten im Innenministerium, Robert Stein, für

das am 15. November erschienene Auslandsösterreicher-Journal „Rot-Weiss-Rot“ als Sonderdruck beigelegt, der ausführlich über die bevorstehende Volksbefragung informiert.

Chlestil appelliert an die AuslandsösterreicherInnen, das Recht, sich an der Volksbefragung zu beteiligen, zur demokratischen, persönlichen Verpflichtung zu machen.

Zusätzlich wurden die Präsidentinnen und Präsidenten der Auslandsösterreicher-Vereinigungen weltweit per E-Mail auf den Brief vorbereitet. Ferner wurde der Appell Chlestils auf die AÖWB-Online-Plattform <http://www.austrians.org> gesetzt. Der Auslandsösterreicher-Weltbund erwartet sich durch diese sofort gesetzte Maßnahme eine verstärkte Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen am politischen Leben in Österreich. ■



AÖWB-Präsident Gustav Chlestil

<http://www.weltbund.at>

Informationen zur Volksbefragung am 20. Jänner 2013

... für Sie zusammengestellt von der AuslandsösterreicherInnen-Abteilung im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Am Sonntag, dem 20. Jänner 2013, wird in Österreich eine bundesweite Volksbefragung zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema stattfinden, nämlich über die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht oder die Einführung eines Berufsheeres. Alle AuslandsösterreicherInnen, die bei ihrer jeweiligen Vertretungsbehörde registriert sind, haben im November 2012 einen Brief des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten, Michael Spindelegger, mit wichtigen diesbezüglich Informationen erhalten.

Um als AuslandsösterreicherIn an der kommenden Volksbefragung gültig teilnehmen zu können, ist folgendes zu beachten:

- Vollendung des 16. Lebensjahres am Tag der Volksbefragung (20. Jänner 2013);
- (aufrechte) Eintragung in die Wählerverzeichnis einer österreichischen Gemeinde;
- Beantragung einer Stimmkarte (entweder im Voraus als Wahl-/Stimmkarte für maximal zehn Jahre oder (nur) für die kommende Volksbefragung);
- Stimmabgabe ab Erhalt der Stimmkarte;
- vollständig ausgefüllte Stimmkarte;
- Rücksendung der Stimmkarte an die darauf gedruckte Adresse in Österreich und
- Einlangen dieser Stimmkarte bis spätestens Sonntag, 20. Jänner 2013, 17.00 Uhr MEZ bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich.

Die Kosten für die Rücksendung der Stimmkarten mit öffentlicher Post übernimmt Österreich. Die Stimmkarten können aber auch bei den österreichischen Vertretungsbehörden (innerhalb des EWR und der Schweiz spätestens am sechsten Tag vor dem Tag der Volksbefragung, in allen anderen Ländern spätestens am neunten Tag vor dem Tag der Volksbefragung) oder direkt bei der zuständigen Wahlbehörde in Österreich abgegeben werden.

Umfassende Informationen und alle Formulare finden Sie auf der Wahlinformationswebsite des Außenministeriums <http://www.wahlinfo.aussenministerium.at> und den websites der österreichischen Botschaften und Berufsgeneralkonsulate. Für

weitere Fragen stehen Ihnen selbstverständlich auch die zuständigen österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland (Botschaften, Berufsgeneralkonsulate) gerne zur Verfügung. Adressen, Öffnungszeiten und Erreichbarkeiten der Vertretungsbehörden finden Sie auf <http://www.aussenministerium.at> unter „Länderinformation“. Auch die MitarbeiterInnen der Fachabteilung für Wahlen – Abteilung IV.3 – des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten beantworten Ihre Fragen per E-Mail <mailto:wahl@bmeia.gv.at> oder telefonisch unter ++43 (0) 501150-4400.

Obwohl es keine rechtliche Verpflichtung gibt, sich als im Ausland lebende ÖsterreicherInnen bei den zuständigen österreichischen Botschaften bzw. Generalkonsulaten zu melden, sind alle herzlich eingeladen, sich entsprechend zu registrieren, möglichst unter Mitteilung von e-mail Adressen und Mobiltelefonnummern. Dies ermöglicht eine raschere und effizientere Kommunikation, nicht nur in allfälligen Krisenfällen, sondern auch zur Weiterleitung wichtiger Informationen. Das Registrierungsformular findet sich unter (klicken Sie hier, der Link funktioniert) <http://www.bmeia.gv.at/botschaft/auslandsosterreicher/auslandsosterreicherinnen/oe-registrierung.html>

Sicher Reisen mit der neuen App des Außenministeriums

Durch die neue App des Außenministeriums haben Sie einen sicheren Begleiter für ihren Auslandsaufenthalt“, sagte Außenminister Michael Spindelegger Mitte August dieses Jahres bei der Präsentation der ersten Smartphone-Application des Außenministeriums. „Mit der neuen App am Handy paßt unser Service in jedes Reisegepäck und bietet wichtige Tipps für den Notfall wo und wann immer diese benötigt werden“, erklärte der Außenminister.

Der neue Dienst des Außenministeriums kann als App kostenlos heruntergeladen werden und bietet den ÖsterreicherInnen nützliche Informationen rund ums Reisen. Die App wurde für I-Phone, Blackerry und Android-Handys entwickelt.

Wie erreiche ich im Notfall die nächste Botschaft oder das nächste Konsulat?

Was tun bei Paßverlust oder plötzlicher Krankheit? Wie sicher ist mein Urlaubsland?

Mit der neuen Auslandsservice-App sind die Adressen und Telefonnummern aller österreichischen Botschaften und Konsulate weltweit ganz leicht abrufbar. Per Fingertipp erhalten Sie die schnellste Route von Ihrem Standort zur nächstgelegenen Botschaft oder zum nächstgelegenen Konsulat.

Die App bietet nützliche Informationen zu 197 Ländern. Machen Sie davon schon vor Antritt Ihrer Reise Gebrauch: Von Ein-



Z.B.: Suche nach der österreichischen Botschaft in Washington

reisebestimmungen über Reisehinweise bis hin zu Gesundheitstipps.

<http://www.auslandsservice.at> erhältlich. Wichtige Informationen rund um den Auslandsaufenthalt sind selbstverständlich auch in Zukunft auf der Homepage des Außenministeriums zu finden:

<http://www.bmeia.gv.at>

Nationalrat hat sechsten Klub

»Team Stronach für Österreich« – Prammer: Unterschiede zu Klubgründung 1993 rechtlich nicht relevant

Der Nationalrat hat nun mit dem „Team Stronach für Österreich“ einen sechsten parlamentarischen Klub. Die Zuerkennung des Klubstatus erfolgte am 8. November, wie Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bekanntgab, nach einer Diskussion in der Präsidialkonferenz. Grundlage für die Entscheidung boten Gutachten der Parlamentsdirektion sowie des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts. Daraus sei klar hervorgegangen, daß sie zu entscheiden habe und der neue Klub anzuerkennen sei.

Dem neuen Klub gehören die Abgeordneten Robert Lugar als Klubobmann, weiters Christoph Hagen, Elisabeth Kaufmann-Bruckberger, Stefan Markowitz und Erich Tadler an. Ihnen wurden vorläufige Sitzplätze im Plenum zugewiesen, über die endgültige Sitzordnung sowie über die Neueinteilung der Redezeit (Wiener Stunde) werde noch in der Präsidiale diskutiert. Auch über die Frage, in welchen Ausschüssen der neue Klub vertreten sein wird, seien noch Gespräche zu führen, gab Prammer bekannt. Jedenfalls gebe es keinen Rechtsanspruch auf die Vertretung in Ausschüssen, die Klärung dieser Frage sei reine Sache der Fraktionen, so Prammer. Sie habe jedenfalls bereits einen Mitarbeiterpool und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Nationalratspräsidentin erwartet sich jedenfalls, daß das konstruktive Klima in der Präsidiale auch mit dem neuen Klubobmann Lugar erhalten bleibt. Es sei noch „sehr viel zu tun“, betonte Prammer, ihr sei bewußt, „daß es viel komplizierter“ werde.

Prammer: Klubgründung ist genaue Prüfung vorausgegangen

Sie habe die Rechtmäßigkeit dieser Klubgründung auf Basis der einschlägigen Vorschriften des Bundes-Verfassungsgesetzes sowie des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrats zu prüfen gehabt und dabei Stellungnahmen und Gutachten der Parlamentsdirektion und des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts sowie eingehende Beratungen in der Präsidialkonferenz als Grundlage für die Entscheidung herangezogen, betonte die Nationalratspräsidentin.

Die aktuelle Neubildung eines Klubs unterscheide sich von der Konstellation des



Pressegespräch über die Ergebnisse der Beratungen zum beantragten Klubstatus für das Team Stronach. Am Podium v.l.: Parlamentsvizedirektor Alexis Wintoniak, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Parlamentsdirektor Harald Dossi

Jahres 1993, als sich das Liberale Forum gebildet hat, erläuterte Prammer im Hinblick auf die der Anerkennung des Klubs vorangegangenen Diskussion. So seien die Gründungsmitglieder des Klubs „Team Stronach für Österreich“ nicht zur selben Zeit und mit durchaus unterschiedlichen Begründungen aus ihrem bisherigen Klub ausgeschieden. Außerdem sei man mit der Tatsache konfrontiert gewesen, daß ein weiterer Abgeordneter dieses Hauses, der nicht derselben wahlwerbenden Partei angehört wie die Gründungsmitglieder des neuen Klubs, dieser Gruppe inhaltlich-politisch zugehört ohne sich aber an der Gründung des Klubs zu beteiligen. Sie sei zur Überzeugung gekommen, daß auch diese tatsächlichen Unterschiede in dem Sinne rechtlich nicht relevant sind, daß es erlaubt wäre, zu einem anderen Beurteilungsergebnis zu kommen als im Jahre 1993. Diese Schlußfolgerung werde auch von der großen Mehrheit der Mitglieder der Präsidialkonferenz – mit Ausnahme des BZÖ – geteilt, unterstrich Prammer.

Sollte der sechste Mandatar, Abgeordneter Gerhard Köfer, dem neuen Klub im Nachhinein beitreten, ist das dann nicht mehr relevant.

Die Nationalratspräsidentin wies im Hinblick auf die „Vermutungen“ im Zusammenhang mit dem Übertritt der Abgeordneten

zum Team Stronach auf die ab 1. Jänner 2013 geltenden strengen Transparenzregeln hin. Es werde Aufgabe des Klubs sein, all diese Vermutungen auszuräumen, sie erwarte sich allgemein, daß alle ParlamentarierInnen bei den vorgesehenen Meldungen und Offenlegungen völlig korrekt vorgehen.

Prammer: Klare Regelung in der Geschäftsordnung notwendig

Die Nationalratspräsidentin bekräftigte in diesem Zusammenhang einmal mehr die Notwendigkeit, den betreffenden § 7 der Geschäftsordnung des Nationalrates (Bildung von Klubs) in Verbindung mit § 32 (Wahl von Ausschüssen) und § 57 (Redezeit) zu ändern. § 7 werde „allgemein als nicht ausreichend genau und aussagekräftig beurteilt“, sagte sie. Es bestehe daher Einvernehmen der Mitglieder der Präsidialkonferenz, die Geschäftsordnung noch in der laufenden Gesetzgebungsperiode mit dem Ziel einer klaren Regelung zur Frage der Klubgründung zu novellieren. Sie appellierte dabei an alle parlamentarischen Parteien, rasch in Verhandlungen einzutreten und zu einem positiven Abschluß beizutragen.

Weder sie noch die Fraktionen hätten dazu bereits eine inhaltliche Festlegung vorgenommen, bemerkte Prammer, man lerne derzeit die verschiedenen Möglichkeiten

Innenpolitik

aus. Zentrale Grundsätze dabei seien aber das freie Mandat und die Voraussetzung, daß man ohne wahlwerbende Partei nicht ins Parlament kommt.

Die gesetzlichen Grundlagen – formale Prüfung notwendig

Ein parlamentarischer Klub im Sinn von § 7 GOG ist der Zusammenschluß von mindestens fünf Abgeordneten derselben wahlwerbenden Partei – einer Wählergruppe, die sich mit einem eindeutigen Parteinamen und einem Wahlvorschlag zur Wahl stellt. Allerdings können auch Abgeordnete, die nicht derselben wahlwerbenden Partei angehören, einen Klub bilden. Dazu muß aber die Mehrheit des Nationalrats ihre Zustimmung geben.

Keine explizite Regelung sieht die Geschäftsordnung für die Spaltung eines Klubs während der Gesetzgebungsperiode vor. Dieser Fall trat zum ersten Mal 1993 bei der Gründung des Liberalen Forums auf und führte zu umfangreichen juristischen Diskussionen. Einem Gutachten des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt zufolge können auch in diesem Fall mindestens fünf der betreffenden Abgeordneten, sofern sie aus ihrem Klub ausgetreten sind oder aus diesem ausgeschlossen wurden, einen neuen, eigenen Klub bilden. Die Präsidentin des Nationalrats hat dann zu prüfen, ob alle Klubmitglieder derselben wahlwerbenden Partei angehören. Im konkreten Anlaßfall war darüber hinaus zu prüfen, ob der öffentlich bekannte Umstand Auswirkungen auf das Verfahren einer Klubgründung hat, daß neben fünf Abgeordneten, die einen Klub gründen wollen, ein weiterer Abgeordneter einer anderen wahlwerbenden Partei angehört, Teil dieser inhaltlich politischen Gruppe ist, ohne sich dem neuen Klub anzuschließen. Diese Frage wird sowohl in den Gutachten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts als auch der Parlamentsdirektion verneint.

Sofern alle Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Klubgründung im Sinne des Geschäftsordnungsgesetzes „anerkannt“. Die Präsidentin des Nationalrates hat keinen Rechtsakt zu setzen, z. B. einen Bescheid zu erlassen. Diese Vorgangsweise hat auch der Verfassungsgerichtshof in zwei Erkenntnissen 1993 bestätigt.

Die Bildung eines Klubs muß umgehend der Präsidentin/dem Präsidenten des Nationalrats gemeldet werden. Ab diesem Zeitpunkt ist der Klub eine juristische Person mit besonderen parlamentarischen Rechten sowie dem Anspruch auf Klubfinanzierung.



Foto: Team Stronach / Mark Gilligan

Frank Stronach, Gründer der neuen Partei »Team Stronach für Österreich«

Parlamentarische Rechte überwiegend an Klubstatus gebunden

Die Geschäftsordnung des Nationalrats gewährt den Klubs substanziell mehr Rechte als den einzelnen Abgeordneten. Einzelne Abgeordnete haben neben dem Rederecht lediglich das Recht, in Plenarsitzungen das Wort zu ergreifen, eine Petition einzubringen, die Auszählung der Stimmen zu verlangen oder eine getrennte Abstimmung zu beantragen. Mit Unterstützung von mindestens fünf Abgeordneten können Initiativanträge, Entschließungsanträge oder Dringliche Anträge eingebracht werden. Fünf Abgeordnete haben außerdem das Recht, eine Dringliche Anfrage zu stellen oder die Abhaltung einer Aktuellen Stunde zu verlangen. Mindestens fünf Abgeordnete braucht es, um eine Debatte über einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, über Einwendungen gegen die Tagesordnung oder über eine Fristsetzung zu beantragen.

Demgegenüber können nur die Mitglieder eines Klubs mit Sitz und Stimme in den Ausschüssen mitwirken. Der Klubstatus garantiert auch die Vertretung in der Präsidialkonferenz, die sich mit allen wichtigen organisatorischen und rechtlichen Fragen des Nationalrats befaßt. Die Klubstärke wirkt sich aber auch auf die Redezeiten aus. Beschließt der Nationalrat eine Blockredezeit,

dann wird die Tagesredezeit proportional nach Klubgröße aufgeteilt, wobei die Klubs in diesem Zeitrahmen die Einzelredezeiten ihrer Abgeordneten festlegen.

Nur Klubs erhalten gesetzliche Finanzierung

Wesentliche Folgen hat die Bildung eines Klubs auf die Finanzierung. Die finanzielle Basis zur Erfüllung der parlamentarischen Aufgaben der Klubs regelt das Klubfinanzierungsgesetz, das einen für alle Klubs identischen Sockelbetrag sowie nach Klubstärke gestaffelte zusätzliche Beträge festsetzt. Dabei wird neben der Anzahl der Nationalratsabgeordneten auch die Anzahl der Mitglieder des Bundesrats und der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments, die dem jeweiligen Klub angehören, berücksichtigt. Darüber hinaus erhalten die Klubs Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, für internationale Tätigkeiten und für die laufenden Kosten des EDV-Betriebs.

Die jährlichen Kosten für den neuen Klub Team Stronach betragen rund 1,424 Mio. Euro, die Gesamtkosten inklusive des administrativen Aufwands werden auf insgesamt 2 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Die Zahlungen auf Grund des Klubfinanzierungsgesetzes erfolgen ab 30. Oktober 2012, informierte die Präsidentin.

Innenpolitik

Prammer will Klubgründungen während einer GP einschränken

Die Nationalratspräsidentin spricht sich dafür aus, Klubgründungen während einer Gesetzgebungsperiode künftig deutlich zu erschweren. Es gelte zwar das freie Mandat, aufgrund des Listenwahlsystems seien die Abgeordneten in gewisser Weise aber doch jener Partei verpflichtet, für die sie kandidiert haben, meinte sie am 12. November bei einem Pressegespräch im Parlament. Neue Klubs bräuchten zusätzliche Räumlichkeiten und Personal, beides könne man nicht einfach bereits bestehenden Klubs wegnehmen. Deren Arbeitsfähigkeit dürfe durch einen neuen Klub nicht eingeschränkt werden. Das erschwere aber die Planbarkeit für das Parlament.

Prammer hofft in diesem Sinn, daß über eine entsprechende Novellierung der Geschäftsordnung des Nationalrats (§ 7) noch in dieser Legislaturperiode eine Einigung erzielt wird. Sie sieht aber nicht nur in diesem Zusammenhang Diskussionsbedarf, sondern auch über die Zusammensetzung der Ausschüsse und über die Redezeitverteilung im Plenum. Die bereits in der Vergangenheit bestehende „Schieflage“ bei der Redezeitverteilung zugunsten der kleinen Fraktionen werde durch den sechsten Parlamentsklub noch größer, gab Prammer zu bedenken, dabei gebe es bei SPÖ und ÖVP schon jetzt großen Unmut, weil nicht immer alle gewünschten Wortmeldungen berücksichtigt werden könnten. Überhaupt erachtet es Prammer für notwendig, einmal generell zu prüfen, inwieweit die Geschäftsordnung des Nationalrats für eine größere Anzahl von Fraktionen ausgelegt ist.

Prammer betonte, daß es grundsätzlich keinen Rechtsanspruch auf Ausschußmitgliedschaft gibt. Jene Ausschüsse, in denen das Team Stronach künftig vertreten sein soll, müssen jedenfalls von 26 auf 35 Mitglieder vergrößert werden, um den Vorgaben der Geschäftsordnung zu entsprechen. Deren Neukonstituierung ist für Dezember vorgesehen. Praktisches Problem laut Prammer ist unter anderem, daß pro Klub grundsätzlich 60 Minuten Redezeit pro Tag zur Verfügung stehen müssen.

Seinen zentralen Sitz hat der Klub Team Stronach in Parlamentsräumlichkeiten in der Bartensteingasse. Ihm wurden von Prammer außerdem drei Planstellen (davon zwei AkademikerInnen) zugewiesen. Die vergangene Woche verfügte Sitzordnung im Plenum bleibt vorläufig bestehen, Prammer ist aber bereit, dem Team Stronach neue Plätze zuzu-



Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles

Die Abgeordneten des Parlamentsklubs Team Stronach haben ihre Plätze eingenommen. v.l.: Die Nationalratsabgeordneten Elisabeth Kaufmann-Bruckberger, Stefan Markowitz, Christoph Hagen, Klubobmann Robert Lugar und Erich Tadler

weisen, sollten die sechs Fraktionen darüber einen Konsens erzielen.

Lugar: Jetzt geht es an die Arbeit!

„Wir freuen uns sehr, daß die gängige Rechtsansicht nun von Präsidentin Prammer geteilt wird und sie somit die Klubgründung des Team Stronach gemäß der Geschäftsordnung zur Kenntnis genommen hat“, erklärte Klubobmann Robert Lugar.

Das erste Mal in der Geschichte des Hohen Hauses sind sechs Parteien im österreichischen Parlament vertreten. Lugar: „Wir alle kennen die Probleme unseres Landes und müssen endlich gemeinsam – über alle Parteigrenzen hinweg – an den Lösungen arbeiten. Wir strecken unsere Hand zur Zusammenarbeit aus und wollen einen neuen Stil im Parlament etablieren: Positives und gute Ideen der Mitbewerber werden wir loben und gemeinsam an der Umsetzung arbeiten. Wir vom Team Stronach wollen keine Klientelpolitik machen, sondern das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen.“

Parteigründer Frank Stronach

Frank Stronach, der in Kleinsemmering bei Weiz geboren wurde, legte den Grundstein für sein heutiges Imperium mit der Auswanderung nach Kanada im Jahr 1954. 1957 gründete er dort „Multimatic“, die spätere Magna International, die zu einem der größten Unternehmen Kanadas wurde. 2010 verkaufte Stronach den Großteil seines Aktienpakets und ist seither Ehrenvorsitzender des Weltkonzerns mit 350 Produktionsbetrieben und rund 110.000 Beschäftigten.

Mit seiner Rückkehr nach Österreich Ende der 80er-Jahre leistete der Großindustrielle einen entscheidenden Beitrag zur Gründung des steirischen Automobil-Clusters. Hinter seinem politischen Engagement steht ebenso wie hinter seiner Firmenphilosophie „Fair Enterprise“ die Frage, wie man die Gesellschaft positiv weiterentwickeln kann. Diesem Ziel dient auch das Ende 2011 gegründete „Frank Stronach Institut für sozial-ökonomische Gerechtigkeit“. Zudem investierte der steirisch-kanadische Industrielle in den vergangenen sechs Jahren 38 Millionen Euro an verschiedensten Universitäten in Österreich, insbesondere an der Technischen Universität Graz, wo er am 26. Juni 2012 von Landeshauptmann Franz Voves und LH-Vize Hermann Schützenhöfer im Weißen Saal der Grazer Burg die höchste Auszeichnung erhielt, die das Land Steiermark zu vergeben hat: den Ehrenring des Landes.

Der Parteigründer Stronach betont, daß sein Team für bestimmte Werte steht: „Wahrheit, Transparenz und Fairness. Wir stehen für ein bestimmtes Grundprogramm, von dem wir überzeugt sind, daß es gut für die Bürger ist. Wir stehen insbesondere für Schuldenabbau, Wirtschaftswachstum, zivilisierten Verwaltungsabbau, Mitarbeiterbeteiligung, ein faires und vereinfachtes Steuersystem. Unsere Werte und unsere Grundanschauung sind in keiner Koalition verhandelbar. Sofern Lösungsvorschläge unseren Wertvorstellungen entsprechen, arbeiten wir gerne mit allen Parlamentsparteien zusammen.“

<http://teamstronach.at>

Quellen: Parlamentskorrespondenz, Kommunikation Land Steiermark, Team Stronach

Graz hat gewählt

Am 25. November waren 209.805 BewohnerInnen der zweitgrößten Stadt Österreichs aufgerufen, bei der Gemeinderats- und Bezirksratswahl ihre Stimmen abzugeben. 55,47 Prozent von ihnen machten davon Gebrauch.



Gemeinderatswahl 2012: Graz gesamt – Auszählungsgrad: 270 von 270 Sprengel (mit Wahlkarten) | Datenstand: 26. 12.

Am 25. November wählten die GrazerInnen einen neuen Gemeinderat. SORA analysierte die Gemeinderatswahl auf Basis der Wählerstromanalyse und der SORA/ISA/ORF Wahltagsbefragung unter 1019 Wahlberechtigten. Die wichtigsten Trends:

- Die ÖVP behauptet sich mit einem Minus von 4,9 Prozentpunkten als stimmenstärkste Partei. Die stärksten Verluste gehen dabei an die NichtwählerInnen. Überdurchschnittlich punkten kann die ÖVP bei Älteren bzw. PensionistInnen.
- Die SPÖ fiel mit einem Minus von 4,4 Prozentpunkten auf den dritten Rang zurück. Die stärksten Verluste erlitt sie an die KPÖ.
- Am stärksten zulegen konnte am Wahlsonntag die KPÖ, die insbesondere ehemalige NichtwählerInnen für sich mobilisierte. Überdurchschnittlich stark schnitt die KPÖ bei jenen WählerInnen ab, die für sich einen Verlust an Lebensqualität in der Stadt Graz feststellten.
- Bei Stimmenverlusten von 2,6 Prozentpunkten erreichten die Grünen ein vorläufiges Endergebnis von 12 Prozent. Sie überzeugten vor allem weibliche und junge WählerInnen.
- Die FPÖ konnte ihr Ergebnis von 2008 um 3,1 Prozentpunkte auf 13,9 Prozent verbessern; am stärksten schnitt sie in der Gruppe der ArbeiterInnen ab.
- Neu im Gemeinderat vertreten ist die Piratenpartei mit einem vorläufigen Endergebnis von 2,7 Prozent. Das BZÖ hingegen konnte bei dieser Wahl nur mehr

ein Viertel ihrer UnterstützerInnen von 2008 wieder für sich mobilisieren und scheiterte damit am Wiedereinzug in das Stadtparlament.

Wahlanalyse im Detail

Entscheidende Wählergruppe für die ÖVP waren 2012 die Personen über 60, bei denen sie 55 Prozent erzielen konnte. Bei jungen WählerInnen lag sie hingegen mit nur 12 Prozent in etwa gleichauf mit SPÖ und KPÖ. Diese Alterskluft erhielt noch mehr Relevanz dadurch, daß die Wahlbeteiligung bei Personen über 60 Jahren deutlich höher lag als bei jenen unter 30, was den Vorsprung der ÖVP bei älteren WählerInnen weiter aufwertete.

Siegfried Nagl war aus Sicht der WählerInnen der ÖVP mit Abstand der beste Spitzenkandidat, rund 90 Prozent stimmten der entsprechenden Aussage zu. Die KandidatInnen der anderen Parteien erreichten mit 52 bis 66 Prozent deutlich weniger Zustimmung unter den UnterstützerInnen ihrer Parteien.

Die SPÖ, die dieses Mal mit einer Spitzenkandidatin antrat, wurde stärker von Frauen gewählt, während Männer überdurchschnittlich FPÖ und KPÖ unterstützten. Personen, die die SPÖ wählten, sprachen ihrer Partei vor allem die besten Konzepte für Bildung und Kinderbetreuung und für Arbeitsplätze zu.

Die Grünen konnten bei dieser Wahl nur mehr 43 Prozent ihrer WählerInnen der Gemeinderatswahl 2008 wieder für sich mobi-

lisieren. Dennoch wurden die Grünen in der Altersgruppe der unter 30jährigen mit 26 Prozent stärkste Partei und erreichten bei Frauen dieses Alters sogar 44 Prozent der Stimmen; mit steigendem Alter sank ihr Stimmenanteil jedoch auf nur mehr zwei Prozent bei den über 60jährigen. Verkehr, Bildung und Umweltschutz waren jene Themen, die für WählerInnen der Grünen von größter Bedeutung bei dieser Wahl waren.

Die FPÖ erzielte ihr bestes Ergebnis bei der Gemeinderatswahl 2012 mit 30 Prozent unter ArbeiterInnen. Wichtigstes Thema für ihre WählerInnen waren Arbeitsplätze, dazu kamen noch Sicherheit, Fragen der Zuwanderung und Integration sowie die Bekämpfung der Korruption. Zugewinne erzielte die FPÖ von der SPÖ, der ÖVP und dem BZÖ (je 1.000 Stimmen im Saldo). Mit den NichtwählerInnen bilanziert die FPÖ ausgeglichen.

Die KPÖ konnte mit Zugewinnen von 5.000 Stimmen insbesondere ehemalige NichtwählerInnen für sich überzeugen, an die sie im Gegenzug nur 2.000 WählerInnen von 2008 verlor. 3.000 Stimmen gewann die KPÖ von der SPÖ dazu, 2.000 von der FPÖ und im 1.000 von der ÖVP (jeweils im Saldo). Im Vergleich der Altersgruppen verbuchte die KPÖ die relative größte Unterstützung unter den 30 bis 59jährigen, und zwar insbesondere bei Frauen dieses Alters. Die größte Kompetenz sprachen KPÖ-WählerInnen ihrer Partei beim Thema Wohnqualität und Mieten zu, gefolgt von der Bekämpfung von Korruption.

Innenpolitik

Wahlverhalten und die Grazer Lebensqualität

Deutliche Unterschiede im Wahlverhalten zeigt die Wahltagsbefragung auch in Abhängigkeit davon, ob die Befragten in Graz eine Zu- oder Abnahme der Lebensqualität konstatieren: Personen, für die Graz in den vergangenen Jahren an Lebensqualität gewonnen hat, haben dieses Mal vor allem SPÖ und ÖVP gewählt. Demgegenüber tendierten WählerInnen, die für sich eine Verschlechterung der Lebensqualität feststellen, überdurchschnittlich zur FPÖ und insbesondere zur KPÖ.

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei der Gemeinderatswahl in Graz 2012 beträgt laut SORA Briefwahl-Prognose 55,2 Prozent, das ist ein Rückgang um 2,7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2008. Die wichtigsten Motive der NichtwählerInnen für ihr Fernbleiben von der Wahl waren unattraktive Parteien und KandidatInnen (51 Prozent) und ein fehlendes Interesse an der Wahl (48 Prozent). 42 Prozent gingen wegen Korruption und Skandalen nicht wählen, 40 Prozent wollten einen Protest gegen Politik und PolitikerInnen in Graz ausdrücken.

Statements der SpitzenkandidatInnen

Bürgermeister Siegfried Nagl, ÖVP

„Die Grazerinnen und Grazer haben entschieden und ich danke allen, die meiner Fraktion und mir ihre Stimme gegeben haben – das ist immerhin ein Drittel der WählerInnen und wir sind klare Nummer Eins. Es geht sich heute Abend keine Koalition aus, da die KPÖ zur Gesamtverantwortung schon jetzt Nein gesagt hat. Es ist raue politische See und der Kapitän hat alle Hände voll zu tun. Jetzt heißt es: Die ganze Mannschaft an die Ruder!“

Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, Grüne

„Wir sind aus einer schwierigen Position in die Wahl gegangen. In den letzten Jahren haben wir eine sehr konsequente Mobilitäts- und Umweltpolitik gemacht, damit macht man sich nicht nur Freunde. Gerade deshalb können wir mit dem Ergebnis gut leben, wenngleich wir nicht ganz zufrieden sind.“

Stadträtin Martina Schröck, SPÖ

„Das Ergebnis ist schmerzlich. Wir haben heute nicht das Ergebnis von 2008 erreicht, ganz zu schweigen von Zugewinnen. Überraschend kommt das nicht, ganz im Gegenteil. Denn: Als ich vor knapp einem Jahr den



Gut gelaunt und frühmorgens um 9 Uhr wählte Bürgermeister Siegfried Nagl



Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wählte um 9.30 Uhr in der Marschallgasse



Um 11 Uhr wählte die Listenerste der SPÖ, Sozialstadträtin Martina Schröck.

Fotos: Stadt Graz/Fischer

Innenpolitik

Vorsitz der Grazer Sozialdemokratie übernommen habe, lag die SPÖ Graz bei 9 Prozent und rangierte an der 4. oder 5. Stelle. Ich habe damals dennoch den Vorsitz übernommen und mir das Ziel gesetzt, die Grazer SPÖ zu stabilisieren. Das ist gelungen – wir sind auf dem richtigen Weg. Ich habe immer gesagt, daß wir Zeit brauchen. Ich werde auf jeden Fall weiter mit aller Kraft für die GrazerInnen kämpfen!“

Stadtrat Mario Eustacchio, FPÖ

„Wir sind Wahlgewinner dieses Abends. Es zeigt, daß die FPÖ nachhaltig und stetig wächst. Bürgermeister Nagl hat mit dieser Niederlage, nach den Abstimmungen zu Reininghaus und Umweltzone, die dritte empfindliche Abfuhr der Grazer Bevölkerung hinnehmen müssen. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Bevölkerung der FPÖ mehr Verantwortung übergeben will. Ich und die gestärkte Gemeinderatsfraktion der FPÖ sind bereit, diese Verantwortung auch anzunehmen und mit voller Kraft den Stillstand der letzten Jahre zu überwinden und Graz voranzubringen. Als Niederlage für alle Parteien ist die niedrige Wahlbeteiligung anzusehen.“

Stadträtin Elke Kahr, KPÖ

Wohnungsstadträtin Elke Kahr zeigt sich überrascht und sehr erfreut über den großen Stimmengewinn der KPÖ. Sie führt das auf die konsequente Arbeit in den vergangenen Jahren zurück. „Es ist notwendig, den Menschen Hoffnung auf eine Politik zu geben, die auch in schwierigen Zeiten die sozialen Anliegen in den Vordergrund stellt. Die KPÖ ist jedenfalls zu einer sachlichen Kooperation im Gemeinderat und im Stadtsenat bereit und hofft darauf, daß die Forderung nach einem Gemeindewohnbauprogramm II umgesetzt wird.“

Gerald Grosz, BZÖ

Gerald Grosz bringt den Wahlausgang auf den Punkt: „Ich bin zur Wahl gestanden und die Grazerinnen und Grazer haben mich nicht gewählt. That's it! Der Protestwählerkern hat sich zwischen der KPÖ und anderen Kleinparteien gespalten, da hat das BZÖ verloren. Ich habe keine Legitimation durch den Wähler erhalten und werde künftig in der Stadtpolitik nicht mehr mitmischen.“

Manfred Grössler, Christliche Partei

„Zuerst einmal ein herzliches Danke an alle WählerInnen und alle MitarbeiterInnen! Und danke für alle Begegnungen im Wahlkampf! Ich bin mit dem Ergebnis nicht zu-



FPÖ-Spitzenkandidat Mario Eustacchio wählt in der Volksschule Waltendorf.



Elke Kahr, Stadträtin und Spitzenkandidatin der KPÖ, im Oeverseegymnasium

frieden, weil wir den Einzug ins Rathaus erhofft hatten. Aber das Wahlergebnis ist natürlich zu akzeptieren. Ich finde es schade, daß christliche Spiritualität und unser gutes Programm nicht so gut angekommen sind.“

Philip Pacanda, Piraten

„Wir haben immer gehofft, daß wir es schaffen und wir haben gewonnen! Die Botschaft dieses Ergebnisses: Basisdemokratie funktioniert! Wir sind gekommen, um zu bleiben und wollen Mitbestimmung und Transparenz bringen.“ In bezug auf mögliche Verhandlungen geben sich die Piraten entspannt: „Wir entscheiden gemeinsam mit der Basis.“ Die Bundespiraten sehen in dem Ergebnis einen Trend und freuen sich über dieses gute Ergebnis in Graz mit.

Rainer Maichin, Einsparkraftwerk

„Wir vom Einsparkraftwerk nehmen das Wahlergebnis mit sorgenvoller Miene zur

Kenntnis und bedanken uns bei allen WählerInnen, die so wie wir an eine bessere energiepolitische Zukunft glauben, für ihr Vertrauen, das sie uns mit ihren Stimmen gegeben haben.“

Betty Baloo Bande

„Unser Ergebnis ist die Folge von menschlichem Engagement, Kreativität und Zusammenhalt. Und darauf sind wir sehr stolz. Die vielen menschlichen Begegnungen und guten Rückmeldungen bis über die Landesgrenzen hinaus haben uns ermutigt, unsere Anliegen für ein menschenwürdiges Leben von ‚einfachen Menschen‘ weiter zu verfolgen. Wir konnten zeigen, daß mensch auch ohne große Mittel und mit wenig medialer Unterstützung die Stimme für mehr Menschlichkeit erheben kann. Dafür sagen wir ‚Danke‘ und werden von euch gestärkt, mit euch und für euch weiter machen!“

<http://www.graz.at/cms/beitrag/10199509/4769047/>

Václav Klaus auf Staatsbesuch

Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann, Besuch im Parlament und im Wiener Rathaus, Teilnahme am Wirtschaftsforum der Wirtschaftskammer und ein Ausflug ins Burgenland standen auf dem Programm.



Foto: Peter Lechner/HBF

Der Präsident der Tschechischen Republik, Václav Klaus (.l.), mit seinem österreichischen Amtskollegen, Heinz Fischer, im Blitzlichtgewitter in den Amtsräumen der Präsidentschaftskanzlei in der Wiener Hofburg.

In einem gemeinsamen Pressegespräch mit Tschechiens Präsident Václav Klaus bekräftigte Bundespräsident Heinz Fischer am 13. November, daß er sich Stabilität für die Eurozone wünscht und hofft, daß die unternommenen Anstrengungen erfolgreich sein werden.

Die Entscheidung der EU-Finanzminister, Griechenland zwei Jahre mehr Zeit zu geben, beurteilen Österreich und Tschechien unterschiedlich. „Die griechische Agonie zu verlängern, ist ein tragischer Fehler“, sagte der tschechische Präsident Václav Klaus. Ein „Zwangsaufenthalt“ Griechenlands im Euro-Raum sei „eine Katastrophe“.

Fischer dagegen erklärte, auf jene Ökonomen zu vertrauen, die ihm sagten, daß ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone größere Nachteile bringen würde als ein Verbleib im gemeinsamen Währungsraum. Er wünsche sich Stabilität für die Eurozone und hoffe darauf, daß die unternommenen Anstrengungen erfolgreich sein werden.

Klaus und Fischer lobten außerdem die bilateralen Beziehungen. Der tschechische Präsident sprach von einer „Brüderschaft“ der beiden Länder. Fischer betonte, daß Tschechien für Österreich der sechstwichtigste Handels- und Wirtschaftspartner sei und umgekehrt Österreich für Tschechien an 7. Stelle stehe.

Die Präsidenten gingen aber auch auf Streitfragen im bilateralen Verhältnis ein. In der Atomenergie sei für beide die Sicherheit entscheidend. „Mir liegt sehr viel an der Sicherheit der Kernenergie“, erklärte Klaus, der auch ein Wochenendhäuschen in Südböhmen mit Blick auf die Kühltürme des umstrittenen AKW Temelin hat.

Zum Thema Vertreibung der Sudetendeutschen sagte Fischer, daß beide Präsidenten „nicht die Augen schließen vor Verbrechen, die im 20. Jahrhundert begonnen wurden“. Es seien nach dem Zweiten Weltkrieg Verbrechen an Sudetendeutschen verübt worden. „Wir müssen mit gleichen Maßstäben

jedes Verbrechen als Verbrechen bezeichnen“, aber gleichzeitig müsse auf den historischen Kontext geachtet werden. Fischer meinte, ein gemeinsames Geschichtsbuch wäre ein Erfolg.

Klaus brachte das Thema Infrastruktur zur Sprache. Er forderte einen Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Budweis und Oberösterreich sowie auch zwischen Brünn und Wien. Und er wisse, daß es „bremsende Elemente auf beiden Seiten gibt“.

Im Anschluß an diesen Termin stattete Václav Klaus – gleich gegenüber – Bundeskanzler Werner Faymann einen Besuch im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz ab.

Prammer bekräftigt österreichischen Konsens gegen Atomenergie

Der Präsident der Tschechischen Republik war mit dem 13. November ausgerechnet an dem Tag im Hohen Haus zu Besuch, an dem im Nationalrat über den Fünf-Parteienantrag für Atomausstieg diskutiert und

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion/HBF/Harald Minich



Aussprache im Parlament: Linke Bildhälfte: Österreichische Delegation v.li.: Nationalratsabgeordnete Christine Muttonen (SPÖ), ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, FPÖ-Klubobmann Heinz-Christian Strache, Nationalratsabgeordnete Alev Korun (Grüne), Parlamentsdirektor Harald Dossi und drei Parlamentsbedienstete. Rechte Bildhälfte: Tschechische Delegation mit dem Staatspräsidenten Vaclav Klaus (3.v.re.)

abgestimmt wurde. Bei seinem Gespräch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, den Klubobmännern Karlheinz Kopf (ÖVP) und Heinz-Christian Strache (FPÖ) sowie den Abgeordneten Christine Muttonen (SPÖ) und Alev Korun (Grüne) stand die Frage der Atomenergie daher im Mittelpunkt.

Prammer erläuterte dem Gast, dieser Fünf-Parteienantrag sei ein Beweis dafür, daß in dieser Frage in Österreich Einigkeit herrsche. Wenn es schon nicht gelungen sei, die Nachbarn zu überzeugen, dann wünsche sie sich intensive und vertrauensvolle Gespräche zu rechtlichen Rahmenbedingungen und Fragen der Umweltverträglichkeitsprüfung.

Bei Atomenergie stelle sich für Tschechien nicht die Frage ob, sondern nur die Fragen wann und wie, sagte dazu Präsident Klaus. In Tschechien gebe es keine politische Debatte zur Atomkraft und die seiner Meinung nach irrationalen Ängste in Österreich könne er nicht verstehen. Auch nach Fukushima habe er seine Meinung nicht geändert, betonte der tschechische Präsident, und Kernkraft habe weniger Umweltprobleme zur Folge als andere Formen der Energiegewinnung.

Wirtschaft braucht bessere Verkehrsinfrastruktur

Mehr Gemeinsamkeiten gab es beim Thema wirtschaftliche Beziehungen, die besonders von Klubobmann Kopf angespro-



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) empfing den Präsidenten der Tschechischen Republik, Václav Klaus (l.), zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.

chen wurden. Österreich habe in den vergangenen Jahren seinen Spitzenplatz als Handelspartner Tschechiens eingebüßt und Unternehmer würden über bürokratische Hürden und rechtliche Fragen klagen, bedauerte Kopf. Auch seien Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und der Ausbau der transeuropäischen Netze wünschenswert. Die Bürokratie habe man von Österreich geerbt, meinte Klaus launig, aber die Verbesserung der Verkehrsverbindungen sei auch ihm ein großes Anliegen. Er wolle aber Programme auf beiden Seiten der Grenze sehen, damit die Reisezeit von Prag nach Linz und von

Brünn nach Wien nicht mehr länger daure als zur Zeit der Monarchie.

Vertreibung der Sudetendeutschen nicht isoliert betrachten

Klubobmann Strache betonte ebenfalls die österreichische Einigkeit in der Anti-Atom-Politik, brachte aber auch das zweite umstrittene Thema zur Sprache: Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Klaus erklärte, er könne eine isolierte Debatte darüber nicht akzeptieren, die Vertreibung 1945 sei im Kontext des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozia-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Alex Halada/PTD

Bürgermeister Michael Häupl (l.) und Tschechiens Staatspräsident Vaclav Klaus bei der Eintragung ins Goldene Buch

lismus zu verstehen. Die Vergangenheit könne man nicht ändern, sondern nur mit all ihren Facetten annehmen. Prammer regte ein gemeinsames Projekt an, um sich fundiert und umfassend auszutauschen.

Auch Abgeordnete Korun betonte die Sorgen der österreichischen Bevölkerung in Sachen Atomenergie. Ihre Ansicht, daß die Kernkraftwerke Dukovany und Temelin die EU-Stresstests nicht bestanden hätten, wies Präsident Klaus aber scharf zurück.

Klaus trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein

Der Tschechische Präsident trug sich darauffolgenden Nachmittag in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Michael Häupl verwies auf die Jahrhunderte lange Verbundenheit zwischen Tschechien und Österreich und die guten Kontakte zwischen den Hauptstädten Prag und Wien und der mährischen Metropole Brunn. Diese Verbundenheit habe zu einem sehr intensiven kulturellen Austausch geführt. Das Goldene Buch sei ein sichtbares Zeichen der Dialogbereitschaft, so Häupl.

Klaus bedankte sich für die Einladung ins Wiener Rathaus und unterstrich ebenfalls die guten Beziehungen zwischen Prag und Wien.

Österreich ist drittgrößter Auslandsinvestor in der Tschechischen Republik

„Das Handelsvolumen zwischen der Tschechischen Republik und Österreich von rund zehn Milliarden Euro sowie der Bestand österreichischer Investitionen in Tsche-

chien von 14 Milliarden Euro – womit wir drittgrößter Auslandsinvestor in unserem Nachbarland sind – zeigen das große gegenseitige Vertrauen, das die Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze zueinander haben“, betonte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl am 14. November anlässlich des offiziellen Besuchs des Präsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Klaus, in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). Leitl, Klaus und Bundespräsident Heinz Fischer eröffneten gemeinsam ein „Österreichisch – Tschechisches Wirtschaftsforum“ der Außenwirtschaft Austria.

Leitl dankte beiden Staatspräsidenten für ihr permanentes Engagement, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und

der Tschechischen Republik voranzutreiben. „Die ökonomische Geschichte zwischen unseren beiden Ländern ist auch auf Grund dieser Bemühungen eine Erfolgsstory – trotz mancher unterschiedlicher Auffassungen auf politischer Ebene“, so Leitl. Bundespräsident Fischer wies darauf hin, daß vor allem seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und danach durch den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen regelrecht aufgeblüht seien: „Alleine in den vergangenen zehn Jahren hat sich das Handelsvolumen verdoppelt.“ Vaclav Klaus meinte, daß „es noch viel Potential gibt, die Wirtschaftskontakte weiter zu vertiefen. Das ist auch ein Grund, warum ich zum wiederholten Mal nach Österreich gekommen bin“.

Der österreichisch-tschechische Außenhandel, der noch 2011 ein zweistelliges Wachstum bei Exporten (+15,1%) und Importen (+16,9%) erzielen konnte, ging in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres etwas zurück. Aktuell nimmt Tschechien bei den österreichischen Ausfuhren hinter Deutschland, Italien, den USA, der Schweiz und Frankreich den 6. Rang, bei den Importen hinter Deutschland, Italien, Schweiz und China den 5. Rang ein. 2011 investierten österreichische Firmen in Tschechien 670 Mio. Euro, das sind 17 % des Gesamtzuflusses. Mit einem kumulierten Bestand an österreichischen Direktinvestitionen von derzeit rund 14 Mrd. Euro ist Österreich mit einem Anteil von 13 % nach den Niederlanden (29 %) und Deutschland (15 %) drittgrößter Investor in Tschechien.

Die Präsidenten im Burgenland

Präsident Václav Klaus wurde gemein-



Foto: Aussenwirtschaft Austria

v.l.: Der Präsident der Tschechischen Republik Vaclav Klaus, Bundespräsident Heinz Fischer und WKÖ-Präsident Christoph Leitl

Österreich, Europa und die Welt

sam mit Bundespräsident Heinz Fischer von Landeshauptmann Hans Niessl am 15. November in Eisenstadt in Empfang genommen.

„Dieser Besuch hat für mich und das Burgenland eine besondere Bedeutung. Als Nachbarn und Kooperationspartner arbeiten wir ja bereits seit längerer Zeit im Rahmen der grenzüberschreitenden Initiative ‚Centrope‘ erfolgreich zusammen. Als wichtigste Leistung von Centrope wird die in der Geschichte erstmalige Zusammenarbeit der Partnerregionen auf gleicher Augenhöhe angesehen. Unsere Verbindungen, unsere gelebte Nachbarschaft, unsere enge Freundschaft sollen auf dieser Basis fortgesetzt werden. Grenzüberschreitende Projekte und ein gemeinsamer Weg in der Europäischen Union werden diese Freundschaft weiter vertiefen. Ich spreche hier nicht von einem Nebeneinander, sondern von einer starken europäischen Region, die nach einer gemeinsamen Geschichte, nach einer jahrzehntelangen Trennung durch Grenzen nun zu einer gemeinsamen Region im Herzen Europas geworden ist“, betonte der Landeshauptmann.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die Präsidenten Vaclav Klaus und Heinz Fischer sowie Landeshauptmann Hans Niessl wurden vor dem Schloß Esterhazy von Kindern der Volksschule Eisenstadt in Empfang genommen.

Nach der Begrüßung durch Kinder der Volksschule Eisenstadt und dem Abspielen der Hymnen durch die Militärmusik Burgenland standen eine Konzertaufführung des Klavierduos Kutrowatz im Haydnssaal des Schlosses Esterhazy, eine Eintragung in das

Gästebuch des Landes und eine Besichtigung des neuen Kulturzentrums auf dem Programm. In Rust wurden Stadtmuseum Kremayrhaus und Fischerkirche besichtigt. ■

Quellen: APA/Präsidenschaftskanzlei, Parlamentskorrespondenz, Burgenländisches Landesmedienservice

Faymann: Mehrjähriger Finanzrahmen bedeutet mehr Planbarkeit für die Menschen und die Wirtschaft in Europa

Bei der Tagung des Europäischen Rates am 22. und 23. November wird es in Brüssel um den Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 gehen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann zwei Tage zuvor beim EU-Hauptausschuß im Parlament. Für Österreich sei es bedeutend, daß es im Bereich der ländlichen Entwicklung auf EU-Ebene keine drastischen Kürzungen geben werde. „Daß wir bei der zweiten Säule der Landwirtschaftsförderung für die Bio-Landwirtschaft und die Bergbauern ausreichende Mittel zu Verfügung haben, ist nicht nur für Österreich wichtig, sondern EU-weit von gesellschaftspolitischer Bedeutung“, sagte Faymann.

Aus gesamteuropäischer Sicht werde es entscheidend sein, wie viel Mittel zur Verfügung stünden, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. „Damit wir dabei hohe Berechenbarkeit und Verlässlichkeit gewährleisten können, brauchen wir einen mehrjährigen Rahmen. Das gibt uns mehr Sicherheit und bessere Gestaltungsmöglichkeiten als jährliche Budgetverhandlungen.“ Deshalb sei es das Ziel des Europäischen Rates, einen Kompromiß zu finden. Die Verhandlungen könnten sich möglicherweise bis ins nächste

Jahr hinziehen, was grundsätzlich kein Problem bedeute – womit der Kanzler recht behalten sollte, denn das Treffen des Europäischen Rates wurde tatsächlich ohne Ergebnis vertagt, zu unterschiedlich waren die Standpunkte der Regierungschefs in Brüssel.

Einige Tage zuvor war der Präsident des

Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, zu Gast in Wien. Das sei eine wichtige Gelegenheit gewesen, so Faymann, „um die österreichischen Positionen bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen ausführlich darzulegen und klar festzuhalten“. ■



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz

Dialog EU – Arabische Liga

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger beim Treffen der Außenminister der Arabischen Liga und der EU in Kairo



Foto: BMeIA / Dragan Tatic

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (Mitte l.) traf im Rahmen des 2. Außenministertreffens der Arabischen Liga und der EU in Kairo mit dem (damals) interimistischen Oberhaupt der Kopten, Bischof Bakhomios (Mitte r.) zusammen.

Die Arabische Liga ist zu einem zentralen Faktor im Nahen Osten geworden. Mit dem heutigen 2. Ministertreffen unterstreichen wir die Bedeutung, die die Liga als Partner für uns gewonnen hat. Wir haben uns heute darauf geeinigt, die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Liga zu intensivieren und einen strukturierten regelmäßigen politischen Dialog zu etablieren. Zudem haben wir Empfehlungen für ein gemeinsames Arbeitsprogramm in den Bereichen Energie, Kultur, Menschenrechte, humanitäre Hilfe, Krisenmanagement und Wahlprozesse verabschiedet“, erklärte Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger am 13. November in Kairo, wo das 2. Ministertreffen EU – Arabische Liga 49 Länder auf politischer Ebene zusammenbrachte.

Hauptfokus des politischen Teils der Gespräche war der Bürgerkrieg in Syrien, die Frage der Wiederbelebung des zum Stillstand gekommenen Nahostfriedensprozesses und die Entwicklungen in Nordafrika.

„Bei Syrien waren wir uns alle einig, daß ein Waffenstillstand notwendiger denn je sei, damit das Blutvergießen ein Ende habe und die syrische Bevölkerung nicht mehr zu Tausenden zur Flucht getrieben werde. Die Arabische Liga hat ebenso wie wir ein massives

Interesse, daß die Gewalt aus Syrien nicht auf die Nachbarstaaten übergreift und die Region weiter destabilisiert“, so Spindelegger, der fortfuhr: „Die Grundsatzvereinigung in Doha über die Bildung einer Nationalen Syrischen Koalition ist ein lang erwarteter Hoffnungsschimmer für den Freiheitskampf in Syrien. Entscheidend für den Erfolg dieser neuen Koalition ist ihre Repräsentativität und klare Positionierung in Fragen der Grund- und Freiheitsrechte. Alle gesellschaftlichen Gruppen in Syrien müssen sich in ihr wiederfinden. Nur dann kann sie eine glaubwürdige Alternative zum Assad-Regime sein.“

Spindelegger begrüßte in seiner Rede die demokratischen Entwicklungen in der Region. Er verwies darauf, daß Europa aus eigener Erfahrung wisse, daß der Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates nicht einfach sei und Geduld erfordere. Er verwies auf die wichtige Rolle, die Frauen in der Gesellschaft zukomme und betonte, daß der demokratische Transitionsprozeß nur gelingen werde, wenn auch die Frauen voll in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Weiters unterstrich der Vizekanzler die Wichtigkeit des besonderen Schutzes religiöser und ethnischer Minderheiten. Der Außenminister unterstrich die Bedeutung des interkulturellen und interreligiösen

Dialogs und informierte seine Amtskollegen über die österreichischen Aktivitäten in diesem Bereich.

Als besondere österreichische Note fand vom 11. bis 15. November in Kairo auch das von Österreich mit der Arabischen Liga initiierte 2. „Arab-European Young Leaders Forum“ statt, das sich mit dem Thema verantwortlicher Führung auf dem Weg des Übergangs zu Demokratie und Wohlstand auseinandersetzt.

Vizekanzler Spindelegger traf mit den jungen Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammen und ließ sich über den Verlauf der Gespräche und Diskussionen informieren. „Das Forum bietet eine dynamische Plattform für junge Führungskräfte aus Europa, dem arabischen Raum und der Türkei und fördert länderübergreifende Kooperationen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Daß es am Rande des EU-LAS-Ministertreffens stattfindet, unterstreicht die Bedeutung, die die Liga dieser innovativen Form der Kooperation beimißt“, betonte Spindelegger. An dem Forum nahmen rund 25 europäische und arabische Nachwuchsführungskräfte im Alter zwischen 25 und 40 Jahren aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien teil. ■

2013 keine Kürzungen bei den EZA-Ausgaben

Budgetausschuß des Nationalrats debattiert Untergruppe Äußeres

Trotz des allgemeinen Sparkurses im Außenressort wird es im kommenden Jahr zu keinen Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit kommen. Wie Außenminister Michael Spindelegger am 6. November bei der Sitzung des Budgetausschusses zur Untergruppe Äußeres mitteilte, ist es sogar gelungen, die Mittel für bilaterale Entwicklungshilfe anzuheben. Einsparungen gibt es hingegen bei den Strukturen im Ausenministerium und bei den freiwilligen Beiträgen zu internationalen Organisationen.

Laut Budgetentwurf sind für die Untergliederung Äußeres im Finanzierungsvorschlag 3,664 Mio. € an Einzahlungen und 402,645 Mio. € an Auszahlungen vorgesehen. Ein Blick in die Globalbudgets zeigt, daß der überwiegende Teil der Auszahlungen, nämlich 236,359 Mio. €, und mit 3,663 Mio. € fast der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus dem Bereich Außenpolitische Planung, Infrastruktur und Koordination erwartet wird. Für außenpolitische Maßnahmen im europäischen und internationalen Raum sieht das Budget 2013 166,286 Mio. € an Auszahlungen vor.

Außenminister Michael Spindelegger will mit dem vorliegenden Budget zunächst nach dem Motto „Weltweit für Sie da“ die Hilfestellung für in Not geratene ÖsterreicherInnen im Ausland sowie die Betreuung von ständig im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen optimieren. Ein weiteres Wirkungsziel ist die Sicherstellung der außen- und sicherheitspolitischen sowie der europa- und wirtschaftspolitischen Interessen Österreichs in Europa und in der Welt. Beabsichtigt ist ferner ein weiterer Ausbau des Standortes Österreich als Amtssitz und Konferenzort sowie eine Intensivierung der Beziehungen zu den Internationalen Organisationen und Institutionen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Ministeriums wird auch die Entwicklungszusammenarbeit stehen, die vor allem auf Armutsbekämpfung, Festigung von Frieden und Sicherheit und Erhaltung der Umwelt, aber auch auf Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet ist. Die Auslandskulturpolitik wiederum zielt auf die Prägung eines innovativ-kreativen Österreichbildes ab und soll dem europäischen

Grundsatz „Einheit in der Vielfalt“ sowie dem interkulturellen und interreligiösen Dialog in besonderer Weise Rechnung tragen.

Österreich setzt verstärkt auf Honorarkonsulate

Spindelegger präzisierte den Abgeordneten Johannes Hübner (FPÖ) und Michael Schickhofer (SPÖ) gegenüber, daß im kommenden Budgetjahr insgesamt 11,4 Mio. € in den Strukturen des Ressorts eingespart werden, dies etwa durch geringere Aufwendungen in der Zentralstelle sowie im Zuge der Senkung der Reisekosten um 10 Prozent. Dazu komme auch, daß man beim Personal unter dem Plan liege. Was nun die Vertretungsbehörden betrifft, sei im Konsular-Bereich daran gedacht, das Netz der Honorarkonsulate auszuweiten, kündigte Spindelegger an, der sich dafür aussprach, auf diesem Gebiet stärker auf ehrenamtliche Tätigkeit zu setzen. Erste Einsparungsschritte seien bereits die Schließung der Generalkonsulate in Chicago und in Krakau gewesen, überlegt werde nun auch eine Reduzierung der insgesamt drei österreichischen Vertretungen in New York auf zwei. Schließungen

von österreichischen Botschaften in EU-Staaten seien aber nicht geplant, betonte der Minister auf Fragen der Abgeordneten Christine Marek (ÖVP) und argumentierte, gerade im Sinne der Durchsetzung von österreichischen Anliegen in der EU sei es wichtig, in den Hauptstädten auch über die Vertretungsbehörden aktiv zu werden.

Was die Einsparungen bei freiwilligen Beiträgen zu internationalen Organisationen betrifft, versicherte Spindelegger dem Abgeordneten Michael Schickhofer (SPÖ), es werde dort zu keinen Kürzungen kommen, wo es um Kinder und Frauen geht, wo in Österreich ein Amtssitz besteht und wo es neue Herausforderungen gibt. Österreich laufe auch nicht Gefahr, Amtssitze internationaler Organisationen zu verlieren. Vielmehr werden neue Organisationen angesiedelt, so etwa das König Abdullah Dialogzentrum oder die Internationale Anti-Korruptions-Akademie.

6 Mio. € mehr für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Breiten Raum nahm das Thema Entwicklungszusammenarbeit ein, das in der Debatte vor allem von den Abgeordneten Alev Korun

Entwicklungszusammenarbeit

Seit den 1990er Jahren löst die partnerschaftlich orientierte Entwicklungszusammenarbeit als Begriff in der Entwicklungspolitik den der Entwicklungshilfe ab. Entwicklungshilfe verfolgte im Kern weitgehend dieselben Ziele. Der Begriffswandel von Entwicklungshilfe hin zur Entwicklungszusammenarbeit illustriert den nunmehr herrschenden Anspruch einer partnerschaftlichen Gleichberechtigung von Geber- und Empfängerländern, im Gegensatz zu der besonders in den Anfangsjahren dominierenden Rolle des Fachwissens und des Reichtums der Geberländer.

Flüchtlings-, Hunger-, Katastrophen- und humanitäre Hilfe erfolgt hingegen kurzfristig und ist darauf bedacht, die schlimmsten Auswirkungen von Naturkatastrophen und Kriegen möglichst schnell zu mildern

und die momentanen Lebensbedingungen zu verbessern. Ihnen folgt meist die Entwicklungszusammenarbeit als sogenannte Aufbauhilfe, die im Gegensatz langfristige, nachhaltige Ziele und strukturelle Änderungen beabsichtigt. Ressourcentransfer als weiterer aus dem Englischen stammender Begriff ist wesentlich weiter als Entwicklungszusammenarbeit gefaßt und beschreibt den Austausch von Ressourcen im Rahmen der Globalisierung.

Entwicklungspolitik ist die Gesamtheit der politischen Aktivitäten von Industrie- oder Entwicklungsländern sowie von internationalen Organisationen zur wirtschaftlichen, technischen und sozialen Förderung und Weiterentwicklung von Entwicklungsländern...

<http://de.wikipedia.org/wiki/Entwicklungszusammenarbeit>

Österreich, Europa und die Welt

(Grüne), Franz Glaser (ÖVP) und Petra Bayr (SPÖ) angesprochen wurde, die übereinstimmend begrüßten, daß dieser Bereich von den Einsparungen ausgeklammert werden konnte. Abgeordnete Judith Schwentner (Grüne) befürchtete allerdings, es könnte schon ab dem Jahr 2014 zu massiven Kürzungen kommen. Spindelegger bekräftigte, es sei nicht nur gelungen, die EZA-Mittel auf dem Niveau des Vorjahres zu belassen, für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit würden 2013 sogar um 6 Mio. € mehr zur Verfügung stehen. Was 2014 budgetiert werde, könne er jetzt noch nicht sagen, meinte der Minister, der im Übrigen aber seine Bereitschaft unterstrich, den positiven Trend bei der Entwicklungszusammenarbeit fortzusetzen. Mit Nachdruck widersprach Spindelegger dem Abgeordneten Gerhard Huber (BZÖ), der die Entwicklungszusammenarbeit als wirkungslos kritisierte und eine Straffung sowie eine Reduktion der Zahl der Schwerpunktländer forderte.

Engagierte Arbeit Österreichs im UN-Menschenrechtsrat

Beim Thema Menschenrechte bemängelte Abgeordnete Alev Korun (Grüne), dieser Bereich werde weit weniger ambitioniert angegangen als etwa die Vertretung der österreichischen Wirtschaftsinteressen im Ausland. Spindelegger verwies auf die Aktivi-

täten Österreichs im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und sprach von richtungsweisenden Initiativen, etwa beim Schutz von JournalistInnen. Österreich verfolge darüber hinaus im Menschenrechtsrat mit Nachdruck die Themen Religionsfreiheit und Rechte der Kinder, bekräftigte er. Als begleitende Maßnahmen zu den Sitzungen ist Österreich auch mit Veranstaltungen präsent, um dadurch die Ernsthaftigkeit seiner Anliegen zu unterstreichen, betonte Spindelegger überdies. Die Verfolgung auch von wirtschaftlichen Interessen durch das Ausenamt verteidigte der Ressortchef mit dem Argument, gerade in der derzeitigen Krisensituation sei es wichtig, mit einer aktiven Außenpolitik heimische Unternehmen zu unterstützen.

EU: Ländliche Entwicklung und Rabatt Schwerpunkte der Verhandlungen

Zum Thema Europäische Union, das unter anderem vom Abgeordneten Herbert Scheibner (BZÖ) angeschnitten wurde, hielt Spindelegger fest, Schwerpunkt bei den anstehenden Verhandlungen mit Brüssel über das Budget der Union sei aus österreichischer Sicht vor allem der Bereich ländliche Entwicklung. Nicht zur Disposition stehe zudem auch der österreichische Rabatt zum EU-Beitrag. Auf Fragen des Abgeordneten Werner Amon (ÖVP) steckte Spindelegger

überdies die österreichische Position zum Verhältnis der Union mit Südosteuropa ab. Bei Mazedonien schlägt Wien, wie der Minister mitteilte, den Beginn von Verhandlungen vor, die auch eine Lösung der strittigen Namensfrage zum Inhalt haben müssen. Den Dialog der EU mit Serbien unterstützt Österreich prinzipiell, positiv wird auch die Empfehlung der Europäischen Kommission bezüglich eines Kandidatenstatus für Albanien ab Dezember 2012 gesehen.

Südtirol: Spindelegger bekräftigt Schutzfunktion Österreichs

Eingang in die Debatte fand auch das Thema Südtirol. Mit scharfen Worten kritisierte Abgeordneter Gerhard Huber (BZÖ) die italienische Politik, wobei er Rom vorwarf, Südtirol finanziell auszuhöhlen. Der BZÖ-Mandatar forderte Österreich insbesondere auf, seine Schutzmachtfunktion auszuüben. Spindelegger hielt dem entgegen, Österreich Sorge nach wie vor für die Interessen Südtirols, die Bevölkerung in Südtirol könne sich darauf verlassen, daß Wien seine Schutzfunktion auch in Zukunft ausüben werde. Es gehe nicht an, nun auf einen Konflikt und eine Eskalation hinzusteuern, betonte Spindelegger und plädierte mit Nachdruck für eine Lösung allfälliger Probleme auf dem Weg des Dialogs. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Lopatka: Schutz unserer Landsleute im Ausland ist und bleibt zentrale Aufgabe des Außenministeriums

Unser Ziel ist es, BürgerInnen in Not im Ausland optimal zu unterstützen und ein effizientes konsularisches Krisenmanagement zu gewährleisten“, erklärte Staatssekretär Reinhold Lopatka vor dem Hintergrund der Diskussion über eine verstärkte EU-Zusammenarbeit im Konsularbereich. In Brüssel der Entwurf einer EU-Richtlinie über den konsularischen Schutz im Ausland verhandelt.

„EU-Delegationen erfüllen eine wichtige ergänzende Funktion neben unserem Vertretungsnetzwerk. Eines steht jedoch fest: Die Unterstützung der Österreicherinnen und Österreicher im Ausland ist eine Aufgabe, die in unseren Händen liegt und die wir nicht an Dritte auslagern wollen“, so Lopatka.

Seit 1993 sehe das EU-Recht vor, daß in Ländern, in denen ein Mitgliedsstaat nicht vertreten sei, in Not geratene EU-BürgerIn-

nen durch Vertretungen anderer Mitgliedsstaaten unterstützt werden müßten.

„Gerade die Krisen in Nordafrika haben gezeigt, daß die Zusammenarbeit unter den europäischen Partnern gut funktioniert und Österreich über die letzten Jahre eine hohe Professionalität im Krisenmanagement entwickelt hat. Wir konnten nicht nur unsere eigenen Landsleute unterstützen, sondern auch über hundert BürgerInnen aus anderen EU-Staaten bei der Ausreise helfen“, unterstrich Lopatka. So hätten die Österreichischen Botschaften in Kairo, Tripolis und Tunis sowie in Malta, Zypern und Griechenland beim Schutz der ÖsterreicherInnen und anderer UnionsbürgerInnen eine wichtige Rolle übernommen.

„In der laufenden Diskussion über eine verstärkte Zusammenarbeit auf EU-Ebene

bei konsularischen Dienstleistungen spricht sich Österreich dafür aus, daß auch die 140 EU-Vertretungen in Notfällen als Erstanlaufstelle fungieren. Eine europäische Regelung über eine engere Zusammenarbeit der Vertretungen der Mitgliedsstaaten muß allerdings einen klaren praktischen Mehrwert für unsere Landsleute haben und darf – in Zeiten der Budgetdisziplin – nicht mit Mehrkosten verbunden sein. Der von einigen Mitgliedsstaaten vorgeschlagene neue Mechanismus für eine Kostenerstattung wird von uns entschieden abgelehnt, bevor klar ist, ob er mehr nützt als kostet“, hielt der Staatssekretär fest. Es dürfe nicht dazu kommen, daß größere EU-Staaten ihr Vertretungsnetz querfinanzieren, indem sie kleinere Mitgliedsstaaten für konsularische Leistungen für deren Staatsbürger unkontrolliert zur Kasse bitten. ■

Österreich, Europa und die Welt

Österreichische Resolution zu Menschenrechten angenommen

Mit der österreichischen Resolution spricht die Weltgemeinschaft eine strenge Mahnung gegen Folter, unmenschliche Haftbedingungen oder überlange Untersuchungshaft aus. Menschenrechtsverletzungen in Justiz und Strafvollzug dürfen wir nicht tolerieren – nirgends auf der Welt. Österreich leistet mit dieser Resolution einen Beitrag zur weltweiten Förderung der Rechtsstaatlichkeit und scheut auch nicht davor zurück, schwierige Themen deutlich anzusprechen“, so Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger am 22. November anlässlich der Annahme der österreichischen Resolution zu Menschenrechten in der Justiz durch das Menschenrechtskomitee der UNO-Generalversammlung. Die Resolution wurde im Konsens angenommen; 72 Staaten erklärten ihre besondere Unterstützung für den Text.

Ein Schwerpunkt der österreichischen Initiative ist insbesondere der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Kontakt mit

der Justiz und deren anschließende Rehabilitation und Resozialisierung. Spindelegger weiter: „Todesstrafe und lebenslange Haft für Minderjährige sind inakzeptabel, das stellt unsere Resolution unmißverständlich klar. Aber auch Gewalt gegen Kinder – ob in Haft, in einem geschlossenem Heim oder einer psychiatrischen Anstalt – ist absolut verboten. Die Resolution fordert von allen Staaten wirksame Maßnahmen, um Gewalt bestmöglich zu verhindern. Dies ist auch ein Ergebnis der im Jänner in Wien abgehaltenen internationalen Experten-Konsultationen. Ich freue mich, daß es gelungen ist, mit dem Wiener Treffen wichtige Vorarbeiten zu leisten und neue Denkanstöße für die Verhinderung von Gewalt an Kindern im Freiheitsentzug zu liefern.“

Österreich setzt sich seit Jahren in der UNO mittels Resolutionsinitiativen im Genfer Menschenrechtsrat und der Generalversammlung in New York für die Einhaltung



Foto: BMeIA / Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Außenminister Michael Spindelegger

von Menschenrechtsstandards in der Justiz ein. ■

Staatssekretär Lopatka startet Europa-Informationstour »Darum Europa«



Foto: ÖVP

Reinhold Lopatka
Staatssekretär im Außenamt

Die Europäische Union begegnet uns derzeit täglich: Eurokrise, Griechenland-Hilfe und Rettungsschirm stehen ganz oben auf der Tagesordnung. Dazu gibt es bei den Bürgerinnen und Bürgern viele Fragen und auch berechtigte Sorgen. Mißverständnisse treten auf, falsche Behauptungen geraten in Umlauf. Die Skepsis und Sorgen der BürgerInnen verleiten zu falschen Rezepten: Zurück zum Schilling und raus aus dem Euro“,

so Staatssekretär Lopatka am 21. November anlässlich des Starts der „Darum Europa“ Tour des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.

„Mein Anliegen ist es, Fakten und Perspektiven falschen Behauptungen und Angstparaden gegenüberzustellen“, hielt Lopatka fest. „Es gibt eindeutige Berechnungen, die die Vorteile der Mitgliedschaft Österreichs in der EU belegen: 6 von 10 Euro verdienen wir in Österreich durch Exporte, 70 Prozent unserer Exporte gehen in den EU-Raum“, so Lopatka. „Seit unserem Beitritt 1995 wurden jährlich 13.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und ein Austritt aus dem Euro-Raum würde zum Verlust von mehr als 100.000 Arbeitsplätzen führen.“

Am 21. November startete der Staatssekretär mit seiner Europa-Tour beim Wiener Unternehmen Kapsch und er wird sich in den kommenden Monaten Österreicherinnen und Österreichern in zahlreichen Unternehmen in allen Bundesländern als Ansprechpartner für alle EU-Fragen zur Verfügung stellen, Informationen vermitteln und einen offenen Dialog über Österreich in der EU führen. Die Veranstaltungen sollen insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit für Fragen und Diskussionen zum Thema EU geben. ■

Mongolei wird 57. Mitglied der OSZE

Mit 21. November haben die Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa der Aufnahme der Mongolei als 57. Mitglied zugestimmt. „Ich sehe diesen Beschluß als Bestätigung der demokratischen Entwicklungen und Fortschritte in der Mongolei. Ich freue mich über die von allen OSZE-Staaten geteilte Bereitschaft, die Mongolei in die OSZE-Familie aufzunehmen, die sich dadurch auch nach den neuen Sicherheitsherausforderungen ausrichtet“, so Außenminister Michael Spindelegger.

„Österreich unterhält mit der Mongolei seit vielen Jahren freundschaftliche diplomatische Beziehungen und ich habe den Beitrittsantrag der Mongolei zur OSZE von Anfang an unterstützt. Die Verpflichtungen und Mechanismen der OSZE werden dazu beitragen, die demokratische Entwicklung der Mongolei weiter zu stärken und Frieden, Stabilität und Wachstum in der Region abzusichern.“ Die Aufnahme der Mongolei ist zugleich eine Bestätigung der Relevanz und Attraktivität der in Wien ansässigen Organisation und zeigt die Fähigkeit dieser größten Regionalorganisation der Vereinten Nationen, gemeinsam Beschlüsse von politischer Tragweite zu fällen. Die Erweiterung des Sicherheitsraumes am östlichen Ende durch diesen aufstrebenden Staat ist eine Bereicherung für alle Seiten. ■

Österreich, Europa und die Welt

10 Jahre Haager Kodex – Österreich im Dienste der Abrüstung

Österreich redet nicht nur, sondern leistet beständig seinen Beitrag für eine Welt ohne inhumane Waffensysteme“, so Vizekanzler und Außenminister Michael Spindlberger am 23. November anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Unterzeichnung des internationalen Kodex gegen die Verbreitung ballistischer Raketen. Er verwies damit einerseits auf das Verbot von Antipersonenminen und Streumunition, für das sich Österreich in der Vergangenheit erfolgreich eingesetzt hatte, andererseits auf die laufend notwendige Unterstützung der relevanten Organisationen, die teilweise auch in Wien angesiedelt sind, nämlich vor allem für den nuklearen Bereich.

„Nur mit dem Engagement aller interessierten Parteien kann ein zielgerichteter Prozeß zur Schaffung einer Welt ohne inhumane Waffensysteme aufrechterhalten werden. Profitieren würde davon jeder einzelne

in Österreich. Denn nur durch Frieden und ohne der konstanten Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen können wir unseren Wohlstand sichern und weiter ausbauen“, erläuterte der Außenminister die Bedeutung der österreichischen Abrüstungsbemühungen. Als Sitzstaat internationaler Organisationen nimmt Österreich seinen Beitrag für eine sichere Welt besonders ernst. Neben der internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) und dem Sekretariat für die Überwachung des umfassenden Atomteststopps (CTBT) gibt es auf globaler Ebene mit österreichischer Unterstützung nunmehr eine Zweigstelle des New Yorker UNO Abrüstungsbüros auch in Wien. Außerdem sind eine Reihe der internationalen Exportkontrollregime in Wien verankert.

Der Haager Kodex wurde in Den Haag am 25. November 2002 unterzeichnet, wobei Österreich seither die Funktion des Exekutivsekretariats und interner Kontaktstelle ausübt und die jährlich wechselnden Vorsitzländer in ihrer Arbeit unterstützt. Mit diesem Kodex wurde die bisher einzige Regelung getroffen, nach der sich die mittlerweile 134 Unterzeichnerstaaten freiwillig zu umfassendem Informationsaustausch über Raketen- und Raumfahrtspolitik sowie zur gegenseitigen Ankündigung von Raketenstarts verpflichten. Die Organisation der regulären Treffen der Unterzeichnerstaaten und die Betreuung des Datenaustausches obliegt Österreich. Mit einem Empfang in der UNO City am 23. November hat der Generalsekretär des Außenministeriums, Botschafter Johannes Kyrle, zusammen mit dem koreanischen Vorsitzenden, Botschafter Hyun Cho, unter Beisein der Vertreterin des UNO Generalsekretärs mit dem diplomatischen Corps der bisherigen Erfolge gedacht und auf die noch ausstehende Arbeit hingewiesen. ■

PaN-Preis 2012 für die »Österreichisch-Belgische Gesellschaft«

Seit 1992 fördert die Österreichisch-Belgische Gesellschaft mit großem Engagement die Freundschaft und das gegenseitige Verständnis zwischen Belgien und Österreichern und trägt damit wesentlich zum bilateralen Austausch zwischen unseren beiden Ländern bei“, hielt Staatssekretär Reinhold Lopatka am 13. November anlässlich der Verleihung des PaN-Preises 2012 an die Österreichisch-Belgische Gesellschaft (ÖBG) fest.

Auf Initiative des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften (Partner aller Nationen – PaN) vergibt das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten einmal jährlich den PaN-Preis. Dieser seit dem Jahr 2006 vergebene Preis würdigt außergewöhnliche Leistungen einzelner Freundesgesellschaften.

„Für das Jahr 2012 fiel die Wahl auf die „Österreichisch-Belgische Gesellschaft“. Diese hat über die letzten 20 Jahre die Beziehungen zwischen Österreich und Belgien verstärkt und vertieft. So zum Beispiel mit dem internationalen Symposium „500 Jahre Mercator“, das sich mit der Kartographie im Reich der Habsburger im XVI. Jahrhundert befaßt“, erklärte der Staatssekretär.

Die Würdigung fand in Anwesenheit des belgischen Botschafters Frank Recker, sowie Mitgliedern des Diplomatischen Corps im Marmorsaal des Außenministeriums statt.



Foto: Österreichisch-Belgischen Gesellschaft

Staatssekretär Reinhold Lopatka, der Präsident der Österreichisch-Belgischen Gesellschaft Stefaan Missinne, der Botschafter von Belgien, S.E. Mag. Frank Recker, und der designierte P.a.N.-Präsident Oskar Wawra (v.l.)

Die Österreichisch-Belgische Gesellschaft wurde am 9. Juni 1992 in Wien gegründet und setzt sich als aktives PaN-Mitglied für vorurteilsfreie Völkerfreundschaft, den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft, sowie einen gleichberechtigten Dialog zwischen den Nationen, Kulturen und Konfessionen ein. „Es ist erfreulich, daß sich die Gesellschaft auch als Plattform aller ca. 2000 derzeit in Österreich lebenden Belgierinnen und Belgier versteht und einen wichtigen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnisses

leistet“, so der Staatssekretär bei den Feierlichkeiten.

Die ÖBG versteht sich als Plattform aller in Österreich lebenden Belgier, die sich zu gemeinsamen Feiern, Ausflügen oder kulturellen Veranstaltungen mit ihren Landsleuten treffen wollen und ist ein Beispiel einer gelungenen Integration. Mehr Informationen über die ÖBG, ihre Geschichte und Aktivitäten, Photos und ihre Zeitung „Atomium“ finden Sie auf der Homepage der ÖBG. ■

<http://www.oebg.at>

EU-Kommissarin Reding in Graz

EU-Kommissarin Viviane Reding traf Landeshauptmann und EU-Landesrat – wichtige Steiermark-Themen wurden besprochen

Am 5. November traf EU-Kommissarin Viviane Reding im Rahmen ihres Steiermark-Tages mit dem steirischen Landeshauptmann Franz Voves, mit Europa-Landesrat Christian Buchmann sowie mit dem steirischen EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried. Im Rahmen eines Mittagessens auf dem Grazer Schloßberg wurden wichtige Steiermark-Themen diskutiert. So sprach der Landeshauptmann die steirische Sichtweise betreffend die Bedeutung der Transeuropäischen Netze (TEN) an. „Der Baltisch-Adriatische Korridor, der rund 40 Millionen Menschen aus europäischen Regionen zwischen der Ostsee und der Adria verbindet, ist auch für unseren Wirtschafts- und Lebensstandort von eminenter Bedeutung. Die Steiermark, die dank der gut voran schreitenden Arbeiten an Semmering-Basistunnel und Koralmbahn sowie mit der Nahverkehrsdrehscheibe in der Landeshauptstadt bestens in diese transeuropäische Verkehrsader eingebunden sein wird, kann davon vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht profitieren“, so LH Franz Voves.

Landesrat Buchmann sprach über die steirischen Initiativen im Europaressort, wie zum Beispiel die Europastrategie und den Kroatien-Schwerpunkt, und verwies außerdem darauf, daß die Steiermark vom EU-Ausschuß der Regionen (AdR) zur „Unternehmerregion 2013“ gekürt worden ist. „Ich will die Steiermark als eine starke europäische Region positionieren. Der Nutzen Europas muß für die Steirerinnen und Steirer erkennbar sein. Wichtig ist mir vor allem, die Bürger in der Europafrage von Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Aus diesem Grund hat die sachliche Kommunikation über europäische Themen mit der steirischen Bevölkerung absolute Priorität“, berichtete Buchmann. Einen besonderen Fokus legt der Europalandesrat dabei auf die Jugend. Mit dem Projekt „Steirische Schülerinnen und Schüler in der EU“ fördert das Europaressort Reisen von steirischen Schülern nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg mit 100 Euro pro Schüler. Heuer wurden bereits 500 SchülerInnen unterstützt. Das Projekt wird 2013 fortgesetzt.

In seiner Funktion als Wirtschafts- und Kulturlandesrat formulierte Buchmann auch



Foto: Frankl

v.l.: LR Christian Buchmann, EU-Kommissarin Viviane Reding, LH Franz Voves und EU-Abg. Jörg Leichtfried auf dem Grazer Schloßberg

konkrete Anliegen an die Vizepräsidentin der EU-Kommission. Die EU-Kommission plant, in der Periode 2014 bis 2020 weniger Fördermittel für stärker entwickelte Regionen zur Verfügung zu stellen. „Die Steiermark hat seit dem EU-Beitritt 1995 insgesamt 2,2 Milliarden Euro an EU-Mitteln bekommen, mit denen wichtige Projekte, vor allem für die ländliche Entwicklung, die Infrastruktur und die Wirtschaft unterstützt worden sind. Seit dem EU-Beitritt ist außerdem die Zahl der Beschäftigten in der Steiermark um 69.500 gestiegen. Davon können zwei Drittel der neuen Arbeitsplätze direkt dem EU-Beitritt zugeschrieben werden. Die EU-Mittel sind daher auch weiterhin von entscheidender Bedeutung für die Steiermark, um die Unternehmen bei ihrem Wachstum zu unterstützen“, appellierte Buchmann an die Vizepräsidentin.

Im Kulturbereich kritisierte Buchmann die Tatsache, daß auf Grund der aktuellen Rahmenbedingungen nur Kulturinstitutionen EU-Förderungen in Anspruch nehmen können. „Es ist wichtig, daß in Zukunft vermehrt auch Künstler und Kulturschaffende sowie kleine Initiativen in den Genuß von EU-Förderungen kommen können.“

Abends nahm Viviane Reding in der Aula der Alten Universität gemeinsam mit Außenminister Michael Spindelegger und Landesrat Buchmann an einem „Townhall Meeting“ teil, bei dem die Bürger den zuständi-

gen Politikern Fragen stellen und ihre Anliegen vorbringen können. Das kann quasi als Auftakt zum Jahr 2013 gesehen werden, das die EU-Kommission ja zum „europäischen Jahr der Bürger“ bestimmt hat.

Für Außenminister Michael Spindelegger ist, wie er in Graz erklärte, klar: „Die Krise zeigt uns, daß wir uns in Europa neu aufstellen müssen, um weltweit wieder eine Spitzenstellung zu erlangen. Wir müssen auf qualitatives Wachstum setzen, und ohne Wettbewerb wird es nicht gehen.“

Die Reform der EU darf aber, wie EU-Kommissarin Viviane Reding betonte, „nicht im stillen Kämmerlein“ stattfinden. Veranstaltungen wie das „Townhall-Meeting“ würden zeigen, daß der Dialog mit den Bürgern gesucht wird. Ein Ergebnis könnte sein, daß der EU-Kommissionspräsident von der Bevölkerung gewählt wird. Und Spindelegger hat viel vor für die EU: „Wir müssen etwas Eigenes bauen, wir brauchen mehr Transparenz und Bürgernähe.“

Townhall-Meetings finden in Österreich unter dem Motto „Europa mitgestalten“ auf Initiative der Vertretung der EU-Kommission in Österreich und des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten statt. Es sind Treffen von BürgernInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen, die als Bürgerdialoge in allen Mitgliedsstaaten Bürgerdialoge durchgeführt werden. ■

»Der Europäische Landbote«

Sensationeller Erfolg bei Diskussion über Menasses Essay »Der Europäische Landbote« in Brüssel – 300 BesucherInnen bei Veranstaltung des Wien-Hauses

Am 21. November fand in Brüssel eine Diskussion mit dem österreichischen Autor Robert Menasse, EU-Regionalkommissar Johannes Hahn und Ulrike Guérot vom European Council of Foreign Relations statt. Die Veranstaltung wurde vom Verbindungsbüro der Stadt Wien, dem Österreichischen Kulturforum in Belgien, dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur sowie der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen gemeinsam ausgerichtet. Der Leiter der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Rainer Steffens, und die Leiterin des Wien-Hauses, Michaela Kauer, konnten rund 300 Gäste begrüßen. Grund für den großen Andrang in die Brüsseler Räumlichkeiten von Nordrhein-Westfalen war das Interesse an Robert Menasses Erfolgsskizze „Der Europäische Landbote“, in dem der Autor eine Vision darstellt, wie sich die Europäische Union in demokratischer Hinsicht weiterentwickeln kann. Die streitbare Lektüre skizziert eine Entstehung weg von einer Ansammlung von Nationalstaaten hin zu einer modernen, demokratischen, europäischen Republik.

Zur Einführung in die Debatte erläuterte der Autor die wesentlichen Fragen, die sich die Politik aus seiner Sicht zur aktuellen Lage der Europäischen Union stellen müsste – dies aber bisher verabsäumt habe. Menasse am Ende seines Statements: „Es ist unmöglich, eine politische Entscheidung zu treffen, ohne zu hinterfragen, was das Ziel ist. So wie die Politik der Krise begegnet, rettet sie heute den Euro, morgen rettet sie wieder heute den Euro und übermorgen rettet sie wieder perspektivenlos heute den Euro.“

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, unterstrich die zentrale Bedeutung der Regionen für den demokratischen Partizipationsprozeß: „In einer immer komplexer werdenden Realität bleiben die Regionen der zentrale Bezugspunkt, mit dem sich die Menschen identifizieren können. Es ist daher aus demokratiepolitischer Sicht wichtig, die Regionen in den EU-Entscheidungsprozeß einzubinden. Der Vertrag von Lissabon gewährleistet dies mit der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Eine Stärkung der Regionen ist auch der Garant dafür, daß die Europäische



Foto: Fred Beard / Wien-Haus Brüssel

EU-Regionalkommissar Johannes Hahn, Autor Robert Menasse und Ulrike Guérot vom European Council of Foreign Relations bei der Diskussion am 21. November

Union bei aller notwendigen Bündelung der Kompetenzen ihre Vielfalt und ihren Reichtum an kulturellen Traditionen bewahrt.“

Ulrike Guérot zeigte sich zuversichtlich, daß es eine tektonische Verschiebung in der vom Schriftsteller Menasse kritisierten deutschen Europapolitik gibt. Die Frage, die sich aus ihrer Sicht heute stelle, sei: „Bleibt Europa beim Aufräumen mit Klientelpolitik, mit dem Regulieren der Banken, etc. stecken oder bekommen wir wirklich einen neuen Impuls für die europäische Integration?“

Die Leiterin des Wien Hauses, Michaela Kauer, bezeichnete Menasses Essay als wichtige Unterstützung beim europäischen Diskurs und betonte, daß sich dieser Beitrag dadurch auszeichne, daß er auf vielen europäischen Ebenen diskutiert werde und nicht – wie Werke zu verwandten Themen – ausschließlich eine Binnendebatte im Heimatland des Autors auslöse. Die Chancen, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie auf europäischer Ebene zu leisten, seien damit so hoch wie selten. „Die Stadt Wien schätzt Menschen, die kontroverse Diskurse anstoßen. Ein solches Zeichen der Wertschätzung ist auch das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien, welches im April 2010 an Robert Menasse verliehen

wurde. Diese Veranstaltung ist aber auch eine Selbstverständlichkeit. Denn Wien ist eine weltoffene, europäische Stadt und somit im Sinne der Aufklärung einer permanenten Diskussion zu europäischen Themen verpflichtet“, so Kauer abschließend.

Das Publikum vereinigte eine Vielzahl an RepräsentantInnen verschiedener EU-Institutionen, Länderbüros und Interessenvertretungen, die sich zu den angesprochenen Themen rege zu Wort meldeten. Ein Diskussteilnehmer sprach von einer Krise der Medien und bedauerte, daß es keinen richtigen investigativen Journalismus in Brüssel und Berlin gäbe. Eine andere Teilnehmerin stellte die Frage, ob ein Mehr an europäischer Demokratie etwa auch durch transnationale Listen bei den Europawahlen zu erreichen wäre.

Das Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel (Wien-Haus) dient als Verbindungsglied zwischen der Stadt Wien und ihren Organisationen und Unternehmen auf der einen Seite und den europäischen Institutionen und Entscheidungsträgerinnen und -trägern auf der anderen Seite und fungiert als wichtige Kommunikationsdrehscheibe der Wiener Europapolitik. ■

<http://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/wien-haus/>

Euregio Senza Confini

Sternstunde der Regionen – LH Dörfler unterzeichnete mit Präsidenten Zaia und Tondo den Gründungsvertrag der »Euregio Senza Confini – ohne Grenzen«



Foto: LPD/Josef Bodner

V.l.: Christian Berlakovits als Österreichs Botschafter in Rom, Landesrat Elio De Anna aus Friaul-Julisch Venetien, Istriens Präsident Ivan Jakovcic, die Präsidenten des Veneto und Friaul-Julisch Venetiens, Luca Zaia und Renzo Tondo, Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler und Dimitrij Rupel als Generalkonsul der Republik Slowenien in Triest nach der Unterzeichnung

Die „Euregio Senza Confini – ohne Grenzen“ ist nun endgültig Wirklichkeit. Am 27. November wurde der Gründungsvertrag zu diesem Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) von den Präsidenten des Veneto und Friaul-Julisch Venetiens, Luca Zaia und Renzo Tondo, sowie von Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler feierlich im Palazzo Balbi in Venedig unter Aufsicht des Rechtsvertreters Pierpaolo Zagnoni unterzeichnet. Anwesend waren das Regierungsteam der Region Veneto, Istriens Präsident Ivan Jakovcic, Dimitrij Rupel als Generalkonsul der Republik Slowenien in Triest, Christian Berlakovits als Österreichs Botschafter in Rom sowie die für internationale Zusammenarbeit zuständigen Landesräte Elio De Anna aus Friaul-Julisch Venetien und Oriano Otocan aus Istrien. Teilnehmer aus Kärnten waren Landesamtsdirektor Dieter Platzer und Beraterin Petra Oberrauner.

„Wir können von einer Sternstunde dreier Regionen sprechen. Wir wollen die Zukunft gemeinsam entwickeln ein kleines vitales Europa an der oberen Adria sein“, so Dörfler. Er verwies auf den gemeinsamen historischen Erfolg in Brüssel um die Baltisch-Adriatische Achse, welche enorme Chancen

für die Adria-Häfen und den „Dry Port“ Fürnitz bieten werde. Die Zusammenarbeit wolle man u.a. bei alternativen und erneuerbaren Energien, Tourismus, Infrastruktur, Kultur, Forschung und Entwicklung, Verkehr und Logistik sowie bei der Bildung als wichtigste Kernaufgabe forcieren. Die Jugend solle im Alpen-Adria-Raum studieren und ihre Zukunftschancen nutzen können. Dörfler forderte ein Comeback der Industrie und sagte, dass man auch das Know-how im Hochwasserschutz austauschen wolle. Alle Länder der Euregio würden sich als Brücken zu den jeweiligen Nachbarländern verstehen. Man wolle gemeinsam und partnerschaftlich stärker werden und für gleiche Wettbewerbschancen kämpfen. „Wir sind jetzt eine strake Einheit und haben die Vision des Arbeitens“, meinte der Landeshauptmann, der sich besonders über die Anwesenheit von Jakovcic und Rupel freute, welche die Beitrittswilligkeit Istriens und Sloweniens ausdrücke. Die „Euregio Senza Confini – ohne Grenzen“ werde ein Raum mit Sprachen- und Kulturreichvielfalt sowie mit neun Millionen Einwohnern sein.

Wie Dörfler drückten auch Zaia und Tondo die Hoffnung aus, daß auch Istrien und Slowenien bald der Euregio beitreten

werden. „Ein neuer Teil Europas ist geboren. Wir wollen unsere Beziehungen weiterentwickeln“, sagte Zaia und zeigte sich erleichtert, daß endlich diese gesetzliche Institution des EVTZ geschaffen wurde, für die es erst im Juli grünes Licht aus Rom gab. Er dankte allen Mitwirkenden und bezeichnete Dörfler als Vorkämpfer für die Euregio. Tondo sprach von einem guten Startsignal für die Zukunft, Ziele und Wege müßten immer wieder neu definiert werden. Er appellierte an die öffentlichen Verwaltungen, im Sinne der europäischen Kooperation aktiv mitzumachen.

Jakovcic bekräftigte den Willen Istriens, ebenfalls Mitglied zu werden, sobald Kroatien der EU beitrete. Rupel betonte, daß es sehr nützlich sei, Slowenien miteinzubinden, EVTZ würden immer wichtiger. Berlakovits ist sich sicher, daß die Zusammenarbeit Nutzen für alle Regionen bringen werde und auch wichtig für künftige Beitrittsregionen sei.

Die „Euregio Senza Confini – ohne Grenzen“ ist der fünfte EVTZ in Italien, aber in dieser Art der Statuten einzigartig. Erste trilaterale Regierungsgespräche zu den strategisch wichtigen Inhalten sollen Anfang nächsten Jahres in Kärnten stattfinden. ■

Donau.Räume

Spannende Diskussion über Trennendes und Verbindendes sowie über die Chancen im Donaunraum bei den Kremser Kamingsgesprächen



Foto: Volkskultur Niederösterreich

Michael Battisti, ORF Niederösterreich, Elisabeth Vavra, Direktorin des Instituts für Realienkunde des Mittelalters und der frühen Neuzeit, Peter de Martin, Generalsekretär der ARGE Donauländer, mit dem Gastgeber der Kremser Kamingsgespräche und Geschäftsführer der Volkskultur Niederösterreich, Edgar Niemeczek (v.l.)

Zum zweiten Kamingsgespräch der Reihe Donau.Visionen konnte Gastgeber und Volkskultur Niederösterreich-Geschäftsführer Edgar Niemeczek die Direktorin des Instituts für Realienkunde des Mittelalters und der frühen Neuzeit, Elisabeth Vavra, und den Generalsekretär der ARGE Donauländer, Peter de Martin, begrüßen. ORF Niederösterreich Moderator Michael Battisti leitete eine spannende Diskussion über Trennendes und Verbindendes sowie über die Chancen der Donau.Räume.

Historisch betrachtet nahm die Donau lange Zeit eine trennende Funktion ein, wies Elisabeth Vavra gleich bei ihrem Eingangstatement hin. Denn die unterschiedlichsten Kulturen und Ethnien siedelten sich entlang der Donau an. Das mache aber zugleich die Faszination des Donaunraumes aus. Die verschiedensten kulturhistorischen Epochen sind entlang der Donau zu sehen. Einflüsse aus Byzanz und dem Osmanischen Reich verbinden sich mit der westlich orientierten Welt. Unterschiedliche Religionen, Weltanschauungen und politische Systeme reiben sich aneinander und führen zu Konflikten und Unverständnis zwischen den einzelnen Ländern und Regionen. Elisabeth Vavra will den Donaunraum als „Gedächtnisraum“ auf-

bauen, indem die gemeinsame Geschichte der Anrainerstaaten aufgearbeitet wird. Der Donaunraum war immer schon ein Migrationsraum in dem die unterschiedlichsten Völker einwanderten. Erst wenn das Verständnis und die Toleranz zwischen den Kulturen wachsen, kann sich eine eigene Identität der Donauräume entwickeln.

In diesem Spannungsfeld der unterschiedlichen Erwartungen, Voraussetzungen und Mentalitäten arbeitet Peter de Martin. Es sei noch ein langer Weg, bis das gesamte Potential des Donaunraums ausgeschöpft ist. Man dürfe nicht vergessen, daß erstmals 1982 vom damaligen Landeshauptmann von Niederösterreich Siegfried Ludwig die Gründung einer „Donauregion“ angedacht wurde und erst 1990 erfolgte die Gründung der ARGE Donauländer durch die Unterzeichnung einer „Gemeinsamen Erklärung“ der Regierungschefs in Maria Taferl. Mit dem in Kraft treten der Donaustategie im Juni 2011 bestehe nun eine große Chance, die Idee einer gemeinsamen Donauregion ernsthaft umzusetzen. Sie entspreche dem Subsidiaritätsprinzip der Europäischen Union und alle Staaten sind gefordert, sich an der Zusammenarbeit im Bereich der Schifffahrt, des Umweltschutzes, der Kultur, der Ener-

giegewinnung und des Tourismus zu beteiligen. Aktuell wird an 254 Projekten gearbeitet, die die Donauregion als Einheit für die Bevölkerung aber auch für Investoren sichtbar machen. „Aufgrund der Donaustategie beginnen sich auch asiatische Länder für den Donaunraum zu interessieren“, so Peter de Martin, der die Donaustategie als wichtigen wirtschaftlichen Motor für die gesamte Region sieht. Denn nur durch eine soziale und ökonomische Ausgeglichenheit der Anrainerstaaten ist ein friedliches Nebeneinander möglich. So könnte die Donauregion eine Schlüsselregion für die gesamte Europäische Union werden. ■

<http://www.volkskultureuropa.org>

Seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Donauländer am 17. Mai 1990 in Niederösterreich konnten viele Projekte diskutiert, vorbereitet und zu einem positiven Abschluß gebracht werden. Ziel ist es dabei immer, der „Gemeinsamen Erklärung“ treu zu bleiben und einen Beitrag zur friedlichen Entwicklung im Donaunraum zu leisten.

Die „Kulturstraße Donau“ und damit die „Kulturkarte“ ist nur eines dieser grenzübergreifenden Projekte.

<http://argedonau.at>

AuslandsNiederösterreicherInnen-Treffen in St. Pölten / Nachtrag

Beitrag von Werner Götz, Vizepräsident des Auslandsösterreicher Weltbunds (AÖWB)

Wegen eines Datenträgerfehlers war der Tonmitschnitt der Beiträge von Gesandtem Georg Woutsas und Werner Götz, Vizepräsident des Auslandsösterreicher Weltbunds (AÖWB), leider nicht möglich. Werner Götz hat uns in der Zwischenzeit sein Manuskript überlassen, wodurch es uns möglich ist, den Beitrag über das AuslandsNiederösterreicherInnen-Treffen in St. Pölten 2012 zu ergänzen.

Den Hauptbericht finden Sie in der „Österreich Journal“ Magazin-Ausgabe 112.

Werner Götz

Als Vizepräsident erinnerte Werner Götz an das Gründungsjubiläum, das der AÖWB in diesem Jahr begeht: „Vor 60 Jahren, im Jahr 1952, wurde in Dornbirn der ‚Weltbund der Österreicher im Ausland‘ gegründet – im Sinne der Berufung einer möglichen Exilregierung, für den Fall, daß Österreich längerfristig von den Siegermächten besetzt bleiben würde. Wir wurden, Gott sei Dank, durch unseren Staatsvertrag relativ frühzeitig unter der Voraussetzung der ‚immerwährenden Neutralität‘, ein freies Land.“

Nun wurde der „Weltbund“ die Vertretung der im Ausland befindlichen Staatsbürger und später auch der sogenannten „Herzensösterreicher“, jener Bürger also, die ehemals Staatsbürger oder deren Eltern oder Großeltern österreichische Staatsbürger waren.

„Es ist auch, unter anderem, durch die Mitarbeit des Weltbundes gelungen, die Wahlmöglichkeit zum österreichischen Parlament und zur Bundespräsidentenwahl für jene österreichischen Staatsbürger, die ständig im Ausland leben, durchzusetzen. Mit Hilfe des Individualantrages des Auslandsösterreichers Klaus Heiss wurde dies überhaupt erst möglich“, so Götz.

„Die Aufgabe des Vorstandes des Weltbundes ist es seit Jahren, eine Brücke zu bauen zwischen dem Staat Österreich, dessen Bundesländern und den im Ausland lebenden Staatsbürgern. Wir wollen diese Bindung aufrecht erhalten und festigen. Unsere Aufgabe ist es auch, die Bürger, die eine herzliche Bindung zu ihrer Heimat Österreich beibehalten haben für die Republik als dauerhafte positive Botschafter behalten zu können. Wir wollen unsere Bürger als positive Multiplikatoren für Österreich und das jeweilige Bundesland gewinnen und erhalten.“



Foto: Österreich Journal

AÖWB-Vizepräsident Werner Götz während seines Beitrags in St. Pölten

Als besondere Aufgabe sieht es der AÖWB, die AuslandsösterreicherInnen zu gewinnen, das über Jahrzehnte geforderte und nun auch seit über 20 Jahren erkämpfte Wahlrecht auszuüben. „Wir fordern unsere Staatsbürger auf, sich in ihrer Heimatgemeinde zu melden und das Wahl-Abo einzufordern.“

Nur wenn es dem Weltbund gelingt unsere AuslandsbürgerInnen zu überzeugen, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen, werden wir auch im Inland, von den politischen Parteien, ernst- und wahrgenommen.“

Aus diesem Grund fordere der AÖWB österreichische Bürger, die zur Zeit im Ausland leben, auf, an der Wehrpflicht-Volks-

befragung, die am 20. Jänner 2013 stattfinden wird, teilzunehmen. „Abschließend bitte ich Sie, an der nächsten Weltbundtagung, die im Anschluß an das nächste AÖ-NÖ-Treffen im September 2013 stattfinden wird, teilzunehmen und zwar vom 5. bis 8. September 2013 in der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Teilnehmer, die am VIP-Treffen der Auslands-Niederösterreicher teilnehmen werden, auch nach Linz weiterreisen werden. Ich freue mich darauf, Sie im nächsten Jahr zuerst in St. Pölten und im Anschluß bei der Weltbundtagung in Linz treffen zu können!“, schloß Werner Götz.

<http://www.weltbund.at>



Foto: Österreich Journal

Werner Götz, hier im Bild mit Regina Stierschneider von der AuslandsNiederösterreicherInnen-Abteilung der NÖ Landesregierung beim Ausflug zu Egger

Zwei Künstlerinnen in der Ausstellungsbrücke

Werke von Christa Gattringer und Gisela Wipplinger Adler

Anlässlich des AuslandsNiederösterreicherInnen-Treffens in St. Pölten 2012 präsentierte die Ausstellungsbrücke nach der Sommerpause zwei niederösterreichische Künstlerinnen, die im Ausland leben und arbeiten: Christa Gattringer und Gisela Wipplinger Adler. Nach der Begrüßung durch Peter de Martin, Leiter der Geschäftsstelle für AuslandsniederösterreicherInnen im Amt der NÖ Landesregierung, wandte sich Ilona Slawinski von der Abteilung Auslandskultur an die AusstellungsbesucherInnen und berichtete über die Vielzahl der im Ausland lebenden Kunstschaffenden mit niederösterreichischen Wurzeln. LABg. Erika Adensamer, Kultursprecherin der ÖVP NÖ, schließlich eröffnete die Ausstellung in Vertretung von Landeshauptmann Erwin Pröll, der wegen eines schon lange zuvor zugesagten Termins verhindert war. In Niederösterreich habe die Kultur einen festen Platz. Gerade in den vergangenen Jahren habe es in diesem Bereich eine beispielhafte Entwicklung gegeben, und die NÖ Kultur sei sowohl im In- und Ausland anerkannt. „Dieser Werdegang basiert einerseits auf einem ausgewogenen Verhältnis zwischen der so genannten Hochkultur mit Hotspots wie Grafenegg, dem Landesmuseum oder dem Rainer-Museum in Baden und einer florierenden Regionalkultur. Andererseits sind dafür die umgesetzten Maßnahmen wie die im Kultugesetz festgeschriebene Freiheit der Kunst, die Investitionen in die kulturelle Infrastruktur sowie die eingesetzten finanziellen Mittel zur Förderung von Kunst- und Kulturprojekten verantwortlich. Wir werden



Oben: Künstlerin Gisela Wipplinger Adler (l.) mit Ilona Slawinski, von der NÖ Auslandskultur. Das Bild unten zeigt LABg. Erika Adensamer (l.) mit der Künstlerin Christa Gattringer



Besucher der Ausstellung von Christa Gattringer und Gisela Wipplinger Alder in der Ausstellungsbrücke im NÖ Landhaus

AuslandsNiederösterreicherInnen-Treffen in St. Pölten / Nachtrag

auch in Zukunft diesen Weg der Kunst- und Kulturförderung fortsetzen, denn wir wissen: Kultur schafft Arbeitsplätze für viele und Werte für alle“, so Adensamer. „Mit der Kultur in Niederösterreich auch hohe Lebensqualität und hohe Zufriedenheitswerte verbunden sind. So bezeichnen 88 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher unsere Heimat als Kulturland. Diese Zustimmung erfährt Niederösterreich auch seitens der Künstlerinnen und Künstler, die das kunstfreundliche Klima in unserem Land erkannt und schätzen gelernt haben. Ich erachte es als Kompliment, wenn Künstlerpersönlichkeiten wie Kristina Sprenger, Felix Mitterer, Peter Turrini oder Michael Haneke ihren Aufenthaltsort nach

Niederösterreich verlegen“, so Adensamer. **Christa Gattringer** hat ihr Studium in Großbritannien abgeschlossen. Ihre künstlerische Arbeit bewegt sich zwischen Grafik und Fotografie. Die meist serienhaften Arbeiten sind graphisch abstrahierte und emblematisch erweiterte Momentaufnahmen von Naturerfahrungen und Kunstwahrnehmungen. Mit Buntstiften bearbeitete Digitalfotografien auf Transparentpapier setzen sich vor allem mit Liegeengebliebenem, Weggeworfenem und Wiedergefundenem, beziehungsweise mit Verlust und Verlangen auseinander.

Zusammen mit ihr zeigte **Gisela Wippinger Adler** eine Auswahl aus ihrem male- rischen Werk. Sie studierte Malerei in Wien und, nach ihrer Heirat, in Bremen, wo sie

heute mit ihrem Mann und ihren vier Kindern lebt. Ihre Arbeit ist risikofreudig, ihre Werke durch und durch experimentell. „Mit Pigmenten und Bindemitteln, weniger mit fertiger Farbe, legt die Malerin Flächen an, in denen die Spur des Pinsels und die Zufälligkeit des Auftrags ein Grundgerüst bilden“, schreibt Willy Athenstädt von der Kunsthalle Bremen. Unter anderem werden ihr 2001 entstandenes Projekt „Genom“, in dem sie sich mit dem außerordentlichen Fortschritt in der Erforschung des menschlichen Erbgutes beschäftigt, sowie die mehr- teilige Arbeit „Pessoa digital“, eine Um- wandlung von Fernando Pessos „Buch der Unruhe“ in ASCII-Code, zu sehen sein. ■

http://www.noel.gv.at/Kultur-Freizeit/Kunst-Kultur/Museen-Ausstellungen/a_m_ausstellungsbueche.html

Jeder is(s)t anders

Jeder is(s)t anders, das erste Werk der Österreichischen Journalistin Petra Steinmaier, gewährt interessante, sympathische und amüsante Einblicke in die Eß- und Lebensgewohnheiten bekannter Menschen.

Schlank gilt als sexy. In Österreich lei-

der Tenor oft nur: „Dafür hab ich keine Zeit!“

Grund genug, prominenten Persönlichkeiten, die über Jahre ihre schlanke Figur erhalten haben, auf den Teller zu schauen. Vera Russwurm und Hans Knauss waren noch nie auf Diät. Klaus Eberhartinger gibt offen zu, daß er ab und zu auf den „Bröselwahnsinn in der österreichischen Küche“ steht. Ebenso, wie Christa Kummer sich „durch ganze Schnitzellandschaften essen könnte“ oder Franz Klammer bei einer „traumhaften Brettjause“ einfach nicht aufhören kann. Selbst der Ernährungsmediziner Thomas Schwingenschlögl „bricht hin und wieder bei McDonald's ein“. Aber sie alle haben eines gemeinsam: Sie wissen, wann es genug ist und wann ihr Körper sich wieder nach Bewegung sehnt.

Tauchen Sie ein in die sympathischen Storys rund um die Eß- und Lebensgewohnheiten bekannter Menschen!

Petra Steinmaier wurde in Braunau am Inn geboren und verbrachte ihre Jugend bis zur Matura im Innviertel. In Salzburg studierte sie Kommunikationswissenschaften und Politikwissenschaften und setzte ihre journalistischen Anfänge entsprechend auch bei Salzburger Traditionsmedien.

Für ein Gesundheitsmagazin ging sie 2004 nach Wien und übernahm dort sehr bald die leitende Funktion. Damals wurde auch die Idee für dieses Buch geboren.

Die Autorin beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Ernährung, liebt gutes Essen, ist begeisterte Köchin, ebenso wie Sportlerin.

Auf ihren zahlreichen Reisen und Aufenthalten über den ganzen Globus lernte sie viele Eßkulturen und Küchen kennen. Petra Steinmaier lebt derzeit in den Niederlanden und hat einen starken Bezug zu Niederösterreich. ■



Petra Steinmaier

den mehr als die Hälfte der Männer, über 40 Prozent der Frauen und jedes 5. Kind an Übergewicht. Wußten Sie, daß Übergewicht früher oder später auf jeden Fall Krankheit bedeutet? Bluthochdruck, Diabetes, Schlaganfall etc. hängen unmittelbar mit Übergewicht zusammen. Wenn man über Ernährung oder Fitneß spricht, lautet



Petra Steinmaier

Jeder is(s)t anders

160 Seiten, Hardcover

Format: 16 x 23 cm

ISBN: 978-3-200-0214-3

Preis: 19,90 Euro

<http://www.petrasteinmaier.com>

Auslandssteirer im Porträt

Siegfried Nagl lud die rund 500 TeilnehmerInnen der Auslandsösterreicher-Weltbund-Tagung zum kulturellen Gesellschaftsabend im Congress Graz ein. Ein Highlight war das weltumspannende Ausstellungsprojekt des Malers Oskar Stocker.



Foto: Stadt Graz/Fischer

Pianist Markus Schirmer, Bürgermeister Siegfried Nagl, Maler Oskar Stocker und der AÖWB-Präsident Gustav Chlestil präsentieren den Kunstkatalog. Oben im Hintergrund sind vier der großen AuslandssteirerInnen-Portraits zu sehen.

Oskar Stocker, 1956 in der Osttiroler Bezirksstadt Lienz geboren, lebt und arbeitet seit vielen Jahren in Graz. Im Jahr 2008 berief ihn der ORF Steiermark zum „Artist in Residence“ und beauftragte ihn, einen Menschheitsfries zu schaffen, der seinesgleichen sucht: Mehr als 150 Meter lang erstreckt sich Stockers Gemälde, das insgesamt 124 Porträts zeigt; alle entstammen verschiedenen Nationen.

Im vergangenen Jahr zeigte die UNO gemeinsam mit der Republik Österreich Oskar Stockers Nationenpanorama – neben Graz und Wien auch in New York. Den Vereinten Nationen gehören mehr als 190 Nationalstaaten an, und in diesen leben Menschen tausender Kulturen. In Graz wohnen rund 270.000 Menschen aus mehr als 150 Nationen, die gemeinsam die Bevölkerung der Landeshauptstadt Graz bilden.

Die Idee, den lebendigen Austausch zwischen Menschen weiter zu bewegen, hat Oskar Stocker zum neuen Projekt „Sehnsucht“ veranlaßt. In Anlehnung an die Ausstellung „Facing Nations“ hat er nun einige



Foto: Oskar Stocker

Öskar Stocker: »Martina Kothgasser, Grafikdesignerin, Kolumbien«

Auslandsösterreicher-Weltbund-Treffen in Graz / Nachtrag

Foto: Oskar Stocker



Öskar Stocker: »Reinhold Gamper, Werstättenbesitzer, Kalifornien/USA«

GrazerInnen und SteirerInnen, die ihre Heimat verlassen haben und nun verstreut auf allen fünf Kontinenten leben, porträtiert und hat sie anlässlich der Weltbundtagung 2012 in Graz in einer Ausstellung gezeigt.

Oskar Stockers Ausstellung soll nicht nur bereichern, sondern auch dazu beitragen,

Klischees zu zerstören und weit über die eigenen Grenzen hinauszusehen; sie sollen den Blick für die Differenziertheit und Widersprüchlichkeit der Realität schärfen, aber auch Emotionen dämpfen, Mythen entgegenwirken und neue Wege aufzeigen. Das Ziel besteht darin, eine wichtige Grundlage

für Problemlösungen und für eine humane Welt von heute und morgen zu bilden.

Oskar Stockers Malerei zeigt, daß die Kunst tatsächlich das Interesse und das Vertrauen der Menschen verdient. Mit „Facing Nations“ schuf Stocker einen Personenfries, der den tiefen Wunsch der Menschen zum Ausdruck bringt, friedlich und harmonisch zusammenzuleben. Der Titel „Sehnsucht“, den Oskar Stocker für seine Ausstellung nun wählte, stellt vor allem für die AuslandssteirerInnen eine Verbindung zwischen alter und neuer Heimat dar.

Oskar Stockers Porträts erscheinen uns als vielfältige Spuren der Sehnsucht und als geprägte Gabe – giving a face.

Renate Metlar

<http://www.auslandssteirer.at>

Der Katalog

Zur Ausstellung des Werks von Oskar Stocker auf überdimensional großen Bildern, die auch schon einmal die Höhe von 2,5 Metern erreichen können, ist ein umfassender Katalog präsentiert worden – herausgegeben vom Land Steiermark / Büro für Auslandssteirer und der Stadt Graz / Büro Bürgermeister Siegfried Nagl. Er beinhaltet neben den Bildern auch Texte von Marlene Streeruwitz, Karin Peschka, Klaus Dermutz & Guido Schlimbach und Biografien und Selbstauskünfte der Portraitierten. ■

<http://www.oskarstocker.com>

Foto: Stadt Graz/Fischer



Der Stefaniesaal im Congress Graz mit den von Oskar Stocker geschaffenen Portraits von AuslandsösterreicherInnen

Nationalfeiertag bei der ÖDG Berlin-Brandenburg

Feierlichkeiten aus Anlaß des österreichischen
Nationalfeiertages vom 25. bis 28. Oktober 2012

Von Erna Weimann*)



Fotos: ÖDG Berlin-Brandenburg / Erna Weimann

Traditionsgemäß spielten die Musiker – diesmal waren es die Jugend Deutschmeister aus dem niederösterreichischen Ravensbach – vormittags auf der Rathaustreppe des Rathauses Schöneberg mit ihren heimatlichen Klängen auf.

Heuer starteten die Feierlichkeiten auf Grund von Terminüberschneidungen von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll und seiner Exzellenz, des Botschafters Ralph Scheide, bereits am 25. Oktober, dem Vorabend des Nationalfeiertags, in der österreichischen Botschaft. Nach dem Motto „Niederösterreich grüßt Berlin“ versammelten sich viele Gäste auf Einladung des Botschafters in der Stauffenbergstraße 1 zu einem festlichen Empfang. Ralph Scheide begrüßte den Landeshauptmann und viele Ehrengäste, unter ihnen den Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, bei dem Pröll und Scheide bereits am Nachmittag zuvor zu wirtschaftlichen Gesprächen ins Kanzleramt eingeladen waren.

Niederösterreich ist das größte Bundesland Österreichs mit viel Wachstumspotential nach Mittel- und Osteuropa. Es hat dank seiner Landschaftsvielfalt sowohl wirtschaftlich als auch touristisch sehr gute Entwicklungsmöglichkeiten. Die Gäste wurden verwöhnt sowohl mit kulinarischen Spezialitäten aus diesem Bundesland als auch musikalisch durch ein österreichisches Militärmusikensemble und hochklassige Dixielandmusik.

Der Nationalfeiertag

Am Nationalfeiertag selbst begrüßte der Präsident der Österreichisch Deutschen Gesellschaft e. V. Berlin-Brandenburg, Werner Götz, mit Stolz die große Blasmusikkapelle der Jugend Deutschmeister aus dem niederösterreichischen Ravensbach besonders, da

sie aus seinem Heimatbundesland kamen und er dankte der Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof/Schöneberg, Angelika Schöttler, die dazu eingeladen hatte. Traditionsgemäß spielten die Musiker vormittags auf der Rathaustreppe des Rathauses Schöneberg mit ihren heimatlichen Klängen auf. Schöttler freute sich über die Gäste ebenso wie der Gesandte der österreichischen Botschaft, Klaus Famira, der stellvertretend für den Botschafter Grußworte sprach. Diese Rede möchte ich im Wortlaut wiedergeben (*es gilt das gesprochene Wort*):

„Heute wird in Österreich der Nationalfeiertag gefeiert und es freut mich, daß wir dies gemeinsam – weit weg der Heimat – in Berlin tun können. Der 26. Oktober entspricht in Österreich dem 3. Oktober in Deutschland. Der österreichische National-

*) Erna Weimann ist bei der ÖDG Berlin-Brandenburg für Presse und Information verantwortlich.

Österreich, Europa und die Welt

feiertag entspricht in Deutschland dem Tag der Einheit. Beide Länder, deren Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so tragisch miteinander verbunden war, feiern an ihren jeweiligen Feiertagen die Wiedererlangung der vollen Unabhängigkeit, den Abzug fremder Truppen aus dem eigenen Territorium und damit die Wiedervereinigung des Landes. Denn auch Österreich war nach dem Ende des 2. Weltkriegs in vier Besatzungszonen geteilt. In Österreich erfolgte die Wiedervereinigung nur viel früher als in Deutschland, nämlich bereits 1955, als sich nach Stalins Tod in Moskau die Gelegenheit eines Staatsvertrags ergab. Deutschland hingegen mußte dafür bis 1989 warten.

Wo kann man eine Wiedervereinigung besser feiern als in Berlin, wo die Teilung der Stadt und damit verbunden die Trennung der Menschen sichtbarer und brutaler war als irgendwo sonst. Gerade auf der Treppe vor dem Schöneberger Rathaus wird dies deutlich, wo Präsident Kennedy kurz nach dem Mauerbau deklarierte „Ik bin ein Berliner“ und damit beschwor, daß die Alliierten Berlin nie aufgeben würden und die Bürgerschaft für die Stadt halten würde.

Österreich ersparte sich durch den Staatsvertrag 1955 Jahre der Spaltung, des ideologischen Kampfes, der Trennung von Familien und Freunden und konnte als neutrales Land in der Mitte Europas Jahrzehnte der Stabilität und des Wohlstands genießen. Auch das feiern wir heute.

Viele ÖsterreicherInnen fühlten mit den Deutschen mit, als die Wiedervereinigung 1989 möglich wurde. Die ersten ostdeutschen Familien waren ja im Sommer 1989 nach ihrem Sommerurlaub über Ungarn (Sopron) nach Österreich gekommen. Auch daran wollen wir uns heute erinnern.

Auch wenn viele Anwesende heute zu jung sind, um persönliche Erinnerungen an diese Zeit zu haben, so wollen wir doch auch heute daran mahnen, daß Grenzen stets aufs Neue zu überwinden sind, persönlich und politisch – in den Köpfen der Menschen, aber auch im Austausch mit Menschen anderer Herkunft. Einheit ist ein Ideal und muß stets aufs Neue angestrebt und ausverhandelt werden. Nur mit einem offenen Herzen können wir Teilung und Spaltung überwinden.

In diesem Sinne bedanke ich mich sehr beim Verein der Auslandsösterreicher Berlin-Brandenburg. Ich danke dem Präsidenten Werner Götz für sein Engagement. Ich bin mir sehr bewußt, wie viel Arbeit dahinter steht, ehe so eine Feier steht. Und ich danke



Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, Landeshauptmann Erwin Pröll und Österreichs Botschafter in Berlin, Ralph Scheide (v.l.)



Angelika Schöttler (Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof/Schöneberg), Daniel Krüger (Bezirksstadtrat für Bauwesen), Werner Götz (Präsident der ÖDG Berlin-Brandenburg), Klaus Famira (Gesandter der österreichischen Botschaft) und Edith Lorenz (sie ist Ehrenmitglied der ÖDG und unglaubliche 90 Jahre alt)

den Unterstützern für diesen schönen Morgen, vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern von Niederösterreich, die mit ihren Steuergeldern die Reise der Kapelle nach Berlin ermöglicht haben.“ Soweit die Rede des Gesandten Famira.

Das Wetter tat sein übriges, daß dieses Platzkonzert für alle Anwesenden zu einem Markthighlight wurde. Anschließend gab es, ebenfalls auf Einladung der Bezirksbürgermeisterin, noch einen Empfang in der schönen alten Bibliothek des Rathauses. Kurzfristig konnte auch der Hausherr, Herman Anders Krüger, anwesend sein und genoß das Zusammensein mit den Musikern und Gästen.

Der Freitag

Am Nachmittag des Freitag spielten die Jugend Deutschmeister nach einem kleinen typischen Berliner Imbiß (Currywurst mit Pommes) im Hans-Rosenthal-Haus in Zehlendorf und begeisterten dort viele Ältere, aber im Herzen Junggebliebene mit ihrer schwungvollen Musik. Es wurde geschunkelt, gesungen, gelacht. Tanzen war auf Grund der großen Anzahl der Besucher heuer leider nicht möglich. Dieser Nachmittag erfreut sich seit vielen Jahren schon großer Beliebtheit und wird mit großer Sehnsucht erwartet, wenn die Österreicher kommen.

Da die Musiker alle in der Nacht von Österreich mit dem Bus angereist waren, wur-

Österreich, Europa und die Welt

den sie danach in die Freizeit „entlassen“ und jeder konnte individuell entscheiden, das Nachtleben von Berlin noch zu genießen (Berlin hat als einzige deutsche Stadt keine Polizeistunde, d. h. es gibt keine Pflicht für eine Nachtschließung der Lokale) oder für den nächsten Tag und Abend im Hotel zu entspannen.

Der Samstag

Waren bei der Ankunft am Vortag noch Vereinsmitglieder fleißig am Vorbereiten und Servieren eines Frühstücks im Vereinsheim, so war dies am Samstag nicht mehr nötig, und alle konnten sich auf den großen Festabend im Hotel Maritim freuen.

Tagsüber wurde von einzelnen Vereinsvorsandsmitgliedern noch die große, reich bestückte Tombola mit 300 sehr schönen und wertvollen Gewinnen aufgebaut und die Saal- bzw. Tischdekoration in rot-weiß-rot gestaltet. Die Vorstandsmitglieder des deutschen Dachverbandes der Auslandsösterreicher trafen einander im Hotel zu ihrer Generalversammlung, u. a. mit dem Generalkonsul Christian Siegl als Vertreter der österreichischen Botschaft. Einen zusammenfassenden Bericht dieser Tagung können Sie nachlesen unter:

<http://www.dachverband-oev.de>

Am Abend gab es mit dem festlichen Einzug der Vereinsfahne unter den Klängen der Ravensbacher den Höhepunkt der Nationalfeiertagsfestlichkeiten. Unter den rund 250 Gästen gab es ein großes Hallo und Wiedersehensfreude. Manche Gäste, die zum ersten Mal anwesend waren, waren erstaunt über die festliche Atmosphäre im Hotel und kauften gleich zu Beginn schon Lose für die schöne Tombola.

Präsident Werner Götz begrüßte alle Gäste. Nach dem Abspielen des Marsches „O du mein Österreich“ informierte er stolz über sein Heimatbundesland Niederösterreich. Bereits vor über 17 Jahren lernte er Landeshauptmann Erwin Pröll persönlich kennen, zu einer Zeit, als er gleichzeitig Präsident des Weltbundes der Österreicher im Ausland war. Seit dem Amtsantritt von Pröll ist die wirtschaftliche Leistungsbilanz um über 70 Prozent gestiegen. Niederösterreich ist in vier Viertel geteilt – im Norden das raue Waldviertel, oberhalb der Donau befindet sich auch das Weinviertel, südlich der Donau das Industrieviertel, in dem das größte Einkaufszentrum Mitteleuropas steht, die „Shopping City Süd“. Das vierte Viertel ist das Mostviertel, in dem es vor allem viel Obstanbau und Viehzucht gibt. Niederöster-



Die Vorstandsmitglieder des deutschen Dachverbandes der Auslandsösterreicher trafen zu ihrer Generalversammlung, Im Bild: Botschafter Ralph Scheide ...



... und Präsident Werner Götz bei ihren Ansprachen.

reich umschließt die Stadt Wien genauso wie das Land Brandenburg die Stadt Berlin.

Anschließend verlas Präsident Götz die Begrüßungsworte von Landeshauptmann Pröll, da dieser aus terminlichen Gründen nicht selbst anwesend sein konnte. Er, der Landeshauptmann, freue sich, daß die Feierlichkeiten heuer ganz im Zeichen von Niederösterreich stünden und sein Bundesland innerhalb Europas einen besonderen Stellenwert einnehme, was die Gespräche einige Tage zuvor mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Finanzminister Wolfgang Schäuble und Kanzleramtsminister Ronald Pofalla zum Ausdruck gebracht hätten. Durch die Öffnung nach Osteuropa liegt Niederösterreich inzwischen im Herzen Europas und ver-

zeichne ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Pröll dankte der Österreichisch Deutschen Gesellschaft für ihr Engagement, auch hinsichtlich der Präsentation Österreichs außerhalb des Landes, und freute sich, aus seiner Heimat hervorragende Musiker vorstellen zu können wie die Jugend Deutsche Kapelle aus Ravensbach, die schon durch internationale Gastspiele und durch Fernsehauftritte bekannt sei und Niederösterreich würdig präsentiere.

Zum Abschluß der Ansprachen begrüßte Botschafter Ralph Scheide persönlich die Anwesenden und freute sich, an diesem schönen Abend dabei sein zu können. Auch er lobte das Engagement der Österreichisch Deutschen Gesellschaft in Berlin, die die

Fotos: ÖDG Berlin-Brandenburg / Erna Weimann

Österreich, Europa und die Welt

Heimat nach außen so würdevoll präsentiert und dankte Präsident Werner Götz und seinem Vorstand für die viele ehrenamtliche Arbeit.

Nachdem das große Blasmusikorchester heimatliche und schwungvolle Stücke dargeboten hatte, wurde das österreichische Schmankerlbuffet eröffnet und der Abend wurde musikalisch bestens gestaltet durch die „Ratpack7“, eine feurige und schwungvolle Tanzband aus Niederösterreich, die bis in die frühen Morgenstunden die Gäste bei Laune und auf den Tanzbeinen hielt. Der Abschied und das Beenden fiel allen Anwesenden schwer und die Musiker wurden noch mit „Fankerzen“ verabschiedet.

Beim Ankommen der Gäste und zwischendurch in der Pause spielte das allen bekannte Zitherduo Elfriede Lenk und Fredi Trügler mit Begleitmusikern heimatliche Folkloreklänge.

Der Sonntag

Auch schon nach gewohnter Tradition endeten die Festtage mit einem gemeinsamen Gottesdienst am Sonntag in der Herz-Jesu-Kirche in Zehlendorf, den wiederum die Jugend Deutschmeister aus Ravensbach musikalisch gestalteten. Nach dem Gottesdienst erfreute die Musikerschar noch die Kirchenbesucher mit einem Platzkonzert vor der Kirche. Die katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) bereitete ein kleines Buffet vor, damit sich die Musiker für ihre lange Rückreise im Bus noch stärken konnten. Das Weingut Kattinger spendete dazu die Getränke. Es wurden letzte Gespräche geführt, Werner Götz bedankte sich nochmal herzlich bei allen Musikern für ihr hervorragendes Engagement und ihren schwungvollen Einsatz und überreichte den Vorständen und den jüngsten Mitgliedern kleine Erinnerungsgeschenke, ein letztes Mal wurde gemeinsam gesungen.

Insgesamt läßt sich sagen: Vier Tage wurde außerhalb Österreichs der Nationalfeiertag auf schöne und abwechslungsreiche Weise begangen und vor allem die zauberhaften Klänge werden noch lange in Erinnerung bleiben. Wir danken allen Beteiligten und Engagierten recht herzlich und freuen uns schon auf ein Wiedersehen.

Nicht vergessen wollen wir unser nächstes großes Highlight, den Wiener Ball der Österreicher in Berlin am 9. Februar 2013, ebenfalls im Hotel Maritim, Stauffenbergstraße. Karten können bereits reserviert und gekauft werden.

<http://www.oesterreichisch-deutsche-ges.de>



Hervorragende Stimmung unter den Mitgliedern der ÖDG Berlin-Brandenburg



Ratpack7, eine feurige und schwungvolle Tanzband aus Niederösterreich



Gemeinsamer Gottesdienst in der Herz-Jesu-Kirche in Zehlendorf, musikalisch gestaltet von der Blasmusikkapelle Jugend Deutschmeister aus Ravensbach

Fotos: ÖDG Berlin-Brandenburg / Ena Weinmann

Österreich, Europa und die Welt

Bayern 1: »Kaiserball 2013« in München

Vorfreude ist bekanntlich die schönste Freude: Auch, wenn es bis zum 8. Februar noch gut zwei Monate hin sind, so schlägt bei den Stammgästen des „Kaiserballs“ das Herz schon jetzt im Dreivierteltakt! Wo sonst kann man eine ganze Nacht lang feiern wie in Wien, zur Tanzmusik des renommierten Wiener Hofburg-Ballstreichorchesters und des Austria-Swingtetts Walzer und Foxtrott tanzen – noch dazu auf dem größten Tanzparkett Münchens. Wer den festlich geschmückten Ballsaal mit seinen über 15.000 herrlichen Nelken aus der Blumenstadt San Remo und den wertvollen Kristalllüstern an der Decke des Internationalen Congress Centers betritt, wer sich vom Walzertakt mitreißen, von Austria-Schmankerln verwöhnen und von einem guten Tropfen in Stimmung bringen lässt, erlebt eine Nacht voller Lebensfreude, an die man noch lange und gerne denkt. Der „Kaiserball“ in München lockt in jedem Jahr Österreicher und Gäste aus der ganzen Bundesrepublik an.

Einen der schönsten Walzer von Johann Strauß hat Veranstalter Carl-Paul Wieland, Präsident der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft, für 2013 zum Motto bestimmt:



Foto: Kaiserball / Konrad Stock

Mechthilde und Präsident Carl-Paul Wieland, hier beim »Kaiserball 2012«

die „Frühlingsstimmen“. So dürfen sich die rd. 1500 Gäste auf Tenor Marko Kathol und Monika Rebholz (Sopran) freuen, die mit bekannten Operettenliedern einen musikalischen Glanzpunkt setzen werden. Und wie beim großen Vorbild in Wien bildet die festliche Balleröffnung mit rund 50 Debütantenpaaren einen weiteren Höhepunkt des Abends.

Am 8. Februar 2013, bittet die Österreichisch-Bayerische Gesellschaft zum „Kaiserball“ in das Internationale Congress Center München. Eintrittskarten (Tischplätze, 80 bis 155 Euro) sind bei Mechthilde Wieland zu bestellen unter (0049) 08106-8616 oder per E-Mail an mailto:info@oebg.de ■
<http://www.kaiserball-muenchen.de>

Bayern 2: Vereinsfest mit einem Rückblick auf 2012

Der Altbayerisch-schwäbische Verein der Österreicher kann auf ein erfolgreiches Jahr 2012 zurückblicken. Die Mitgliederzahl ist erfreulicherweise angestiegen und der monatliche Stammtisch ist immer gut besucht. Der Höhepunkt dieses Jahres konnte am 17. November mit dem jährlichen Vereinsfest gefeiert werden. Der österreichische Konsul für Handelsangelegenheiten, Michael Scherz, hat dem Verein einen Besuch abgestattet und ausführlich über die vielfältigen Tätigkeiten und Aufgaben des Handelskonsulats München informiert. Zur Freude der Mitglieder und Gäste hat er dann die Auszeichnung durch den Altbayerisch-schwäbischen Verein



Manfred Furhapter, Verena Kaindl, Präsidentin Erika Ide und der österreichische Konsul für Handelsangelegenheiten, Michael Scherz (v.l.)



Präsidentin Erika Ide, das 50. Mitglied Nora Dorfer und Doris Slamanig (v.l.)

der Österreicher an Verena Kaindl und Manfred Furhapter für zehn Jahre erfolgreiche Führung des österreichischen Wirtshauses „Zum Altschütz“ überreicht, welches in dieser Region für österreichische Wirtshauskultur und Gastlichkeit steht. Alle waren über die herzliche und freundliche Art von Konsul Scherz so angetan, daß es mit alpen-

ländischer Musik, österreichischen Schmankerln und Weinen ein gelungener Abend wurde. Allen Mitgliedern hat die Veranstaltung viel Freude gemacht. Und wie es so kommt im Leben, konnte bei dieser Gelegenheit das 50. Vereinsmitglied in die Arme geschlossen werden. ■

<http://www.asvoe.de>

Mit der Heimat verbunden

Horst Wollina machte das »Krappfeldlied« zum Hit in Köln.

Viele Auslandskärntner haben bereits für diese Serie in der „Zeit für Kärnten“ spannende, bewegende und manchmal auch lustige Beiträge geliefert. Mit einigen von ihnen ist die Redaktion von „Zeit für Kärnten“ seitdem in Brief- oder E-Mail-Kontakt. Dort freut man sich immer, von unseren Landsleuten zu hören und suchen auch weiter nach ihren Geschichten.

Er machte das »Krappfeldlied« zum Hit in Köln

Horst Wollina zog mit 18 Jahren von Kappel am Krappfeld zuerst nach München und dann nach Köln, wo er in der Autoherstellerbranche arbeitete. Seine Geschichte wurde bereits im Feber 2007 abgedruckt. Kürzlich meldete sich sein guter Freund und Nachbar Peter Lynen bei „Zeit für Kärnten“, weil man für Horst eine große Feier zum 70. Geburtstag organisierte. Horst ist Mitglied beim Traditionskorps „Blaue Funken“ und beim „Kegelclub ‘69“ und so ließen ihn über 120 fröhliche KölnerInnen hochleben. Verlesen wurden auch Kärntner Grußbotschaften von Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler und der Redaktion der „Zeit für Kärnten“.

Höhepunkt der Feier war, als der Jubilar und seine Frau Maria das „Krappfeldlied“ anstimmten. Horst hat es in Köln bekannt gemacht und so ertönt auch dort bei vielen Feiern „Jå mei Kråppfeld, du mei Hamat“.

Kärntner Lieder auch in Vancouver

Norbert Buxbaum ist einer der treuesten Leser und Brieffreunde der „Zeit für Kärnten“. Er wurde 1928 in Töschling, Gemeinde St. Martin am Techelsberg geboren und wanderte 1952 nach Kanada aus. In Vancouver



Foto: Privat

Horst Wollina (re.) wird von Kegelfreund Peter Lynen ausgezeichnet



Foto: Privat

Norbert Buxbaum mit Chorleiterin Margit Heissenberger

ist er ein engagiertes Mitglied des starken Österreicher-Netzwerkes. Diesmal berichtete er von einem Konzert des „Kärntner Doppelsextetts“ aus Velden im Club der Auslandsösterreicher. Norbert zog unter Applaus der Gäste in den Saal ein, weil er als einziger Auslandsösterreicher einen Kärntner Anzug trug. Er freute sich auch sehr über das Treffen mit Chorleiterin Margit Heissenberger.

Schweizer Lieder in Kärnten

Toni Klatzer berichtete im September 2007, wie er zu Fuß von Hinwil, Schweiz in seinen alten Heimatort St. Martin bei Völkermarkt wanderte (800 Kilometer in nur 19 Tagen). Heuer im Juli reiste er per Bus mit dem Männerchor Hinwil an, der gemeinsam mit dem MGW Wiegele Gattersdorf einen stimmungsvollen Liederabend auf Schloß Mittertrixen veranstaltete.

Markus Böhm

Liebe Auslandskärntnerinnen und Auslandskärntner!

Möchten Sie regelmäßig darüber informiert werden, was sich gerade in Kärnten tut? Im offiziellen Landesmagazin „Zeit für Kärnten“ berichten wir über die Tätigkeit aller Landesregierungsmitglieder, über die Menschen im Landesdienst sowie über Veranstaltungen, Wirtschaft, Kultur bis hin zum Sport. Wenn Sie die „Zeit für Kärnten“ sechsmal im Jahr kostenlos erhalten wol-

len, teilen Sie uns bitte Ihre Postanschrift mit. Sie können uns auch gerne die Adressen Ihrer Bekannten schicken, von denen Sie wissen, daß sie auch gerne das Magazin bekommen würden.

Sie können aber auch selbst unser Magazin mitgestalten! Wir suchen laufend Beiträge von Kärntnerinnen und Kärntnern, die im Ausland leben. Erzählen Sie uns, von wo aus Kärnten Sie stammen, was Sie in der neuen Heimat erleben und welchen

Bezug Sie noch zu Kärnten haben. Dazu brauchen wir natürlich auch Fotos von Ihnen. Für die Beiträge gibt es ein kleines Dankeschön!

Schreiben Sie bitte an:
Kärntner Landesregierung, Pressebüro,
Arnulfplatz 1
A-9021 Klagenfurt
oder mailen Sie an <mailto:zeit@ktn.gv.at>

Sie können uns auch im Internet besuchen unter <http://www.ktn.gv.at>

Burgenländische Delegation in Brüssel

Europapolitischer Arbeitsbesuch von Landeshauptmann Hans Niessl

Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl hat am 28. und 29. November gemeinsam mit SP-Klubobmann Christian Illedits in Brüssel zahlreiche Gespräche mit hochrangigen VertreterInnen der verschiedenen EU-Institutionen geführt und dabei die Interessen des Burgenlandes vor Ort eingebracht. Dabei wird es unter anderem auch um die zukünftige Ausrichtung der Strukturfonds 2014-2020 gehen.

In der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der europäischen Kommission

Als erster Termin des zweitägigen Arbeitsbesuchs stand ein Arbeitsgespräch mit Walter Deffaa, Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, auf dem Programm. Niessl äußerte bei seinem Gespräch, daß er es als unerlässlich für die Zukunft der Regionen der Europäischen Union sehe, daß eine rasche und effiziente Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen fallen müsse. „Es geht hier um die wirtschaftliche Sicherheit für die Regionen, die durch den mehrjährigen Finanzrahmen vorausschauend und gezielt ihre Planung vornehmen können. Ebenso konnten wir Generaldirektor Deffaa darlegen, wie wichtig die Aufnahme des Burgenlandes in die Übergangsregionen ist. Wir grenzen an mehrere neue EU-Länder und würden durch das abrupte Gefälle der Förderkulisse den Aufstieg des Burgenlandes bremsen. Das würde die bisherigen Förderungen und Maßnahmen ad absurdum führen“, so der Landeshauptmann.

Generaldirektor Deffaa zeigte sich beeindruckt vom fortschrittlichen und innovativen Weg des Burgenlandes im Bereich der Erneuerbaren Energien: „Ich empfinde die Vorgehensweise des Burgenlandes als äußerst vorausschauend und effizient. Es ist beeindruckend, welche Veränderung hier stattgefunden hat. Wenn die Übergangsregionen zu Gunsten des Burgenlandes beschlossen werden, gibt es sicherlich noch viele Ziele, die Sie dann realisieren könnten.“

Deffaa erkundigte sich genau über die burgenländische Position im Bereich Übergangsregionen. Landeshauptmann Niessl



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Walter Deffaa, Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der EU-Kommission, Landeshauptmann Hans Niessl und Klubobmann Christian Illedits v.l.

konnte eindringlich darlegen, daß ein zu großes Fördergefälle einen massiv negativen Einfluß auf das Burgenland hätte. „Der bisherige erfolgreiche Aufholprozeß würde zum Erliegen kommen und dann wären wir in der nächsten Periode vielleicht wieder Ziel 1-Gebiet. Das darf nicht sein. Wir haben es in den vergangenen Jahren geschafft, daß wir die Zahl der Armutsgefährdeten von 43.000 auf 30.000 reduziert haben. Dieser Weg darf nicht gestoppt werden.“

Demographische Entwicklung, zukünftige Projekte und die Situation mit den benachbarten Ländern standen ebenso im Mittelpunkt des Gespräches, wie Verkehrsverbindungen und die Problematik durch die ländlichen Strukturen.

Generaldirektor Deffaa sprach sich wohlwollend für das Burgenland als Übergangsregion aus und versprach in naher Zukunft die Fortschritte des Bundeslandes bei einem Lokalausgleich zu begutachten. Was eine baldige Einigung in bezug auf den mehrjährigen Finanzrahmen anbelangt, zeigte er sich optimistisch. Daß dabei Übergangsregionen berücksichtigt werden, sei für ihn ziemlich sicher. Unisono waren LH Niessl und GD

Deffaa der Meinung, daß eine rascheste Einigung erfolgen sollte.

Weiters stand das Projekt „Aqua Burgenland-Sopron“ auf der Agenda des Gespräches. „Dieses Projekt soll die grenzüberschreitende Sicherung der Wasserversorgung im Pannonischen Raum Neusiedler See nachhaltig fixieren“, so der Landeshauptmann, für den das Thema Absicherung der elementaren Daseinsvorsorge oberste Priorität hat. Generaldirektor Deffaa zeigte sich von diesem Vorzeigeprojekt beeindruckt und begrüßte den innovativen Weg des Burgenlandes auch in diesem Bereich.

Im Rahmen dieses Projektes ist die Errichtung einer länderübergreifenden Wasserversorgung im Pannonischen Raum Neusiedler See durch die Vernetzung der Wasserversorgungssysteme Nördliches Burgenland, der Stadt Sopron sowie des Wasserverbandes Mittleres Burgenland vorgesehen. Durch die Verbindung der drei Wasserversorgungseinheiten wird die Versorgungssicherheit der Regionen mit qualitativ hochwertigem und in ausreichender Menge vorhandenem Trinkwasser verbessert und auch in Zukunft gewährleistet.

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Landeshauptmann Hans Niessl (Mitte) und KO Christian Illedits (r.) trafen in Brüssel mit EU-Kommissar Günther Oettinger zu informellen Gesprächen zusammen.

Neben der Präsidiumssitzung des Ausschusses der Regionen, bei der auch über eine Entschließung des Ausschusses der Regionen über den Mehrjährigen Finanzrahmen diskutiert wurde, haben der Landeshauptmann und der ihn begleitende Klubobmann als burgenländische Vertreter im Ausschuß der Regionen eine Delegation der burgenländischen EU-Gemeinderäte in der Ständigen Vertretung Österreichs getroffen. Die Teilnahme des Kabinettschefs von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy an der Vorstandssitzung bot außerdem den AdR-Mitgliedern die Gelegenheit, auf das EU-Gipfeltreffen vom 22. und 23. November, an dem die 27 Staats- und Regierungschefs keine Einigung zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013 erzielen konnten, zurückzukommen.

Als Abschluß des ersten Tages fand ein Abendessen mit zahlreichen VertreterInnen aus dem Rat und der Europäischen Kommission sowie österreichischen Europaabgeordneten in der Residenz des Österreichischen Botschafters, Karl Schramek, statt. Dieses Zusammenkommen wurde zum Anlaß genommen, um den Kontakt zwischen dem Land Burgenland und den einzelnen EU-Institutionen zu stärken und das Burgenland auf europäischer Ebene zu vernetzen.

Zu Besuch bei EU-Kommissar Öttinger

Auf der Agenda stand auch ein Besuch bei EU-Kommissar Günther Öttinger. Als für Energie zuständiges Mitglied der Euro-

päischen Kommission konnte bei diesem Gespräch das burgenländische Konzept der Erneuerbaren Energie vorgestellt werden. „Burgenland übernimmt eine Vorreiterrolle im Bereich der Nutzung von Erneuerbarer Energie. Für dieses Modell wollten wir auch in Brüssel Werbung machen. Immerhin wird das Burgenland im August 2013 die erste Region in Europa sein, die ihren gesamten Strombedarf eigenständig aus Erneuerbarer Energie erzeugen wird“, unterstrich der Landeshauptmann.

„Immerhin wird das Burgenland im August 2013 die erste Region in Europa sein, die ihren gesamten Strombedarf eigenständig aus Erneuerbarer Energie erzeugen wird“, betonte Niessl. Der EU-Kommissar zeigte sich vom Weg des Burgenlandes hinsichtlich Erneuerbare Energie beeindruckt und sagte zu, im September 2013 zum Großen Event für die Stromautarkie zu kommen. Oettinger hatte sich bereits im Vorfeld eingehend über die Situation der Energieautarkie des Burgenlandes informiert.

„Ich komme sehr gerne zu Besuch ins Burgenland und werde diesen wichtigen Termin sicherlich wahrnehmen. Sie sind Experten im Bereich der Erneuerbaren Energie“, lobte Oettinger das Burgenland. Er gab aber zu bedenken, daß der grenzüberschreitende Ausbau der Netze – über Länder und Staaten hinweg – dringend erforderlich wäre, um eine umfassende Umstellung auf Erneuerbare Energie zu schaffen. „Die Entwicklung der Stromkosten muß sensibel

gesehen werden. Ich unterstütze ihre Maßnahmen, denn je eher man hier auch auf europäischer Ebene umdenkt, desto schneller können wir den umfassenden Klimaschutz erwirken.“

Fehlende 380 KV-Leitungen, unterschiedliche Speicherkraftwerke, Zukunftsvisionen im Bereich Wasserstoffantrieb waren ebenfalls Themen der Gespräche. „Wir haben unseren Beitrag geleistet, daß es im Osten von Österreich keine Probleme mit den Leitungen gibt. Wir denken auch weiterhin visionär und wollen durch unseren Schritt in den Bereich wissensbasierende Wirtschaft auch unseren Beitrag zur Steigerung der Innovation und Forschung leisten“, vermittelte Niessl die Situation des Burgenlandes und dessen Vorhaben. Besonders beeindruckt zeigte sich Kommissar Oettinger vor allem über die harmonische Verbindung zwischen neuen Energiequellen und der Sicherung von Naturschätzen, wie beispielsweise dem Schutzgebiet von Großtrappen im Windpark.

Arbeitsessen mit Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz von der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Der Arbeitsbesuch endete am 29. November mit einem Arbeitsessen mit Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz von der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. „Wir wollen nicht nur mit unseren angrenzenden Nachbarländern einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch pflegen, sondern auch mit anderen EU-Regionen, die nicht unmittelbar an das Burgenland angrenzen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens hat als Teil der EUREGIO Maas-Rhein enorme Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik und im Bereich der Gesundheitsleistungen. Diese Erfahrungswerte wollen wir natürlich auch für mögliche Projekte im Burgenland nutzen und aus diesem Grund sind wir auch auf der Suche nach ‚best-practice‘-Modellen in ganz Europa“, hielt der Landeshauptmann fest.

Der hochrangige Besuch in Brüssel wurde natürlich auch für das Lobbying für die zukünftige Förderperiode 2014+ genutzt. „Wir müssen sicherstellen, daß Einschnitte beim EU-Finanzrahmen 2014-2020 nicht zu Lasten der wichtigen Investitionshaushalte gehen. Eine starke Regionalförderung, mit der in Wachstum und Beschäftigung investiert wird, ist eines der besten Instrumente gegen neue Krisentendenzen. Davon soll nach 2013 auch das Burgenland weiter profitieren – damit wir unseren wirtschaftlichen Aufholprozeß fortsetzen können“, betonte Niessl. ■

Kroatisches Staatsoberhaupt zu Besuch

Landeshauptmann Hans Niessl empfing kroatischen Staatspräsidenten Ivo Josipovic

Zum freundschaftlichen Gedankenaustausch empfing Landeshauptmann Hans Niessl am 6. November den Staatspräsidenten Kroatiens, Ivo Josipovic, im Rahmen dessen Staatsbesuchs in Österreich. Auf dem Programm des eintägigen Aufenthaltes im Burgenland standen weiters Besuche in der Volksgruppenredaktion im ORF-Landesstudio Burgenland, im Haydnhaus Eisenstadt und in kroatischen Gemeinden des Burgenlandes.

„Ich freue mich, daß ich zum ersten Mal im Burgenland zu Gast sein kann. Nicht zuletzt durch die Sprache und lebendige Kultur der Burgenland-Kroaten fühle ich mich hier sehr wohl. Hier wird das geeinte Europa beispielhaft gelebt – darauf darf das Burgenland zu Recht stolz sein. Als Musiker schätze ich aber auch die große musikalische Geschichte des Burgenlandes mit ihren großen Genies Liszt und Haydn“, erklärte Präsident Josipovic.

Landeshauptmann Niessl überreichte dem Staatspräsidenten einen burgenländischen Genußkorb mit Musik-CDs. Präsident Josipovic hat neben dem rechtswissenschaftlichen auch ein Kompositionsstudium absolviert und für seine Kompositionen mehrere Auszeichnungen erhalten.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem kroatischen Staatsoberhaupt standen die kulturellen Verbindungen zwischen den beiden Ländern, der Ausbau bestehender Kooperationen, aber auch neue Projekte. „Das Gespräch mit Staatspräsident Josipovic war von jener freundschaftlichen Beziehung geprägt, die das Burgenland und Kroatien verbindet, nicht nur durch eine gemeinsame Sprache und Volkskultur. Kroatien ist für viele Burgenländerinnen und Burgenländer eines der beliebtesten Urlaubsziele. Die gute Beziehung zeigt sich unter anderem auch auf der sportlichen Ebene – das kroatische Fußballnationalteam kommt gerne zu Trainingsaufenthalten ins Burgenland. Das bringt wertvollen sportlichen Imagetransfer und befördert auch den Fußballtourismus. Im Hinblick auf die weitere Internationalisierung des Burgenlandes wollen wir auch die bestehenden



Landeshauptmann Hans Niessl (r.) begrüßt Staatspräsident Ivo Josipovic



LH Niessl mit Staatspräsident Josipovic in Hof des Haydnhauses in Eisenstadt

wirtschaftlichen Verbindungen durch einige Projekte weiter ausbauen. Besonders in den Bereichen Erneuerbare Energie, Thementourismus und Wein wollen wir in Kroatien Exportchancen nutzen“, resümierte Landeshauptmann Niessl.

Zehn Tage später besuchte der Tschechische Staatspräsident Václav Klaus gemeinsam mit Bundespräsident Heinz Fischer das Burgenland (siehe unseren Bericht auf der Seite 20), wo er ein interessantes Besuchsprogramm absolvierte. ■

Sicherheitspartnerschaft

Land Burgenland und Innenministerium unterzeichnen 7-Punkte-Programm für mehr Sicherheit im Burgenland – Sicherheitsgipfel in Eisenstadt – Niessl: Größtmögliches Maß an Sicherheit gewährleisten!

Landeshauptmann Hans Niessl, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl haben am 23. November eine Sicherheitsvereinbarung unterzeichnet, die ein Bündel an Maßnahmen für mehr Sicherheit im Burgenland vorsieht. Das 7-Punkte-Programm hat sowohl infrastrukturelle Maßnahmen, wie die Errichtung des Digitalfunks oder die Schaffung einer neuen Polizeiinspektion im Raum Rudersdorf, als auch personelle Maßnahmen zum Inhalt. Die besonders belastete Region Nordburgenland erhält 30 zusätzliche PolizistInnen. Außerdem ist geplant, in jenen burgenländischen Gemeinden, in welchen keine Polizeiinspektion vorhanden ist, im Rahmen eines Pilotprojektes einen Probetrieb mit lokalen „Kontaktbeamten“ einzurichten. Darüber hinaus wird zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität eine Spezialeinheit „SOKO Schlepperei“ in Eisenstadt eingerichtet. Das im Burgenland bereits erfolgreich begonnene Projekt „Nachbarschaftshilfe Sicherheit“ soll in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium ausgebaut und nach einer positiven Pilotphase auf ganz Österreich ausgedehnt werden. „Das sind wichtige Weichenstellungen und Maßnahmen für Sicherheit der Menschen im Burgenland. Klar ist aber auch: Diese Maßnahmen sollen uns nicht nur ein mehr an Sicherheit bringen, sondern auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig verbessern“, so Niessl.

Sicherheitsgipfel in Eisenstadt

„Erst am Dienstag habe ich mit den Experten der Einsatz- und Blaulichtorganisationen beim Sicherheitsgipfel des Landes beraten. Dabei konnten wir feststellen, daß wir heuer gemeinsam im Jahr der Sicherheit sehr viel bewirken konnten und erreicht haben“, so der Landeshauptmann. „Wir stellen der Bevölkerung über unsere Homepage aktuellste Sicherheitsinformationen zur Verfügung, unterstützen unsere ehrenamtlich Tätigen mit einer Freiwilligenversicherung, arbeiten an einem modernen Risikomanagementsystem für die Gemeinden und haben die Arbeiten zur Sicherheitsstrategie soeben abgeschlossen.“



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Haben gemeinsam den Sicherheitspakt unterzeichnet: LH-Stv. Franz Steindl, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Hans Niessl (v.l.)

Das Burgenland ist bei der Sicherheit top, das soll auch in Zukunft so bleiben. Erreichen will man das mit einem zum Teil schon umgesetzten Bündel an Maßnahmen – und nicht zuletzt deshalb steht das Jahr 2012 ganz im Zeichen der Sicherheit, betonte Niessl wenige Tage zuvor im Rahmen einer Pressekonferenz im Anschluß an den Sicherheitsgipfel des Landes Burgenland im KUZ Eisenstadt: „Wir alle sind Tag für Tag damit beschäftigt, den Burgenländerinnen und Burgenländern ein größtmögliches Maß an Sicherheit zu gewährleisten, Dies ist nicht immer einfach und erfordert enorme Anstrengungen, Flexibilität und Innovation. Als der für die Sicherheit des Burgenlandes Verantwortliche ist es mir daher ein besonderes Anliegen, den Informationsaustausch mit den Experten des Landes aufrecht zu erhalten, um daraus zu sachgerechten und nachhaltigen Lösungen zu gelangen.“ Am Sicherheitsgipfel haben ranghohe Experten der Blaulichtorganisationen, des Bundesheeres, der Behörden sowie aus der Wissenschaft und der Verwaltung teilgenommen.

Im Rahmen eines EU Regional Governance Projektes „Sicherheit im Burgenland“ wurden zahlreiche Aktivitäten und Weichen-

stellungen zur Erhöhung der Sicherheit im Burgenland umgesetzt. Darüber hinaus führte die Sicherheitsbehörden-Neustrukturierung 2012 zu einer Neuordnung in der Sicherheitslandschaft des Landes. Diese aktuellen Entwicklungen waren ebenso Thema beim Sicherheitsgipfel, wie die Erörterung weiterer Maßnahmen im Sicherheitsbereich. Das Ziel ist klar: Das generell hohe Sicherheitslevel im Burgenland soll gehalten werden, und, dort wo es noch Aufholbedarf gibt, verbessert werden. „Wir haben zwei große Problemfelder: Die Schlepperkriminalität und die Eigentumskriminalität, in diesen Bereichen haben wir hohe Steigerungen zu verzeichnen. Die Gesamtkriminalität ist seit 2002 um 30 Prozent gesunken“, sagte Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil. In dieselbe Kerbe schlägt Landeshauptmann Hans Niessl: „Die zu erwartenden Entwicklungen nach dem Ende des Assistenzeinsatzes sind leider auch tatsächlich eingetreten. Deshalb habe ich in meiner Verantwortung als Landeshauptmann des Burgenlandes bereits im Vorjahr begonnen, ein Sicherheitskonzept entwickeln zu lassen, um daraus Forderungen für die Zukunft ableiten zu können. Und so war es für mich nur lo-

»Burgenland Journal«

gisch, das Jahr 2012 ganz in das Zeichen der Sicherheit zu setzen.“ Auf neue Herausforderungen müsse das Burgenland entsprechende Maßnahmen setzen, so der Landeshauptmann.

Um der Schlepperkriminalität Herr zu werden, wurden bereits erste Maßnahmen gesetzt, sagt Landespolizeidirektor Doskozil: „Ein Drittel der Aufgriffe finden im Bezirk Neusiedl am See statt. Wir haben die Kollegen vor Ort entlastet: Sie müssen nach einem Aufgriff nur mehr einen kurzen Bericht verfassen, der größte Teil der administrativen Arbeit wird nun in Eisenstadt gemacht.“ Dadurch habe man die Kollegen im Bezirk Neusiedl am See „freigespielt, um vor Ort noch mehr beim Bürger zu sein“. Versetzungen von Polizisten über die Bezirksgrenzen hinaus schließt Doskozil aus.

Für Jänner kündigt der oberste Polizist des Landes Bürgermeistergespräche an: „In jedem Bezirk werden Bürgermeister-Runden veranstaltet. Von diesem Meinungsaustausch erhoffen wir uns neue Handlungsaufgaben, die dann im Februar starten sollen. Aber alle Wünsche werden wir nicht erfüllen können“, sagt Doskozil.

Gegensteuern durch Jahr der Sicherheit

Um dieses gemeinsame Ziel zu erreichen, ziehen alle maßgeblichen burgenländischen Sicherheitsdienstleister an einem Strang. Vieles wurde bereits umgesetzt – zum Beispiel die Roadshow „Sicherheitsforum“, das Pilotprojekt „Sichere Gemeinde“, die Cyber Security Challenge oder Freiwilligenversicherung. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Bei der Freiwilligenversicherung hätten sich bereits 1500 Ehrenamtliche registriert, weiß Niessl.

Sicherheits-Musterregion Burgenland

„Es ist mir natürlich absolut bewußt, daß wir die zukünftigen Herausforderungen nicht alleine bewältigen werden können. Wichtig ist mir jedoch, daß wir im Burgenland unsere Hausaufgaben als Klassenbester lösen. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß wir drauf und dran sind, das Burgenland auch in der Sicherheit zu einer Musterregion zu entwickeln. Dazu müssen wir selbst Akzente setzen, als kleines Land immer einen Schritt voraus sein. Eine wichtige Leitlinie dazu wird in den nächsten Jahren die Sicherheitsstrategie des Landes sein“, so Niessl, er betont: „Ich möchte auch meine ausdrückliche Wertschätzung für die Leistungen der vertretenen Organisationen, die an der Stra-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Ziehen an einem Strang: LH Hans Niessl (Mitte) mit Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil und Prof. Martin Langer

tegie mitarbeiten, ausdrücken und den Leitern persönlich für ihren Einsatz danken.“

Die Sicherheitsstrategie soll im Frühjahr 2013 fertig sein

kündigte Prof. Martin Langer von der FH Campus Wien, Studiengang Integriertes Sicherheitsmanagement, an. Die Fachhochschule begleitet die Entwicklung der Strategie bereits das ganze Jahr über. Thematisch ist die Strategie bereits abgesteckt: „Erste Ergebnisse liegen bereits vor, wir sind bei der redaktionellen Endarbeit.“ Details wolle man bei der Präsentation im Frühjahr 2013 verraten.

Land Burgenland und Innenministerium

Bei all diesen großartigen Erfolgen müsse man sich aber auch ganz klar eingestehen, daß eine umfassende Sicherheitsvorsorge ohne die Einbeziehung des Innenministeriums und eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung ohne Polizei undenkbar sei. „Deshalb war es mir so wichtig gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres eine Vereinbarung zu schließen die den Zweck hat, durch gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit und den effektiven Polizeieinsatz zu verbessern und zukunftstaugliche Lösungen im infrastrukturellen Bereich zu verwirklichen. Es ist keinesfalls übertrieben zu behaupten, daß wir mit dieser Vereinbarung, unserem Ziel das Burgenland auch in der Sicherheit zu einer Musterregion zu entwickeln, sehr nahe sind“, sagt Niessl.

„Mit der heutigen Unterzeichnung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Innen-

ministerium und Land Burgenland setzen wir einen weiteren wichtigen Schritt zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich und zum qualitativen Ausbau der Sicherheitsstruktur“, betonte Landeshauptmann-Stv. Franz Steindl.

Ein besonders wichtiges Ergebnis der Gespräche sei die Grundsatzvereinbarung für die Errichtung eines modernen Bündelfunksystems, so Steindl. „Damit wird ein schnelles und einheitliches Funknetz installiert, mit dem alle Blaulichtorganisationen miteinander und untereinander kommunizieren können. Das bedeutet eine enorme Verbesserung des Kommunikationssystems“, ist Steindl überzeugt. Die Feuerwehr habe bereits jetzt ca. 25 Funkgeräte zu Testzwecken im Einsatz, wenn alle vertraglichen Voraussetzungen erfüllt seien, stehe der Landesfeuerwehrverband „Gewehr bei Fuß“, um einen bereits ausgearbeiteten Stufenplan für den flächendeckenden Betrieb des Digitalfunknetzes umzusetzen.

Die Maßnahmen im Detail

Region Nordburgenland erhält 30 zusätzliche PolizistInnen

Im Jahr 2013 wurden für die besonders belastete Region Nordburgenland 30 Versetzungen von PolizistInnen aus anderen Bundesländern ins Burgenland vereinbart. „Diese Personalmaßnahme ist Ausdruck der wichtigen Funktion des Burgenlandes als Sicherheitsdienstleister für den gesamten Großraum Wien und soll auf zwei Etappen im Jahr 2013 umgesetzt werden“, so Innenministerin Johanna Mikl-Leitner.

Foto: Bgld. Landesmedien service



Sicherheitsgipfel (v.l.): Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil, LH Hans Niessl, Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber und der Chef des Stabes des Militärkommandos Burgenland, Oberst Gerhard Petermann

Probetrieb mit lokalen Kontaktbeamten

„Bürgernähe ist ein wichtiger Baustein für die sicherheitsdienstliche Nahversorgung, um gezielt auf die vielfältigen Problemstellungen eingehen zu können“, so Niessl. Das Innenministerium beabsichtigt daher, im Burgenland in jenen Gemeinden, in welchen keine Polizeiinspektion vorhanden ist, im Rahmen eines Pilotprojektes einen Probetrieb mit lokalen Kontaktbeamten einzurichten. Diese Dorfpolizisten werden als Ansprechpartner in Sprechstunden zur Verfügung stehen und auch für spezielle sicherheitspolizeiliche Agenden – von der Schulwegsicherung, Streife gehen bis hin zu konkreten Präventionsmaßnahmen – zuständig sein.

Bürgerbeteiligungsprojekte »Nachbarschaftshilfe Sicherheit« und »Sichere Gemeinde«

Das Innenministerium und das Land Burgenland werden ein verstärktes Augenmerk auf Bürgerbeteiligungsprojekte legen. „Hier wird das Burgenland eine Vorreiterrolle einnehmen“, so Innenministerin Mikl-Leitner. Im Rahmen im Burgenland bereits erfolgreich begonnenen Projekts „Nachbarschaftshilfe Sicherheit“ sollen künftig alle burgenländischen Gemeinden nicht nur rasche Information über das aktuelle Kriminalitätsgeschehen bekommen, sondern auch gleich mögliche Lösungsvorschläge und Präventionstipps. Das Vorhaben soll im Frühjahr 2013 gestartet werden. Nach einer positiven Pilotphase soll das Projekt auf ganz Österreich ausgedehnt werden. Geplant ist auch die Ausarbeitung des Bürgerbetei-

ligungsprojekts „Sichere Gemeinde. Dazu soll eine Internetplattform eingerichtet werden. Über diese Plattform erfahren Bürger, was in ihrer unmittelbaren Umgebung passiert, erhalten aber auch Tipps zur Prävention.

Einrichtung der SOKO-Schlepperei-SÜD in Eisenstadt

Das Burgenland steht auf Grund seiner exponierten Lage im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere auf den Transitrouten und in den Grenzübereichen, vor besonderen Herausforderungen. Das Innenministerium wird nun die Kontrolltätigkeiten massiv verstärken und zwei Spezialeinheiten einrichten. Die „SOKO-Schlepperei-SÜD“ wird von Eisenstadt aus im Burgenland agieren, die „SOKO-Schlepperei-NORD“ wird vorwiegend in Niederösterreich tätig werden. Die SOKOs werden ab Jänner 2013 unter Beiziehung von Ermittlern aus anderen Bundesländern eingerichtet werden.

Digitalfunk und integrierte Sicherheitszentrale Burgenland

Das Innenministerium und das Burgenland haben sich in einer Grundsatzvereinbarung zur Umsetzung des flächendeckenden Digitalfunks BOS geeinigt. „Das soll so rasch wie möglich passieren, weil wir wissen, daß dieses System Leben retten kann, dazu bedarf es professioneller Kommunikation.“ Im Sinne einer österreichweiten Gesamtlösung wird das Land Burgenland sein Behördenfunknetz zur Umsetzung eines flächendeckenden digitalen Bündelfunknetzes

in der Ostregion in eine gemeinsame Lösung einbringen. Geplant ist die Schaffung einer integrierten Leitstelle, in die auch die Landessicherheitszentrale einbezogen werden soll. Ziel ist, die Koordination zwischen allen Einsatzorganisationen zu verbessern und so das Leistungsspektrum für den Krisen- und Katastrophenfall wesentlich zu erhöhen.

Polizeiinspektion im Raum Rudersdorf geplant

Um eine bessere Überwachung der Transitrouten und eine Erhöhung der Verkehrssicherheit gewährleisten zu können, ist die Schaffung einer Autobahnpolizeiinspektion im Raum Rudersdorf mit 22 Planstellen geplant. Die S 7 wird als ca. 29 km lange Schnellstraße wichtiger Bestandteil des gesamteuropäischen hochrangigen Straßennetzes, die von der A 2 bis zur Staatsgrenze nach Heiligenkreuz führen wird.

Asyl – das Burgenland bekennt sich zur Erfüllung der Grundversorgungsvereinbarung

Das Burgenland bekennt sich zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote. Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich als gut funktionierendes System bewährt. Niessl: „Ziel dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist es, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine ausgewogene Verteilung auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.“ ■

Mehr Zivilcourage gefordert

Roma- und Sinti-Gedenken in Lackenbach

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Gedenken an die Roma- und Sinti-Opfer des Nationalsozialismus: LT-Präsident Gerhard Steier, BM Claudia Schmied, LH-Stv. Franz Steindl mit dem Obmann des Vereins österreichischer Roma, Prof. Rudolf Sarközi, und Vertretern der Volksgruppe

Politiker und Vertreter der Kirchen haben am 17. November in Lackenbach gemeinsam mit Überlebenden und Angehörigen der Roma- und Sinti-Opfer des Nationalsozialismus gedacht. LT-Präsident Gerhard Steier appellierte, die Verbrechen von damals niemals zu vergessen und Zivilcourage zu zeigen: „Verfolgung, Flucht und Mord waren die schrecklichen Schicksale vieler Burgenländer. Unsere Erinnerung und unser Wissen müssen uns leiten, neues Unrecht zu verhindern. Arbeiten wir gemeinsam daran, dann werden wir auch den Erfolg haben.“

In der mittelburgenländischen Gemeinde Lackenbach entstand im November 1940 ein sogenanntes „Zigeuner-Anhaltelager“, von dem aus hunderte Angehörige der Volksgruppe in Vernichtungslager deportiert und ermordet wurden. An der Gedenkveranstaltung nahmen auch Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Landeshauptmannstellvertreter Franz Steindl und der Obmann des Vereins österreichischer Roma, Prof. Rudolf Sarközi, teil.

„70 Jahre ist es her, daß im Zigeunerghetto Lodz unsere Menschen ermordet worden sind – vom Säugling bis zum Greis. Darunter waren auch meine Großeltern“, so Sarközi. Unter den 5007 Toten des Ghettos von Lodz waren besonders viele Burgenländer. Das „Anhaltelager“ Lackenbach war das

erste KZ-ähnliche Lager auf dem Boden des Burgenlandes. Insgesamt wurden 3000 bis 4000 Zigeuner im Lager Lackenbach inhaftiert. Das Lager diente als Sammel- bzw. „Konzentrationslager“ insbesondere für die Roma des südlichen Burgenlandes – es war Arbeitslager und auch Sammelpunkt für Transporte in die Vernichtung.

Von den ca. 12.000 österreichischen Roma und Sinti überlebten nur ca. 1500 den Nazi-Terror. Im Burgenland verhält es sich ähnlich. Ausgehend von einem Bevölkerungsanteil von ca. 8000 „Burgenlandroma“ erlebten nach einer Befragung aus dem Jahr 1948 ca. 900 Personen, knapp 11 Prozent. Heute erinnert eine Gedenkstätte an das sogenannte „Zigeuner-Anhaltelager“ Lackenbach.

In den letzten Jahren habe sich die Lage der Volksgruppe der Roma in Österreich positiv entwickelt, sagt Sarközi. Für Unterrichtsministerin Claudia Schmied ist Bildung der Schlüssel für ein erfolgreiches Zusammenleben. Ohne ausreichende Bildung würden Arbeitslosigkeit und Armut und in Folge Ausgrenzung und Isolation drohen, mahnt Schmied.

Fellows am Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien

Seit 1. Oktober 2012 forschen zwei Senior Fellows, zwei Research Fellows und

vier Junior Fellows am Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI). Das noch in der Gründungsphase des Instituts konzipierte Fellowship-Programm verfolgt das Ziel, die besten und interessantesten ForscherInnen unterschiedlichen Alters und diverser wissenschaftlicher Disziplinen aus dem In- und Ausland nach Wien zu holen, und sie zwischen acht und zwölf Monaten in die Struktur des VWI bzw. die österreichische akademische Forschungsgemeinschaft einzubinden, ohne deren universitäre oder sonstige Karriere zu unterbrechen. Über die Vergabe der Fellowships entschied im Mai 2012 eine Subkommission des Internationalen Wissenschaftlichen Beirats des VWI.

Die ForscherInnen kommen aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Österreich, Polen, Rumänien und Ungarn. Ihre Forschungsfelder im Bereich der Holocaust-Historiographie, der Migrationsforschung, zu Fragen der Erinnerung an den Roma-Holocaust, zur Geschichte des „Zigeunerlagers Lackenbach“ oder der deutsch- und polnisch-jüdischen Gemeinschaft in Breslau/Wroclaw bzw. der Entwicklung des rumänischen Antisemitismus spiegeln das breite Spektrum der wissenschaftlichen Tätigkeit des Instituts wider.

<http://www.kv-roma.at>

<http://www.vwi.ac.at>

Soziale Angebote für die ältere Generation

Enquete beleuchtet Projekte in und für burgenländische Gemeinden

Foto: Bgld. Landesmedienservice



v.l.: Willibald Stacherl, WHR Rupert Schatovich, Johann Lotter, Christina Fleischacker, LAbg. a.D. Kurt Korbatits, Moderatorin Cornelia Krajasits, ÖIR-Projekthaus GmbH, Sozial- und Gesundheitslandesrat Peter Rezar und BR a.D. Johann Grillenberger

Mit dem „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ setzt Europa 2012 ein wichtiges Signal in bezug auf die demografische Entwicklung, die – statistisch untermauert – besagt, daß der Anteil der jüngeren Generation immer geringer und jener der älteren Bevölkerungsgruppe immer mehr im Steigen begriffen ist. Unter dem Titel „Soziale Angebote für die ältere Generation“ wurden auf Initiative von Sozial- und Gesundheitslandesrat Peter Rezar im Rahmen einer Enquete des Burgenländischen Landes seniorenbeirates Projekte und Fördermodelle in und für burgenländische Gemeinden vorgestellt, die zum Nachahmen anregen sollen, um die Lebenssituation der älteren Generation im Burgenland zu verbessern.

„Diese Enquete ist nach einem Symposium im April dieses Jahres der zweite Beitrag des Burgenlandes zu diesem Themenkomplex. Ziel dieses europäischen Jahres ist es, gemeinsam eine neue Kultur des aktiven Alterns zu entwickeln und die damit verbun-

denen Chancen für unsere Gesellschaft wahrzunehmen. Die demographischen Entwicklungen bringen für unsere Gesellschaft eine Vielzahl von Herausforderungen mit sich. Diese Herausforderungen zu meistern und seine Chancen sinnvoll zu nutzen sind wichtige Aufgaben für die gesamte Gesellschaft. 26 Prozent der burgenländischen Bevölkerung sind über 60 Jahre alt, 10 Prozent über 75 Jahre – Tendenz steigend. Daß die Lebenserwartung der Burgenländerinnen und Burgenländer steigt, ist grundsätzlich positiv zu werten, aber sie fordert auch dementprechende Maßnahmen und Initiativen. Wir haben – mit Blickrichtung Zukunft – mit dem schwerpunktmäßigen Ausbau der Krankenanstalten, dem Ausbau der Gesundheitsprävention und des Pflegevorsorgebereiches bereits größtmöglich darauf reagiert“, sagte dazu Landesrat Peter Rezar.

Im Mittelpunkt der Enquete standen Referate von WHR Rupert Schatovich und Christina Fleischacker vom Amt der Burgenländischen Landesregierung zum Thema

„Dorferneuerung in der finalen Phase“, von Johann Lotter, Bürgermeister von Schattendorf, und DGKS Barbara Tranker über „Soziale Dienste in Schattendorf und Umgebung: Vier Dörfer – ein Sozialverein“, von Willibald Stacherl zur „Sozialinitiative Minihof Liebau“ sowie Statements von BR a.D. Johann Grillenberger und LAbg. a.D. Kurt Korbatits vom Landesseniorenbeirat.

Dazu Sozial- und Gesundheitslandesrat Rezar abschließend: „Das Burgenland hat in seiner Politik für die ältere Generation eine Vorreiterrolle inne. Wir haben auf die Herausforderungen durch die demographischen Änderungen in unserem Land die richtigen Antworten gefunden. Diese Enquete hat weitere wichtige Ideen und innovative Ansätze geliefert. Ich wünsche mir, daß diese Impulse bei den Menschen, in unseren Gemeinden ankommen werden, damit die Ideen des Leitbildes für die ältere Generation im Burgenland in die Realität umgesetzt werden und wir damit einen Beitrag zu einer lebenswerteren Heimat leisten.“ ■

Fachtagung europäischer Regionalparlamente in Eisenstadt

Unter dem Motto „Demokratisierung beginnt auf der Ebene der Bürger!“ trafen ExpertInnen aus ganz Europa von 6. bis 9. November zu einer dreitägigen Fachtagung im Schloß Esterházy in Eisenstadt zusammen, um über die künftigen Aufgaben und die Bedeutung der Regionalparlamente in der Europäischen Union zu diskutieren. Die Teilnehmerliste umfaßte WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus Deutschland, Belgien, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Serbien, Spanien und Österreich.

Bestrebungen zur Demokratisierung der EU wurden lange über die Stärkung der nationalen Parlamente und des supranationalen Europäischen Parlaments (Maastricht Vertrag) vorangetrieben. Seit dem Vertrag von Lissabon, dem „treaty of parliaments“, der erstmals auch die Landtage und andere regionale Parlamente erwähnt, wirken vermehrt Parlamente aller politischen Ebenen an der europäischen Politikgestaltung mit. Die vermehrte europapolitische Aktivität bedeutet eine große Herausforderung für Parteien, Fraktionen und die Landtagsverwaltung.

Immerhin rund 70 Prozent der EU-Gesetzgebung haben direkte Bedeutung für die



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Fachtagung Europäischer Verbände und Organisationen im Schloß Esterházy in Eisenstadt – Teilnehmer mit Landtagspräsident Gerhard Steier (vorne, 2.v.re.)

kommunale und regionale Ebene, deshalb kommt den regionalen Parlamenten eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Vermittlung europäischer Politik an die BürgerInnen zu.

„Ich freue mich, daß diese europäische Fachtagung hier in Eisenstadt stattfindet. Der regelmäßige Gedankenaustausch auf der Ebene der Regionen ist unabdingbar und lei-

stet einen wertvollen Beitrag zur weiteren Demokratisierung Europas. Wir sind uns bewußt, daß wir dabei noch einen weiten Weg vor uns haben, an dessen Ende ein ebenso starkes regionales wie auch europäisches Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger unter einem starken gemeinsamen Dach Europa stehen muß“, so Landtagspräsident Gerhard Steier. ■

Vizebürgermeister der Freistädte angelobt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann mit den Politspitzen der Freistädte (v.l.): LH Hans Niessl, Gerold Stagl (Bgm. v. Rust), Luzia Drawitsch (1. Vize-Bgm. v. Rust), Günter Kovacs (2. Vize-Bgm. v. Eisenstadt), Josef Mayer (1. Vize-Bgm. v. Eisenstadt), Andrea Kargl-Wartha (2. Vize-Bgm. v. Rust), Bürgermeister Thomas Steiner (Eisenstadt)

Zu VizebürgermeisterInnen von Eisenstadt und Rust wurden Josef Mayer und Günter Kovacs sowie Luzia Drawitsch und Andrea Kargl-Wartha am 13. November von Landeshauptmann Hans Niessl angelobt. In Anwesenheit von WHR Landesamtsdirektor

Robert Tauber und der Magistratsdirektoren der Freistädte leisteten die stellvertretenden Stadtoberhäupter ihren Amtseid auf die Republik Österreich.

„Eisenstadt und Rust sind Aushängeschilder und Motoren im Tourismus, in der

Wirtschaft und im Kulturleben des Burgenlandes. Dabei mitgestalten zu können, ist eine sehr schöne Aufgabe. Ich gratuliere den Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeistern zur Wahl und wünsche ihnen alles Gute für ihre Arbeit“, so der Landeshauptmann. ■

Im Zeichen der burgenländisch-chinesischen Freundschaft

Foto: Bgld. LandesmedienService



Delegation aus Hunan beim Empfang in Eisenstadt: LH Hans Niessl und Peng-Piang, Vorsteher der Region Mayang, Provinz Hunan (in der Mitte), Univ. Prof. Gerd Kaminski von der österreichisch-chinesischen Gesellschaft (r.) und TeilnehmerInnen

Eine Delegation aus der chinesischen Region Mayang, Provinz Hunan, empfing Landeshauptmann Hans Niessl am 7. November in Eisenstadt. Der Besuch fand im Rahmen der seit 1989 bestehenden Partnerschaft zwischen dem Burgenland und der Provinz Hunan statt. Im Zeichen des kulturellen Austauschs steht eine Ausstellung chinesischer Volkskunst, die im neuen Kulturzentrum in Eisenstadt für zwei Wochen zu sehen war.

„Das Burgenland und die Provinz Hunan verbinden seit langem freundschaftliche Beziehungen, die immer wieder vor allem auf kultureller Ebene Ausdruck finden. Deshalb freue ich mich besonders über den Besuch der Delegation aus Mayang und darüber, daß nun im neuen Kulturzentrum eine Ausstellung chinesischer Bauernmalerei gezeigt wird. Nach dem Gastspiel des chinesischen Schattentheaters im Vorjahr und dem Auftritt chinesischer Künstler bei den Seefestspielen

Mörbisch ist dies ein weiterer Beleg für die gelebte Partnerschaft, die dadurch weiter vertieft wird“, erklärte Landeshauptmann Hans Niessl.

Am Programm der Delegation stand auch ein Besuch einer Klasse in der HAK Oberwart, die China als Schwerpunktthema ihrer Maturaarbeit gewählt hat. Nicht entgehen ließen sich die Gäste aus China einen Besuch im Outletcenter in Parndorf, das ihr besonderes Interesse weckte. ■

Burgenland und Piemont: Qualität statt Quantität

Viele Gemeinsamkeiten und große Möglichkeiten in einer Kooperation“ ortete Landesrat Andreas Liegenfeld im Rahmen eines Fachbesuches im Piemont. Nun sollen in einem gemeinsamen Projekt Erfahrungen ausgetauscht, die Zusammenarbeit ausgebaut und zum Vorteil der beiden Regionen kooperiert werden.

Im Rahmen einer Fachexkursion besuchten Mario Baier, Tourismusdirektor Burgenland, Matthias Siess und Christian Zechmeister, beide Wein Burgenland, und Landesrat Andreas Liegenfeld das Piemont und trafen auf Gemeinsamkeiten mit dem Burgenland: Tourismus und Wein. Besonders das Hügelland mit einer Höhenlage von 150 bis 750 Meter im Südosten der Region ähnelt dem Burgenland. Dieses weist wenig Industrie auf und wird primär landwirtschaftlich und touristisch genutzt. Hier wachsen die berühmten Weine des Piemonts – Barolo, Barbera und Barbaresco.

Im Rahmen einer Reihe von Gesprächen und Diskussionen mit Experten der norditalienischen Region entstand die Idee, die Ge-



Foto: Bgld. LandesmedienService

v.l.: Christian Zechmeister und Matthias Siess (Wein Burgenland), Landesrat Andreas Liegenfeld und Mario Baier (Tourismusdirektor Burgenland)

meinsamkeiten in den Mittelpunkt eines Projektes zu stellen und eine enge Zusammenarbeit zu vereinbaren, deren Details bereits Anfang Dezember ausgearbeitet werden. Speziell zwei Bereiche sollen dabei im Mittelpunkt stehen: der gegenseitige Erfahrungsaustausch in den Bereichen Weintourismus,

Vinifikation und struktureller Aufbau sowie gemeinsame Präsentationen und Auftritte.

Das Projekt soll bereits im Jahre 2013 starten. Als Partner auf Seite des Piemont konnten neben dem „Consortio I Vini del Piemonte“ auch die „Strada del Barolo e grandi vini di Langa“ gewonnen werden. ■

Neuer Leuchtturm der burgenländischen Kultur

Landeshauptmann Hans Niessl eröffnete das Kultur- und Kongresszentrum in Eisenstadt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: zwei Musiker, Kulturlandesrat Helmut Bieler, LH-Stv. Franz Steindl, Kammersängerin Ildikó Raimondi, LH Hans Niessl, Wolfgang Böck und eine Musikerin bei der Eröffnung des Kultur Kongress Zentrums Eisenstadt

Professionalität, Qualität und jahrzehntelange Erfahrung machen die burgenländischen Kulturzentren mit etwa 2000 Veranstaltungen und 250.000 Besuchern pro Jahr an sechs Standorten zu einer der bedeutendsten Kulturinstitutionen im Burgenland. Mit der Neugestaltung des Kultur Kongress Zentrums Eisenstadt, das am 8. November mit einem Festakt feierlich eröffnet wurde, ist es dem Land Burgenland gelungen, in der Landeshauptstadt ein völlig neues kulturelles Landmark zu schaffen, das mit seiner modernen Architektur, der technischen Ausstattung und einem Konzertsaal mit optimaler Akustik den absolut höchsten Ansprüchen eines zeitgemäßen und professionellen Veranstaltungs- und Kongresszentrums genügt.

„Wahre Größe messen wir ausschließlich an der Menschlichkeit – ich denke, daß dieser Satz auch für das neue Kultur und Kon-

gresszentrum gelten sollte, denn es geht um Menschlichkeit, es geht um kulturelle Werte, es geht um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, es geht um Toleranz und Offenheit für das Neue. Das Land Burgenland steht für diese Werte. Mit dem neuen Kultur- und Kongresszentrum wird das auch räumlich und architektonisch zu Ausdruck gebracht. Ich bin sehr froh, daß wir damit Räumlichkeiten haben, in denen sich die Burgenländerinnen und Burgenländer, aber auch unserer Besucher wohl fühlen können, denn dieses neue Haus paßt sehr gut zur verstärkten Internationalisierung des Burgenlandes und steht für das neue und moderne Burgenland“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl in seinen Eröffnungsworten.

Das Kulturzentrum Eisenstadt wurde Anfang der 80er-Jahre am derzeitigen Standort errichtet. Mittlerweile war eine Generalsa-

nierung notwendig geworden. Aufgrund der gewachsenen An- und Herausforderungen – auch im kulturellen Bereich – wurde das Bestandsgebäude nunmehr nicht nur saniert, sondern gleichzeitig zu einem Veranstaltungs- und Kongresszentrum ausgebaut. In einem international ausgeschriebenen Wettbewerb erhielt das Projekt von „Pichler & Traupmann Architekten“ den Zuschlag. Mit dem Ausbau bzw. der Erweiterung verbunden war die Errichtung eines Neubauteiles, der unmittelbar an das bestehende Objekt angrenzt. Die Verknüpfung von Alt und Neu war ein wesentliches Kriterium.

Dazu Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl: „Dieses neue Kultur- und Kongress Zentrum hier in Eisenstadt ist nicht nur für das Burgenland, sondern weit über unsere Landesgrenzen hinaus von Bedeutung und eine qualitativ wertvolle Er-

»Burgenland Journal«

gänzung zum bereits hochwertigen künstlerischen Angebot unseres Kulturlandes. Mitten im Zentrum der Haydnstadt Eisenstadt steht nun eine Destination, die aber auch – aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet – den idealen Rahmen für einen nationalen und internationalen Kongreßtourismus und die perfekte Location für Veranstaltungen und Präsentationen bietet.“

Mit einer Kapazität von bis zu 2000 Personen bzw. 1100 Plätzen bilden zwei großzügige Säle unter einem Dach den optimalen Rahmen für alle Veranstaltungen. Ein weit angelegtes Foyer für den Empfang und eine Terrasse im Obergeschoß sowie Business- und Medienräume stehen zusätzlich zur Verfügung. Kongresse, Tagungen, Symposien, Produktpräsentationen, Kundenevents und Festveranstaltungen finden so ein modernes Ambiente, ausgestattet mit einmaligem Flair und bestem technischen Equipment. Die hier zusammengeführten Verwaltungsgruppen der landeseigenen Kulturbetriebe machen in Einheit mit den Veranstaltungsbereichen das Ganze zu einem kulturpolitischen Hotspot.

„Die beiden Bauteile werden derart miteinander verbunden, daß sie als eine zusammenhängende, funktionale und auch gestalterische Einheit in Erscheinung treten. Eine neue Fassade drückt diese Einheit in optisch deutlich lesbarer Art aus. Wir haben darauf Wert gelegt, daß sich der neue Bau in sein unmittelbares Umfeld einfügt und nach allen Seiten hin offen ist. Die architektonische Qualität sowie die innere Erschließung der einzelnen Funktionsbereiche waren ebenso wichtige Kriterien. Das Gebäude soll Ausdruck eines kulturellen Gesamtverständnisses sein, in dem sich die verschiedenen Kategorien von Kunst und Kultur und auch Repräsentation etablieren und verwirklichen können“, so Bieler abschließend.

Programmatisch werden neben dem gewohnten vielfältigen Theaterprogramm und dem Zyklus „Best of Cabaret“ ab der kommenden Saison 2012/13 zusätzlich drei völlig neue Konzertzyklen angeboten, wo im Rahmen von „Klassik“, „World Music & Jazz“ und „Chanson“ internationale Stars im neuen Kulturzentrum Eisenstadt zu Gast sind.

Erweiterung/Umbau/Adaptierung

Das Kulturzentrum Eisenstadt wurde Anfang der 80er-Jahre am derzeitigen Standort errichtet. Mittlerweile war eine Generalsanierung notwendig geworden. Aufgrund der gewachsenen An- und Herausforderungen auch im kulturellen Bereich sollte das Bestandsgebäude nunmehr nicht nur



Die gelungene Verknüpfung von Alt und Neu war ein wesentliches Kriterium für die Entscheidung der Wettbewerbsjury, dem Projekt von Pichler & Traupmann Architekten den Zuschlag zu erteilen.



Fotos: Pichler & Traupmann Architekten

saniert, sondern gleichzeitig zu einem Veranstaltungs- und Kongreßzentrum ausgebaut werden. In einem international ausgeschriebenem Wettbewerb in zwei Phasen konnte sich das nunmehrige Projekt eindeutig durchsetzen.

Mit dem Ausbau bzw. der Erweiterung verbunden war die Errichtung eines Neubauteiles, der unmittelbar an das bestehende Objekt angrenzt. Die gelungene Verknüpfung von Alt und Neu war ein wesentliches Kriterium für die Entscheidung der Wettbewerbsjury, dem Projekt von **Pichler & Traupmann Architekten** den Zuschlag zu erteilen.

Die beiden Bauteile wurden derart miteinander verbunden, daß sie als eine zu-

sammenhängende funktionale und auch gestalterische Einheit in Erscheinung treten. An den bestehenden großen Veranstaltungssaal, der mit einem Metalltuch innen neu ausgekleidet wurde, schließt direkt ein kleinerer Saal an, der durch mobile Trennwände vom großen Saal abgetrennt werden kann. Eine weitere mobile Wand trennt den kleinen Saal vom Foyer-/Bar-Bereich und kann andererseits ebenso mit diesem verbunden werden, sodaß ein kontinuierlicher offener Raumfluß nahezu über das gesamte erste Obergeschoß geschaffen wird.

Auch der neu konzipierte Eingangsbereich hat an Großzügigkeit und Offenheit wesentlich dazugewonnen. Das klar strukturierte Entree mit seinem Anlaufpult und

Foto: Pichler & Traupmann Architekten



Mit einer Kapazität von bis zu 2000 Personen bilden zwei großzügige Säle den optimalen Rahmen für alle Veranstaltungen.

einer geräumigen Garderobe nimmt die Besucher auf und leitet sie über inszenierte Wegeführungen in die Ausstellungs- und Veranstaltungsbereiche. Besonders hervorzuheben sei dabei die offene arenenartige Anbindung der Landesgalerie an das Foyer. An dieser Stelle erschließt sich für den Benutzer des Hauses zugleich seine innere Großzügigkeit, andererseits auch seine Wechselbeziehung nach außen. Die Kunst ist vom öffentlichen und halböffentlichen Raum her wahrnehmbar und positioniert sich entlang eines öffentlichen Umgangs um das Gebäude vom Schubertplatz zur Osterwiese.

Das markante Erscheinungsbild des Gesamtensembles wird in erster Linie durch die silberglänzende Metallfassade hervorgerufen, die das alte und neu hinzugekommene Objekt gleichsam wie mit einer umlaufenden Schleife einhüllt. Im Tagesverlauf glänzt der Bau in den Farben des Lichtes in allen Facetten, am Abend gewinnt er an Tiefe und Durchlässigkeit durch das nach außen dringende Kunstlicht.

Schließlich beherbergt der Bau auch die Verwaltung der landeseigenen Kulturbetriebe in zwei Bürotrakten, sowie Seminarbereiche und Repräsentationsräume für die Landesregierung.

Das Gebäude soll Ausdruck eines kulturellen Gesamtverständnisses sein, in dem sich die verschiedenen Kategorien von Kunst und Kultur und auch Repräsentation etablieren und verwirklichen können. Das Objekt ist durchwirkt von Kunst und Kultur, und es wird von den Akteuren abhängen, mit welcher Prägnanz und Lebendigkeit der Anspruch zur Wahrnehmung gebracht wird.

Von der architektonischen Seite her hat der Entwurf des Gesamtensembles diesen

Aspekt bereits von der Wettbewerbsphase an kompromißlos verfolgt und es konnte somit ein Gebäude geschaffen werden, in dem Form und Inhalt zur Deckung kommen.

Das Gebäude als Kulturbau stellt somit ein Landmark in seiner städtebaulichen, aber auch gesellschaftlichen Positionierung in der Öffentlichkeit dar und soll ein kultureller bzw. kulturpolitischer Hotspot in der Landeshauptstadt Eisenstadt sein. ■

Grundstücksgröße Bestand: 1.372 m²
 Grundstücksgröße neu: 1.788 m²
 Bruttogeschossfläche Bestand: 4.641 m²
 Bruttogeschossfläche neu: 6.292 m²
 Baubeginn: Jänner 2011
 Fertigstellung: Oktober 2012
 Projektteam: Pichler & Traupmann
 Architekten ZT GmbH
 Barbara Aull (Projektleitung)
<http://www.pxt.at>

Der Kunst begegnen im neuen KUZ

Für die künstlerische Gestaltung des Stiegenaufgangs im neu entstandenen Kulturzentrum Eisenstadt hatte das Kulturreferat der Burgenländischen Landesregierung einen Preis für Kunst am Bau ausge-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Josef Wiedenhofer, GF Bgld. Kulturzentren, LR Helmut Bieler und Künstlerin Maria Hahnekamp

schieben. 21 Projekte „von durchwegs guter künstlerischer Qualität“, wie Kulturlandesrat Helmut Bieler anmerkte, waren eingereicht worden; der Entwurf für ein Kunstprojekt der aus St. Georgen stammenden Künstlerin Maria Hahnekamp konnte die Jury letztlich überzeugen.

Die Künstlerin realisierte die Arbeit gemeinsam mit dem Architekten Willi Frötscher, mit dem sie seit Jahren partnerschaftlich zusammenarbeitet. Eine plastisch von der Wand abgesetzte Bildtafel mit abgerundeter Ecke bildet einen Bildraum, der sich über zwei Geschosse erstreckt. Eine besondere Herausforderung stellte das bereits vorhandene Fresko von Peter Pongratz mit seiner intensiven Farbigkeit im Foyer des ersten Obergeschoßes dar. Auf weißem Hintergrund verweben sich geschwungene Textbänder mit aufgemalten vegetabilen Ornamenten aus einem Musterbuch aus 1860, die jedoch digital gezeichnet und neu bearbeitet wurden. Hahnekamp verwendet in den Textbändern Zitate aus dem Buch „Poetik des Raumes“ von Gaston Bachelard sowie Interviews mit den Künstlern Lawrence Weiner und Olaf Nicolai. ■

See.Fest.Spiele. Mörbisch ab 2013 als Gesamterlebnis

Aktivitäten und Novitäten rund um die Operette »Der Bettelstudent« von Millöcker



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Jürgen Marx, Bürgermeister von Mörbisch am See, Kulturlandesrat Helmut Bieler, Landeshauptmann Hans Niessl, Intendantin Kammersängerin Dagmar Schellenberger, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl und Karl Cvitkovich, Vizebürgermeister von Mörbisch, präsentierten in Wien die geplanten Aktivitäten und Neuerungen der Seefestspiele Mörbisch (v.l.)

Die Mörbischer Seespiele, 1957 von Kammersänger Herbert Alsen geschaffen, sind seit mehr als 50 Jahren ein richtunggebendes Zentrum der Operette. Vor mehr als zwei Jahren konnte der Wechsel der Intendanz von Harald Serafin auf Kammersängerin Dagmar Schellenberger, die unter 57 BewerberInnen ermittelt wurde, finalisiert werden. Zeitgleich mit dieser personellen Weichenstellung wurden die spezifischen Anforderungen dieses Kulturbetriebes in all seinen Facetten auf der Basis einer Publikumsbefragung einer grundlegenden Analyse unterzogen. Konkretes Ergebnis: Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 6 Millionen Euro sollen rund um diese größte Open Air-Operettenbühne der Welt weitreichende infrastrukturelle Maßnahmen Platz greifen und der See als optischer Hauptakteur im Bühnengeschehen wieder verstärkt deutlich gemacht werden.

„Die Entwicklungen im kulturellen Segment, aber auch im Tourismus schreiten dy-

namisch voran. Wir haben uns deshalb gefragt, welche Grundlagen wir in bezug auf das gesamte, umfassende Erlebnis Seefestspiele Mörbisch, von der Kulinarik über das Ambiente und die Einbindung der Landschaft bis hin zu den künstlerischen Darbietungen schaffen müssen, damit wir dauerhaft sicherstellen können, daß unsere Besucherinnen und Besucher von den Seefestspielen Mörbisch begeistert sind. Die Essenz dieser Überlegungen soll dazu beitragen, daß die „Seefestspiele Mörbisch neu“ nachhaltig nationale und internationale kulturtouristische Aufmerksamkeit erlangen“, so Landeshauptmann Hans Niessl.

Für den Seefestspiele-Vizepräsidenten Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl stehen als Ergebnis dieses Denkprozesses der Markenkern „See.Fest. Spiele.“ und vor allem die daraus resultierenden Kombinationsmöglichkeiten im Vordergrund: „Die wichtigste Erkenntnis, die wir aus all den Antworten gewonnen haben, war, daß unse-

re Besucher neben dem nach wie vor zentralen Bühnenerlebnis vor allem ein Gesamterlebnis in einer einzigartigen Landschaft mit einem unvergleichlichen Ambiente suchen, Wein und Kulinarik aus der Region genießen und das Burgenland mit all seinen Angeboten erfahren wollen.“

Deshalb sollen eine knapp 6000 m² große überdachte Fläche, die mit mobilen und beleuchtbaren Glaselementen geschlossen werden kann, eine Terrasse, die ca. 400 Personen in 15 m Höhe einen traumhaften Blick über den Neusiedlersee bietet, ein neues Gastronomiekonzept, das von der Firma Schärf in Neusiedl am See für das gesamte Festspielgelände entwickelt wird, ein neuer Zubau, der als zweite, kleine Spielstätte, aber auch für Firmen- und Sponsoren-Events genutzt werden kann, und ein barrierefreier Zugang zu allen Bereichen des Festspielgeländes den Gästen den Aufenthalt am Festspielgelände noch abwechslungsreicher, harmonischer und angenehmer gestalten.

»Burgenland Journal«

Dazu Kulturlandesrat Helmut Bieler, Präsident der Seefestspiele Mörbisch: „All diese Maßnahmen erfolgen als konsequente Umsetzung der konkret geäußerten Wünsche unseres Publikums. Wir sind fest davon überzeugt, daß wir mit diesem Investitionsschub unsere Wertschätzung gegenüber unseren Besuchern zum Ausdruck bringen können und damit ausgezeichnete Voraussetzungen für einen weiterhin erfolgreichen Betrieb der Seefestspiele Mörbisch schaffen.“

Neben diesen infrastrukturellen Investitionsmaßnahmen soll vor allem aber – wie schon der Name Seefestspiele sagt – der See wieder als optischer Hauptakteur im Geschehen deutlich gemacht werden. „Als ich für die Seefestspiele zu arbeiten begonnen habe und nach Mörbisch übersiedelt bin, hatte ich viele neue Ideen im Koffer. Diese Ideen werden nun Schritt für Schritt verwirklicht, um unseren Zuschauern jährlich neue Attraktivität zu bieten. So stelle ich nun

dem Publikum 2013 an 29 Abenden einen neuen „Bettelstudent von Carl Millöcker“ vor“, betonte die neue Intendantin, Kammer­sängerin Dagmar Schellenberger. Es ist dies erst die dritte Inszenierung dieser Operette in Mörbisch, nach 1969 und 1995, also eine Wiederbegegnung nach 18 Jahren. Für die Inszenierung wird Ralf Nürnberger verantwortlich zeichnen, für das Bühnenbild Yadegar Asisi und für die Kostüme Susanne Thomasberger. Für die Choreographie konnte Renato Zanella gewonnen werden. Die musikalische Leitung übernimmt Uwe Theimer. Die Besetzung des Stückes wird sich aus vielen neuen Namen, aber auch alten Bekannten zusammensetzen.

Anstelle einer Live-Übertragung der Premiere wird das Fernsehpublikum durch verschiedene mediale Unternehmungen mit den Seefestspielen Mörbisch verbunden bleiben. Neu für Mörbisch wird sein, daß es einen Eröffnungsakt am Nachmittag der Premiere

mit einem eigenen künstlerischen Programm geben wird. Die zweite kleine Spielstätte wird schon 2013 neben der Eröffnungsveranstaltung auch Sonderveranstaltungen und ab 2014 die erste Kinderproduktion beherbergen. Der neue Orchestersaal, in dem Orchester und Chor unter besten Bedingungen in Studioqualität musizieren können, wird als Studio für eigene CD-Produktionen dienen.

Um diese Aktivitäten und Novitäten auch nach außen hin zu dokumentieren – 2013 Millöckers „Bettelstudent“, 2014 das Musical „Anatevka“, 2015 die Inszenierung einer großen Revueoperette und 2016 wieder eine große klassische Operette –, entsprechend bewerben und im Bereich Kommunikation neue Akzente setzen zu können, wurde auch das optische Erscheinungsbild gänzlich neu gestaltet und wird den zeitgemäßen Anforderungen entsprechend Rechnung getragen. ■

<http://seefestspiele-moerbisch.at>

Blasmusikkapellen ausgezeichnet

Musikverein »Frohsinn« Marz mit dem Sonderpreis des Landeshauptmannes »Der Burgenländische Musikant 2012« prämiert

Die Blasmusik ist ein wichtiger Kulturträger des Landes. Es gibt in unserem Heimatland kaum eine Veranstaltung, die ohne Musikverein oder Blasmusikkapelle abgehalten wird. Aus diesem Grund hat Landeshauptmann Hans Niessl – gemeinsam mit Kulturlandesrat Helmut Bieler – auch heuer wieder verdiente Blasmusikkapellen im ORF Landesstudio in Eisenstadt ausgezeichnet. Gemeinsam mit dem Blasmusikverband wurden Kapellen und Musikvereine in den Kategorien Konzertmusik und Marschmusik geehrt. Der Sonderpreis des Landeshauptmannes „Der Burgenländische Musikant 2012“ ging an den Musikverein „Frohsinn“ Marz, der heuer sein 50jähriges Bestandsjubiläum feiert. Der Ehrenpreis ist ein Geldpreis und ein Sachpreis in Form einer Skulptur – ein Baßinstrument aus Edelserpentin.

Dazu der Landeshauptmann: „Die Blasmusik hat im Burgenland im Rahmen der Volkskultur einen sehr hohen Stellenwert. Das zeigt sich allein schon an der Zahl der Blasmusikkapellen. Derzeit sind im burgenländischen Blasmusikverband 90 Blasmusikkapellen als Mitglieder registriert – Tendenz steigend. Aus diesem Grund ist es mir auch ein großes Anliegen, daß die Musikvereine öffentlich für ihre Leistungen gewürdigt und ausgezeichnet werden. Denn



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Niessl und Kulturlandesrat Helmut Bieler mit dem Musikverein »Frohsinn« Marz, der den Sonderpreis »Der Burgenländische Musikant 2012« erhielt.

zu den vielen Auftritten einer Blasmusikkapelle auf Festen und Feiern kommen noch die großartigen Leistungen in der Nachwuchsarbeit dazu. An dieser Stelle möchte ich dem Burgenländischen Blasmusikverband, allen Musikvereinen, allen Kapellmeistern, Musikerinnen und Musikern, Funktionären und Mitgliedern meinen ganz besonderen Dank aussprechen. Mit Ihrem Fleiß, Ihrer Einsatzbereitschaft, mit ihrem Idealismus und Ihrer Begeisterung für die Musik

sind Sie ein großes Vorbild.“ Neben dem Musikverein „Frohsinn“ Marz wurden in der Kategorie Konzertmusik die Musikvereine Bauernkapelle St. Georgen und Heimattreue Baumgarten ausgezeichnet. In der Kategorie Marschmusik wurden die Musikvereine Bauernkapelle St. Georgen, Müllendorf, Heimattreue Baumgarten, Frisch Auf Schattendorf, Pilgersdorf und Rudersdorf prämiert. ■

<http://www.blasmusik-burgenland.at>

Wir sind für Sie da!



Amt der Burgenländischen Landesregierung

A-7000 Eisenstadt, Europaplatz 1

Bürgerinfostelle

Telefon + 43 - (0) 57 600 / 2000 oder 2006

Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 16.00 Uhr, Freitag von 7.30 bis 13.00 Uhr

post.buergerservice@bgld.gv.at

www.burgenland.at

Entgeltliche Einschaltung



Rückendeckung für die Autonomie

In der Auseinandersetzung mit der Regierung Monti um deren Eingriffe in die autonomen Zuständigkeiten des Landes kann Südtirol auch weiterhin auf Wien zählen.

Sowohl Bundespräsident Heinz Fischer, Sals auch Außenminister Michael Spindelegger haben Landeshauptmann Luis Durnwalder am 30. November versichert, in Rom auf die Einhaltung der Verpflichtungen Südtirol gegenüber zu pochen.

Die Südtiroler Delegation mit Durnwalder und Landesrat Theiner an der Spitze ist am Vormittag zunächst in der Hofburg von Bundespräsident Fischer empfangen worden, bevor es mit einem Gespräch mit Außenminister und Vizekanzler Spindelegger weiterging. In beiden Treffen war es Durnwalder ein Anliegen, die österreichische Staatsspitze über den Stand der andauernden Auseinandersetzungen mit der römischen Regierung zu informieren. „Wir haben auf die Eingriffe in unsere Zuständigkeiten ebenso hingewiesen, wie auf die Verletzung des Autonomiestatuts in Sachen Einsparungen, die Rom der Landesregierung einseitig aufzwingt“, so der Landeshauptmann, der erneut auf die statutarisch verankerte Notwendigkeit eines Einvernehmens zwischen Staat und Land verwiesen hat.

Zugleich waren auch die Aussagen von Ministerpräsident Mario Monti zur österreichischen Schutzmachtfunktion für Südtirol Gegenstand der heutigen Aussprachen. Monti hatte in Zweifel gezogen, dass diese Funktion nach Abgabe der Streitbeilegung noch gelte. „Wir haben Wien ersucht, bei jeder Gelegenheit, bei jedem Treffen, in jeder Aussprache zwischen Vertretern Österreichs und Italiens darauf hinzuweisen, daß Österreich seine Schutzmachtfunktion auch weiterhin wahrnimmt“, erklärt Durnwalder, der sich auch für die bereits gesetzten Schritte bedankt hat. „Wir sind sehr froh darüber, daß das Außenministerium bereits in einer Note an den italienischen Botschafter klargestellt hat, daß die Schutzmachtfunktion ihre Gültigkeit nicht eingebüßt hat, sondern nach wie vor aktuell ist“, so der Landeshauptmann. Außenminister Spindelegger habe zudem angekündigt, in einer weiteren Note an das italienische Außenministerium den österreichischen Standpunkt noch einmal zu unterstreichen.



Foto: Peter Lechner/HBF

Herzlicher Empfang: Bundespräsident Heinz Fischer (l.) hat LH Luis Durnwalder in seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg willkommen geheißen.



Foto: Dragan Tatic / BMeA

LH Luis Durnwalder (l.) mit Vizekanzler und Außenminister Spindelegger

„Die österreichische Staatsspitze hat uns heute erneut versichert, daß Österreich mit Überzeugung zu seiner Rolle als unsere Schutzmacht stehe und Italien im Rahmen der freundschaftlichen Beziehungen, die die beiden Staaten mittlerweile pflegen, auf die Eingriffe in unsere Autonomie hinweisen

werde“, erklärt Durnwalder, der nach den Treffen mit Genugtuung festhält: „Weder beim Bundespräsidenten noch beim Außenminister sind die geringsten Anzeichen dafür festzustellen, daß man die Schutzmachtfunktion auf die leichte Schulter nehmen oder in irgendeiner Form locker lassen würde.“ ■

Europawahlen 2014

Bürgern soll das passive Wahlrecht in einem anderen EU-Land erleichtert werden – EU-Abgeordnete fordern größeres Mitspracherecht für den Wähler

EU-Bürger, die sich in einem anderen EU-Mitgliedsstaat aufhalten, sollen nach der Abstimmung im Europäischen Parlament über einen Vorschlag der Europäischen Kommission leichter bei den Europawahlen 2014 kandidieren können. Die Abgeordneten nahmen am 20. November den Vorschlag im Plenum mit überwältigender Mehrheit (618 Stimmen dafür, 23 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen) an. Der Gesetzesentwurf sieht vor, bei den Europawahlen die Kandidatur von EU-Bürgern mit einer anderen Staatsangehörigkeit durch Änderung der bestehenden Vorschriften (Richtlinie 93/109/EG) zu vereinfachen. Dies ist eine der Initiativen, mit denen die Kommission die Teilnahme an den Europawahlen fördern und erleichtern will. Nach der Zustimmung des Parlaments soll der Vorschlag noch vor Ende 2012 vom Rat verabschiedet werden.

„Die Teilnahme an den Europawahlen ist eine der wichtigsten Möglichkeiten für die Bürger, in der EU mitzubestimmen“, so Viviane Reding, Vizepräsidentin der Kommission und EU-Justizkommissarin. „Jeder Bürger hat das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, ob er nun in seinem Heimatland oder in einem anderen EU-Mitgliedsstaat lebt. Wir haben diese Reform vorgelegt, um es den EU-Bürgern, die ihr Recht auf Freizügigkeit bereits wahrnehmen, zu erleichtern, auch ihre demokratischen Rechte bei den Europawahlen wahrzunehmen.“

In ihrem Bericht über die Unionsbürgerschaft 2010 hatte die Kommission die Problematik der ständig sinkenden Beteiligung bei den Europawahlen aufgegriffen und die Notwendigkeit betont, EU-Bürgern die Teilnahme an den Wahlen zu erleichtern. Einfachere Verfahren für das passive Wahlrecht von EU-Bürgern mit einer anderen Staatsangehörigkeit in ihrem Wohnsitz-Mitgliedsstaat sind eine Möglichkeit, dieses Problem zu beheben.

Zusätzlich arbeitet die Kommission mit den Mitgliedsstaaten daran, es EU-Bürgern, die sich in einem anderen Mitgliedsstaat als demjenigen aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, zu ermöglichen, in Übereinstimmung mit dem EU-Recht zu denselben Bedingungen an den Europawahlen teil-

nehmen zu können wie die Bürger dieses Mitgliedsstaates (Maßnahme 18 des Berichts über die Unionsbürgerschaft).

Hintergrund

Die Richtlinie 93/109/EG legt die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für EU-Bürger in ihrem Wohnsitzmitgliedsstaat fest. 2006 hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, diese Richtlinie abzuändern und das Verfahren für Kandidaten, die in einem anderen Mitgliedsstaat als ihrem eigenen antreten, zu vereinfachen. Außerdem sollte der Mechanismus zur Verhinderung von doppelter Stimmabgabe bei den Europawahlen reformiert werden. Da sich die Mitgliedsstaaten nicht einstimmig über die Verfahren betreffend die doppelte Stimmabgabe einigen konnten, waren die Verhandlungen über den Vorschlag 2008 ausgesetzt worden.

Auf Initiative der Kommission wurden die Beratungen im Oktober 2011 wieder aufgenommen und konzentrierten sich auf den Hauptaspekt des Vorschlags – die Vereinfachung der Verfahren für das passive Wahlrecht von EU-Bürgern mit anderer Staatsangehörigkeit. Insbesondere sollen Kandidaten nicht länger verpflichtet sein, in ihre Heimatland zurückzukehren, um einen Nachweis beizubringen, daß ihnen das passive Wahlrecht nicht entzogen wurde. Stattdessen sollen sie bei der Bekanntgabe ihrer Kandidatur in ihrem Wohnsitzmitgliedsstaat nur eine entsprechende Erklärung vorlegen müssen. Die Beweislast läge damit bei der Wahlbehörde des Wohnsitzmitgliedstaates.

Im Rat wurde (auf COREPER-Ebene = frz. Comité des représentants permanents bzw. Ausschuß der Ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten bei der Europäischen Union) bereits Einigkeit erzielt, sodaß nun eine neuerliche Anhörung des Europäischen Parlaments folgt, nachdem es bereits 2007 zum ursprünglichen Vorschlag konsultiert worden war).

Vor den nächsten Europawahlen sollten die europäischen politischen Gruppierungen eigene Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorschlagen, fordern die Abgeordneten in einer 22. November

verabschiedeten Resolution, in der sie ebenfalls verlangen, die Wahlen von Juni auf Mai 2014 vorzuziehen.

Die von den europäischen Parteien nominierten Kandidaten sollten dann den Wahlkampf 2014 anführen. Das würde den Wahlen zum Europäischen Parlament ein schärferes Profil verleihen und Bürger stärker motivieren, an die Urnen zu gehen, so die Abgeordneten.

Sie verlangen, daß so viele Mitglieder der nächsten Kommission wie möglich von Abgeordneten des 2014 gewählten Europäischen Parlaments gestellt werden, um der Stimme des Wählers mehr Gewicht zu verleihen und ein Gleichgewicht mit dem Rat herzustellen, da bisher die Regierungen alle Kandidaten nominieren.

Mitgliedsstaaten sollten sowohl einen männlichen als auch einen weiblichen Kandidaten für das Kollegium der nächsten Kommission vorschlagen, um ein ausgewogenes Verhältnis beider Geschlechter zu repräsentieren, so die Abgeordneten.

Einen Monat früher wählen: Mai statt Juni 2014

Das Parlament empfiehlt, die nächsten Europawahlen um einen Monat vorzuziehen und sie im Mai statt im Juni abzuhalten. Die Abgeordneten schlagen den 15.-18. Mai oder den 22.-25. Mai 2014 vor, um dem Parlament Zeit für die Vorbereitung der Wahl des Kommissionspräsidenten im Juli zu geben.

Schließlich schlagen die Abgeordneten den Mitgliedsstaaten vor, ihr Wahlrecht abzuändern, um „geeignete und angemessene“ Mindestschwellen für die Sitzverteilung einzuführen, damit das Parlament reibungslos arbeiten und dem Willen der Wähler gebührend Rechnung tragen kann.

Laut EU-Vertrag wählt das Europäische Parlament den Kommissionspräsidenten und muß anschließend dem gesamten Kollegium seine Zustimmung erteilen. Die neue Kommission wird am 1. November 2014 ihre Arbeit aufnehmen.

Die Entschließung wurde mit 316 Stimmen verabschiedet, bei 90 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen.

http://ec.europa.eu/justice/citizen/index_de.htm

Rekord-Sommer verleiht Rückenwind für Wintersaison

Mehr Sommergäste als je zuvor – Solide Basis für erfolgreiche Wintersaison gelegt – Trend zum Ganzjahrestourismus verstärkt sich – Mehr als 19 Mio. Gäste und 65,68 Mio. Nächtigungen im Sommer 2012



Foto: WienTourismus/Karl Thomas

Auch der Städtetourismus wird immer beliebter, wie das Wiener Nächtigungs-Plus von 7,2 Prozent zeigt. Einen Beitrag dazu leistet das alljährliche Musikfilm-Festival auf dem Rathausplatz, das von Tausenden kostenlos genossen werden kann.

Österreichs Tourismuswirtschaft ist auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein Fels in der Brandung und sichert durch ihre Leistungskraft Wachstum und Arbeitsplätze in Österreich“, betonte Tourismusminister Reinhold Mitterlehner angesichts der Zahlen der Statistik Austria für die Sommersaison 2012. Die Zahl der Gäste erreichte durch einen Anstieg um 3,6 Prozent auf 19,4 Millionen einen neuen Rekordwert. Die Nächtigungen sind von Mai bis Oktober um 2,6 Prozent auf 65,7 Millionen gestiegen. Das ist das beste Sommerergebnis seit 1995.

Ein wesentlicher Trend ist, daß die Abhängigkeit von den wichtigsten Monaten Juli und August gesunken ist und die Nebensaison-Angebote an Bedeutung gewinnen.

Der Nächtigungsanteil von Juli und August lag 2012 unter 50 Prozent. Im Oktober wurde sogar ein neuer Rekordwert bei den Nächtigungen erzielt. „Die von uns unterstützten Investitionen in Rad-, Wander-, Kultur-, und Gesundheitstourismus beleben die Nebensaisonen und erhöhen die Auslastung der Betriebe“, sagte Mitterlehner. „Durch den Trend zum Ganzjahrestourismus sind wir breiter und stärker aufgestellt und werden auch weniger abhängig von einzelnen Wetterperioden“, so Mitterlehner. Auch der Städtetourismus wird immer beliebter, wie das Wiener Nächtigungs-Plus von 7,2 Prozent zeigt.

Wie aus der Sommerbilanz hervorgeht, ist die Tourismusdestination Österreich gera-

de für ausländische Gäste noch attraktiver geworden. „Vor allem die deutschen und niederländischen Gäste sind wieder häufiger zu uns gekommen“, freut sich Mitterlehner. Gleichzeitig ist die Zahl der Inländer-Nächtigungen auf den Rekordwert von 20,5 Millionen gestiegen.

Optimistisch für Wintersaison

Aufgrund des durch die Tourismusstrategie gut abgestimmten Marketings und den Investitionen der Branche in zusätzliche Angebote sowie eine noch bessere Ski- und Wellness-Infrastruktur ist Mitterlehner auch für die Wintersaison optimistisch. „Wir sind zuversichtlich, daß Österreich seine Position als Wintersportland Nummer eins ausbauen

Wirtschaft

wird“, so Mitterlehner. Heuer gibt es unter dem Motto „Ankommen und Aufleben in neun Märkten (Deutschland, Benelux, Frankreich und CEE) eigene Winterkampagnen der Österreich Werbung, die das Angebot auf und abseits der Piste in den Mittelpunkt rücken.

Mehr als 19 Mio. Gäste und 65,68 Mio. Nächtigungen im Sommer 2012

Nach vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria wurden für die Sommersaison 2012 (Mai bis Oktober) 65,68 Mio. Nächtigungen gemeldet, um 2,6% mehr als im Sommer 2011. Das aktuelle Ergebnis ist das beste seit dem Sommer 1995 und liegt zwar noch um 12,44 Mio. Nächtigungen unter dem Rekordwert der Sommersaison 1991 (78,12 Mio.), aber deutlich über dem Sommerergebnis 2006 (6,70 Mio. Nächtigungen mehr). Hinsichtlich der Zahl der Gäste wurde zwischen Mai und Oktober 2012 mit 19,44 Mio. Ankünften (+3,6%) ein neuer Rekordwert erzielt, wobei sowohl inländische (+2,3% auf 6,89 Mio.) als auch ausländische (+4,3% auf 12,55 Mio.) Ankünfte Höchstwerte erreichten.

Die Zunahme insgesamt ist vor allem auf Nächtigungssteigerungen bei den ausländischen Gästen zurückzuführen, die um 3,4% (oder +1,49 Mio. Nächtigungen) auf 45,18 Mio. zulegen konnten. Vor allem der wichtigste Herkunftsmarkt Deutschland trug mit 24,56 Mio. Übernachtungen (+2,1%) positiv zum Nächtigungsergebnis bei (54,4% der Ausländernächtigungen entfallen auf die deutschen Gäste), wenn auch im Vergleich zum Sommer 1991 (39,61 Mio.) die deutschen Nächtigungen um 15,56 Mio. abnahmen. Positiv entwickelten sich auch weitere Herkunftsmärkte wie die Niederlande (+5,2%), die Schweiz (+2,1%), die Tschechische Republik (+4,0%) oder Ungarn (+6,0%), während Italien und Frankreich rückläufig waren (-4,5% bzw. -3,1%). Insbesondere Gäste aus Rußland konnten mit 522.200 Übernachtungen um +17,2% zulegen. Die Zahl der inländischen Gäste nächtigungen stieg um 0,9% auf 20,50 Mio. und erreichte damit einen neuen Höchstwert – im Rekordsommer des Jahres 1991 lag sie mit 18,78 Mio. noch deutlich unter der 20 Mio.-Marke.

Abgesehen vom rückläufigen Juniergebnis (feiertagsbedingt -4,5% bei den Nächtigungen) fielen vor allem in den wichtigsten Sommermonaten Juli und August die Nächtigungszuwächse mit 2,0% und 1,9% positiv aus. Auch der erste Sommermonat Mai

(+17,0%) bilanzierte aufgrund einer Feiertagsverschiebung überdurchschnittlich. Mit 6,64 Mio. Nächtigungen erreichte der Oktober einen neuen Rekordwert (+1,8% gegenüber Oktober 2011).

In den vergangenen Jahrzehnten verringerte sich der Nächtigungsanteil der Sommermonate Juli und August gemessen an der gesamten Sommersaison zugunsten der Nebensaisonmonate deutlich: Lag deren Anteil gemessen an den Gesamtnächtigungen des Spitzensommers 1991 noch bei rd. 56,2%, so nahm dieser im Sommer 2012 auf rd. 49,8% ab.

Bisheriges Kalenderjahr 2012: +3,5% bei den Übernachtungen

Für das bisherige Kalenderjahr 2012 (Jänner bis Oktober 2012) lagen rund 116,64 Mio. Übernachtungen vor, um 3,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Für die ausländischen Gäste wurden 84,82 Mio. Nächtigungen (+4,2%) registriert, die Zahl der inländischen Gästenächtigungen nahm um 1,7% auf 31,82 Mio. zu. Das bisherige Jahresergebnis ist mit 116,64 Mio. das zweitbeste nach dem Rekordjahr 1992 (117,6 Mio. Übernachtungen). Für die Mehrzahl der nächtigungsstärksten Herkunftsmärkte – mit Ausnahme von Italien (-3,6%), Belgien (-0,4%) und Frankreich (-0,6%) – konnten Zuwächse registriert werden, die höchsten bei Gästen aus Deutschland (+4,0%), den Niederlanden (+4,2%), der Schweiz (+6,2%) und Russland (+17,8%). Die Ankünfte stiegen im selben Zeitraum um 4,1% auf 31,54 Mio., jene der ausländischen Gäste um 4,5% auf 21,12 Mio., jene der inländischen Gäste um 3,4% auf 10,43 Mio.

Schenner: Trendwende im Sommer geschafft!

„Im Freibad ist jetzt Badeschluß“, verkündete der Obmann der Bundessparte Tourismus- und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Hans Schenner, angesichts der von der Statistik Austria gemeldeten Nächtigungszahlen für die abgelaufene Sommersaison. Besonders erfreulich für den WKÖ-Tourismus-Sprecher ist, daß sich im Sommer die Trendwende nach dem Rückgang 2009 hin zu mehr Wachstum abzeichnet. Alle Bundesländer konnten im bisherigen Kalenderjahr 2012 Zuwächse erzielen. Schenner: „Wann gab es das zuletzt?“

Gleichzeitig starten in den Skiregionen die ersten Lifte und läuten damit die bevorstehende Wintersaison ein. „Die Buchungslage in den Winterressorts ist derzeit zufriedenstellend“, so der WKÖ-Tourismusobmann. „Die ersten ‚Ski-Openings‘ finden bereits statt und dank der Beschneiungsanlagen wird es Anfang Dezember dann in den meisten Skigebieten so richtig losgehen.“ Österreich hat mit einer Abdeckung von über 70 Prozent der Pisten das weltweit dichteste Netz an Beschneiungsanlagen. Mit Erfolg: So wurde das Skigebiet Serfaus-Fiss-Ladis (Tirol) vor den beiden Schweizer Resorts Saas Fee (Platz 2) und der Aletsch-Arena (3.) in einer unabhängigen Kundenzufriedenheitsstudie von Mountain Management als „Best Ski Resort 2012“ ausgezeichnet.

Die Wintersaison bedeutet aber nicht nur Skifahren in den Bergen. Die Tourismuszahlen werden auch in den Städten und am „flachen Land“ geschrieben. „Angesichts des Booms in Wien, sowie dem Zuwachs in Salzburg-Stadt oder Linz, können wir darauf hoffen, daß es auch hier weiter aufwärts geht“, kommentiert Schenner. Keinen „Badeschluß“ gäbe es in den Thermen-Regionen, so Schenner. Hier habe besonders das Burgenland Erfolgsgeschichte geschrieben. Bereits 30 Prozent aller Nächtigungen entfallen im Burgenland auf die Wintermonate. Die Tausenden Tagestouristen sind in der Nächtigungsstatistik noch gar nicht enthalten. Ein Beweis dafür, daß es auch ohne Skipisten geht, ist etwa das Burgenländische „Martiniloben“, wo in über 300 Winzerbetrieben der junge Wein verkostet wird. Allein die Region Neusiedl am See, verzeichnete in der Zeit Oktober und November rund 120.000 Nächtigungen und ebenso viele Tagesgäste.

„Kulinarik“ ist für Schenner ein touristisches Produkt, das in allen Regionen Österreichs funktioniert, ebenso „Kunst und Kultur“. „Hier müssen wir noch besser werden“, appellierte der WKÖ-Tourismussprecher. Die Österreich Werbung wird hier für 2013 wieder einen Schwerpunkt setzen. Nach „Alpen“ und „Wasser“ ist nun der Themenbereich „Städte und Kultur“ an der Reihe.

Für die Zukunft sieht der WKÖ-Spartenobmann die Weiterführung der Tourismus-Strategie von Bundesminister Reinhold Mitterlehner als erfolgreichen Weg. Österreich sei klein und differenziert. Das mache den Tourismusstandort vielfältig, sei aber auch eine Herausforderung. „Die nationale Tourismus-Strategie von Bundesminister Mitterlehner mit den Schwerpunkten ‚Alpen, Städte und Wasser‘ hat sich als zielführend herausgestellt“, zeigt sich Schenner abschließend zufrieden. ■

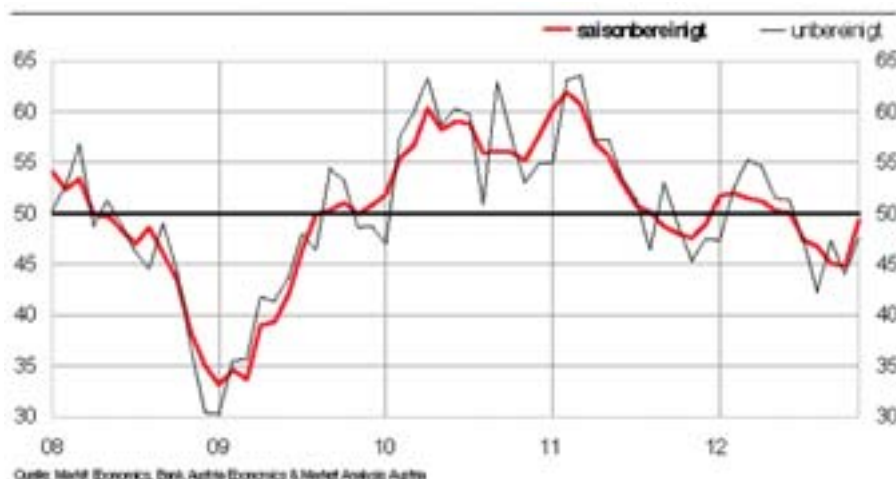
Konjunkturwende der Industrie in Sicht

Mit 49,3 Punkten Bank Austria EinkaufsManagerIndex auf bestem Wert seit Juni

Die Talfahrt der heimischen Industrie hat ein Ende, der Konjunkturtiefpunkt ist offenbar überwunden. „Im November ist der Bank Austria EinkaufsManagerIndex unerwartet stark gestiegen. Mit 49,3 Punkten erreicht der Indikator den besten Wert seit Juni und liegt nur noch knapp unter der neutralen Marke von 50 Punkten, ab der Wachstum signalisiert wird“, sagt Bank Austria Chefvolkswirt Stefan Bruckbauer. Seit Februar hatte sich die Geschäftslage der österreichischen Industriebetriebe kontinuierlich verschlechtert und seit vier Monaten sogar rückläufig entwickelt. „Das leicht steigende Neugeschäft im November führte erstmals seit dem Sommerbeginn zu einem kleinen Produktionsplus. Zwar sank der Auftragsbestand und die Beschäftigung im November noch, jedoch deutlich weniger stark als im Oktober“, so Bruckbauer.

Zwischen Juli und November dieses Jahres haben die heimischen Industriebetriebe die Produktionsleistung durchgängig zurückgefahren. In November stabilisierte sich durch einen Zuwachs bei den Auftragseingängen die Produktion dagegen wieder. „Die derzeit spürbare Verbesserung der Auftragslage ist überwiegend hausgemacht. Zwar nahm das Minus bei den Exportbestellungen gegenüber dem Vormonat ab, doch die Nachfrage nach ‚Made in Austria‘ läßt weiterhin zu wünschen übrig“, so Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Die globale Konjunkturschwäche, insbesondere die noch anhaltende Rezession in einigen Nachbarländern Österreichs, vor allem in Italien, dem zweitwichtigsten Handelspartnerland, belastet die heimischen Erzeuger. Die nachlassenden Auftragseingänge aus dem Ausland sind wesentlich für die nun bereits seit zehn Monaten sinkenden Auftragspolster der österreichischen Industriebetriebe verantwortlich.

Obwohl die verbesserte Auftragslage zu einer leichten Steigerung der Produktion führte, zeigt sich am Arbeitsmarkt noch keine Verbesserung. Im November wurden die Personalkapazitäten in der Industrie aus Kostengründen abermals zurückgefahren. „Wenn sich auch das Tempo des Beschäftigungsabbaus aktuell bereits etwas



verringert, seit mittlerweile einem halben Jahr gehen im Sektor nun bereits Jobs verloren. Dennoch wird im Gesamtjahr 2012 die Anzahl der Industriebeschäftigten mit durchschnittlich 583.000 um 1,6 Prozent über dem Vorjahr liegen“, führt Pudschedl aus. Trotz der Stabilisierung der Industriekonjunktur ist in den kommenden Monaten noch mit keiner Entspannung am Arbeitsmarkt zu rechnen. Die Arbeitslosenquote wird nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria 2013 auf 7,3 Prozent steigen – nach 7,0 Prozent im Jahresdurchschnitt 2012.

Ungeachtet der nun spürbaren Stabilisierung in der österreichischen Industrie verdeutlichen die aktuellen Preistrends, dass derzeit Überkapazitäten bestehen bzw. die Nachfrage sehr verhalten ist. Aufgrund höherer Preise für Energie und Metalle sowie gestiegener Transportkosten legten die Einkaufspreise erneut zu, der Anstieg schwächte sich jedoch auf ein unterdurchschnittliches Tempo ab. Die Verkaufspreise bleiben im starken Wettbewerbsumfeld insgesamt unverändert, wobei im Konsumgüterbereich eine leichte Anhebung möglich war, während im Vorleistungsgüterbereich die Preise zurückgingen. „Vor dem Hintergrund der derzeitigen Nachfrageschwäche haben die Unternehmen offenbar nicht die Preismacht, um die steigenden Kosten in den Verkaufspreisen unterzubringen“, analysiert Pudschedl. Um die Kostendynamik zu dämpfen setzten die heimischen Betriebe daher verstärkt auf Lagerabbau, was zum einen zu

längeren Lieferzeiten und zum anderen zur Reduktion der Einkaufsmengen führte.

Kleinere Zuwächse bei Produktion und Auftragseingang und ein Gesamtwert des aktuellen Bank Austria EinkaufsManagerIndex von knapp an der Neutralitätslinie signalisieren ein Ende der Talfahrt der österreichischen Industrie. Die österreichische Industrie wird rund um den Jahreswechsel 2012/2013 wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren, wenn auch vorerst angesichts der internationalen Rahmenbedingungen nur von einem moderaten Erholungstempo auszugehen ist. Mit einem erwarteten Anstieg von 3 Prozent wird die Industrie im kommenden Jahr die bestimmende Wachstumssäule der heimischen Wirtschaft sein. „Die Trendwende in der Industrie wird sich in den kommenden Monaten auch auf die Gesamtwirtschaft übertragen. Nach der leichten Rezession der österreichischen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2012 ist in einem ruhigeren europäischen Umfeld eine moderate Belebung im Jahresverlauf 2013 in Sicht. Wir gehen derzeit von einem Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent aus“, faßt Bruckbauer zusammen. Damit haben die Ökonomen der Bank Austria ihre bisherige BIP-Prognose für 2013 zwar leicht gesenkt, da der negative Einfluss der Rezession in einigen Nachbarländern stärker und auch länger wirkt als bisher angenommen, sehen sich aber bei ihrer Erwartung einer leichten Belebung im Jahresverlauf 2013 durch den aktuellen EinkaufsManagerIndex bestätigt. ■

Österreich verbessert sich auf Platz 2

2012 haben sich zehn von 17 Mitgliedsstaaten der Euro-Zone gegenüber dem Vorjahr in ihrer Gesamtbewertung verschlechtert, wie die Ergebnisse des aktuellen »Allianz Euro Monitor« zeigen.

Österreich konnte im Vergleich zum Vorjahr seine Bewertungen weitgehend halten und einen Platz gut machen. Die politischen Fortschritte hin zu mehr europäischer Integration und die fortschreitende ausenwirtschaftliche Anpassung in den „Problemländern“ werde zu einem allmählichen Abebben der Schuldenkrise beitragen, ist man bei der Allianz überzeugt.

„Österreich konnte sich im Vergleich zu den anderen Euroländern sehr gut behaupten. Um Klassenprimus zu werden, müsste Österreich vor allem bei der Solidität der Staatsfinanzen zulegen“, kommentiert Martin Bruckner, Vorstand der Allianz Investmentbank AG und Chief Investment Officer der Allianz Gruppe in Österreich, die Ergebnisse der aktuellen Allianz Studie.

Bewertung von zehn Euroländern verschlechtert sich

Der „Allianz Euro Monitor“ mißt die makroökonomischen Ungleichgewichte in der Eurozone. Dabei bekommen Staaten in jedem der 14 einzelnen Indikatoren einen Wert zwischen 1 und 10 zugewiesen – je höher der Wert, desto besser die Performance. Erneut erhält kein einziges Euroland eine sehr gute Bewertung (über 8). An der Spitze liegt nach wie vor Deutschland (7,7), vor Österreich und Luxemburg (7,0). Deutschland konnte dabei, ebenso wie Irland und Frankreich, dem schwierigen Umfeld trotzen und seinen Gesamtwert auf dem Niveau des Vorjahres halten. Frankreich (5,8) liegt nach wie vor auf Rang 10, Italien (4,5) büßte einen Rang ein und liegt nun auf Rang 13. Der größte Sprung nach vorn gelang Belgien (5,9), das vier Plätze gutmachte und aktuell auf Platz 5 liegt. Finnland (5,8) hingegen rutschte um drei Plätze ab und liegt aktuell auf Platz 8.

Österreich: »Europameister« bei Arbeitslosenquote

Wirft man einen Blick auf einzelne Indikatoren der Studie, so zeigt sich daß Österreich im internationalen Vergleich gut

Gesamtbewertung: Allianz Euro Monitor 2012

Rang 2012	EWU-Mitgliedsland	Durchschnittliches Rating 2012	Rang 2011	Durchschnittliches Rating 2011	Rang 2007	Durchschnittliches Rating 2007
1	Deutschland	7,7	1	7,7	2	8,0
2	Österreich	7,0	3	7,1	4	7,9
2	Luxemburg	7,0	2	7,5	1	8,9
4	Niederlande	6,6	4	7,0	2	8,0
5	Belgien	5,9	9	5,8	7	7,2
5	Estland	5,9	6	6,0		
7	Malta	5,8	8	5,9	12	6,1
8	Finnland	5,8	5	6,1	6	7,8
9	Slowakei	5,6	6	6,0	8	6,9
9	Frankreich	5,6	10	5,6	10	6,6
11	Slowenien	5,4	10	5,6	4	7,9
12	Spanien	5,0	13	4,6	13	5,9
13	Italien	4,5	12	4,7	11	6,1
14	Portugal	4,1	15	3,7	15	5,0
15	Irland	3,9	14	3,9	9	6,9
16	Griechenland	3,4	17	2,7	16	4,9
17	Zypern	3,0	16	3,6	6	13,0

Quelle: Allianz Euro Monitor 2012.

Solidität der Staatsfinanzen

Rang 2012	EWU-Mitgliedsland	Rating 2012	Rang 2011	Rating 2011	Rang 2007	Rating 2007
1	Estland	9,3	1	10,0		
2	Luxemburg	9,3	2	9,7	1	10,0
2	Finnland	8,7	3	9,3	4	9,7
4	Deutschland	7,7	4	7,7	8	7,7
5	Niederlande	7,0	6	7,0	6	9,0
6	Slowakei	7,0	5	7,3	7	8,7
6	Slowenien	7,0	6	7,0	1	10,0
8	Österreich	6,3	8	6,7	8	7,7
8	Frankreich	6,0	10	5,7	11	7,0
10	Malta	6,0	9	6,3	12	6,3
11	Belgien	5,7	11	5,3	14	6,0
11	Zypern	4,7	11	5,3	8	7,7
13	Spanien	4,3	13	5,0	5	9,3
13	Italien	3,3	15	3,7	15	4,3
13	Portugal	3,3	14	4,0	12	6,3
16	Griechenland	2,0	17	1,0	16	2,7
17	Irland	2,0	16	3,3	1	10,0

Quelle: Allianz Euro Monitor 2012.

abschneidet: Zwar ging Österreichs Gesamtbewertung im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück (von 7,1 auf 7,0), aufgrund eines noch stärkeren Rückgangs der Gesamtbewertung Luxemburgs (von 7,5 auf 7,0) liegen nun beide Staaten ex aequo auf Platz 2. Bei „Wettbewerbsfähigkeit und Inlandsnachfrage“ liegt Österreich hinter Deutschland auf Platz 2, ebenso bei „Beschäftigung, Produktivität und Ressourceneffizienz“. Österreich

hat die niedrigste Arbeitslosenquote der Euro-Zone, eine relativ hohe Erwerbsquote (Platz 3) und liegt in Sachen Energieeffizienz auf Rang 3. Einzig bei der Arbeitsproduktivität rangiert Österreich auf Platz 12. Bei „Private Verschuldung und Auslandsvermögenssituation“ konnte Österreich im Vergleich zum Vorjahr zwei Plätze gut machen und liegt aktuell auf Platz 2. Die schlechteste Platzierung weist Österreich im Bereich

Wirtschaft

„Solidität der Staatsfinanzen“ auf, wo es auf Rang 8 liegt, getrieben insbesondere durch eine hohe Staatsverschuldung und staatliche Neuverschuldung (jeweils Platz 8), sowie die relativ hohe Belastung aus Zinszahlungen an den Staatsausgaben (Platz 9).

Peripherieländer trotz schwerer Rezession auf dem Weg zur Gesundung

Wenn man einen Blick auf die Reformanstrengungen in den Peripherieländern wirft, ist festzuhalten, dass die derzeitige wirtschaftliche Schwäche mögliche positive Resultate überdeckt. Die weitreichenden strukturellen Reformen brauchen Zeit, um sich in ihrer gesamten Wirkung zu entfalten. Dazu zählen Indikatoren wie das Defizit der öffentlichen Haushalte, Lohnstückkosten, Inlandsnachfrage und Arbeitsproduktivität. Der aktuelle Euro Monitor zeigt, daß sich die Euroländer in einem herausfordernden Prozeß befinden, um zur Gesundung der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Eurozone beizutragen. Die einzigen Staaten, die ihren Gesamtwert verbessern konnten, waren Belgien (5,9), Spanien (5,0), Portugal (4,1) und Griechenland (3,4). Griechenland hat es dabei geschafft, sich – ausgehend von einem niedrigen Niveau – stärker zu verbessern als jedes andere Land der Eurozone. So hat sich Griechenland durch einen Rückgang bei den Lohnstückkosten verbessert. Ebenfalls eine Verbesserung zeigt der Verschuldungsgrad des privaten Sektors. „Insgesamt gibt es in Griechenland Fortschritte, die in der öffentlichen Diskussion übersehen werden“, erklärte Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz SE. Portugal hat seinen Wert von 3,7 im Jahr 2011 auf 4,1 gesteigert und damit den besten Wert seit 2008 erreicht. Fortschritte in Portugal wurden in den Bereichen „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Private und Auslandsverschuldung“ erreicht. Auch die Lohnstückkosten sowie die Budgetsituation sind in einer positiven Verfassung. Spanien, das gegenüber dem Vorjahr einen Platz gutmachte und dessen Gesamtwert von 4,6 auf 5,0 zulegte, konnte bei fünf Indikatoren zulegen. Neues Schlußlicht der Rangliste ist erstmals Zypern, das in drei von vier Kategorien deutliche Verschlechterungen im Vergleich zum Vorjahr aufweist und sich auch beim Gesamtwert von 3,6 im Vorjahr auf einen Wert von 3,0 verschlechterte.

EU-Reform: klare Zielvorgaben notwendig

Ein detaillierter Fahrplan mit Terminvorgaben zur EU-Reform soll bereits zum EU-

Beschäftigung, Produktivität und Ressourceneffizienz

Rang 2012	EWU-Mitgliedsland	Rating 2012	Rang 2011	Rating 2011	Rang 2007	Rating 2007
1	Deutschland	7,3	1	7,3	9	6,8
2	Österreich	7,0	2	7,0	3	7,8
3	Malta	6,5	3	6,5	14	5,8
3	Luxemburg	6,5	5	6,3	5	7,5
5	Niederlande	6,3	3	6,5	3	7,8
6	Irland	5,8	7	5,0	1	8,5
7	Belgien	5,3	7	5,0	11	6,5
8	Frankreich	5,0	6	5,3	12	6,3
8	Spanien	5,0	11	4,3	12	6,3
10	Italien	4,8	7	5,0	7	7,0
11	Finnland	4,5	11	4,3	7	7,0
11	Slowakei	4,5	11	4,3	15	5,5
11	Zypern	4,5	7	5,0	9	6,8
14	Portugal	3,8	15	3,8	15	5,5
15	Slowenien	3,5	14	4,0	2	8,0
16	Estland	2,5	16	2,8		
17	Griechenland	2,3	17	2,5	6	7,3

Quelle: Allianz Euro Monitor 2012.

Private Verschuldung und Auslandsvermögensposition

Rang 2012	EWU-Mitgliedsland	Rating 2012	Rang 2011	Rating 2011	Rang 2007	Rating 2007
1	Deutschland	8,7	1	8,0	1	9,0
2	Österreich	7,7	4	6,3	6	6,0
2	Niederlande	7,7	2	7,0	4	6,7
4	Estland	7,3	2	7,0		
5	Belgien	7,0	8	5,7	2	7,0
5	Frankreich	7,0	5	6,0	5	6,3
7	Finnland	6,7	5	6,0	7	5,7
7	Italien	6,7	5	6,0	8	5,3
7	Slowakei	6,7	8	5,7	2	7,0
10	Spanien	5,7	10	4,3	14	1,7
10	Slowenien	5,7	10	4,3	8	5,3
12	Griechenland	4,3	12	3,7	11	2,7
12	Portugal	4,3	13	2,7	11	2,7
14	Irland	3,0	14	1,7	13	2,5
15	Zypern	1,7	15	1,0	10	5,0
	Luxemburg					
	Malta					

Quelle: Allianz Euro Monitor 2012.

Gipfel feststehen – vor den nächsten wichtigen Entscheidungen auf politischer Ebene sieht Heise Fortschritte bei der Bewältigung der Herausforderungen. „Wir sehen die Entwicklungen nicht so skeptisch – es gibt Fortschritte, die Euroländer sind auf dem guten Weg zu stärkerer Integration. Die Politik hat im Kampf um den Euro die Initiative zurück gewonnen. Handlungsfähigkeit mit klaren Zielvorgaben bleibt auch weiterhin das Gebot der Stunde“, so Heise. „Wir gehen davon aus, daß vor allem die politischen Fortschritte hin zu mehr europäischer Integration und die fortschreitende außenwirtschaftliche Anpassung in den Problemländern zu einem allmählichen Abebben der Schuldenkrise beitragen“, erklärte Heise. Die Schritte der letzten Wochen geben Grund zur Zuversicht: Die Bankenaufsicht ist Teil der geplanten Bankenunion für das Euro-Währungsgebiet und Voraussetzung dafür,

daß der kürzlich in Kraft getretene permanente Rettungsschirm ESM angeschlagene Banken direkt rekapitalisieren darf – ein Schritt, der die Negativspirale zwischen Bankenkrise und steigender Staatsverschuldung durchbrechen dürfte.

Über den Euro Monitor

Der Allianz Euro Monitor ist ein makroökonomisches Monitoring- und Frühwarnsystem zur Identifizierung bestehender und neu entstehender Ungleichgewichte. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf den Risiken, die von einem unausgewogenen Wachstum ausgehen. Der Euro Monitor bewertet die 17 Länder der Eurozone und stellt eine Rangliste auf. Die Platzierung hängt von dem Beitrag ab, den das jeweilige Land zu einem Wachstum ohne makroökonomische Ungleichgewichte und damit zur Stabilität des Euroraums insgesamt leistet. ■

Familienunternehmen noch immer auf Wachstumskurs

PwC-Studie Familienunternehmen in Österreich 2012 – Fachkräftemangel und Eurokrise sind Hauptrisiken – Externe Manager sind selten Anteilseigner

Österreichs Familienunternehmen sind bislang gut durch die Eurokrise gekommen und sehen sich noch immer langfristig auf einem stetigen Wachstumskurs. In den vergangenen zwölf Monaten haben sieben von zehn österreichischen Familienunternehmen ihren Umsatz gesteigert, nur 16 % mußten einen Erlösrückgang hinnehmen. Damit haben sich die Betriebe hierzulande besser geschlagen als die Familienunternehmen weltweit, von denen nur 65 % über Zuwächse berichten, jedoch fast 20 % über Umsatzeinbußen, wie aus der Studie „Familienunternehmen in Österreich 2012“ der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC hervorgeht.

Auf Sicht der kommenden fünf Jahre zeigen sich die Befragten im In- und Ausland annähernd gleich zuversichtlich, wobei die österreichischen Betriebe eher ein stetiges Wachstum (82 %) als einen sprunghaften Umsatzanstieg (3 %) prognostizieren.

Gute Gründe für das positive Abschneiden

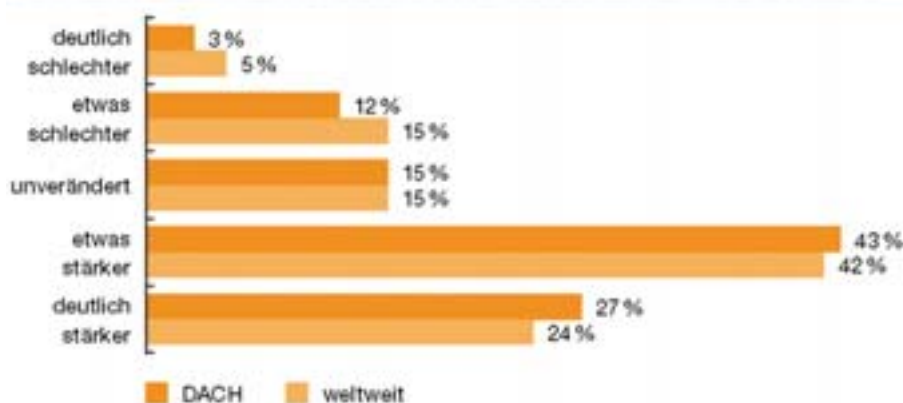
„Für das gute Abschneiden österreichischer Familienunternehmen gibt es mehrere Gründe. Wesentlich ist die langfristige, meist generationenübergreifende Ausrichtung, die das Selbstverständnis der Unternehmen in Österreich weitaus stärker prägt als im weltweiten Durchschnitt. Hinzu kommen ihre Flexibilität, Innovationskraft und die stärkere regionale Diversifizierung, die Österreichs Familienunternehmen unabhängiger von der Konjunkturentwicklung in einzelnen Regionen macht“, kommentiert Erik Malle, Geschäftsführer bei PwC Österreich.

So erzielen Österreichs Familienunternehmen bereits knapp die Hälfte ihres Umsatzes durch den Export. Dies liegt vor allem am hohen Internationalisierungsgrad der Alpenrepublik, in der nur 12 % der Gesellschaften gar nicht im Ausland aktiv sind. Weltweit sind es nur 67 %, die auf Export setzen.

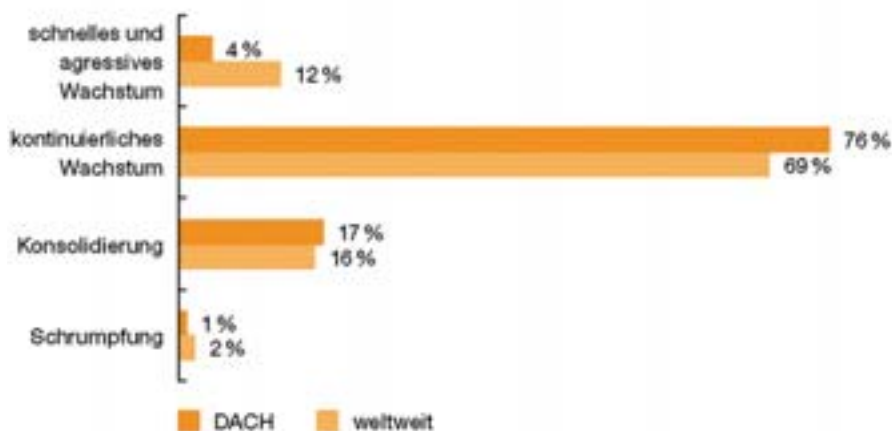
Fachkräftemangel macht zunehmend Sorgen

Die wichtigste Herausforderung, der sich Familienunternehmen nach eigener Ein-

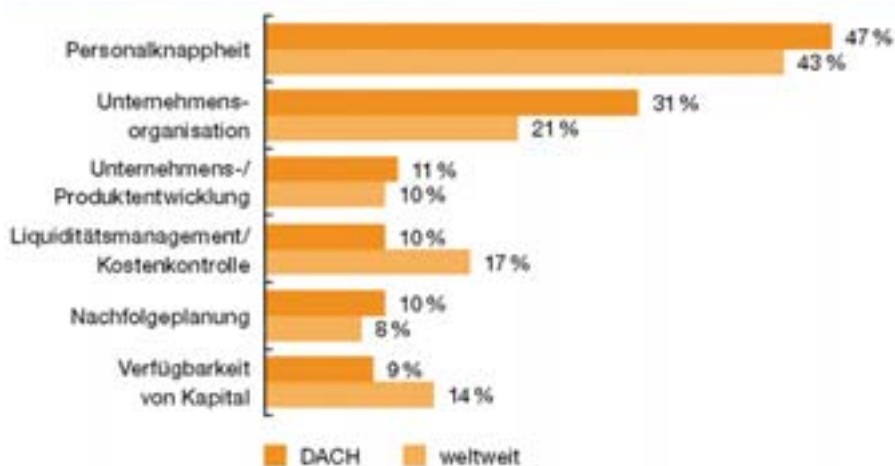
Umsatzentwicklung im letzten Finanzjahr



Wachstumsziele in den nächsten fünf Jahren



Zentrale interne Herausforderungen in den nächsten zwölf Monaten



Wirtschaft

schätzung gegenüber sehen, ist der Fachkräftemangel. Diesen Aspekt nennen mittlerweile 47 % der Befragten in der DACH-Region (*Deutschland, Österreich, Schweiz, Ann.*) gegenüber 38 % in der Vorgängerstudie von 2010. In Österreich stellt die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter mit 76 % sogar die größte Herausforderung innerhalb der nächsten fünf Jahre dar. Neu auf der Agenda steht die Unsicherheit über die Zukunft der Eurozone, die 24 % der österreichischen Familienunternehmen beschäftigt.

Abgenommen hat demgegenüber die Sorge vor einer Verschlechterung der allgemeinen Marktkonditionen (43 % vs. 59 % im Jahr 2010). In den Unternehmen selbst schlägt sich diese geänderte Risikowahrnehmung in einer anderen Prioritätensetzung nieder: War das Kostenmanagement vor zwei Jahren noch für 31 % der Befragten ein herausragendes Thema, gilt dies aktuell nur für 7 %.

Externe Manager sind selten Anteilseigner

Ein für die Zukunftsfähigkeit von Familienunternehmen wesentlicher Aspekt ist die Einbindung familienfremder Führungskräfte: Sechs von zehn Familienunternehmen in Österreich vertrauen auf die Expertise externer Manager im Vorstand.

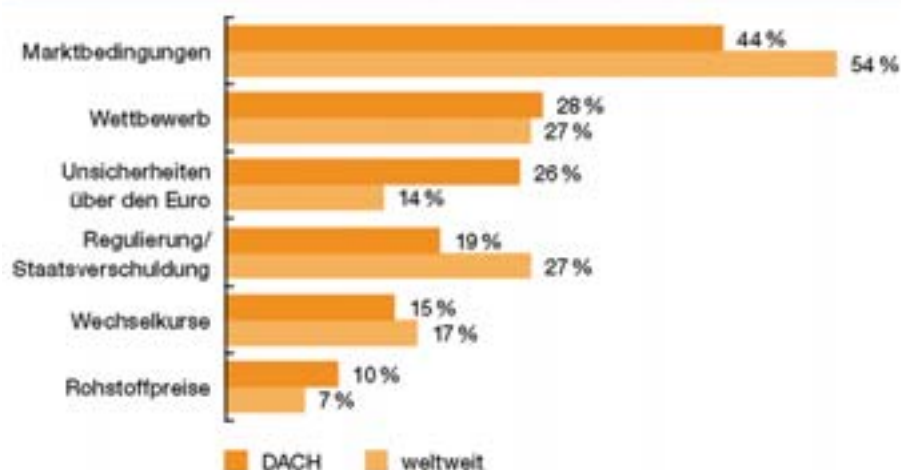
Auf der Eigentümerseite bleiben die Familien jedoch lieber unter sich. Nur bei 16 % der österreichischen Familienunternehmen halten externe Manager Gesellschaftsanteile, während weltweit 27 % der Befragten Anteile an familienfremde Führungskräfte überschrieben hat. Zumindest mittelfristig dürfte sich an der Trennung zwischen operativer Führung und Eigentum hierzulande auch wenig ändern: Lediglich rund jedes neunte Familienunternehmen erwägt, familienfremde Manager in den kommenden Jahren zu beteiligen.

„Viele Familienunternehmen sehen von einer Beteiligung externer Manager ab, weil sie einen Identitätsverlust fürchten. Allerdings bleibt damit die große Chance ungenutzt, Spitzenkräfte dauerhaft an Familienunternehmen zu binden“, warnt Malle.

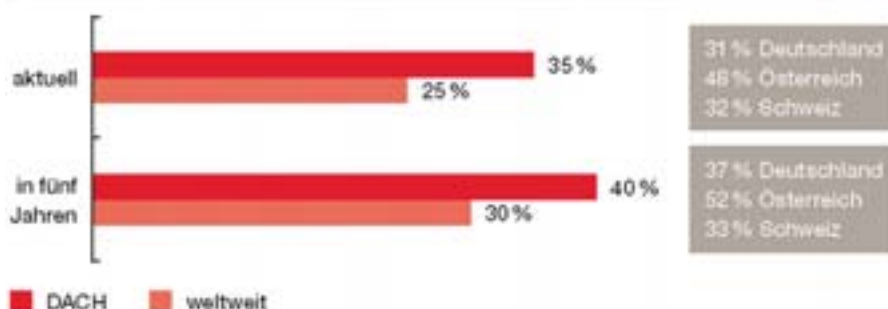
Auf Konflikte – insb. bei anstehenden Generationswechseln – vorbereitet

Vergleichsweise gut aufgestellt sind die österreichischen Familienunternehmen demgegenüber bei der Konfliktprävention. Mehr als 60 % der Befragten haben Geschäftsvereinbarungen getroffen, während dies nur für 49 % der Unternehmen weltweit gilt.

Zentrale externe Herausforderungen in den nächsten zwölf Monaten



Durchschnittlicher Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz



„Familiäre Konflikte sind erfahrungsgemäß vor allem bei anstehenden Generationswechseln hoch problematisch. Wenn sich die Erben nicht über die weitere Entwicklung des Unternehmens einigen können, ist dies oft der Anfang vom Ende eines familiengeführten Betriebs“, betont Malle.

Österreichische Familienunternehmen sehen auch künftig die Familie in einer prägenden Rolle für die Firma: Gut vier von fünf österreichischen Familienbetrieben sollen von den Erben fortgeführt werden, während ein Verkauf bzw. Börsengang nur für acht Prozent der Befragten eine Option ist. Demgegenüber planen weltweit nur zwei Drittel der Unternehmen eine Fortführung in Familienbesitz, während 17 % über eine Veräußerung nachdenken.

Forderungen an die Politik: In Österreich weniger massiv als in Deutschland

Im Gegensatz zu den deutschen Familienbetrieben gehen die österreichischen mit ihrer Politik nicht so hart ins Gericht. Sie sind überzeugt, daß die Regierung der Bedeutung von Familienunternehmen Rechnung trägt. Dennoch erwarten sich Familienunternehmen von der Politik gezielt verbes-

serte Rahmenbedingungen für kleine und mittelständisch geprägte Gesellschaften. Besonders häufig werden dabei Steuerabbau sowie Steuererleichterungen und die Reduktion der Bürokratielast gefordert. Weitere Belastungen in Form von neuen vermögensbezogenen Steuern wären für die Unternehmen nicht mehr tragbar. Ein Anliegen ist den österreichischen Familienunternehmen die Aus- und Fortbildung von Jugendlichen. Nur 22 % finden, dass junge Absolventen die richtige Qualifikation für ihren Job mitbringen.

Die vorliegende Studie basiert auf dem „Global Family Business Survey 2012“, den PwC zum vierten Mal nach 2006, 2008 und 2010 erhoben hat. An der weltweiten Umfrage im Sommer 2012 beteiligten sich rund 2.000 Familienunternehmen, darunter 50 aus Österreich.

PwC bietet branchenspezifische Dienstleistungen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung und Unternehmensberatung. Mehr als 180.000 Mitarbeiter in 158 Ländern weltweit tragen in unserem internationalen Netzwerk mit ihren Ideen, ihrer Erfahrung und ihrer Expertise dazu bei, neue Perspektiven und praxisnahe Lösungen zu entwickeln. ■

Ökoenergiecluster legt starke Jahresbilanz

Ökoenergie-Innovationen und Technologie aus Oberösterreich punkten weltweit

Oberösterreich ist im Bereich der erneuerbaren Energien und Energie-Effizienz eine Vorreiter-Region. „Viele Unternehmen des Ökoenergie-Clusters sind aufgrund ihrer Innovationskraft mit Spitzentechnologien weltweit führend“, freut sich Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl. Der Ökoenergie-Cluster (OEC) ist das Netzwerk der Ökoenergie- und Energieeffizienz-Unternehmen in Oberösterreich, mit dem Clustermanagement ist vom Land Oberösterreich der O.Ö. Energiesparverband betraut. Ziel ist es, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern.

„Im Ökoenergie-Cluster arbeiten derzeit 168 Unternehmen mit insgesamt mehr als 21.000 MitarbeiterInnen zusammen, davon mehr als 8.800 MitarbeiterInnen im Bereich Ökoenergie und Energieeffizienz. Sie erwirtschaften einen Umsatz von mehr als 1,9 Milliarden Euro in diesem Bereich. Die OEC-Unternehmen beschäftigen derzeit insgesamt rund 700 Lehrlinge. Zudem kooperieren weitere 39 Unternehmen aus Südböhmen mit dem OEC“, zeigt Sigl die wichtigsten Eckdaten auf.

Die OEC-Partnerunternehmen sind in den Branchen Sonnenenergie, Biomasse und Biogas, Windenergie, Geothermie & Wärmepumpe, Kleinwasserkraft, Passiv- und Niedrigenergiehäuser, Energieausweis, Energie-Contracting, energie-effiziente Beleuchtung, Energieberatung sowie effiziente Haus- und Prozesstechnik zu finden.

Die diesjährige Jahresversammlung des Ökoenergie-Clusters findet am Mittwoch, 21. November 2012, abends in Linz statt. Dabei wird Bilanz gezogen über die erfolgreiche Internationalisierung, Aus- und Weiterbildung in der Energy Academy und die Unterstützung von Forschung & Entwicklung. Zudem ist ein Schwerpunkt die Kooperationen von OEC-Partnerunternehmen.

Verzweifacht – verfünffacht – versiebenfacht – verachtacht

Der Ökoenergie-Cluster wurde 2000 gegründet und entwickelte sich in den letzten zwölf Jahren höchst erfolgreich:

- Die Anzahl der Partner-Unternehmen im OEC stieg von 74 im Jahr 2000 auf der-

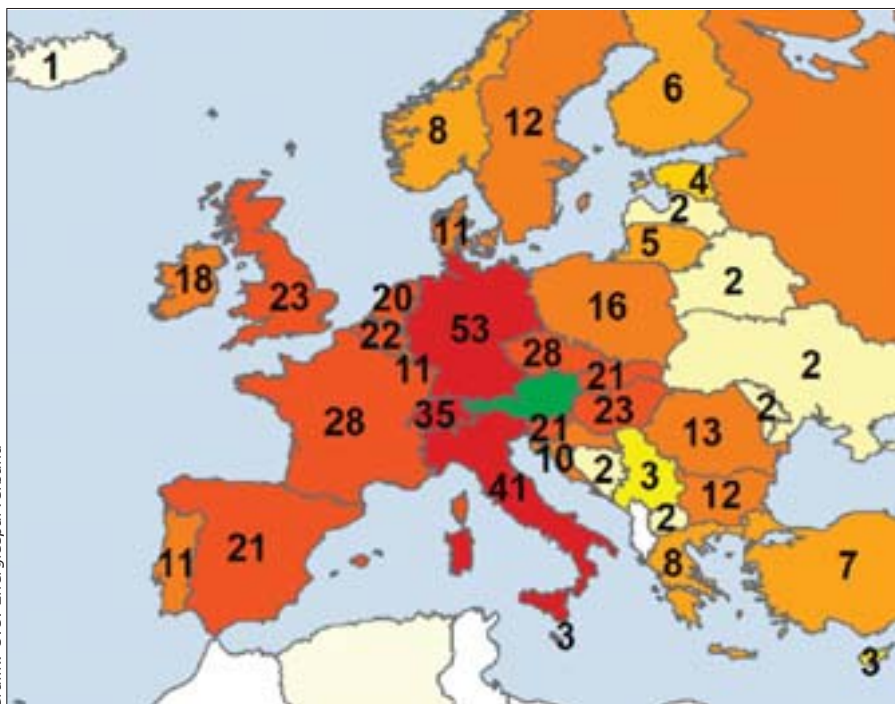


v.l.: Herbert Ortner (ÖkoFEN), Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl und Gerhard Dell (Leiter Ökoenergiecluster, GF Energiesparverband)

- zeit 168 + 39, hat sich also etwa verdoppelt.
- Die Anzahl der MitarbeiterInnen in den Unternehmen erhöhte sich von 1620 im Jahr 2000 auf derzeit 8800, hat sich somit etwa verfünffacht.
- Die OEC-Unternehmen exportieren derzeit in 85 Länder weltweit, das entspricht

etwa dem Siebenfachen der Länderzahl im Jahr 2000.

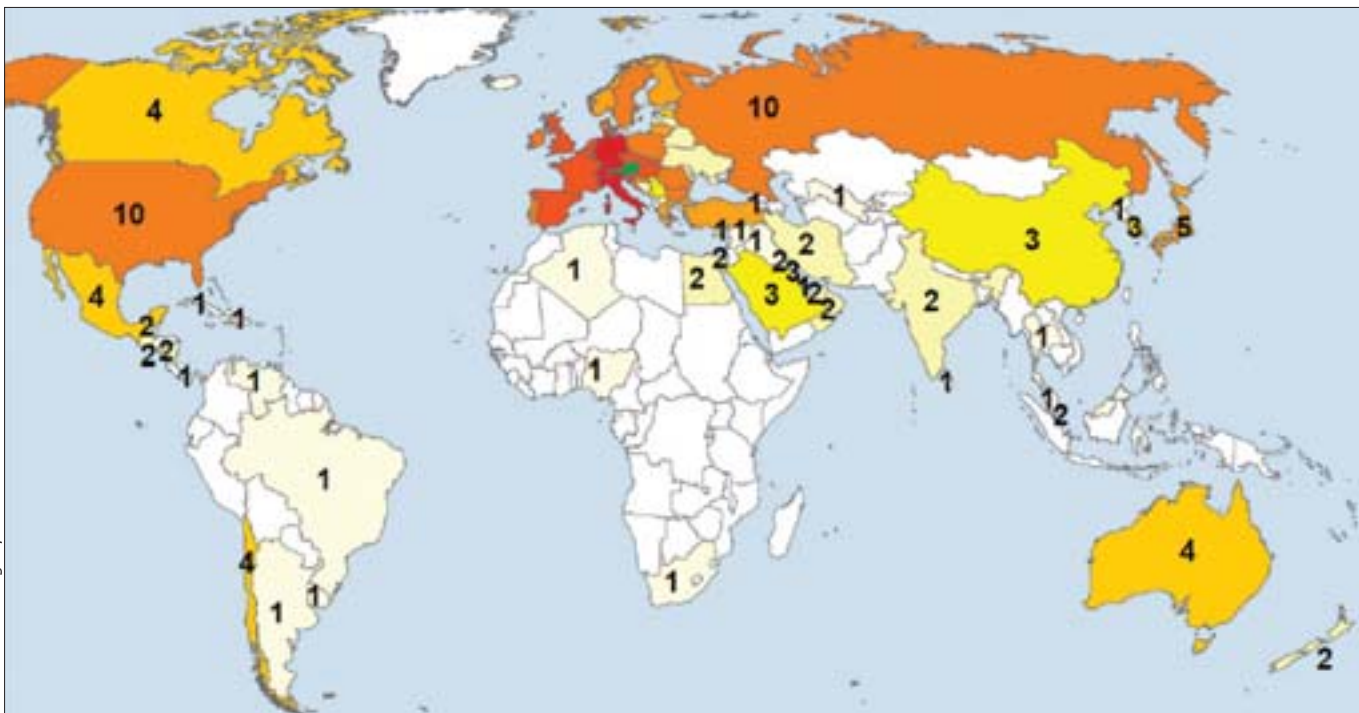
- Und auch die Umsatzzahlen der OEC-Partnerunternehmen haben sich in den letzten zwölf Jahren verachtacht, derzeit werden etwa 1,9 Milliarden Euro jährlich erwirtschaftet.



OEC Exportländer – Europa Zahl der im Land vertretenen OEC Partner

Wirtschaft

Grafik: O.Ö. Energiesparverband



OEK Exportländer – weltweit Zahl der im Land vertretenen OEC Partner

Ökoenergie-Technologie made in Upper Austria

Die OEC-Partnerunternehmen haben in den letzten Jahren kontinuierlich neue Exportmärkte erschlossen und zählen in vielen Ländern bereits zu den Marktführern. Der Markteintritt in wachstumsstarke und chancenreiche (außereuropäische) Märkte stellt die öö. Unternehmen auch vor neue Herausforderungen.

Die Exportquote der Partnerunternehmen im Ökoenergie-Cluster liegt über 50 Prozent, sie exportieren in 85 Länder weltweit.

Jahresbilanz des OEC

- 22.000 Besucher/innen auf der OEC-Homepage,
- über 1500 Teilnehmer/innen an OEC-Veranstaltungen,
- 32 OEC-Präsentationen auf internationalen Konferenzen und Meetings,
- 22 OEC-Veranstaltungen (im 1. Halbjahr), letztes Jahr 33,
- 7 Kooperationsprojekte,
- 2 Messeauftritte und
- 11 internationale Delegationen, über 200 BesucherInnen aus 20 Ländern.

Im Zuge der Jahreshauptversammlung des Ökoenergieclusters am 21. November werden von Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl auch die Cluster-Unternehmen geehrt, die bereits zehn Jahre Partner des Ökoenergie-Clusters sind. Insgesamt sind 75 Unternehmen nun schon seit zehn Jahren oder länger Partner im Ökoenergie-Cluster, auch

dies ein Beleg für die gute und Nutzen stiftende Zusammenarbeit im Cluster.

Vernetzung – gemeinsam stark für die Zukunft

Der Ökoenergie-Cluster legt auch einen neuen Schwerpunkt auf die interne Vernetzung, dazu gibt es eigene Veranstaltungsformate: bei „OEC Women“ treffen sich die weibliche Führungskräfte, bei „OEC next“ die jüngeren MitarbeiterInnen von Clusterunternehmen und beim „OEC Innovationsforum“ geht es um neue Technologien.

Geplante Internationalisierung in Richtung Südamerika

Die Internationalisierungsbestrebungen

der OEC-Partnerunternehmen werden vom Cluster unterstützt. In den letzten Jahren lag der Schwerpunkt der Internationalisierung auf dem nordamerikanischen Raum, derzeit sind zehn OEC-Unternehmen in den USA und jeweils vier in Kanada und Mexiko vertreten.

Der nächste Schritt geht nun in Richtung Südamerika, der OEC plant für 2013 verstärkte Aktivitäten in diese Richtung und Kooperationen mit Einrichtungen vor Ort. Zur laufenden Unterstützung der Internationalisierung der Clusterfirmen ist der OEC auch an mehreren Kooperationsprojekten mit anderen europäischen Clustern aus dem Energiebereich beteiligt.

<http://www.oec.at>



Wirtschaft

Niedrige Finanzerträge schwächen die Lebensversicherung

Niedrige Renditen auf Veranlagungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt, Kursverluste an den Börsen und hoher Abschreibungsbedarf für Anleihen der Länder an der Peripherie der EU schwächten im (aktuell verfügbaren) Jahr 2011 die Finanzerträge in der Versicherungswirtschaft. Trotz der vorsichtigen und langfristigen Veranlagungsstrategie verringerte sich der Abstand zwischen der Rendite auf versicherungswirtschaftliche Kapitalanlagen in der Lebensversicherung und der Sekundärmarktrendite auf Bundesanleihen auf 1,1 Prozentpunkte.

Mit einer verhaltenen Ausweitung der Prämieinnahmen um 1,1% blieb die österreichische Privatversicherungswirtschaft 2011 hinter dem Wachstum des nominellen BIP (+5%) zurück. Dabei zeigte die Branche ein gespaltenes Bild: Einerseits zogen die Prämieinnahmen in der Schaden-Unfallversicherung deutlich an (+7,2%), und andererseits brach das Ergebnis der Lebensversicherung überraschend deutlich ein (-7,3%). Die private Krankenzusatzversicherung entwickelte sich weiterhin stabil (+3,6%), sodass sich die Verteilung der Prämieinnahmen auf die drei Versicherungssparten weiter zu den Nicht-Lebensversicherungen

verschob. Österreich folgte damit dem allgemeinen europäischen Trend mit rückläufigem Lebens- und schwach zunehmendem Nicht-Lebensversicherungsgeschäft. Die Versicherungsdurchdringung sank dementsprechend und erreichte im Berichtsjahr 2011 mit 5,5% des BIP einen Wert, der zuletzt vor mehr als einem Jahrzehnt zu beobachten gewesen war. Aktuelle Prognosen gehen von einer Fortsetzung dieser Entwicklung im Jahr 2012 aus.

Die bereits seit einiger Zeit niedrigen Zinssätze auf den Geld- und Kapitalmärkten, die Ausweitung der Zinsspanne zwischen Anleihen der Länder an der Peripherie der EU und deutschen Staatsanleihen sowie die Kurskorrektur auf den Aktienmärkten drückten 2011 den Finanzertrag der Versicherungswirtschaft deutlich. Mit einer durchschnittlichen Rendite auf das veranlagte Kapital von 3,7% verringerte sich in der Lebensversicherung der Abstand zur Sekundärmarktrendite auf 1,1 Prozentpunkte. Ein Szenario mit langfristig niedrigen Zinssätzen kann für Lebensversicherungen Verluste bedeuten, besonders wenn die Verträge langfristige Ertragsgarantien enthalten und die Kunden über eingebettete Optionen verfügen. ■

Gloggnitzer Firma verwandelt Styropor in wohlige Wärme

Aus alten Verpackungen und Fassaden-Dämmungen aus Styropor erzeugt die Wiedner GesmbH in Gloggnitz Polystyrol-Leichtbeton, der zur Wärmedämmung in Fußböden dient. Im Gespräch mit dem NÖ Wirtschaftspresdienst betont die Geschäftsleiterin Alexandra Kranawetter-Wiedner, daß ihre Firma dieses Produkt bereits 1991 entwickelt habe und ihr noch immer eine Vorreiterrolle auf diesem Sektor zukomme. Weiters erzeugt Wiedner Fließestrich. Beide Produkte werden am Einsatzort auch fachgerecht verlegt. „Mittlerweile müssen wir schon Styropor-Granulat zur Hälfte zukaufen, da wir aus unserer eigenen Sammlung den Bedarf nicht mehr decken können. Der WIED®-WDLB plus wird ebenso wie der Fließestrich nach den Anforderungen und Wünschen unserer Kunden laufend verbessert“, so Kranawetter-Wiedner. Pro Jahr werden 19.000 m³ Polystyrol-Leichtbeton und 12.000 m³ Fließestrich erzeugt. Zusammen kann man damit 370.000 m² verlegen.

Neben den beiden Eigenprodukten verlegt Wiedner pro Jahr noch 240.000 m² Parkett-, Laminat-, Teppich- und PVC-Böden. Jährlich sind das 1500 Projekte, von ganz klein, wie einem Küchenboden, bis ganz groß, wie im Flughafen Wien. Bei den Verlegungsarbeiten ist Wiedner auf Wien, Niederösterreich, das Burgenland und die nördliche Steiermark konzentriert.

Als großes Anliegen nennt Kranawetter-Wiedner die Lehrlingsausbildung: „Wenn ich alles zusammenrechne, haben wir seit 1970 mehr als 100 junge Menschen im Beruf Bodenleger ausgebildet. So können wir unsere Spezialisten immer selbst heranziehen und den jungen Menschen interessante Perspektiven bieten.“ Derzeit stehen bei Wiedner zwölf Lehrlinge in Ausbildung.

Heuer peilt Wiedner mit 160 Mitarbeitern einen Umsatz von 19 Millionen Euro an. Das entspricht einem Plus von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. ■

<http://www.wiedner.at>

Gewerbeordnungs-Novelle

Auf Antrag von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat die Bundesregierung am 9. November eine Reform der Gewerbeordnung mit zahlreichen Erleichterungen im Betriebsanlagenrecht vereinbart. „Wir wollen unseren Unternehmern das Wirtschaften erleichtern, indem wir den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren. Zusätzlich vereinfachen wir die Betriebsübergaben, da in den nächsten Jahren rund 44 Prozent der Klein- und Mittelbetriebe von Nachfolgefragen betroffen sein werden“, sagt Mitterlehner.

Das beschlossene Paket umfaßt folgende Punkte:

Die Berichtigung überschüssiger Auflagen soll für die Betriebe deutlich erleichtert werden. Auf begründeten Antrag muß die Behörde auch nach Rechtskraft des Genehmigungsbescheides noch einmal prüfen, ob überbordende Auflagen erteilt wurden.

Public-Viewing genehmigungsfrei: Anlagenänderungen für die Dauer von sportlichen Großereignissen sollen künftig genehmigungsfrei werden. Die Gastwirte ersparen sich dadurch langwierige Verfahren. Aufgrund der zeitlichen Beschränkung und der Berücksichtigung der Lärmemissionen beim Public Viewing bleiben die Anrainer-Interessen gewahrt.

Neues Service der Gewerbebehörden und bessere Investitionsplanung in der Anfangsphase von Betriebsübergaben: Der Unternehmer soll auf Antrag künftig von der Behörde eine Zusammenstellung aller Bescheide und Auflagen erhalten, die den Betrieb betreffen. Bei besonders kostenintensiven Auflagen kann er um Aufschub ersuchen, kann seine Investitionen besser planen als bisher.

Vereinfachung der örtlichen Zuständigkeit: Für Betriebsanlagen, die sich über mehrere Verwaltungssprengel erstrecken, wird jene Bezirksverwaltungsbehörde örtlich zuständig, in deren Sprengel sich der größere Anlagenteil befindet.

Parallel zu diesen Verbesserungen für Unternehmer muß aus verfassungsrechtlichen Gründen auch die Parteistellung der Nachbarn angepaßt werden. Ihnen soll künftig Parteistellung in der Frage zukommen, ob bei der Berichtigung überschüssiger Auflagen im Interesse des Anlageninhabers bzw. im Zusammenhang mit der Aufschubmöglichkeit bei Betriebsübernahmen neue oder größere nachteilige Wirkungen im Hinblick auf die Schutzinteressen verbunden sein können. ■

Neue Zeitrechnung auf der Weststrecke

Festakt mit viel Prominenz zur Fertigstellung der Hochleistungsstrecke Wien-St.Pölten am 175. Geburtstag der Eisenbahn in Österreich



Foto: ÖBB/ Florian Wieser

Im Jubiläums-railjet mit High-Speed – bis zu 230 km/h – von Wien Meidling nach St. Pölten

Am 9. Dezember zum Fahrplanwechsel wird die Hochleistungsstrecke Wien Meidling – St. Pölten in Betrieb genommen. Bereits am 23. November, zum 175. Geburtstag der Eisenbahn, wurde die Fertigstellung am neuen Bahnhof Tullnerfeld gefeiert und die Strecke symbolisch eröffnet. Für Reisende ab/bis Westbahnhof verkürzt sich damit die Fahrzeit massiv. Ab 9. Dezember werden Güterzüge durch den Lainzer Tunnel rollen, zwei Jahre später auch die ersten Fernverkehrszüge durchfahren und beim Hauptbahnhof halten.

Schneller und sicherer als mit dem Auto

Bahnreisende fahren in Zukunft schneller, bequemer und sicherer als jemals zuvor. Das bringt der Bahn auf der Strecke Wien – Salzburg einen entscheidenden Vorteil im Wettbewerb. Die Weststrecke wird zu einer noch attraktiveren Alternative zum Indivi-

dualverkehr. Ohne Stau, Ampeln oder Radarfallen.

Sowohl Fern- und Nahverkehr als auch Güterverkehr profitieren vom Ausbau, die schnellsten Züge werden die 300 km lange Strecke zwischen Salzburg und dem Wiener Westbahnhof mit bis zu 230 km/h Spitzengeschwindigkeit in nur 2 Stunden und 22 Minuten zurücklegen. Die Fahrzeit von Wien nach St. Pölten verkürzt sich um bis zu 15 Minuten, jene nach Salzburg sogar um bis zu 23 Minuten.

Um für die Zukunft gerüstet zu sein, ist die neue Hochleistungsstrecke für Geschwindigkeiten im Personenverkehr auf bis zu 250 km/h ausgelegt. Die künftige Durchschnittsgeschwindigkeit der schnellsten Züge von Wien nach Salzburg liegt bei 132 km/h (derzeit noch 114 km/h) und damit über der Höchstgeschwindigkeit auf der Autobahn, von Wien nach Linz beträgt sie künftig sogar 151 km/h (derzeit 120).

Viergleisiger Ausbau Wien – St. Pölten

Die neue Strecke ist ein wesentlicher Bestandteil des Ausbaus zur viergleisigen Weststrecke zwischen Wien und Wels. Die neue Hochleistungsstrecke bietet deutlich mehr Kapazitäten für umweltfreundliche Mobilität von Personen und Gütern, schnellere Verbindungen zwischen den Ballungszentren und ist Teil des transeuropäischen Netzes. Finanziert wurde die Hochleistungsstrecke Wien Meidling – St. Pölten durch den Bund, die ÖBB und zum Teil aus Mitteln der EU. Beim Bau wurden Zeit- und Kostenplan exakt eingehalten. In Summe wurden 2,8 Mrd. Euro investiert. Das Projekt wurde durch die EU mit rd. 40 Mio. Euro gefördert.

Mehr als die Hälfte der Strecke Wien Meidling – St. Pölten verläuft in insgesamt 8 Tunnels (einschließlich Lainzer Tunnel). Der viergleisige Ausbau in Niederösterreich ist mit der Inbetriebnahme größtenteils abgeschlossen, insgesamt wurden 188 Strecken-

Chronik



Foto: ÖBB/Krischanz

Festakt mit viel Prominenz zur Fertigstellung der Hochleistungsstrecke Wien-St.Pölten (v.l.): Georg-Michael Vavrovsky, Vorstand ÖBB-Infrastruktur AG; Margit Fischer, Gattin des Bundespräsidenten; Désirée Oen, Kabinettsmitglied des EU-Vizepräsidenten und EU-Kommissars für Verkehr Siim Kallas; Michael Häupl, Landeshauptmann Wien; Verkehrsministerin Doris Bures; Erwin Pröll, Landeshauptmann Niederösterreich; Christian Kern, Vorstandsvorsitzender ÖBB-Holding AG.

kilometer der Weststrecke in Niederösterreich zur Viergleisigkeit ausgebaut.

Über hundert Züge täglich mehr

Derzeit fahren pro Tag rund 335 Personenverkehrs- und Güterzüge auf der Bestandsstrecke, ab Mitte 2013 werden es auf den Bestand- und Neubaustrecken gemeinsam rund 450 Züge pro Tag sein: Also über 100 Züge mehr, die auf diesem Streckenab-

schnitt unterwegs sind. Ab Fahrplanwechsel 2012 wird der gesamte Personenfernverkehr auf der neuen Hochleistungsstrecke ab/bis Wien Westbahnhof abgewickelt.

Enormer Zeitgewinn für Pendler

Insgesamt werden 55 Nahverkehrszüge zusätzlich auf der Bestand- und Neubaustrecke ab bzw. bis Wien Westbahnhof geführt, zehn davon zur Hauptverkehrszeit als

bis zu 200 km/h schnelle REX-Nahverkehrszüge (Wien – Amstetten) auf der Neubaustrecke. Die Fahrt mit den schnellsten Zügen vom Westbahnhof nach St. Pölten wird nur 25 Minuten betragen – das bedeutet für die Pendler eine Zeitersparnis von 30 Minuten täglich. Pendler aus dem Mostviertel werden durch die schnellen REX-Züge sogar in noch höherem Maße von der Fahrzeitverkürzung profitieren. Den neuen Bahnhof



Foto: aufsichten.com

Den neuen Bahnhof Tullnerfeld werden zur Hauptverkehrszeit die neuen REX-Züge sowie stündlich Fernverkehrszüge anfahren.

Chronik

Tullnerfeld werden zur Hauptverkehrszeit die neuen REX-Züge sowie stündlich Fernverkehrszüge anfahren.

Bahnhof Tullnerfeld

Der neue Bahnhof auf dem Gemeindegebiet von Michelhausen wurde hell, einladend und funktionell gestaltet. Die Bahnsteige sind über den Warte- und Einkaufszonen angeordnet und durch den Bau von Treppen und Liften leicht und barrierefrei erreichbar. 500 Park&Ride-Plätze für PKW und weitere 100 für Fahrräder sowie die Verknüpfung mit dem örtlichen Busnetz stehen den Fahrgästen zur Verfügung. Der Bahnhof verknüpft die Hochleistungsstrecke mit der bestehenden Bahnlinie Tulln – Herzogenburg und durch die Reaktivierung der Tullner Westschleife auch mit der Franz-Josefs-Bahn. Dadurch entsteht eine Verkehrsverbindung, die den Westen und Süden Wiens und das nördliche Niederösterreich nah zusammenrücken läßt.

Foto: ÖBB/ Florian Wieser



Franz Seiser, Geschäftsführer der ÖBB-Technische Services GmbH, Bundesministerin Doris Bures und ÖBB-Vorstandsvorsitzender Kern (v.l.) bei Testfahrt auf der Neubaustrecke Wien - St. Pölten

Moderne Technik bringt mehr Komfort

Neuartige Bauweisen, wie die Ausführung des Oberbaus als Feste Fahrbahn mit Masse-Feder-System setzen neue Maßstäbe im Erschütterungsschutz und sichern die Einhaltung strenger Auflagen. Im Bereich der Leit- und Sicherungstechnik werden bei der Hochleistungsstrecke Wien – St. Pölten neue Wege beschritten: Als Zugsicherungssystem kommt ETCS Level 2 (European Train Control System) zum Einsatz – es gewährleistet höchste Sicherheit auf Hochleistungsstrecken bei Fahrten mit hohen Geschwindigkeiten.

Feierliche Eröffnung

Verkehrsministerin Doris Bures betonte, sie blicke heute mit mehr Zuversicht denn je in die Zukunft der Bahn. „Von Wien nach St. Pölten ist die Bahn ab sofort absolut konkurrenzlos. Von Stadt-Zentrum zu Stadt-Zentrum in nur 25 Minuten – auch bei Glatteis, Regen und Nebel – das schafft die Bahn, und nur die Bahn. Ein Jahrhundertprojekt ist abgeschlossen und morgen schon geht die Arbeit weiter – und zwar an der Südstrecke. Denn Europas Wirtschaft braucht leistungsfähige Transportwege und Europas Klimaziele brauchen die Bahn.“

Michael Häupl, Wiener Bürgermeister: „Mit der Hochleistungsstrecke Wien-St. Pölten sind die beiden Landeshauptstädte wieder ein Stück näher aneinander gerückt. Nicht nur Wien sondern unser ganzes Land benötigt hochleistungsfähige Schienenverbindun-

gen. Das ist wichtig für die Wirtschaft. Je moderner, schneller und zuverlässiger die „Schiene“ ist, desto mehr Menschen und Güter steigen auf die Bahn um. Das ist auch nervenschonender für die Menschen und besser für die Umwelt.“

Für Désirée Oen, Kabinettsmitglied des EU-Vizepräsidenten und EU-Kommissars für Verkehr Siim Kallas, ist die Errichtung von Korridoren für den Güter- und den Personenverkehr von besonderer Bedeutung. „Solche Verkehrskorridore sind die Lebensadern der Wirtschaft. Die Weststrecke ist solch eine Lebensader nicht nur in Österreich, sondern mit europäischer Dimension, deshalb haben wir die Planungs- und Baumaßnahmen auch finanziell unterstützt.“

Für Christian Kern, Vorstandsvorsitzender der ÖBB-Holding AG, schreibt die Inbetriebnahme der Hochleistungsstrecke Wien Meidling bis St. Pölten österreichische Bahngeschichte: „Eine Strecke dieser Dimension wurde zuletzt in der Monarchie eröffnet. Unsere Fahrgäste sind künftig auf der Weststrecke nicht nur sicherer, sondern mit bis zu 230 km/h auch deutlich schneller als mit dem Auto unterwegs. Auch die Region wird aufgewertet und entwickelt sich weiter, Pendler profitieren von der kürzeren Fahrzeit durch mehr Freizeit und Lebensqualität.“

Auch für Georg-Michael Vavrovsky, Vorstand der ÖBB-Infrastruktur AG, zählt die neue Hochleistungsstrecke „wegen ihrer Länge von rund 60 km und ihren technischen

Besonderheiten zu den Meilensteinen der jüngeren Eisenbahn-Geschichte.“ Mit der Fertigstellung erfolge der Lückenschluß zu einer nahezu durchgehenden viergleisigen Weststrecke zwischen Wien und Linz.

Für Erwin Pröll, Niederösterreichs Landeshauptmann, wurden „mit der Neubaustrecke im wahrsten Sinn des Wortes neue Schienen für Generationen gelegt: Wenn die Züge zwischen Wien und St. Pölten auf der Westbahn durchs Tullnerfeld fahren, dann beginnt für das Bundesland Niederösterreich eine völlig neue Zeitrechnung im öffentlichen Verkehr: eine Aufwertung der Standortqualität, zusätzliche Angebote für die Pendler und eine deutliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.“

ÖBB: Österreichs größter Mobilitätsdienstleister

Als umfassender Mobilitätsdienstleister sorgt der ÖBB-Konzern österreichweit für die umweltfreundliche Beförderung von Personen und Gütern. Die ÖBB gehören zu den pünktlichsten Bahnen Europas und bieten ihren Kunden die höchste Pünktlichkeit in der EU. Mit konzernweit rd. 40.800 MitarbeiterInnen bei Bahn und Bus (davon 37.050 in Österreich, 3750 im Ausland, zusätzlich 1850 Lehrlinge) und Gesamtträgen von rd. 6,25 Mrd. Euro ist der ÖBB-Konzern ein wirtschaftlicher Impulsgeber des Landes. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG. ■

<http://www.oebb.at>

Österreich hat höchsten Bahnanteil in der EU

Die Österreicherinnen und Österreicher sind beim Bahnfahren EU-Spitze, wie eine aktuelle Untersuchung des Verkehrsclub Österreich zeigt.

In keinem anderen EU-Staat hat die Bahn einen so hohen Anteil an der Gesamtmobilität wie in Österreich. Auch beim Güterverkehr ist der Anteil der Bahn viel höher als im EU-Schnitt. Gegenüber der Schweiz hat Österreich noch aufzuholen. Der Verkehrsclub Österreich (VCO) fordert mehr Bahnverbindungen, ein Öffi-Jobticket für alle Beschäftigten und die Einführung von E-Ticketing in ganz Österreich.

Die Schweiz ist Europameister beim Bahnfahren, in der EU ist Österreich der Champion, wie eine aktuelle VCO-Untersuchung auf Basis von Eurostat-Daten zeigt. Elf Prozent aller zurückgelegten Kilometer werden in Österreich mit der Bahn gefahren, der EU-Durchschnitt liegt bei sieben Prozent. Hinter Österreich liegt Dänemark mit 9,9 Prozent an zweiter Stelle, dahinter Frankreich und Ungarn mit jeweils 9,8 Prozent. Deutschland liegt mit 7,9 Prozent an 6. Stelle. Zum Vergleich: In der Schweiz werden 17,2 Prozent aller Kilometer mit der Bahn gefahren, macht der VCO aufmerksam.

Im Vorjahr wurden in Österreich auf allen Bahnen 10,9 Milliarden Personenkilometer zurückgelegt, davon 5,5 Prozent auf Privatbahnen. Die VCO-Untersuchung zeigt, daß die ÖsterreicherInnen durch das Bahnfahren im Vorjahr rund 1,6 Millionen Tonnen CO₂ vermieden haben. „Pro Person sind die Österreicher damit rund 1290 Kilometer mit der Bahn gefahren“, verdeutlicht VCO-Experte Markus Gansterer. Aufgrund der gestiegenen Spritpreise und dem zusätzlichen Angebot auf der Westbahn rechnet der VCO für heuer mit einem Überschreiten der 1300 Kilometer-Grenze. EU-weit wird in Frankreich dank TGV mit 1370 km pro Person zwar mehr Bahngefahren als in Österreich, aber auch deutlich mehr Autogefahren. Deshalb ist der Bahnanteil in Österreich höher als in Frankreich.

Auch beim Schienen-Güterverkehr liegt Österreich im EU-Spitzenfeld. Der Anteil des Bahngüterverkehrs in Österreich ist mehr als doppelt so hoch wie im EU-Schnitt, so die VCO-Untersuchung. Insgesamt erbrachten die Bahnen in Österreich eine



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

ÖsterreicherInnen reisen besonders viel mit der Bahn, wie die VCO-Studie belegt.

Transportleistung von 22,14 Milliarden Tonnenkilometer, 14,4 Prozent davon von den Privatbahnen. Dadurch, daß die Güter mit der Bahn statt mit dem Lkw transportiert wurden, wurde Österreichs Klimabilanz um rund 2,2 Millionen Tonnen CO₂ entlastet.

„Wegen der zukünftig weiter steigenden Erdölpreise ist ein hoher Schienenverkehrsanteil ein Standort- und Wettbewerbsvorteil. Umso wichtiger ist es, das Angebot sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr rasch auszuweiten. Vor allem in den Ballungsräumen drohen massive Engpässe, die durch gezielten Infrastrukturausbau und mehr S-Bahn-Verbindungen vermieden werden können“, betont Gansterer. Nachholbedarf gibt es auch beim Bahnangebot in den Regionen. „Die Pinzgauer Lokalbahn und die Zillertalbahn zeigen, daß Regionalbahnen sehr erfolgreich sein können, wenn Gemeinden, die regionale Wirtschaft und die Bevölkerung einbezogen werden“, so Gansterer.

Das Jubiläum „175 Jahre Eisenbahn in Österreich“ sollte aus Sicht des VCO Anlaß für eine rasche Modernisierung des Fahrkartensystems und die Einführung eines bundesweiten E-Ticketings sein. Darüber hinaus sollen alle Beschäftigten ein lohnsteuerbefreites Öffi-Jobticket erhalten können. ■

Anteil der Bahn an den im jeweiligen Land zurückgelegten Kilometer

Ranking	Prozent
1. Österreich	11,0
2. Dänemark	9,9
3. Frankreich	9,8
3. Ungarn	9,8
5. Schweden	9,2
6. Niederlande	9,0
7. Deutschland	7,9
8. Großbritannien	7,3
9. Belgien	7,2
10. Tschechien	6,8
11. Slowakei	6,6
12. Italien	5,5
13. Rumänien	5,4
14. Spanien	5,3
15. Finnland	5,2
15. Polen	5,2
17. Luxemburg	4,5
18. Portugal	4,1
19. Lettland	3,9
20. Bulgarien	3,5
21. Irland	3,1
22. Slowenien	2,7
23. Estland	2,0
24. Griechenland	1,2
25. Litauen	1,1

Malta und Zypern haben keine Eisenbahnen. Quellen: Eurostat, VCO 2012

Zukunft gemeinsam leben

Am 19. März startete die Stadt Wien mit der Erarbeitung der Wiener Charta als eine neue und europaweit einzigartige Form der BürgerInnenbeteiligung.

Insgesamt sieben Monate, bis 14. Oktober, waren alle WienerInnen dazu aufgerufen mitzureden und mitzubestimmen, wie das Zusammenleben in Wien gestaltet werden soll. „Mit großem Erfolg“, wie Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou und die zuständige Stadträtin Sandra Frauenberger betonten. Unabhängig von Geschlecht, Alter oder

Lebensformen und Bedürfnissen. Damit wir gut miteinander auskommen, braucht es Respekt. Respekt heißt, andere Menschen zu akzeptieren, wie sie sind – so wie man selbst auch akzeptiert und respektiert werden will. Unsere gemeinsame Grundlage sind die Menschenrechte“, heißt es in der Einleitung des heute präsentierten Charta-Textes, der vom sechsköpfigen Charta-Beirat ausarbeitet wurde. Gegliedert in sieben Themenbereiche, hält der Charta-Text fest, wie sich die WienerInnen das Zusammenleben in ihrer Stadt vorstellen.

„Die Themen, die den Menschen in Wien besonders wichtig sind, konnten bereits nach der ersten Onlinephase abgelesen werden. Insgesamt 1848 Vorschläge wurden eingebracht und dienten in weiterer Folge als Grundlage für die Charta-Gespräche“, erklärt Frauenberger. Die sieben Themenbereiche sind jeweils einem der drei Hauptbereiche „Miteinander auskommen“, „Nicht immer dasselbe“ und „Aufgeräumt wohlfühlen“ zugeordnet. Sie behandeln somit das Miteinander in der Stadt, die Vielfalt in Wien und die Nutzung des öffentlichen Raumes.

Schon während des Prozesses konnten konkrete Auswirkungen festgestellt werden. „Beim Reden kommen die Leute eben noch immer zusammen“, stellt Frauenberger fest. „Oftmals konnten im Laufe der Gespräche Lösungen für lange festgefahrene Konflikte gefunden werden. Dazu reichte es meist aus, die eigene Sicht klar und sachlich darzustellen und gemeinsam eine Lösung zu suchen“, schildert Frauenberger Auszüge aus einzelnen Protokollen: „In einem Gemeindebau hatten wir ein Gespräch, in dem sich Jugendliche und ältere BewohnerInnen auf eine gemeinsame Vorgehensweise bei Konflikten einigten. Während die Jugendlichen einsahen, daß lautes Spielen im Freien nach 20 Uhr für andere BewohnerInnen störend sein kann, erklärten sich die älteren Anwesenden bereit, zukünftig konkrete Probleme direkt anzusprechen und nicht wie zuvor, vom Balkon herunterzuschimpfen. Das war den Kindern und Jugendlichen ein großes Anliegen. Frauenberger: „So einfach diese und viele



Foto: Michael Rzepa / PID

Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou (l.) und Stadträtin Sandra Frauenberger präsentieren die Wiener Charta

Herkunft konnten alle WienerInnen ihre Ideen und Wünsche einbringen. „Die Stadt ist damit bewußt einen Weg gegangen, der mit allen Menschen in Wien gemeinsam beschriftet werden konnte“, erklären die beiden.

„Die hohe Lebensqualität in unserer Stadt wurde nicht nur durch politische Maßnahmen oder Gesetze erreicht“, ist sich Frauenberger sicher. Jede Wienerin und jeder Wiener hat dafür viel getan und ist zu Recht stolz darauf. In Zukunft wird die Lebensqualität entscheidend davon abhängen, wie das Zusammenleben funktioniert. Gerade in einer Zeit, die alle vor neue Herausforderungen stellt, ist ein Klima des sozialen Zusammenhalts und des gegenseitigen Respekts immens wichtig. Erklärtes Ziel des Projektes war es daher weiterhin am positiven Miteinander in Wien zu arbeiten und so die Le-

bensqualität zu steigern. Im direkten Gespräch sollte ein gemeinsamer Nenner gefunden und so gemeinsame Spielregeln erarbeitet werden. Vassilakou und Frauenberger: „Die Wiener Charta war also auch ein Solidaritätsprojekt, das den Dialog förderte und Bewußtsein für das Miteinander geschaffen hat.“

Wiener Charta, Zusammenleben in sieben Bereichen

„Wien ist Heimat und Zuhause: Für Frauen und Männer, Junge und Alte, hier Geborene und Zugewanderte, für Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen,

Chronik

weitere Lösungen auch aussehen, zeigen sie oft große Wirkung.“

Ungebrochener Zuspruch bis zum letzten Tag

Besonders erfreulich ist außerdem, daß sich das Projekt während des gesamten Zeitraums an großem Zuspruch erfreuen konnte. „Bis zum letzten Tag wurden immer wieder neue Charta-Gespräche in ganz Wien angemeldet und durchgeführt. In der letzten Woche waren es täglich sogar zwölf Gespräche“, freut sich Frauenberger über die Beteiligung. Für die Stadträtin zeugt das rege Interesse außerdem davon, daß es den Menschen in Wien wichtig ist, miteinander ins Gespräch zu kommen und über ihre Ängste, Bedürfnisse, Sorgen und Wünsche zu reden. Diese Erkenntnis sei ein wichtiger Auftrag an die Politik, denn: „Schon alleine die Möglichkeit zu partizipieren ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Bis zuletzt nahm ebenfalls die Anzahl der Partnerinnen und Partner zu, also jener Betriebe, Organisation und Vereine, die den Charta-Prozess besonders unterstützt haben. „Zuletzt haben uns 325 PartnerInnen unterstützt. Große Fußballvereine und Konzerne gleichermaßen wie einzelne Initiativen haben geholfen, die Charta in ganz Wien durchzuführen. Gemeinsam haben wir ein Netz des Dialogs über die Stadt gespannt“, so die Stadträtin wörtlich.

Vassilakou: Klares Bekenntnis zu Demokratie, Vielfalt und Respekt

Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou zeigte sich erfreut über den Erfolg der Wiener Charta. „Wir wollten mit der Wiener Charta mehr Demokratie wagen. Das ist uns gelungen. Die Beteiligung von so vielen Menschen an der Charta ist beeindruckend, denn schließlich galt es sich aktiv einzubringen, seine Meinung zu vertreten, zu diskutieren und sich mit anderen auseinanderzusetzen. Die Stadt ist Kontroverse und dazu braucht es den Dialog. Diesen Dialog herbeizuführen, ist uns mit der Charta gelungen. Ich freue mich vor allem darüber, daß die WienerInnen ein klares Bekenntnis zu Vielfalt und Respekt in der Stadt abgegeben haben. Darauf läßt sich aufbauen“, so Vassilakou.

Wiener Charta trägt zur Qualität des Zusammenlebens bei

Über die Erwähnung der Wiener Charta in einer brandneuen UN-Studie, die Wien als erfolgreichste Stadt der Welt ausweist – im Zusammenhang mit der „Nichtdiskrimi-

nierung auf allen Ebenen“ – freut Frauenberger: „Die Wiener Charta war ein Solidaritätsprojekt, das wesentlich zur Qualität des Zusammenlebens beitragen sollte. Daß uns dies nun schon vor der Präsentation im November attestiert wurde, ist eine besondere Auszeichnung für dieses Projekt und unsere Stadt.“ Die UN-Studie untersuchte unter anderem Faktoren wie Produktivität, Nachhaltigkeit, Lebensqualität, Infrastruktur oder

Produktivität – die Spitzenplätze in all diesen Bereichen tragen zur Wiener Gesamt-Bestnote unter allen Städten bei. Damit überflügelt Wien auch andere Städte mit ebenfalls hoher Lebensqualität wie Zürich, Toronto oder Brüssel.

Der Text der Wiener Charta, die Protokolle der 651 Charta-Gruppen sowie eine Übersicht des gesamten Prozesses sind nachzulesen unter <http://www.charta.wien.at> ■

Vil-lacher beweisen, daß Viel-lachen gesund ist!

Zum Gesundlachen: Lachen ist eine nachhaltig wirksame Medizin und kann die Menschen im biologischen Sinne beträchtlich verjüngen. Das geht jetzt aus einer aktuellen Studie hervor, die über Auftrag der Stadt Villach erstmals wissenschaftlich von einem Wiener Wirkungsforschungsinstitut erstellt wurde. Damit wird auch wissenschaftlich untermauert, was schon der Volksmund sagt: „Lachen ist gesund!“

Zum Lachen gebracht

Insgesamt 26 ProbandInnen beteiligten sich erwartungsfroh am Lachseminar zur „Lachstudie für die Stadt Villach“. Sie wurden von Lachtrainerin Martina Zahn in entspannter Atmosphäre durch verschiedene Lachübungen zum Lachen gebracht. Die daraus resultierenden körperlichen Veränderungen wurden in der Folge mehrmals im Verlauf des Seminars direkt in Form von Messungen der Herzratenvariabilität gemessen, registriert und statistisch ausgewertet.

Ein Turbo für die Körperzellen

„Was nicht sichtbar ist, haben wir wissenschaftlich fundiert sichtbar gemacht. Das Befinden aller Probanden wurde durchs Lachen positiv beeinflusst. Beim Lachen atmen wir ganz anders, in den Körperzellen wird ein Turbo angeworfen. Und Lachen macht jünger. Nach Berechnung des jeweiligen biologischen Zellalters erfuhren unsere ProbandInnen bei der Lachkur eine durchschnittliche ‚Verjüngung‘ um 5,2 Jahre“, stellte Brigitte Bolech, Präsidentin des Beam HRV Wirkungsforschungsinstituts, fest. Mit der angewandten Methode werden auch neue Standards in der Burnout-Früherkennung und -Prävention gesetzt.

Lachen vertreibt Sorgen...

„Mit der wissenschaftlichen Studie be-

weisen Vil-lacherinnen und Vil-lacher, daß Viel-lachen die Lebensqualität und die Gesundheit überaus positiv beeinflusst. Lachen stärkt das Immunsystem, vertreibt Sorgen, lindert vorübergehend Schmerzen oder macht sie erträglicher, entspannt und senkt den Streßlevel, steigert auch den Energielevel. Wir werden jetzt das Lachseminar in das Gesundheitsförderungsprogramm unserer Stadt einfließen lassen“, kündigte Gesundheitsreferentin Vizebürgermeisterin Wally Retzl an. Lachen sei im positiven Sinne ansteckend und als Medizin immer kostenlos verfügbar.

Auch für Humorlose ist Lachen gesund

„Lachen zeigt auch dann positive Auswirkungen, wenn man sich selbst als gestreßt oder aber als nicht humorvoll einschätzt. Beim Lachseminar trat ebenso deutlich zutage, daß auch stimuliertes Lachen den Allgemeinzustand positiv beeinflusst“, erklärte Lachtrainerin Martina Zahn.

Lachen löst meßbaren Energieschub aus

Die Auswertung der Messergebnisse hat ergeben, daß die TeilnehmerInnen im Verlauf des Lachseminars mit hoher statistischer Signifikanz einen Balancezustand zwischen Aktivierung und Erholung erreichten beziehungsweise Streß deutlich reduzieren konnten. Lachen einen meßbaren Energieschub auslöste und auch biologisch jünger macht.

Lachen nachhaltig streßreduzierend

Um festzustellen, ob Lachen bei den Probanden auch nachhaltig streßreduzierend wirkt, wurden alle 25 Testpersonen am Tag nach dem Lachseminar noch einmal gemessen. 92 Prozent der Viel-lacherInnen wiesen dabei weiter eine signifikante Streßreduktion auf beziehungsweise verblieben in einem ausbalancierten Zustand. ■

<http://www.voicetrainer.at>

60 Jahre Landeshymne 60 Jahre Hoamatland

Vor 60 Jahren, am 28. November 1952, hat der Oö. Landtag beschlossen, Oberösterreich eine Landeshymne zu geben.

Mit einem Festakt im Linzer Landhaus wurde dieses Jubiläum am 28. November gefeiert. Unter den Ehrengästen war auch Dir. Reinhold Kallinger, der 1952 im Linzer Landhaus mit dem Kleinen Chor der damaligen Lehrerbildungsanstalt in der Honauerstraße zum ersten Mal das „Hoamatgsang“ als Landeshymne sang.

Landeshauptmann Josef Pühringer erinnerte in seiner Festansprache an die Zeit, in der dieser Beschluß gefaßt wurde: „Oberösterreich war ein zweigeteiltes Land, das noch immer mit der Bewältigung der Folgen des Zweiten Weltkrieges zu kämpfen hatte. Es scheint nur folgerichtig, daß man den 150. Geburtstag Franz Stelzhamers zum Anlaß nahm, den Gedanken der unteilbaren Heimat durch den Beschluß einer eigenen Landeshymne noch zusätzlich zu unterstreichen.“ Zur Bedeutung der Landeshymne sagte Pühringer: „Mit unsere Hymne sagen wir Ja zu unserem Land, Ja zu unserer Kultur und Geschichte. Wir stehen zu dem, was Oberösterreich war, und was es geworden ist. Wir stehen zu den Menschen, und ihrer Art zu leben, in der Vergangenheit, der Gegenwart und auch der Zukunft.“

Natürlich ist, so Pühringer, „unser ‚Hoamatland‘ untrennbar mit den beiden Persönlichkeiten verbunden, denen wir es verdanken: Franz Stelzhamer und Hans Schnopfhagen. Gerade die Person Franz Stelzhamer wurde ja in den letzten Jahren immer wieder kritisch hinterfragt, das soll an einem Tag wie diesem nicht verschwiegen werden. Auf Initiative des Stifterhauses hat es daher intensive Forschungsarbeiten zu den dunklen Seiten im Leben und Werk Stelzhamers gegeben. Wir müssen klar bekennen: ja, es gibt antisemitische und politisch bedenkliche Texte von Franz Stelzhamer. Das können, werden und wollen wir nicht verschweigen. Ganz im Gegenteil: Wir dokumentieren es, zeigen es auf.“ Es gibt aber auch den Franz Stelzhamer, der gerade mit seinen Dorfgeschichten die sozialen Probleme seiner Zeit, das ländliche Leben, so wie er es erlebt hat, ungeschminkt aufgearbeitet hat. „Diese beiden Seiten gibt es, beide Seiten gilt es zu sehen. Die Person Stelz-



Foto:

v.l.: LH aD. Josef Ratzenböck, Konsul Dir. Reinhold Kallinger, Konsul Ewald Eckertorfer (beide haben 1952 bei der offiziellen Präsentation des Liedes als Landeshymne im Kleinen Chor der damaligen Lehrerbildungsanstalt in der Honauerstraße mitgesungen) und LH Josef Pühringer mit dem Stelzhamer-Autographen.

hamer ist unteilbar, all ihre Facetten sind zu sehen und das tun wir auch“, so der Landeshauptmann.

Der Öffentlichkeit präsentiert wurde im Rahmen des Festaktes auch jenes Autograph von Hans Schnopfhagen, auf dem dieser eine seiner Kompositionen, ursprünglich

von ihm gedacht als Vertonung des Stelzhamertextes „Da gehat Schuasta“, erstmals mit dem Text von Franz Stelzhamers „Hoamatgsang“ unterlegt hat. Das Original-Autograph des „Hoamatgsang“ befindet sich seit 2006 im Besitz des Landes Oberösterreich. ■

<http://www.franzstelzhamer.at>

Hoamatland

Hoamatland, Hoamatland!
han di so gern
Wiar a Kinderl sein Muader,
A Hündlerl sein' Herrn.

Durh's Tal bin i glaffn,
Afn Hechl bin ih glegn
Und dein Sunn hat mi trückerl,
Wann mih gnetzt hat dein Regn.

Dein Hitz is net z'grimmi,
Net z'groaß is dein Frost,
Ünsar Traubn hoßt Hopfn,
Ünsarn Wein nennt ma Most.

Und zun Bier und zun Most
Schmeckt a kräftige Kost
Und die wachst alle Jahr,
Mit der Noat hat's koan Gfahr.

Deine Bam, deine Staudna
Sand groaß word'n mit mir
Und sie blüahn schön und tragn
Und sagn. "Mach's als wia mir!"

Am schönern macht's Bacherl,
Laß allweil tala,
Aber's Herz, von wo's auerrinnt,
's Herz laßt's da.

Und ih und die Bachquelln
San Veder und Moahm.
Treibt's mih woderwill umher,
Mein Herz is dahoam.

Dahoam is dahoam,
Wannst net fort muaßt, so bleib;
Denn d'Hoamat is ehnter
Der zweit Muaderleib.

Die Landeshymne auf <http://www.youtube.com/watch?v=spemobsV8l8>

Das Weinjahr 2012 – ein schöner Jahrgang

Der Jahrgang 2012 bringt den österreichischen Weinliebhabern sehr gute, fruchtige und stoffige Weine – es könnte ruhig mehr davon geben.

Die schöne Witterung hat zu weitgehend gesunden und reifen Trauben geführt, wenn auch die sommerliche Trockenheit später im Keller viel Aufmerksamkeit erforderte, damit ein sauberes Durchgären gewährleistet und eine strahlende Aromatik erreicht werden konnte. Ebenso verlangte die meist gemäßigte Säure Sensibilität im Keller, um die vorhandene gute Würze gepaart mit reifer Frucht erfolgreich herauszuarbeiten. Nicht nur die Jungweine trumpfen mit großer Fruchtigkeit auf, viele Weine haben auch gute Anlagen um erfolgreich „in die Jahre“ zu kommen.

Geringere Erntemenge

Die aktuelle Ernteschätzung der Statistik Austria mit Ende Oktober geht von einer Erntemenge von knapp 2,1 Mio. hl aus, das bedeutet ein Minus von ca. 400.000 hl zum fünfjährigen Durchschnitt. Dies ist vor allem auf den Spätfrost im Mai zurückzuführen, der in Niederösterreich markante Einbußen gebracht hat.

Niederösterreich

Der negative Auftakt zu Saisonbeginn war der Spätfrost in der Nacht auf den 18. Mai, der in Niederösterreich und besonders im Gebiet des Pulkautales (nordwestliches Weinviertel) bis zu 6000 ha junge Rebstöcke schädigte. Der folgende Sommer war von Trockenheit und nur moderater Hitze geprägt, was sich auf die Vegetation positiv auswirkte. Auch bewahrheiteten sich die Befürchtungen eines zu starken Säurerückganges nicht. Das Lesewetter zeigte sich ähnlich wie im Jahr 2011. Das nahezu andauernde Schönwetter erlaubte den Lesetermin nach Belieben entsprechend der gewünschten Reife festzulegen, ohne daß eine herannahende Schlechtwetterfront den Kalkulationen einen Strich durch die Rechnung machte.

Auch heuer gab es vorwiegend sehr gesunde Trauben, und sofern nicht Hagelschäden zu Problemen führten, konnten schöne, lockerbeerige Trauben eingefahren werden. Diese gaben den Most beim Pressen



Foto: ÖWM / Gerhard Trumler

Weinbaugebiet Wachau – Weißenkirchen, Ried Achleiten

im Weinkeller allerdings nur zögernd her, sodaß dieses Jahr mit einer geringeren Ausbeute zu rechnen ist.

Auf Grund der heuer zugelassenen Möglichkeit der Säuerung sorgte ein entsprechendes Säuremanagement für eine gute und saubere Vergärung. Durch ihre Erfahrungen der letzten Jahre sind die heimischen Winzer inzwischen auf mögliche Gär-schwierigkeiten durch die teilweise geringe Mostversorgung in Folge des trockenen Sommers größtenteils sensibilisiert, sodaß hierbei wenig Probleme festzustellen waren. Der kleine Wermutstropfen ist die geringe Erntemenge in Niederösterreich, statt üblicherweise 1,6 wird nur mit 1,1 Mio. hl zu rechnen sein.

Burgenland

Nicht nur beim Lesebeginn hatte das Burgenland heuer deutlich die Nase vorne. Sowohl wetter- als auch erntemäßig war das Land der weinmäßige Gewinner in Österreich. Nach einem milden Winter kam ein Frühjahr mit durchaus guter Feuchtigkeit.

Die punktuellen Frostschäden fielen eher mäßig und verkraftbar aus und auch der Hagel hielt sich dieses Jahr in Grenzen. Die frühe Blüte führte zu einem zeitigen Lesebeginn bereits in der ersten Augushälfte.

Das Ergebnis: Eine Erntemenge die einem Normaljahr entspricht, auf jeden Fall ist es mit ca. 750.000 hl deutlich mehr Wein als letztes Jahr geworden. Das schöne Lesewetter erlaubte dazu noch ein gutes Arbeitstempo, ohne Zeitdruck durch drohende Wetterfronten oder Fäulnis. Die optimale Traubengesundheit brachte sehr gute Qualitäten, wobei sich die ersten Weißweine ausnehmend fruchtig, stoffig und sehr sauber präsentieren, die Rotweine sind heuer tiefdunkel und zeichnen sich durch große Kraft aus. Auf beiden Seiten des Neusiedlersees konnten Spät- und Auslesen in sehr hoher Güte und zufriedenstellender Menge eingebracht werden. Die Trauben für höhere Prädikate mit Botrytis-Einfluß bzw. Eisweine hängen größtenteils noch in den Rieden. Hier sind die Bedingungen der nächsten Wochen entscheidend für den Süßweinjahrgang 2012.

Steiermark

Das heurige Vegetationsjahr hinterließ auch im südlichsten Bundesland deutliche Spuren. Der Frost am Ostermontag führte dazu, daß besonders die Muskatellerernte letztendlich deutlich niedriger ausgefallen ist. Der starke Frost vom 17. auf 18. Mai in Niederösterreich und Wien verursachte hier nur wenig Schaden. Deutliche Auswirkungen hatte jedoch die trockene Wettersituation, wobei im Juli regional sehr unterschiedliche Verhältnisse herrschten. Von sehr trocken bis zu 300 mm Niederschlag betrug hier die Spannweite. In der Weststeiermark gab es viele Gewitter, während in der Südsteiermark so gut wie keine Unwetter zu verzeichnen waren.

Ab 20. August wurde mit der Lese begonnen, ab 10. September intensiv geerntet, damit die Weine durch den hohen Zuckergehalt nicht zu hoch im Alkohol wurden und ihre Fruchtigkeit erhielten. Bei der Lese zeigte sich, daß die Trauben durchwegs lockerbeerig waren und der Regen zu Ende der Lese ohne Spuren blieb. Dies führte zu einer sehr hohen Qualität, allerdings auch zu einer wesentlich geringeren Erntemenge, die mit ca. 195.000 hl gerade noch als durchschnittlich zu bezeichnen ist. Der steirische Weinjahrgang 2012 zeichnet sich durch eine schöne Würze und dichte Weine aus, Sauvignon Blanc wird eher eine reifere Aromatik aufweisen. Der Muskateller fällt sehr duftig und dicht aus, und die Weißburgunder bestechen durch einen bereits sehr ausgeprägten und schön nussigen Charakter. Auch beim Steirischen Junker ist sehr viel Fruchtigkeit zu erwarten.

Wien

Ebenfalls gut gemeint hat es der Wettergott mit dem Weinbaugebiet Wien. Lediglich in Stammersdorf sind 10 ha Totalausfall durch die verhängnisvolle Frostnacht vom 17. auf 18. Mai zu beklagen. Ansonsten gab es keinen Hagel und der Witterungsverlauf war bis zur Lese hin günstig.

Ab April gab es ausreichend Wärme und selbst der verregnete Juli konnte den Reben nichts anhaben. Dadurch wurden sehr gute Qualitäten gelesen, wobei die Winzer auch in Wien frühzeitig mit der Ernte begannen, um Weine mit moderatem Alkoholgehalt zu erhalten.

Der Jahrgang präsentiert sich fruchtig, gehaltvoll und hochwertig, leider liegt die Menge auch in Wien mit ca. 22.000 hl etwas unter dem Durchschnitt.

<http://www.oesterreichwein.at>

GenussWirt des Jahres 2013



Foto: GRÖ/Krug

Die GenussWirt des Jahres 2013: Marlies und Micheal Gehring aus Salzburg

Der „GenussWirt des Jahres“ gilt als höchste Auszeichnung in der heimischen Gastronomieszene. Mitte November wurde das „kulinarische Aushängeschild“ zum fünften Mal im Rahmen einer genussvollen Gala-Nacht in Salzburg gekürt. Mehr als 600 Gourmets sind der Einladung von den Veranstaltern Genuss Region Österreich und der Österreichischen Gastronomiezeitung ÖGZ gefolgt, um bei einer einzigartigen Nacht der Genüsse dabei zu sein und ein Stück österreichische Tradition zu kosten.

Die prominente Fachjury prüfte die Landessieger aus den neun Bundesländern nach allen Regeln der Kochkünste. Letztendlich setzten sich die Salzburger GenussWirt Marlies und Michael Gehring gegen die hochkarätige Konkurrenz durch. Das „Mangogallo“ konnte vor allem durch seine alpine Tradition, facettenreiche und zugleich entspannte Atmosphäre, innovative Kreationen rund ums Mangalitzaschwein und dem Galloway-Rind und die bekannte Salzburger Gastfreundschaft überzeugen.

Erstmals in der Geschichte des Wettbewerbs kam es allerdings zur Situation, daß die GenussWirt ihren Betrieb wechseln. Die Familie Gehring wird schon in den nächsten Wochen ihren Betrieb nach St. Johann im Pongau verlegen und dort den Oberforstthof übernehmen. Michael Gehring: „Nicht nur mit der Auszeichnung zum GenussWirt des Jahres ist ein Traum in Erfüllung gegangen. Auch in St. Johann im Pongau erfüllen wir uns schon bald einen gastronomischen Traum. Es sind also spannende und vor allem aufregende Wochen für unsere Familie.“

Margareta Reichsthaler, Obfrau der Genuss Region Österreich: „Die Auszeichnung ist für die Familie Gehring sicher eine Motivation und ein erster Rückenwind für das

neue Unterfangen. Wir sind jedenfalls davon überzeugt, daß Michael und Marlies Gehring würdige Sieger unseres Wettbewerbs sind und unsere Kulinarik-Initiative im kommenden Jahr bestens vertreten werden.“

Die Bundessieger

„Hotel Unterhof“
Neuberg 33
5532 Filzmoos
<http://www.unterhof.at>

„Der Oberforstthof“
Fam. Marlies und Michael Gehring
Alpendorf 11
5600 St. Johann im Pongau
<http://www.oberforstthof.at>

Die Landessieger

Burgenland
Gasthaus Leban
<http://www.gasthaus-leban.at>
Kärnten
GenussBar|Cafe|Restaurant
„Der Hambrusch“
<http://www.derhambrusch.at>

Niederösterreich
Gasthof zur Roten Säge
<http://www.rote-saege.at>

Oberösterreich
Gasthaus Maria vom guten Rat
<http://www.gstaig.at>

Steiermark
Gasthof Fröhlich
<http://www.gasthof-froehlich.at>

Tirol
Hotel Silzer Hof
<http://www.silzerhof.com>

Vorarlberg
Haller's Genuss & Spa Hotel
<http://www.hallers.at>

Wien
Gasthaus Möslinger
<http://www.gasthausmoeslingner.at>

Personalia

Hohes Ehrenzeichen an Superintendent Weiland

Mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ist der Superintendent der Evangelischen Kirche in Niederösterreich, Paul Weiland, am 6. November ausgezeichnet worden. Landeshauptmann Erwin Pröll unterstrich dabei die gute Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Land. Das Ehrenzeichen drücke die Anerkennung und den Respekt des Landes aus, sagte Pröll. Weiland würdigte er für seine „seelsorgerliche Arbeit über Jahrzehnte“. Gerade in der heutigen Zeit seien Kirche und Glaube wichtig als „Betriebsanleitung für den Weg der Menschen in die Zukunft“. Dazu brauche es Menschen, die den Glauben vermitteln und bereit sind, ihn zu leben. Pröll sieht das Ehrenzeichen auch als Ausdruck der guten Ökumene in Niederösterreich: „Wir wissen, daß uns die Ökumene stark gemacht hat. Das Zusammenstehen der Kirchen ist eine unglaubliche Kraftquelle“, so der Landeshauptmann bei dem Festakt, an dem neben Vertretern des Landes und der Evangelischen Kirche, darunter die gesamtösterreichische Kirchenleitung, auch nahezu alle Äbte der niederösterreichischen Klöster teilnahmen. Die Zusammenarbeit der Amtsträger sei geprägt von einem „hohen Maß an Toleranz und Ver-



Foto: Pressedienst/Pfeiffer

LH Erwin Pröll (r.) und Superintendent Paul Weiland im NÖ Landhaus in St. Pölten

ständnis füreinander“. Weiland, den Pröll als „wertvolles Mitglied der Familie Niederösterreich“ bezeichnete, lebe dieses Miteinander.

Er verstehe diese Auszeichnung auch als Würdigung der Evangelischen Kirche in Niederösterreich, erklärte der Superintendent. Daß „Kirchen und Land gut miteinander leben und arbeiten“, sei keine Selbstverständlichkeit. Religion und Glaube seien eben

keine Privatsache. Wenn Religion aus dem öffentlichen Raum gedrängt werde, verarme die Gesellschaft, mahnte der Superintendent, der seit 1. September 1998 das Leitungsamt ausübt. Die Kirchen versuchten darauf hinzuweisen, daß zum Leben auch die spirituelle Dimension gehöre, „erst dann kann sich Menschsein erfüllen“, zeigte sich Weiland überzeugt. ■

LH Josef Pühringer überreichte »RFT OÖ Award 2012«

Der Rat für Forschung und Technologie für Oberösterreich wählte aus einer Reihe von hochkarätigen Nominierungen em.o. Univ.-Prof. Werner Kepplinger als Preisträger des „RFT OÖ Awards 2012“, den LH Josef Pühringer im Rahmen eines feierlichen Festaktes am 15. November im Linzer Landhaus überreichte. Prof. Kepplinger wurde als überdurchschnittlich engagierter Wissenschaftler und Erfinder, der die Technologie- und Forschungslandschaft in Oberösterreich – und darüber hinaus – stark und nachhaltig prägte, ausgezeichnet.

„Der Oberösterreicher Werner Kepplinger hat mit seinen zahlreichen Erfindungen (1817 Patente), die überwiegend auch großtechnisch umgesetzt wurden, einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Sichtbarkeit Oberösterreichs als führenden Forschungs- und Technologiestandort geleistet“, so Pühringer.

Neben VertreterInnen der OÖ Landesregierung sowie zahlreichen ehemaligen und aktiven Ratsmitgliedern waren auch SpitzenrepräsentantInnen der oberösterreichischen Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsszene



Foto: Land OÖ/Kauder

v.l.: Günter Rübiger, em.o.Univ.-Prof. Werner Kepplinger und LH Josef Pühringer

unter den Gästen. Gastgeber LH Josef Pühringer und die beiden Ratsvorsitzenden, Günter Rübiger und Prof.(FH) Univ.-Doz. Ingrid Schaumüller-Bichl, freuten sich besonders, den gebürtigen Linzer als ersten Preisträger dieses Awards vorstellen zu dürfen. „Die beeindruckende Vita zeigt, daß Prof. Werner

Kepplinger ein würdiger Preisträger der Auszeichnung des Rates für Forschung und Technologie für OÖ ist. Ich möchte ihm persönlich sehr herzlich zu dieser besonderen Ehrung, aber vor allem zu seinen zahlreichen, weltweit erfolgreichen Projekten und Patenten gratulieren“, so Pühringer. ■

Personalia

Brauner überreicht Goldenes Ehrenzeichen des Landes Wien

Im Rahmen einer Feierstunde im Wiener Rathaus überreichte Wirtschafts- und Finanzstadträtin, Vizebürgermeisterin Renate Brauner am 9. November die höchste Auszeichnung des Landes Wien an den ehemaligen Direktor des Wiener Museumsquartiers, Landesrat Wolfgang Waldner. Geehrt wurde er als herausragende Persönlichkeit mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Die Ehrung fand in Anwesenheit von Botschafter Martin Eichinger, Staatssekretär Reinhold Lopatka, Bürgermeister Karl Schlögl, Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Stadtrat Manfred Juraczka, Landesamtsdirektor Erich Hechtner und höchstrangigen VertreterInnen der Wiener Kultureinrichtungen, wie der Geschäftsführer der Bundestheater-Holding, Georg Springer, die Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek, Johanna Rachinger, der Direktor des Österreichischen Museums für angewandte Kunst/Gegenwartskunst, Christoph Thun-Hohenstein, der Direktor des MuseumsQuartiers, Christian Strasser, statt.

In ihrer Laudatio betonte Brauner die Bemühungen von Wolfgang Waldner im Zusammenhang mit dem Wiener Museumsquartier, dem er als Direktor 10 Jahre lang vorstand: „Sein Beitrag zum Wiener Kunst- und Kulturleben, zur Wiener Stadtentwick-



Foto: Büro LR Waldner

Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner und LR Wolfgang Waldner

lung, zur Wiener Wirtschaft und vor allem zum Wiener Tourismus kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“, so Brauner. „Dr. Wolfgang Waldner hat vor allem mit dem Österreichischen Kulturforum in New York und dem Museumsquartier in Wien viel dazu beigetragen, wie Österreich und im Besonderen Wien in der Welt gesehen wird. Darüber hinaus hat er mit der Entwicklung, die das Museumsquartier gemacht hat, ent-

scheidend zu einer kulturellen Positionierung der Stadt beigetragen“, so Brauner weiter.

Im April 2011 wechselte Wolfgang Waldner vom Museumsquartier ins Außenministerium und wurde zum Staatssekretär ernannt. Im August 2012 legte er dieses Amt nieder und wurde Landesrat für Landwirtschaft, EU-Angelegenheiten, Gemeinden, Kultur und Tourismus in Kärnten. ■

Quantenphysiker Zeilinger: Neuer Fellow vom AAAS Council

Die „American Association for the Advancement of Science (AAAS)“ wählte Professor Anton Zeilinger zum Fellow. Der österreichische Physiker wurde für seine Pionierarbeit im Bereich Quantenphysik, Quantenverschränkung, Teleportation und Quantenkryptographie ausgezeichnet.

Die AAAS ist eine internationale Organisation, die zum Ziel hat, Wissenschaft, Ingenieurwesen und Innovation weltweit zum Nutzen aller Völker voranzutreiben. 702 Fellows wurden heuer aus verschiedenen Themengebieten ausgezeichnet – Anton Zeilinger im Bereich „Physik“. Die Auszeichnung erfolgt aufgrund besonderer sozialer oder wissenschaftlicher Leistungen. AAAS wurde 1874 gegründet, ist die weltweit größte wissenschaftliche Gesellschaft und Herausgeber der Zeitschrift „Science“.

„Ich freue mich über diese Auszeichnung“, so Zeilinger, „in den Rang eines Fellow erhoben zu werden, bedeutet für einen Wissenschaftler eine große fachliche Ehre.“



Foto: Jacqueline Godany

Quantenphysiker Anton Zeilinger

Anton Zeilinger wurde 1945 in Ried im Innkreis (OÖ) geboren und studierte in Wien Physik. Er hatte Positionen am Massachusetts Institute of Technology (MIT), an der Technischen Universität München, der Technischen Universität Wien (TU), der Universität Innsbruck, der Universität Melbourne und am College de France (Paris) inne und führte Forschungsarbeiten im Los Alamos National Laboratory (USA) und am Merton College der Oxford University durch. Seit 1999 ist er Professor für Experimentalphysik an der Universität Wien, seit 2004 wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), seit 2006 stellvertretender Vorsitzender des Board of Trustees des IST Austria in Klosterneuburg und seit der Gründung 2010 Board Member des Vienna Center for Quantum Science and Technology (VCQ). ■

<http://www.quantum.at/zeilinger>

Elektronenmikroskop mit dem Extra-Dreh

Vortex-Strahlen, die wie ein Wirbelsturm rotieren, bieten völlig neue Möglichkeiten für die Elektronenmikroskopie. An der TU Wien wurden eine Möglichkeit entdeckt, extrem intensive Vortexstrahlen zu erzeugen.

Elektronenmikroskope sind heute ein unverzichtbares Werkzeug, ganz besonders in der Materialwissenschaft. An der TU Wien wird an Elektronenstrahlen geforscht, die eine innere Rotation haben, ähnlich wie ein Wirbelsturm. Mit Hilfe dieser sogenannten „Vortex-Strahlen“ können nicht nur Objekte abgebildet, sondern auch material-spezifische Eigenschaften untersucht werden – mit einer Präzision im Nanometerbereich. Ein neuer Forschungsdurchbruch ermöglicht nun viel intensivere Vortexstrahlen als je zuvor.

Quanten-Tornado: Das Elektron als Welle

In einem Tornado drehen sich die einzelnen Luftteilchen zwar nicht unbedingt um die eigene Achse, aber der Luftsog insgesamt hat eine mächtige Rotation. Ganz ähnlich verhalten sich die rotierenden Elektronenstrahlen, die an der TU Wien hergestellt werden. Um sie zu verstehen, darf man sich die Elektronen nicht bloß als winzige Punkte oder Kügelchen vorstellen, denn die könnten sich höchstens um ihre eigene Achse drehen. Die Vortex-Strahlen hingegen lassen sich nur quantenphysikalisch erklären: Die Elektronen verhalten sich wie eine Welle, und diese Quanten-Welle kann rotieren, wie ein Tornado oder wie die Wasserströmung hinter einer Schiffsschraube.

„Nachdem der Vortex-Strahl einen Drehimpuls trägt, kann er auch Drehimpuls auf das Objekt übertragen, auf das er trifft“, erklärt Prof. Peter Schattschneider vom Institut für Festkörperphysik der TU Wien. Der Drehimpuls der Elektronen in einem Festkörper ist eng mit seinen magnetischen Eigenschaften verknüpft. Für die Materialwissenschaft ist es daher ein ungeheurer Vorteil, durch die neuartigen Elektronenstrahlen auch Aussagen über Drehimpuls-Zustände treffen zu können.

Strahlen drehen mit Blenden und Masken

Peter Schattschneider und Michael Stöger-Pollach (USTEM, TU Wien) arbeiten ge-



Foto: TU Wien

Michael Stöger-Pollach und Peter Schattschneider

meinsam mit einer Forschungsgruppe aus Antwerpen daran, möglichst intensive und sauber kontrollierbare Vortex-Strahlen in einem Transmissions-Elektronenmikroskop zu erzeugen. Bereits vor zwei Jahren gab es erste Erfolge: Damals wurde der Elektronenstrahl durch eine winzige gitterartige Maske hindurchgeschossen, wodurch er sich in drei Teilstrahlen aufspalten ließ: Einen rechtsdrehenden, einen linksdrehenden und einen Strahl ohne Rotation.

Nun wurde eine neue, noch viel mächtigere Methode entwickelt: Die Forscher verwenden eine Blende, die zur Hälfte von einer Siliziumnitrid-Schicht bedeckt wird. Diese Schicht ist so dünn, daß die Elektronen sie fast absorptionsfrei durchdringen können, aber geeignet phasenverschoben werden. „Nach Fokussierung durch eine speziell abgestimmte astigmatische Linse erhält man einen einzelnen Vortexstrahl“, erklärt Michael Stöger-Pollach.

Dieser Strahl ist um eine Größenordnung intensiver als die Vortex-Strahlen, die man bisher erzeugen konnte. „Erstens spalten wir den Strahl nicht in drei Teile auf, wie bei der Gittermaske, sondern der gesamte Elektronenstrom wird in Rotation versetzt. Zweitens hatte die Gittermaske den Nachteil, die Hälfte der Elektronen zu blockieren – die

neue Spezialblende tut das nicht“, sagt Stöger-Pollach.

Durch die neue Technik lassen sich nun auch rechts- und linksdrehende Strahlen zuverlässig unterscheiden – das war bisher nur schwer möglich. Addiert man nun nämlich zu rechts- und linksdrehenden Strahlen jeweils einen bestimmten Drehimpuls hinzu, wird die Drehung des einen Strahls verstärkt, die des anderen Strahles nimmt ab.

Elektronenmikroskop mit Twist

Die neue Technologie wurde von dem Forschungsteam im Fachjournal „Physical Review Letters“ präsentiert. In Zukunft soll die Methode für die Materialforschung eingesetzt werden. Besonders bei neu entwickelten Designer-Materialien stehen magnetische Eigenschaften oft im Zentrum der Aufmerksamkeit. „Ein Transmissions-Elektronenmikroskop mit Vortex-Strahlen ließe uns diese Eigenschaften nanometergenau untersuchen“, meint Schattschneider.

Auch exotischere Anwendungen von Vortex-Strahlen sind denkbar: Im Prinzip kann man mit solchen drehimpulstragenden Strahlen Objekte in Rotation versetzen – etwa einzelne Moleküle. Vortex-Strahlen könnten daher auch neue Türen in der Nanotechnologie öffnen. ■

JKU-Kristalle eröffnen neue Horizonte

Faszinierende Forschung über das Material Galliumnitrid

Unsere Gesellschaft ist ohne Elektronik nicht mehr vorstellbar. Doch Silizium, der Grundbestandteil von Computern und anderen Geräten, stößt angesichts der rasanten technologischen Entwicklung immer mehr an seine physikalischen Grenzen. Einem Team der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz unter Prof. Alberta Bonanni ist es im

revolutionieren. Möglich gemacht hat das eine Zusammenarbeit des JKU-Teams der Abteilung für Festkörperphysik im Rahmen eines Projects des European Research Councils (ERC) mit theoretischen Gruppen und Synchrotron-Forschungsstätten. „Besonders intensiv haben wir dabei mit Prof. Tomasz Dietl von der Universität Warschau

aber nicht alle Fragestellungen gelöst. „Galliumnitrid hat zwar tolle Eigenschaften im sichtbaren und UV Bereich des Lichts, aber leider nicht im Infrarotbereich.“

Sieben erfolgreiche Jahre

Das konnten die Forscher aber nun lösen. „Wir haben nach genauen Materialstudien herausgefunden, dass durch die Beimengung von Magnesium in die Kristalle auch der Infrarot-Bereich ideal abgedeckt wird“, erklärt die JKU-Wissenschaftlerin. Nach sieben Jahren intensiver Forschung konnten Bonanni und ihre acht Mitarbeiter die Schlußprotokolle erstellen. „Das sind quasi die ‚Rezepte‘, nach denen man die speziellen Galliumnitrid-Kristalle herstellen kann.“ Finanziert wurde das Vorhaben durch verschiedene Drittmittelprojekte der EU und der Österreichischen Forschungsförderung in der Gesamthöhe von zwei Millionen Euro.

Ausruhen können sich Prof. Bonanni und ihr Kollegen aber nicht. „Dank der intensiven Zusammenarbeit zwischen Theorie-Experten und Fachphysikern für experimentelle Forschung haben wir eine neue Tür aufgestoßen. Das ist das Schöne an der Wissenschaft: Es gibt immer neue Möglichkeiten zu erforschen und zu verbessern“, freut sich Prof. Bonanni auf die bereits genehmigten Folgeprojekte. ■



Foto: JKU Linz

Prof. Alberta Bonanni von der Abteilung für Festkörperphysik der JKU Linz

Rahmen eines internationalen Projektes gelungen, einen völlig neuen Weg einzuschlagen. Die Forschung über das Material Galliumnitrid wurde mittlerweile nicht nur in der Zeitschrift „Nature Scientific Reports“ veröffentlicht, sondern sogar von der European Synchrotron Radiation Facility in Grenoble als ausgewähltes Highlight zu einer der bedeutendsten Arbeiten des Jahres gekürt.

Was aber macht Galliumnitrid so interessant? „Es hat besondere optoelektronische und magnetische Eigenschaften, durch die es Silizium wunderbar ergänzen kann“, freut sich Prof. Bonanni über den Forschungsdurchbruch, „der in eine Richtung ging, die wir so eigentlich gar nicht geplant hatten.“

Von der Glühbirne zu LEDs und weiter zu schnelleren Computern

Damit könnte der begonnene Siegeszug von Galliumnitrid für LEDs in der Beleuchtungstechnik weitergehen und in Zukunft den Bau von schnelleren Computern

zusammengearbeitet“, so Bonanni. Während die Polen die theoretischen Grundlagen lieferten, wurden in den Labors der JKU Galliumnitrid-Kristalle gezüchtet. Noch waren



Foto: JKU Linz

Forschungsarbeit an Galliumnitrid

Medizinisches Ortungssystem

macht Herzoperationen für Patienten und Ärzte sicherer

Das Krankenhaus der Elisabethinen in Linz setzt als erstes und derzeit einziges Krankenhaus (und als zweites in Europa) eine völlig neue Technologie in der Katheterbasierten Rhythmusintervention ein. Neben der einzigartigen Präzision der Instrumentenführung ermöglicht das neue System eine bis zu 90prozentige Reduktion der Röntgenbestrahlung. Dies macht den Eingriff für den Patienten deutlich schonender und leichter verträglich und für den Arzt sicherer.

Im Rhythmuslabor der Kardiologischen Abteilung (Leitung Primar Univ. Doz. Hans Joachim Nesser) wurden seit Bestehen, in den letzten zwei Jahrzehnten, über 6000 Eingriffe durchgeführt; allein in diesem Jahr werden es annähernd 500 sein. Damit nimmt das Zentrum eine Vorreiterrolle für ganz Österreich ein und ist damit in seiner Führungsrolle über die Grenzen Oberösterreichs hinaus anerkannt. „Wir waren die ersten in Österreich, die 2001 einen Patienten mit Vorhofflimmern mittels Lungenvenenablation erfolgreich behandelten und sind seit 2007 auch in der Lage, lebensbedrohliche Rhythmusstörungen aus den Herzkammern mittels Ablation zu unterbinden“, erklärt Primar Nesser.

Für die Behandlung von Herz-Rhythmusstörungen mittels Kathertechnik ist eine hochwertige Bildgebung für den Erfolg des Eingriffs von immenser Bedeutung. Ziel ist es hierbei, Gewebe des Herzens, das falsche elektrische Impulse sendet, auszuschalten oder gezielt Narben im Herzen zu verursachen, die die Weiterleitung der falschen Impulse unterbrechen. Dazu wird ein Katheter von der Leistengegend in das Herz vorgeschoben und die zu behandelnde Region mittels Hitze verödet (=Ablation). Bisher wurde die jeweilige Position des Instrumentes ausschließlich mittels Röntgenbestrahlung eruiert. Da ein Röntgenbild aber nur eine Momentaufnahme ist, mußte der Patient permanent bestrahlt werden. Nur dann kann wie erforderlich millimeter genau am sich bewegenden Organ gearbeitet werden.

Magnetische Ortung ersetzt permanente Röntgenbestrahlung

Mit der neuen MediGuide™-Technologie kann diese hohe Strahlenbelastung nun



Foto: Elisabethinen

Mit der neuen MediGuide™-Technologie kann diese hohe Strahlenbelastung nun wesentlich reduziert werden.

wesentlich reduziert werden. Das Prinzip funktioniert ähnlich dem GPS-System in der Automobil-Industrie zur Bestimmung des Standortes auf der Landkarte. Um die aktuelle Position und Ausrichtung eines medizinischen Instruments im Herzen zu erfassen, nutzt MediGuide™ als erstes und bislang einziges dreidimensionales Navigationssystem ein spezielles elektromagnetisches Ortungsverfahren.

Während des Eingriffs empfängt ein Sensor in der Katheterspitze (oder einem anderen medizinischen Instrument) elektromagnetische Signale eines Senders in einem externen Gerät. Durch diese magnetische Ortung werden die Koordinaten der Katheterspitze errechnet und auf ein vorab erzeugtes Röntgenbild übertragen. Die jeweilige Position in den Herz- bzw. Gefäßstrukturen kann damit während des gesamten Eingriffs permanent in Echtzeit dargestellt werden – sozusagen als simuliertes Röntgenbild. Mithilfe eines weiteren Senders werden Bewegungen des Patienten sowie Bewegungen durch den Herzschlag und die Atmung automatisch korrigiert.

90 Prozent weniger Strahlenbelastung

Der Patient muß somit nicht mehr permanent, sondern nur noch anfänglich kurz in zwei unterschiedlichen Projektionen durchleuchtet werden. Das bedeutet, daß die Dauer der Strahlenbelastung sowohl für die Patienten als auch für das OP-Team auf ein absolutes Minimum reduziert werden kann. Folglich wird auch weitaus weniger Kontrastmittel benötigt. Insbesondere bei längeren oder komplizierten Eingriffen ist die neue Technologie von entscheidendem Vorteil, da Patienten einer großen Strahlenbelastung ausgesetzt waren. Da durch die MediGuide™-Technologie rund 90 Prozent der Röntgenbestrahlung eingespart und durch die einzigartige Qualität der Bildgebung der gesamte Arbeitsprozess effizienter gestaltet werden kann, werden diese Eingriffe für die Patienten deutlich sicherer und besser verträglich. „Als nächsten Schritt werden wir das Ortungssystem bei komplexeren Schrittmacherimplantationen einsetzen“, skizziert OA Univ.-Prof. Helmut Pürerfellner, Leiter des Departments für Rhythmologie, die Zukunft. ■

Eine Software gegen den Stau

Forscher der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz entwickeln im Rahmen des Projektes »CSI Linz« gemeinsam mit der Stadt Linz eine Steuerungssoftware zur Harmonisierung des städtischen Verkehrs.

Wer kennt es nicht? Der innerstädtische Verkehr ist zum Stillstand gekommen, nichts geht mehr. Geht es nach Wissenschaftlern der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz, werden solche Verkehrsinfarkte bald der Vergangenheit angehören. Sie entwickeln in Kooperation mit der Stadt Linz, der Linz Linien AG, der ASFINAG, dem Stadtpolizeikommando Linz, dem Landespolizeikommando sowie der team Communication Technology Management GmbH, einem Unternehmen der Frequentis-Gruppe, eine Software zur frühzeitigen Erkennung potenzieller Verkehrsinfarkte. Durch das Projekt mit dem Titel „CSI Linz“ wird auch die Zusammenarbeit zwischen Verkehrsleitzentralen unterstützt.

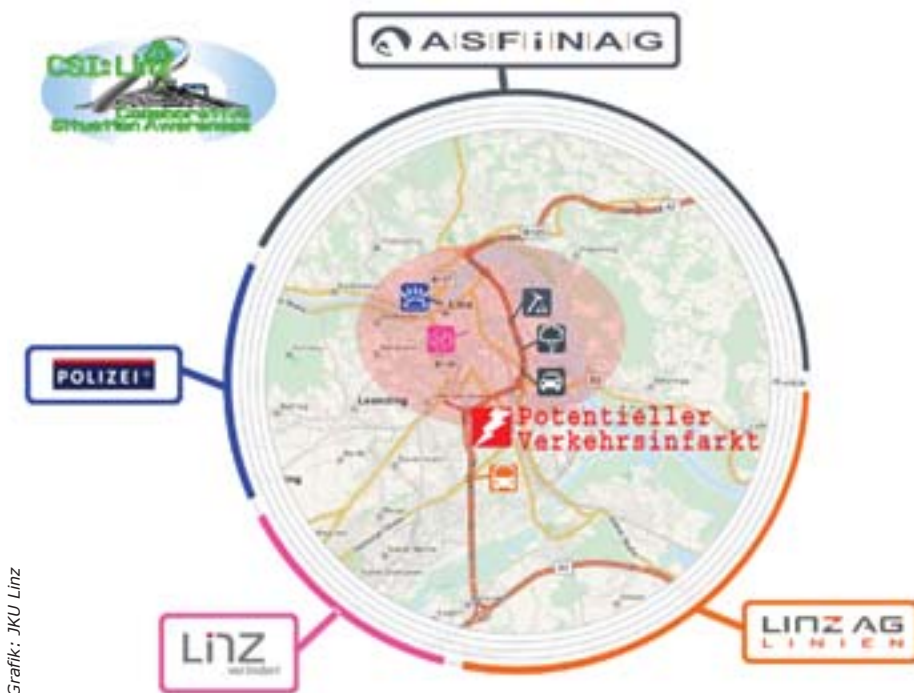
Informationssammlung wie in der Fernsehserie »CSI«

Das Prinzip der Software, deren Entwicklung durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG mit mehr als 500.000 Euro gefördert wird, und vom Team rund um die JKU-Professoren Wieland Schwinger und Werner Retschitzegger sowie Norbert Baumgartner von team GmbH vorangetrieben wird, erinnert an die US-Fernsehserie „CSI“, die die Beweis- und Spurensicherung der Kriminalpolizei am Tatort schildert.

Wie in der Serie werden zunächst verschiedenste Arten von Informationen gesammelt: Stau- und Unfallmeldungen, Baustellen und Wartungsarbeiten, Fahrplandaten und Positionen öffentlicher Verkehrsmittel, aber auch Daten über Straßenbedingungen oder Wettervorhersagen.

Verhinderung von Verkehrsinfarkten

Das System analysiert diese Datenfülle und verknüpft die Einzelinformationen, um potenzielle Verkehrsinfarkte bereits im Vorhinein zu erkennen. Damit ergeben sich neue Handlungsspielräume für betroffene Verkehrsoperatoren in Leitzentralen. Sie können drohende Verkehrsinfarkte durch geeignete Steuerungsmaßnahmen vermeiden. So kann beispielsweise ein Operator der ASFINAG eine Tagesbaustelle auf einem Autobahnzubringer verschieben, die Polizei Alternativ-



Grafik: JKU Linz

Die Software analysiert unterschiedliche Daten verschiedener Verkehrsträger und verknüpft sie zu einem Lagebild – potentielle Verkehrsinfarkte lassen sich damit bereits im Vorfeld erkennen.

routen für Veranstaltungsbesucher einrichten oder können die Linz Linien den Bus statt über die Autobahn über Bundesstraßen leiten.

»Situations-Radar«

Die frühzeitige Erkennung wird zusätzlich durch einen besonderen Visualisierungs- und Bedienmechanismus, das „Situations-Radar“, unterstützt. Verkehrsoperatoren sehen damit alle verdächtigen Anzeichen auf einen Blick. So wird eine entsprechende Abstimmung der Handlungsalternativen zwischen Leitzentralen stark vereinfacht.

Smartphone-Applikation für Linz

Ein erster Prototyp des CSI-Systems wurde beim weltgrößten Kongreß für Intelligente Verkehrssysteme in Wien vorgestellt. Zukünftig haben die Forscher nicht nur Verkehrsoperatoren in Leitzentralen als Zielgruppe im Visier – auch Verkehrsteilnehmer selbst sollen die Möglichkeit erhalten, direkt von CSI zu profitieren. Die JKU-Forscher arbeiten an einer Smartphone-Applikation, die es den LinzerInnen ermöglichen wird, sich selbst einen Überblick über die aktuelle Verkehrslage in Linz zu verschaffen und somit möglichen Staus zu entgehen. ■



Kluger Kakadu mit handwerklichem Geschick

Der Gebrauch von Gegenständen als Werkzeug – und deren Herstellung – ist im Tierreich außergewöhnlich selten.

Alice Auersperg und Birgit Szabo, Kognitionsbiologinnen der Universität Wien, haben diese Fähigkeit nun erstmals bei einem Goffini Kakadu beobachtet: Er fertigt und benutzt hölzerne Werkzeuge, um Spielzeug oder Futter an sich heran zu holen. Die Forschungsergebnisse sind ein Teil des Puzzles in der Entwicklung von Intelligenz und wurden im Fachjournal „Current Biology“ veröffentlicht.

Goffinis sind eine äußerst verspielte und neugierige indonesische Kakadu-Art. Deshalb ziehen nun KognitionsforscherInnen diese Vögel als Modellspezies für ihre Arbeiten heran. Alice Auersperg und Birgit Szabo vom Department für Kognitionsbiologie der Universität Wien haben gemeinsam mit ForscherInnen der Universität Oxford eine sensationelle Entdeckung gemacht: „Wir konnten filmen, wie der Kakadu ‚Figaro‘ seinen kräftigen Schnabel geschickt einsetzte, um längliche Splitter aus einem Holzbalken zu beißen oder aus einem verzweigten Ast Stöckchen zurecht zu brechen, um damit eine Nuss zu holen, die außerhalb seiner Reichweite lag“, berichtet Alice Auersperg, Leiterin der Studie.

Für jede Nuß das richtige Werkzeug

Für die ForscherInnen war es zum einen überraschend, daß Figaro überhaupt ein Werkzeug gebrauchte, und zum anderen, dass er sich selbst eines baute. Die wichtigste Beobachtung war, daß der Kakadu – nachdem er sein erstes Werkzeug gebaut hatte – in späteren Versuchen ohne zu zögern wusste, was zu tun war. „Figaro baute sich für jede neu platzierte Nuss ein weiteres Werkzeug und war jedes Mal erfolgreich“, berichtet die Kognitionsbiologin stolz. Goffinis wollen alles erkunden, sind generell gut im Lösen von technischen Problemen und haben ein großes Gehirn. Es ist aber anzunehmen, daß sie keine habituellen Werkzeug-Gebraucher in der Wildbahn sind. „Figaro ist bisher der einzige seiner Art, bei dem wir dieses Verhalten beobachten konnten“, so Birgit Szabo. Das zeigt, daß die Herstellung von Werkzeug auch aus unspezialisierter Intelligenz hervorgehen kann.



Die Kognitionsbiologin Alice Auersperg mit ihrem Kakadu



Figaro »baut« sich ein Werkzeug...



... und benutzt es daraufhin.

Evolution von Intelligenz

„Es ist nach wie vor schwierig, kognitive Handlungen zu identifizieren. Figaro und seine Vorgängerin Betty helfen, Unklarheiten in der Evolution von Intelligenz zu entschlüsseln“, so Alex Kacelnik, Professor an der Universität Oxford. Er ist einer der AutorInnen der Studie und war außerdem an der Studie über die berühmte neukaledonische Krähe Betty beteiligt: Indem diese einen Haken aus einem Stück Draht bog, um Futter aus einem Rohr zu angeln, hat sie ExpertInnen vor einigen Jahren überrascht. Obwohl neukaledonische Krähen auch in der Wildnis Werkzeuge benutzen, wird dieser spezielle Fall noch immer als ein bemerkenswertes Beispiel individueller Kreativität und Innovationsfähigkeit betrachtet.

„Lange Zeit schrieb man solche Talente nur unseren nächsten Verwandten, den Menschenaffen, zu. Inzwischen gibt es auch Beispiele von Werkzeuggebrauch bei Kapuzineraffen, Krähenvögeln und sogar einigen Wirbellosen“, so Alice Auersperg. Während der exklusive Club tierischer Werkzeug-VerwenderInnen immer mehr Mitglieder aufnimmt, rätseln die WissenschaftlerInnen, welche Rolle Intelligenz, Kulturbildung und Ökologie in der Ausprägung solcher Kompetenzen spielen.

Steine, die vom Himmel fallen

Das Naturhistorische Museum Wien besitzt die älteste und eine der wichtigsten Meteoritensammlungen der Welt – und nun auch über einen neuen Meteoritensaal.



Foto: NHM / Kurt Kracher

Seit 14. November 2012 ist im NHM der neue Meteoritensaal nach einer Generalsanierung wiedereröffnet. Das neue Konzept beinhaltet den historischen Kern des MeteoritensaaIs, der aus Pultvitruinen mit Glasaufsätzen besteht.

Seit Jänner 2012 war der Meteoritensaal wegen Umbauarbeiten im Rahmen der Erneuerung der Meteoritenpräsentation gesperrt. Die Art und Weise, wie die Objekte im Meteoritensaal präsentiert wurden, entsprach nicht mehr den heutigen Ansprüchen hinsichtlich Wissensvermittlung und thematischer Aufbereitung. Auch gab es keine adäquate Umsetzung in der Präsentation neuerer Forschungsergebnisse aus dem Gebiet der wissenschaftlichen Meteoritenkunde.

Für die Wiedereröffnung der weltweit größten Meteoritenschauausammlung am 14. November 2012 wurde die umfassende Sammlung an außergewöhnlichen Exponaten behutsam mit Medienstationen, interaktiven Hands-On Stationen und Animationen erweitert.

Die Kustoden des Naturhistorischen Museums entwickelten mit Unterstützung der Medienexperten von Checkpointmedia

(Künstlerische Leitung: Virgil Widrich) und dem Architekturteam von Arno Grünberger/Spurwien eine zeitgemäße Form der Wissensvermittlung. Während die historischen Vitruinen im Zentralbereich restauriert und technisch besser ausgestattet wurden, sind im Wand- und Fensterbereich neue Vitruinen zu bestimmten Themen eingerichtet worden. Diese Themen beinhalten auch wertvolle und besonders gesicherte Objekte vom Mond und vom Mars. In den zentralen Vitruinen des MeteoritensaaIs zeigen bildreiche Informationsclips den Besucherinnen und Besuchern einzelne Themen rund um die allgemeine Meteoritenforschung. In diesen werden Fragen wie beispielsweise „Woher kommen die Meteoriten?“, „Wo und wie finde ich Meteoriten?“ oder „Woraus bestehen Meteoriten?“ beantwortet. Ebenso vermitteln die kurzen Clips Wissenswertes zur Einteilung der Meteoriten, zu ihren Spe-

zifikationen und erzählen Fakten und Daten zur allgemeinen Geschichte der Forschung, sowie zur Besonderheit der Wiener Sammlung.

Die Einschläge eines Meteoriten werden durch realistische 3D-Animationen simuliert, die BesucherInnen können das Ausmaß einer möglichen Zerstörung Wiens interaktiv über die Hands-On Station „Impakt-Simulator“ steuern. Das Highlight des wiedereröffneten MeteoritensaaIs ist das Screen-Triptychon zur „Entstehung des Sonnensystems“. Eine Lupe lädt die BesucherInnen ein, besondere Objekte im Detail zu betrachten und zusätzliche wertvolle Informationen zu den Exponaten über Monitore zu erfahren. Wie unterschiedlich sich die verschiedenen Meteoriten anfühlen, kann in einer „Hands on“-Station erfahren werden: Besucherinnen und Besucher können selbst Hand anlegen an einen Meteoriten aus Stein und einen aus

Eisen, um sich ein Bild über die unterschiedlichen Dichteverhältnisse zu machen.

Ein interaktives Quiz fordert das Publikum auf, zu erraten, ob die ausgestellten Meteoriten und Gesteinsmuster tatsächlich aus dem All kommen oder doch von der Erde stammen. Bei der grafischen Darstellung der Inhalte bestand die Herausforderung darin, essentielle Informationen optisch ansprechend, strukturiert und illustrativ darzustellen. Auf Basis der Corporate Identity der Mineralogie wurde ein modernes Design für Jung und Alt entwickelt. Neben den Texten, verfaßt von den Kustoden des NHM, wurden von checkpointmedia zahlreiche Illustrationen und Animationen zu Themen wie „Entstehung des Sonnensystems“, „Meteoritenschauer“, „Wir sind alle Sternenstaub“ und „Impakt-Krater“ erstellt. Im gesamten Saal wurden über 62 m² Wand neu gestaltet. Auch die neu restaurierte Nestfell'sche Planetenmaschine aus dem Jahr 1753 wird wieder zu sehen sein. Insgesamt stellt der neu gestaltete Meteoritensaal eine Kombination aus Erhalt der klassischen systematischen Darstellung in historischen Vitrinen und modernen Medientechnik zur Vermittlung der wissenschaftlichen Inhalte dar.



Foto: NHM / Alice Schuhmacher

Im Jahr 1748 erwarb Kaiser Franz I. Stephan die Naturaliensammlung des Florentiner Edelmannes Johann von Baillou.

Die Wiener Meteoritensammlung

„Trotz ihrer Unscheinbarkeit – meist sind es graue oder braune Steine – zählen Meteoriten zu den faszinierendsten Objekten, die es gibt“, erklärt NHM-Generaldirektor Christian Köberl. „Diese ‚Steine, die vom Himmel fallen‘, sind die einzigen Zeugen, die wir für die Entstehung der Erde und des Sonnensystems haben. Ihre Zusammensetzung hat aber auch Aufschluß über die Herkunft der chemischen Elemente gebracht, aus denen unsere gesamte Welt und auch wir Menschen bestehen.“ Das NHM besitzt die älteste und eine der wichtigsten Meteoritensammlungen der Welt, die für wissenschaftliche Forschungen zur Verfügung steht. Ausserdem zeigt das Museum die bei weitem größte Meteoritenschauausammlung und macht die spektakulären Himmelsboten auf diese Weise auch einem breiten Publikum zugänglich.



Foto: NHM / Ludovic Ferrière

Der Meteoritensaal im Jahr 1903

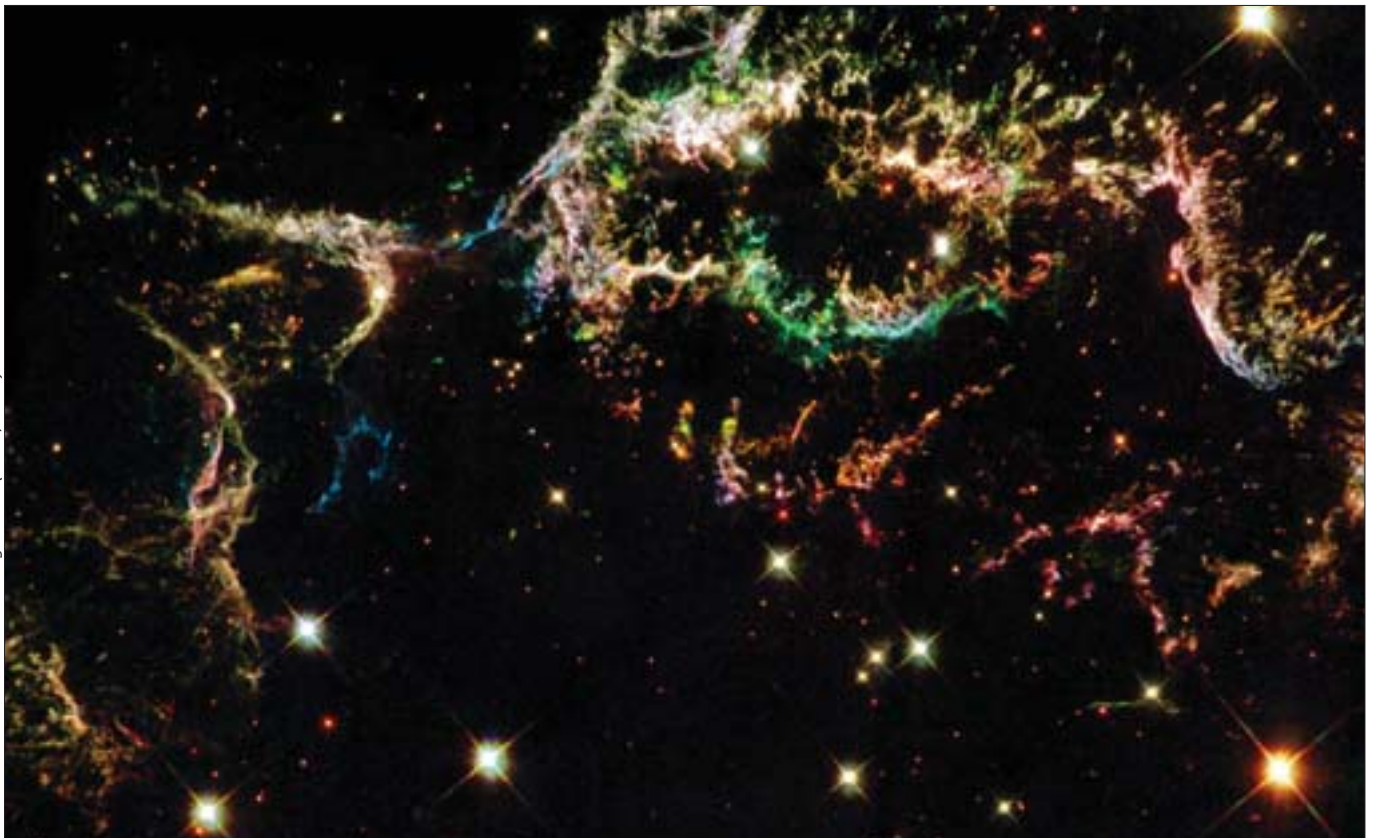
Die Entstehung des NHM

Von Anfang an und bis zum heutigen Tag wurde die Sammlung von herausragenden Persönlichkeiten geprägt. Im Jahr 1748 erwarb Kaiser Franz I. Stephan die Naturaliensammlung des Florentiner Edelmannes Johann von Baillou. Das Naturalien-Cabinet war im Augustinertrakt der kaiserlichen Hof-

burg untergebracht. Nach dem Tod ihres Gemahls, Kaiser Franz I. Stephan von Lothringen, schenkte Kaiserin Maria Theresia im Jahr 1765 die Sammlung dem Staat. Es entstand das erste öffentliche Museum Österreichs.

Die Meteoritensammlung des NHM ist weltweit die älteste ihrer Art. Bereits kurz nach der Gründung des kaiserlichen Naturalien-Cabinets im Jahr 1748 begannen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Wiener Kustoden Meteoriten zu sammeln.

Foto: NASA and The Hubble Heritage Team (STScI/AURA)



Supernova – Überrest im Cassiopeia Sternbild, das zu den nördlichen zirkumpolaren Sternbildern zählt.

Hraschina, der berühmte Eisenmeteorit, gilt als Gründungsmeteorit der Wiener Sammlung. Die 1751 bei Zagreb in Kroatien gefallene Eisenmasse wurde nach Wien gebracht und in der kaiserlichen Schatzkammer aufbewahrt. 1778 wurde der Meteorit von dort in das Naturalien-Cabinet transferiert. Aufgrund der intensiven Beschäftigung und dem wissenschaftlichen Interesse an Meteoriten von Karl Franz Anton von Schreiber (1775-1852) und seinen Nachfolgern wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts die Wiener Sammlung zur weltweit größten und umfangreichsten. Gleichzeitig damit wurde die Wiener Sammlung mit ihren Kustoden zu einem der Zentren der neu entstandenen wissenschaftlichen Meteoritenkunde.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und der Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie brachten alle Forschungs- und Sammlungsaktivitäten am Wiener Museum abrupt zum Erliegen. Erst in den 1960er-Jahren trat wieder eine Verbesserung ein. Die wissenschaftliche Untersuchung von Meteoriten konnte wieder aufgenommen werden und ein Ankaufsbudget erlaubte zumindest den Erwerb aktueller Fälle und Funde ausgewählter Meteoriten. Heute umfaßt die Wiener Meteoritensammlung mehr als 7000 inventarisierte Objekte von rund 2400 Lokalitäten. „Die Schau-

sammlung ist mit 1240 ausgestellten Objekten mit Abstand die weltweit größte ihrer Art“, erzählt der Co-Kurator der Meteoritensammlung, Ludovic Ferrière. „In keinem anderen Museum – weder in Paris, London, New York noch in der Smithsonian Institution in Washington – findet man derart viele Meteoriten ausgestellt. Da die Sammlung auch sehr viele historisch belegte Meteoritenfälle beherbergt, ist die Wiener Schau-sammlung ein Kulturgut ersten Ranges.“

Einige dieser wertvollen Objekte haben auch einen direkten Bezug zur Begründung der Meteoritenkunde als wissenschaftliche Disziplin. Aus diesem Grund ist die Wiener Sammlung weltweit sowohl unter WissenschaftlerInnen als auch Privatsammlerinnen und Privatsammlern sehr berühmt.

Die Meteoriten

Jeder Gesteins- oder Metallbrocken, der vom Weltraum kommend zur Erde stürzt und aufgesammelt werden kann, wird als Meteorit bezeichnet. Die kosmischen „Eindringlinge“ rasen dabei mit Geschwindigkeiten von 40.000 bis 200.000 Stundenkilometern Richtung Erde. „Beim Eindringen in die Erdatmosphäre wird das außerirdische ‚Geschoß‘ stark abgebremst und gleichzeitig durch die Luftreibung so stark erhitzt, daß ein Teil der ursprünglichen Meteoritenmasse durch Schmel-

zen und Verdampfen verloren geht“, erläutert der Leiter der Mineralogisch-Petrographischen Abteilung des NHM und Kustos der Meteoritensammlung, Franz Brandstätter. Objekte mit einer Anfangsmasse von über 100 Tonnen werden von der Erdatmosphäre nur bedingt abgebremst und schlagen mit hoher Wucht am Erdboden auf. Dabei können auch gewaltige „Einschlaglöcher“ entstehen, wie zum Beispiel beim Meteoriteneinschlag auf der Halbinsel Yucatan in Mexiko vor rund 65 Millionen Jahren. Bei diesem Ereignis entstand ein Krater mit etwa 200 km Durchmesser.

Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft stammen alle Meteoriten aus unserem Sonnensystem. Als Hauptlieferant gilt der Asteroidengürtel – eine Ansammlung hunderttausender Gesteinsbrocken von Kieselstein- bis Gebirgsgröße, die sich auf einer Bahn zwischen den Planeten Mars und Jupiter um die Sonne bewegen. Für wenige Meteoriten ist der Erdmond als Herkunftsort wissenschaftlich erwiesen, andere wiederum stammen mit großer Wahrscheinlichkeit vom Planeten Mars. Die Selbstverständlichkeit, mit der Meteoriten heute in der Fachwelt anerkannt sind, haben sich die Boten aus dem All erst mühsam erkämpfen müssen. Bis ins 18. Jahrhundert hinein galten die „Steine aus dem All“ als Hirngespinnst. Eine

Wende vollzog sich erst am Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert – durch eine wissenschaftliche Abhandlung des Physikers E. F. Chladni im Jahre 1794 und den Meteoritenschauer von L'Aigle 1803, bei dem am helllichten Tag mehrere tausend Einzeltrümmer zu Boden fielen. Mehrere Stücke davon befinden sich im NHM.

Die Wiener Kustoden sammelten und untersuchten bereits ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Kunden aus grauer Vorzeit. Den Grundstock der Sammlung bildete der 1778 erworbene, 39 Kilogramm schwere Eisenmeteorit Hraschina, der am 26. Mai 1751 bei Agram, dem heutigen Zagreb, vom Himmel fiel. Kaiser Franz I. forderte vom bischöflichen Konsortium in Agram einen Bericht über dieses Ereignis an. Zusammen mit zwei Eisenstücken wurde dieser an den Hof gesandt. Das Hauptstück kam in die kaiserliche Schatzkammer, von wo es im Jahr 1778 gemeinsam mit dem Steinmeteoriten von Tabor der Naturaliensammlung einverleibt wurde.

Fast alle Meteoriten sind 4,5 Milliarden Jahre alt, also genauso alt wie die Erde. Das ist von großer Bedeutung. Entsprechend unserem gegenwärtigen Wissensstand ist unser Sonnensystem 4,6 Milliarden Jahre alt. Innerhalb von 100 Millionen Jahren haben sich die Sonne, die Planeten und zahlreiche Kleinplaneten, so genannte Planetoiden, gebildet. Viele Meteoriten haben sich als Bruchstücke von Planetoiden seit dem Zeitpunkt ihrer Entstehung vor 4,5 Milliarden Jahren nicht mehr wesentlich verändert. Sie sind somit Zeugen aus der Frühzeit unseres Sonnensystems und geben uns Auskunft über die Bedingungen, die im frühen Sonnensystem geherrscht haben. „Die Gesteine auf der Erde unterliegen einer ständigen Umwandlung und geologischen Veränderungen“, erklärt Franz Brandstätter. „Nur Meteoriten erinnern sich an die Anfänge unseres Sonnensystems.“

Im neuen Schausaal sind 1100 Meteoriten ausgestellt, 140 Exemplare von Impaktgesteinen (Tektite, Strahlenkegel, Brekzien, etc.) und 650 unterschiedliche Meteoriten, davon 300 aus verschiedenen Fällen und 350 aus unterschiedlichen Funden.

Highlights der Sammlung

Der Eisenmeteorit Hraschina

Oktaedrit, Hraschina, Kroatien, gefallen 1751

Hraschina ist einer der ersten wissenschaftlich untersuchten Meteoritenfälle und lieferte den Grundstein für die Wiener Meteoritensammlung – die älteste der Welt.



Foto: NHM

Der Eisenmeteorit Hraschina

Am 26. Mai 1751 wurde in Hraschina bei Zagreb der Fall eines Eisenmeteoriten beobachtet. Eine Untersuchungskommission befragte zahlreiche Augenzeugen und fertigte ein detailliertes Protokoll an. Die Berichte über das Himmelsereignis sind sehr eindeutig: „Hier wurde ein kleines Wölkchen gesehen, das einiges Gekrach hervorbrachte und sich sodann auflöste. Zwei Kugeln sind in die Erde gefallen, welche der Ortspfarrer ausgraben ließ. Eine der Kugeln wurde dem Kaiser Franz I. nach Wien gebracht, die andere wurde in mehrere Stücke zerteilt und sogar Nägel damit gemacht.“

Trotzdem weigerten sich die meisten Gelehrten, an Steine zu glauben, die „vom Himmel fielen“. Das 39 Kilogramm schwere Eisenstück kam dennoch 1751 in die kaiserliche Schatzkammer und wurde 1778 in das k. k. Naturalienkabinett überführt. Dort bildete es nicht nur den Grundstein zur ältesten

Meteoritensammlung der Welt, sondern gab auch den Anstoß zum Sammeln weiterer „Himmelssteine“ – Jahrzehnte, bevor die Wissenschaft die Existenz von Meteoriten offiziell anerkannte.

Sogar bei der Innenausstattung des neuen Museumsgebäudes am Ring wurde der Gründungsmeteorit verewigt. Eine der Wandfiguren (Karyatiden) im Saal IV hält das berühmte Objekt in den Händen. 1808 machte Alois von Widmanstätten bei Erhitzungsversuchen am Eisenmeteoriten von Hraschina eine der wichtigsten Entdeckungen der Meteoritenkunde: Er beobachtete gitterartige Muster – die nach ihm benannten „Widmanstättenschen Figuren“ (sichtbar in der Objekt Nummer). Anhand dieser Muster können Experten die Echtheit von bestimmten Eisenmeteoriten feststellen und erklären, wie groß und wie heiß der Asteroid war, aus dem der Meteorit stammt.

Foto: NHM



Das vom NHM erworbene Exemplar des Marsmeteoriten ist 908,7 g schwer und das größte bekannte Einzelstück dieses Falls.

Eisenmeteorit Cabin Creek

Mittlerer Oktaedrit/IIIAB-Eisenmeteorit, Arkansas, USA, gefallen 1886

Cabin Creek gilt weltweit als einer der schönsten Meteoriten und ist in vielen Meteoritenkunde-Büchern als Paradebeispiel für einen orientierten Meteoriten abgebildet.

Die meisten Meteoriten drehen sich nach dem Eintritt in die Atmosphäre entlang ihrer Flugbahn und sind nach ihrem Aufprall auf der Erde von einer gleichmäßigen Schmelzkruste überzogen. Nur ganz selten behalten Meteoriten während des Fluges eine bestimmte Orientierung bei. Dann kommt es zur Ausbildung markanter Vorder- und Rückseiten mit deutlich unterschiedlichen Oberflächenstrukturen. Cabin Creek war vor dem Auftreffen auf die Erdoberfläche am 27. März 1886 wie eine Speerspitze ausgerichtet und wurde durch die atmosphärische Erosion während des Fluges in großer Höhe unterschiedlich abgeschmolzen. Der Unterschied zwischen kegelförmiger Vorderseite und flacher Rückseite mit wesentlich glatterer Schmelzkruste ist besonders ausgeprägt. Cabin Creek gilt daher als das schönste Beispiel für einen orientierten Meteoriten.

Eisenmeteoriten sind wesentlich seltener als Steinmeteoriten und machen nicht einmal fünf Prozent aller Meteoritenfälle aus. Sie bestehen aus einer Legierung aus metallischem Eisen und Nickel mit einem geringen Anteil an seltenen Metallen wie z.B. Kobalt und den Platinmetallen. Als Erz kommt diese Zusammensetzung in der Erdkruste nicht vor.

Cabin Creek weist noch eine weitere Besonderheit auf: Da er gleich nach seinem Aufprall in Arkansas geborgen wurde und daher keiner irdischen Verwitterung ausgesetzt war, ist die Schmelzkruste der 47 Kilogramm schweren Eisenmasse „frisch“. Cabin Creek kam 1890 auf Veranlassung des Fabrikbesitzers Albert Mayer von Gunthof an das NHM nach Wien – als Teil der „bei Weitem großartigsten Schenkung, welche die mineralogische Abtheilung seit ihrem Bestehen erhalten hat“, wie damals in den Annalen des NHM vermerkt wurde.

Marsmeteorit

Tissint, Marokko, gefallen 2011.

Im Februar 2012 war das NHM in der glücklichen Lage, ein außergewöhnliches Exemplar eines neuen Marsmeteoriten zu erwerben, der letztes Jahr in der Region um Tissint in Marokko vom Himmel fiel. Der Meteorit ist einer der spektakulärsten und wissenschaftlich wertvollsten Erwerbungen in der langen Geschichte der Wiener Meteoritensammlung.

Es handelt sich auch um eine der bedeutendsten und teuersten Ankäufe des NHM in den letzten Jahrzehnten, sowie um eine maßgebliche Bereicherung des Bundesvermögens. Der Meteorit zählt nun zum Schatz Österreichs. Möglich wurde diese Anschaffung durch Mittel aus der Erbschaft nach Oskar Ermann (1924-2011), dem wohl größten Gönner des NHM.

Am 18. Juli 2011 fielen im QuedDrâa Tal bei Tata, Marokko mehrere Steine vom Him-

mel. Im Oktober 2011 wurden die ersten davon von Nomaden gefunden. Meteorite werden üblicherweise nach geographischen Lokalitäten benannt. Tissint ist ein kleiner Ort, ca. 40 km vom Fallgebiet des Meteoritenschauers entfernt und Namensgeber des Meteoriten. Es ist der fünfte, durch Augenzeugen belegte Fall eines Marsmeteoriten und der zweitgrößte bezüglich der aufgesammelten Gesamtmasse. Das vom NHM erworbene Exemplar ist 908,7 g schwer und das größte bekannte Einzelstück dieses Falls, das fast zur Gänze mit Schmelzkruste überzogen ist.

Marsmeteoriten sind extrem selten und wertvoll. Von den mehreren Zehntausend bekannten Meteoriten stammen weniger als hundert vom Planeten Mars; diese wurden durch Einschlagsereignisse vom Mars weggeschleudert und landeten anschließend als Meteoriten auf der Erde. Erst in den 1980er-Jahren wurde erkannt, daß manche Meteoriten – die bereits seit einiger Zeit als ungewöhnliche Objekte bekannt waren – nicht von den Asteroiden, den „normalen“ Meteoritenmutterkörpern, stammen, sondern vom Planeten Mars. Das NHM besitzt auch große Stücke der anderen vier beobachteten Fällen von Marsmeteoriten Shergotty, Nakhla, Chassigny, und Zagami; allerdings ist der Neukauf bei weitem größer als die bisher in der Sammlung befindlichen. ■

<http://www.nhm-wien.ac.at>

Eine Reihe von 20 High Dynamic Range Images (HDR-Fotos) vom KHM sehen Sie auf <http://www.oesterreichfotos.at/galerien/museen/naturhistorisches-museum-wien/>

Friede auf Erden

Spurensuche nach unserem Weihnachtsfest im Tiroler Volkskunstmuseum



Foto: TLM

Flügelaltar mit Darstellung der Geburt Christi, 1960er Jahre von Max Spielmann (1906-1984)

Wo liegen die Ausgangspunkte? Was und wie wird gefeiert? Wie steht das „Fest der Liebe“ zum kommerziellen Konsum? Und was hat der Weihnachtsmann eigentlich mit dem Christkind zu tun? Die Ausstellung „Friede auf Erden“ beleuchtet das Spannungsverhältnis von religiöser Besinnung und profaner Bedeutung, von üppigem Lichterglanz und der Aura der Heiligen Nacht. Die Schau läuft entsprechend der Tradition des Krippenschauens bis Maria Lichtmeß, 2. Februar 2013.

Weihnachten. Kaum jemand bleibt von diesem Fest unberührt. Duftendes Gebäck, Geschäfte im Weihnachtsschmuck, Lichtgirlanden in den Einkaufsstraßen, Christkindlmarkt oder Christbaum künden heute von dem bevorstehenden Fest – und können zum Teil widersprüchlicher nicht sein. Viele verbinden mit dem Fest Besinnlichkeit, Familie und Frieden, Nostalgie oder Kitsch; oft aber



Foto: TLM

Geburtsgruppe 1974
von Clemens Dreschke (*1951)

herrschen Trubel, Hektik und Streß: Schließlich müssen Geschenke gekauft, muß die Wohnung geschmückt, ein Christbaum gekauft und das Festessen vorbereitet werden. Die sprichwörtlich stillste Zeit des Jahres ist geschäftig geworden. Was oft in den Hintergrund tritt: Weihnachten ist das Fest der Geburt Christi.

„Für die Vermittlung der frohen Botschaft, insbesondere im ländlichen Raum, kommt der Krippe eine zentrale Rolle zu. Im Zeitalter der medialen Überschwemmung ist dieses Wissen häufig verschütt gegangen. Unsere Weihnachtsausstellung im Tiroler Volkskunstmuseum widmet sich diesem in vielerlei Hinsicht wichtigen Aspekt der Volksfrömmigkeit. Die Veränderungen in der Krippentradition sowie Wissenswertes über die Entwicklung unseres heutigen Weihnachtsfests möchten wir einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Ich freue

mich, wenn wir einen Beitrag dazu leisten, daß unsere Besucherinnen und Besucher die Advent- und Weihnachtszeit besinnlicher erleben“, hält Wolfgang Meighörner, Direktor der Tiroler Landesmuseen, fest. „Der Weltkrippenkongreß in Innsbruck war für uns Impulsgeber für diese Ausstellung. Anhand von bislang selten gezeigten Exponaten aus dem Bestand des Tiroler Volkskunstmuseums beleuchten wir die Mehrschichtigkeit unseres Weihnachtsfestes sowie dessen Kontinuitäten und Veränderungen. Als Ergänzung zu unserer das ganze Jahr hindurch ausgestellten Krippensammlung im Erdgeschoß des Museums zeigen wir auf, wie Künstlerinnen und Künstler der Krippe moderne Formen gaben“, betonen die Ausstellungskuratoren Herlinde Menardi und Karl C. Berger.

Die Geburt Christi als religiöses Fest

Während das italienische „natale“ oder spanische „navidad“ den Gedanken der Geburt Christi schon im Wort verankert haben, weist das im Deutschen im 12. Jahrhundert erstmals belegte „ze wihen nahten“ auf die geweihten Nächte um den Christtag hin. Advent bedeutet Ankunft. Die Vorberei-



oben: Weihnachtskrippe, 1964, von Johann Buchgschwendter (1898-1985)
unten: Fatschenkind im Glaskästchen, Anfang des 19. Jahrhunderts



Foto: TLM



Foto: TLM

Weihnachtsengel auf Pferdegespann, Mitte des 20. Jahrhunderts nach Entwürfen von Martha Hauser (hergestellt von der Firma Senoner, Gröden)

tungszeit auf das Geburtsfest war ursprünglich bestimmt durch Besinnung, Buße und Fasten. Fröhmorgendlichen Rorate-Messen, auch Engelsmessen oder Goldene Ämter genannt, boten und bieten die Möglichkeit, sich auf das kommende Weihnachtsfest einzustellen. Die Verankerung der bis heute beliebten Christmette in der breiteren Bevölkerung erfolgte durch die Jesuitenmission im 18. Jahrhundert.

Auch der Heilige Abend war einst ein strenger Fasttag und diente der Vorbereitung auf den Christtag. Nur wenige Tage durchbrachen diese stille Zeit, etwa das Nikolausfest oder der Thomastag, die in manchen Orten von Jahrmärkten begleitet wurden. Die beiden Tage waren auch Back- oder Schlachtstage. Wenngleich das Weihnachtsfest in seiner theologischen Bedeutung dem Osterfest hintansteht, war es für die Bevölkerung ein Fest der Wunder: Sogar Tiere sollten am Heiligen Abend sprechen können. Mit dem Räuchern am Weihnachts-, Silvester- und Dreikönigsabend erbat man sich Schutz und Segen für das Haus und die Familie – ein Brauch, der heute noch in einigen Familien lebendig ist.

Ein Fest im Wandel der Zeit

Die Weihnachtskrippe, die das Geschehen der Heiligen Nacht darstellte, war Mittelpunkt des religiös geprägten Festes. Mit dem Biedermeier begann sich Weihnachten hin zum heutigen Kinder- und Familienfest

zu wandeln. Damals entstanden in adeligen und bürgerlichen Familien neue Bräuche. Sie dominieren diese Zeit bis in die Gegenwart: 1841 wurde durch Graf Brandis der erste Christbaum in Innsbruck aufgestellt. Das Beschenken der Kinder verlagerte sich allmählich vom Nikolaustag auf den Heiligen Abend. Der geschmückte Lichterbaum ist, wie im übrigen auch der Adventkranz und das Christkind, ein Kulturimport aus dem protestantischen Norden Deutschlands. Doch dauerte es noch fast hundert Jahre, bis sich dies alles auch in Tirol durchsetzte: Um 1930 war beispielsweise der Christbaum in vielen Familien Tirols unbekannt. Die ersten gedruckten Adventkalender erschienen Anfang des 20. Jahrhunderts, der Adventkranz wurde Mitte des vorigen Jahrhunderts populär. Das Weihnachtsfest wurde mehr und mehr eine familiäre Feier.

Advent und Weihnachten als touristisches Produkt

Heute ist Weihnachten längst nicht mehr ausschließlich ein christliches Fest, Aspekte der Ökonomie oder Tendenzen der Profanierung des Religiösen spielen eine ebenso große Rolle. Silberner und Goldener Sonntag (3. und 4. Adventsonntag), an dem die Geschäfte offenhalten durften, wichen in den 1990er Jahren den vier Einkaufssamstagen. In Südtirol gibt es den „Goldenen Sonntag“ mit offenen Geschäften heute noch. Auch das Fest Mariä Empfängnis am 8. Dezember

wurde zum Einkaufstag. Der „Advent in Tirol“ wird heute auch als touristisches Produkt beworben, vorweihnachtliche Bräuche werden als Veranstaltungen vermarktet. Allerdings gab es schon zu früheren Zeiten um die Weihnachtszeit Jahrmärkte. Der Nikolausmarkt in Innsbruck ist seit 1657 belegt. Der Thomasmarkt um den 21. Dezember, auch seit dem 17. Jahrhundert bekannt, wurde von den Innsbrucker Christkindlmärkten verdrängt, die sich ab den 1970er Jahren nach dem Vorbild des Nürnberger und Münchner Christkindlmarkts etablierten. Ab den 1990er Jahren entstanden Christkindlmärkte auch in Südtirol.

Die Krippe als Mittelpunkt der weihnachtlichen Bräuche in Tirol

Die Krippe, die im Mittelpunkt der weihnachtlichen Bräuche in Tirol steht, ist heute populärer denn je. Sie läßt Weihnachten in einer hektischen Zeit wieder beschaulicher erleben. Ihre Vorläufer findet sie in den gotischen Flügelaltären, auf denen die Geburt Christi und die Anbetung der Könige als Szenen aus dem Marienleben dargestellt sind. Die Weihnachtskrippe, deren Anfänge in Tirol ins beginnende 17. Jahrhundert zurückreichen, rückt das Jesukind ins Zentrum. Zunächst waren es nur wenige Figuren (Hl. Familie, Hirten und Engel), mit denen das Weihnachtsgeschehen dargestellt wurde. Erst in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts kamen auch die Könige dazu. Figuren aus



Foto:

Papierkrippe, 1. Drittel 19. Jahrhundert, Tiere aus einer Papierkrippe von Georg (1772-1838) und Felix Haller (1808-1883)

Holz, Wachs, Ton oder Karton/Papier bevölkern eine phantastische Landschaft und werden den Berichten des Evangeliums entsprechend verändert. Als Hauptszenen sind auf den Krippenbergen die Geburt des göttlichen Kindes, die Anbetung durch die Hirten, der Zug der Könige und die Huldigung des Kindes durch die Könige zu sehen.

Nikolaus, Christkind und Weihnachtsmann im Wettstreit

Was und wie wird gefeiert? Dieser Frage geht der erste Teil der Ausstellung im Tiroler Volkskunstmuseum nach: Das Jesukind, Maria und Josef, die Heiligen Drei Könige und die allseits präsente Engelschar leiten über zu historischen Lebzeltmodellen, Weihnachtsschmuck oder Adventkalendern. Ausschnitte aus einem ORF-Film aus den 1970er-Jahren

über „Das andere Weihnachten“ von Wolfgang Pfaundler zeigen außerdem ungewöhnliche Blicke auf das Fest: Weihnachten für Menschen in Extremsituationen wie u. a. in der Justizanstalt Innsbruck. Das gabenbringende Christkind, oft als engelhafte Gestalt mit offenem Haar dargestellt, wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts auch in den katholischen Gebieten populär. Obwohl hier der Hl. Nikolaus weiterhin seine Gaben am 6. Dezember verteilte, brachte am Weihnachtsabend nun das Christkind die Geschenke. Im protestantischen Norddeutschland hingegen wurde zeitgleich der Weihnachtsmann, der sich aus dem Hl. Nikolaus über die Figur des „Herrn Winter“ entwickelte, zum Gabenbringer für die Kinder und verdrängte dort das Christkind vollständig. Die ausgeprägte Krippentradition in Tirol

führte schließlich dazu, daß das Christkind mit dem Kind in der Krippe gleichgesetzt wurde. Die amerikanische Variante des Weihnachtsmanns hielt in Tirol Ende des 20. Jahrhunderts als Werbeträger Einzug, was ein unreflektiertes Nebeneinander von Nikolaus, Christkind und Weihnachtsmann zur Folge hatte.

Tiroler KünstlerInnen und die Krippentradition

Im zweiten Teil der Ausstellung steht die Weihnachtskrippe mit ihrer Vielfalt an Figuren und Szenen im Mittelpunkt. Insbesondere wird der Frage nachgegangen, wie KünstlerInnen versuchten, der Krippentradition moderne Formen zu geben. Erste Beispiele stammen aus der Zeit von 1900/1910. Als Wegbereiter, jedoch mit vollkommen unterschiedlichen Ansätzen, gelten Josef Bachlechner und Ludwig Penz. Ein wichtiger Förderer der Entwicklung und Verbreitung der Künstlerkrippe in Tirol war Walter Kuen, der an der Innsbrucker Bundesgewerbeschule lehrte. Außerdem sind in der Ausstellung u. a. Werke von Maria Delago, Gottfried Fuetsch, Martin Gundolf, Fini Platzer, Sepp Schwarz, Mathilde Speckbacher und Max Spielmann zu sehen.

Begleitpublikation

Zur Ausstellung erscheint die Publikation „StudioHefte 11. Friede auf Erden“ mit Beiträgen von Karl C. Berger, Herlinde Menardi, Helmuth Oehler, Sonja Ortner, Roland Sila, Petra Streng und Jussuf Windischer. Sie befassen sich mit der Entwicklung des Weihnachtsfestes, dem Konkurrenzkampf von Christkind und Weihnachtsmann, der Tradition der Tiroler Weihnachtsmärkte, dem Krippenschaffen von KünstlerInnen nach 1945 sowie mit Weihnachtsliedern aus Tirol. 112 Seiten mit zahlreichen Farbillustrationen, Tappeinerverlag ISBN 978-3-900083-39-7 7,50 Euro – online bestellbar <http://www.tiroler-landesmuseen.at>

Krippenausstellung in St. Peter in Wien

Lesen Sie in der Ausgabe 114 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins (erscheint am 22. Dezember) einen Bildbericht über die 55. Krippenausstellung der Krippenfreunde Wien-NÖ in der Krypta von St. Peter, die bis 16. Dezember täglich von 10:00 bis 18:30 Uhr besucht werden kann.

<http://www.krippenfreundewien.at>



Foto: TLM

Weihnachtsdarstellung, 1969 von Martin Gundolf (1928-2003)

open spaces | secret places

Werke aus der Sammlung Verbund – Ausstellung
im MdM Mönchsberg bis 3. März 2013

© VBK, 2012 / Sammlung Verbund, Wien / Courtesy Jane CrawfordFoto:



Gordon Matta-Clark, Artpark, 1974, 1 von 3 Farbfotografien, collagiert und laminiert auf Pappe, 50,5 x 76 cm

Mit der Sammlung Verbund ist diesen Herbst eine bedeutende österreichische Sammlung für zeitgenössische Kunst im MdM Salzburg zu Gast. Eine Auswahl von 21 künstlerischen Positionen mit 38 Arbeiten und Werkgruppen wird in der Ausstellung open spaces | secret places. Werke aus der Sammlung Verbund im MdM Mönchsberg präsentiert. Die Sammlung Verbund hat bereits 2011 die große Sommerausstellung Rollenbilder – Rollenspiele sowie heuer Röcke tragen. Die Inszenierung von Kleidung in der zeitgenössischen Fotografie und Plastik mit zahlreichen Leihgaben unterstützt. Aus dieser fruchtbaren Zusammenarbeit heraus entstand die Idee, gemeinsam eine Ausstellung zu konzipieren.

Die Ausstellung open spaces | secret places. Werke aus der Sammlung Verbund vereint künstlerische Positionen, die auf unterschiedliche Weise die Wahrnehmung von „Räumen und Orten“ visualisieren. Ab den 1960er-Jahren wenden sich KünstlerInnen zunehmend von der zweidimensionalen Flä-

che der Malerei ab. Sie verlassen ihre Ateliers: Land-Art-Künstler schaffen in der Weite der Wüste riesige skulpturale Formationen, in Hinterhöfen entstehen raumgreifende Environments (wörtlich: Umgebungen) und im öffentlichen Raum ortsspezifische Interventionen. So bildet sich ab den 1970er-Jahren in der zeitgenössischen Kunstproduktion ein kollektives Bewußtsein, räumlich zu agieren. Die letzten vier Jahrzehnte verdeutlichen, daß die gegenwärtige Kunstpraxis ohne den früheren radikalen Wandel nicht denkbar wäre.

Der erste Teil der Ausstellung

ist vom Medium der Fotografie bestimmt. Jeff Wall inszeniert an der Peripherie geheimnisvoll Fragmente des Urbanen und zeigt die inoffizielle Nutzung von Orten und Unorten. Joachim Koester, Bernd und Hilla Becher, Tom Burr, Teresa Hubbard / Alexander Birchler und David Wojnarowicz gehen der Brüchigkeit von Gegenwart angesichts der historischen Veränderung in Raum und

Zeit nach und suchen mitunter nach Spuren von Geschichte. Louise Lawler lenkt unseren Blick auf Orte, an denen Kunstwerke aufbewahrt und präsentiert werden. Janet Cardiff / George Bures Miller inszenieren eine Reise durch Erinnerungen als audiovisuellen Erfahrungsraum, in dem sich Authentisches und Fiktives vermischt.

Der zweite Teil der Ausstellung

widmet sich der persönlichen Raumerfahrung. Ernesto Neto schafft einen mit Nylon überzogenen Käfig, den man umkreisen kann. Der Quader mit seinem mysteriös inszenierten Innenleben kann als Sinnbild für unser verschlossenes psychologisches System gesehen werden. Gordon Matta-Clark dekonstruiert Räume und Häuser, er reißt und schneidet diese auf und definiert sie für den Betrachter radikal neu. Fred Sandback bricht mit der herkömmlichen Vorstellung von Skulptur und schafft mittels gespannter Fäden ein Volumen ohne Masse im Raum. Anthony McCall taucht unseren Körper in

Kultur

einen Lichtkegel, der nur im Nebel sichtbar wird. Beiden Künstlern gelingt es, Raum zu erschaffen ohne ihn zu bauen.

Die zunehmende Verräumlichung der Kunst geht mit unserer Lebenspraxis einher, die sich sozial und kulturell durch neue räumliche Gegebenheiten (virtueller Raum, erweiterte Mobilität) stark verändert hat. Gerade wegen dieser fluktuierenden Präsenz scheinen wir unserer Verortung umso mehr gewahr werden zu wollen. Früher fragten wir am Telefon die andere Person „Wie geht's dir?“, heute fragen wir „Wo bist du?“.

Die Sammlung Verbund wurde 2004 gegründet und hat in nur wenigen Jahren ein eigenständiges Profil entwickelt. Ihre beiden Themenbereiche sind die „Feministische Avantgarde der 1970er-Jahre“ sowie „Räume und Orte“. Viele der gezeigten Werke sind im MdM Mönchsberg erstmals in Österreich zu sehen.

KünstlerInnen in der Ausstellung: Francis Alÿs, Eleanor Antin, Bernd und Hilla Becher, Ulla von Brandenburg, Tom Burr, Janet Cardiff / George Bures Miller, Ceal Floyer, Teresa Hubbard / Alexander Birchler, Joachim Koester, Louise Lawler, Gordon Matta-Clark, Anthony McCall, Ernesto Neto, Gabriel Orozco, Wilfredo Prieto, Fred Sandback, Jeff Wall und David Wojnarowicz.

KuratorInnen: Gabriele Schor (Sammlung Verbund) und Veit Ziegelmaier (MdM Salzburg). Begleitend zur Ausstellung erscheint ein Katalog im Walther König Verlag, mit einem Vorwort von Gabriele Schor und Toni Stooss und Texten von Sabeth Buchmann, Theresa Dann, Briony Fer, Inka



© Estate of David Wojnarowicz / Sammlung Verbund, Wien / Courtesy Estate of P.P.O.W. Gallery, New York and Cabinet Gallery, London



Bild oben: David Wojnarowicz, Arthur Rimbaud in New York, 1978-1979 / 2004; Aus der 44-teiligen Serie, Gelatinesilberabzug, 32,8 x 24,5 cm

Bild links: Janet Cardiff / George Bures Miller, Road Trip, 2004, Dia- und Audioinstallation, Fotos: Anton Bures, Ton: Janet Cardiff und George Bures Miller; 15 Minuten / Loop

© Janet Cardiff/George Bures Miller / Sammlung Verbund, Wien; Courtesy the artists, Galerie Barbara Weiss, Berlin

Graeve Ingelmann, Patricia Grzonka, Martin Hochleitner, Gabriele Jutz, Philipp Kaiser, Cynthia Krell, Joachim Koester, Andrea Kroknes, Jessica Morgan, Mysoon Rizk, Fred Sandback, Gabriele Schor, Philip Ursprung und Veit Ziegelmaier. Mit 184 Seiten, 114 farbige und 141 s/w-Abbildungen, um 28 Euro in den MdM-Museumssshops erhältlich. ■

<http://www.museumdermoderne.at>

Neujahrskonzert live im ORF

Auftakt zum Verdi- und Wagner-Jubiläumsjahr – Franz Welser-Möst dirigiert zum zweiten Mal, Ashley Page choreographiert erstmals das Ballett, Kostüme von John Engels



Foto: ORF/Alf Schaffler

Prosit Neujahr! Diesen traditionellen Gruß an die Welt entbieten die Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Franz Welser-Möst, der für das Neujahrskonzert bereits zum zweiten Mal von dem Wiener Orchester eingeladen wurde.

Ein gutes Monat dauert es noch, bis das „Prosit Neujahr“ der Wiener Philharmoniker im Rahmen des traditionellen Neujahrskonzerts in aller Welt erklingt – und der ORF ist wieder in bester HD-Qualität um 11.15 Uhr in ORF 2 live dabei. Auch Ö1 bringt das erste große Konzerthighlight des Jahres live. Die musikalische Grußbotschaft Österreichs, die dank der ORF-Übertragung aus dem Musikverein in mehr als 70 Ländern rund um den Globus empfangbar ist, wird zum zweiten Mal nach 2011 von Franz Welser-Möst geleitet – seit 2010 Generalmusikdirektor der Wiener Staatsoper. Neben Kompositionen der Strauß-Familie, Joseph Lanner und Joseph Hellmesberger werden auch Werke der beiden musikalischen Jahresregenten 2013 – Giuseppe Verdi und Richard Wagner – gespielt, die im kommenden Jahr vielfach Eingang ins ORF-Programm finden werden.



Foto: ORF/Alf Schaffler

Franz Welser-Möst

Zwei Balletteinlagen aus Schloß Hof

Ein weiteres Jubiläum wird im Rahmen des Neujahrskonzertballetts gewürdigt: Dieses, bestehend aus zwei künstlerisch sehr unterschiedlichen Einlagen, kommt diesmal aus dem niederösterreichischen Schloß Hof. Das Barockjuwel nahe der slowakischen Grenze war einst repräsentativer Land- und Jagdsitz von Prinz Eugen von Savoyen, dessen Geburtstag sich 2013 zum 350. Mal jährt.

Zum ersten Mal hat der Brite Ashley Page, ehemaliger erster Solist am Royal Opera House in London und in den vergangenen zehn Jahren Direktor des Scottish Ballet, die Choreographie übernommen. Bereits zum sechsten Mal wurden die Kostüme für die zehn TänzerInnen des Wiener Staatsballetts, die kontrastreicher nicht sein könnten, von Johan Engels kreiert.

Foto: ORF/Alf Schaffer



Die Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Franz Welser-Möst im weltberühmten Großen Musikvereinsaal

Pausenfilm »Honeymoon«: Musikalische Hochzeitsreise durch NÖ

Aber nicht nur die zwei bereits im Sommer aufgezeichneten Balletteinlagen kommen heuer aus Niederösterreich: Auch der traditionelle Neujahrskonzert-Pausenfilm, der sich derzeit in Fertigstellung befindet, hat mit dem größten österreichischen Bundesland zu tun. Unter dem Titel „Honeymoon“ schickt Regisseur Patrick Pleisnitzer ein junges Paar auf Hochzeitsreise durch Niederösterreich, u. a. auch auf das prächtige Schloß Hof. Das Paar erwacht jeden Morgen an einem anderen Ort und das Fernsehpublikum kann an ihrem aufwendigen Foto-Shooting für das Hochzeitsalbum teilhaben. Musikalisch begleitet werden die „Szenen einer Ehe“ von Mitgliedern der Wiener Philharmoniker.

ORF-Übertragungsteam: Rett, Fibich, Beyer, 13 Kameras u. v. m.

Durch das Programm der ORF-Neujahrskonzertübertragung führt auch diesmal wieder Barbara Rett. Für die Bildregie im Wiener Musikverein, wo insgesamt 13 Kameras – darunter die im Vorjahr erstmals erfolgreich eingesetzte „fliegende“ Camcat – für brillante Bilder sorgen werden, zeichnet in bewährter Manier Karina Fibich verantwortlich. Die Bildregie der Balletteinlagen hat erneut Michael Beyer übernommen.

TV-Rahmenprogramm und Dakapotermine

Zur Einstimmung auf das „Konzert der Konzerte“ bringt ORF 2 am Neujahrstag die Dokumentation „Neujahrgrüße im Walzerschritt“ (9.35 Uhr), die über die Hintergründe der Neujahrskonzert-Ballettproduktionen erzählt.

Anschließend stehen Felix Breisachs Dirigentenporträt „Franz Welser-Möst“ (10.00 Uhr) sowie die Dokumentation „Auftritt



Foto: ORF/Günther Pichlkostner

Masayu Kimoto und Maria Yakovleva

zum Neujahrskonzert“ (10.45 Uhr) auf dem Programm. Der Pausenfilm „Honeymoon“, der das Publikum u. a. auf das barocke Schloß Hof führt, ist für ca. 11.50 Uhr geplant. Die Neujahrsmatinee beginnt bereits um 9.05 Uhr mit dem neuen Filmporträt von einem der bedeutendsten österreichischen Barockgebäude: „Schloß Schönbrunn: Das neue Imperium“.

Das Neujahrskonzert 2013 – eine Produktion des ORF in Zusammenarbeit mit den Wiener Philharmonikern – wird am 6. Jänner um 10.00 Uhr in ORF 2 wiederholt. ORF III Kultur und Information bringt bereits am Neujahrstag um 20.15 Uhr ein Dakapo des kulturellen Ereignisses. Eine weitere Reprise steht dann am 5. Jänner um 20.15 Uhr in 3sat auf dem Programm.

Live-Streams von ORF-TVthek und Ö1, Video-on-Demand

Auch 2013 bietet der ORF österreichischen Internet-Usern als besonderes Service die Möglichkeit, dieses berühmte Konzertereignis online in Bild und Ton live mitzufolgen: Die ORF-TVthek liefert den Video-Live-Stream auf <http://TVthek.ORF.at>. Zudem ist das Neujahrskonzert nach der TV-Ausstrahlung sieben Tage als Video-on-Demand abrufbar. Unter <http://oe1.ORF.at> ist das Neujahrskonzert zum dritten Mal auch als Audio-Live-Stream zu hören. ■

Es glänzt ein Stern

Weihnachtlicher Sammelband aus der Verlagsbuchhandlung Julius Breitschopf

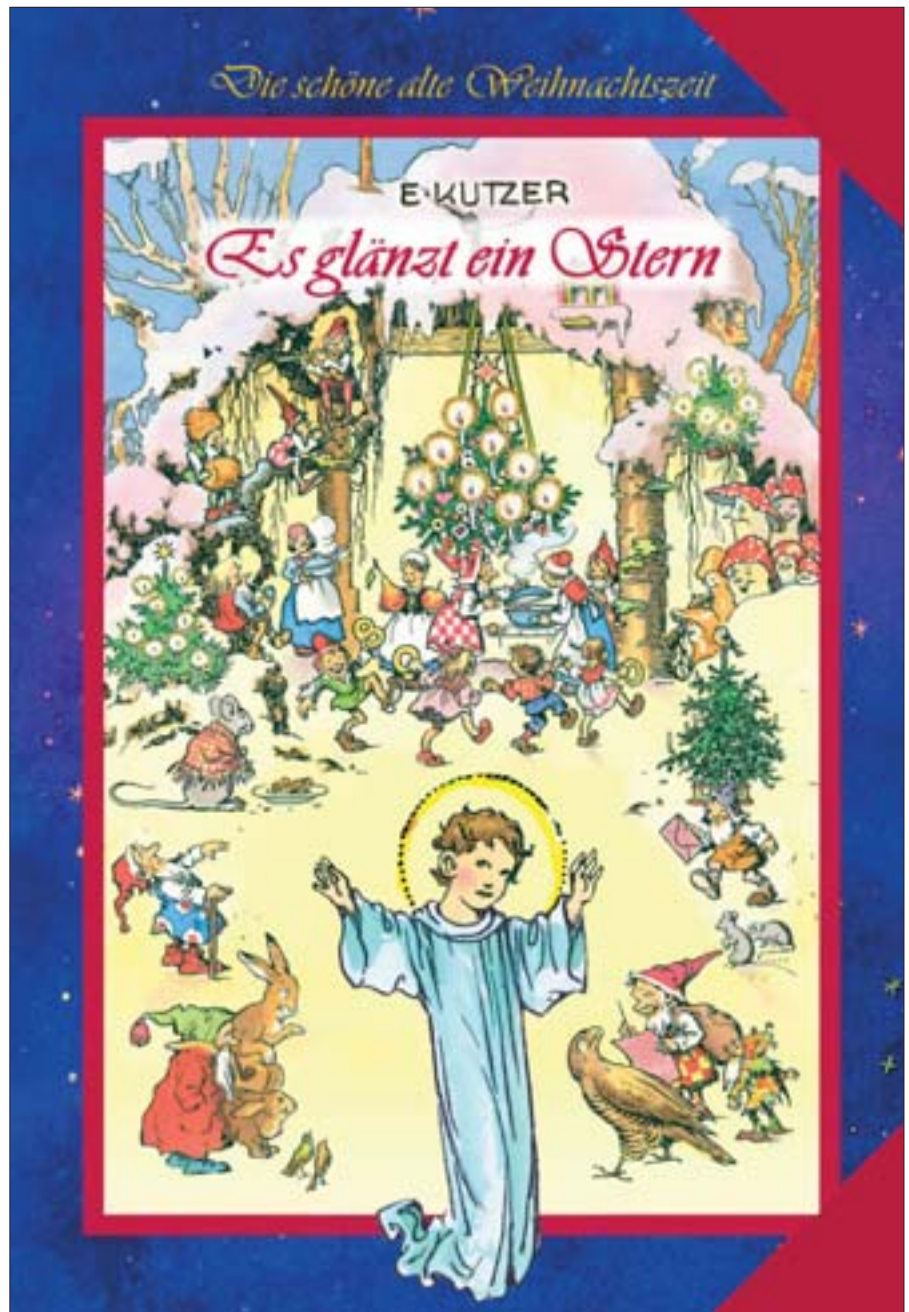
Ernst Kutzer, der auch als Vater des berühmten Kinderbuches „Puckerl und Muckerl“ betrachtet werden kann – die Mutter dieses Buches war Hilde Forster –, hat auf Jahrzehnte einen wesentlichen Beitrag für das Kinder- und Jugendbuch geleistet.

Der weihnachtliche Sammelband „Es glänzt ein Stern“ zeichnet sich auch dadurch aus, daß viele, längere Zeit nicht am Markt erhältliche, Illustrationen nun wieder zugänglich gemacht wurden. Die Illustrationen zu diesem Buch geben diesem geschmackvollen Weihnachtsbuch einen ganz besonderen Flair.

Geprägt ist Ernst Kutzers Illustrationskunst in ihren Anfängen vom Jugendstil, besonders natürlich von dessen Wiener Tradition. Treffsicherheit in Linienführung und humorvoller Charakterisierung der Figuren werden ihm vom Kunsthistoriker attestiert. Bei dieser großen Routine der Kinderbuchillustration wären sogar „alle künstlerischen Voraussetzungen für einen Zeichentrickfilm gegeben gewesen“, meint der deutsche Kunsthistoriker Hans Ries. Zu einem solchen kam es zwar nicht; unvergänglich aber bleiben Kutzers Figuren, Kasperle, Puckerl und Muckerl, der Osterhas, die Wichtelmänner und viele andere, leben in den Herzen aller, die sie als Kinder kennen gelernt und geliebt haben...



Fotos: Verlagsbuchhandlung Julius Breitschopf GmbH & Co. KG



Der Enkel von Ernst Kutzer, Peter Kutzer-Salm, hat in diesem Buch in zwei Geschichten einen einfühlsamen Einblick in das prägende Zusammenleben mit seinem Großvater gewährt. Die Bilder, die in diesem Buch gezeigt werden, werden auch so manchen Erwachsenen in seine Jugend zurückversetzen und Kindheitserinnerungen wachrufen. Jedes Buch wird ergänzt mit einer dem Buch beigelegten Weihnachtslieder-

Audio-CD. Die Lieder werden von einem österreichischen Kinderchor interpretiert. ■

Es glänzt ein Stern

144 Seiten, 18,5 x 25,5 cm, vierfarbig
Eine Audio-CD mit 17 der bekanntesten Weihnachtslieder liegt dem Buch bei.
Familienfreundlicher Ladenpreis 9,99 Euro
ISBN: 978-3-7004-4340-7
<http://www.breitschopf-verlag.com>

Europäischer Filmpreis für Michael Haneke

Weiterer wichtiger Meilenstein im Erfolgslauf der Filme Michael Hanekes: im Rahmen des Europäischen Filmpreises in Malta wurde »Amour« vier Mal prämiert.

Nach der Verleihung der Goldenen Palme für seinen jüngsten Film „Amour“ im Frühjahr und zahlreichen weiteren Auszeichnungen wurde das vom ORF im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens kofinanzierte Meisterwerk am 1. Dezember in Malta im Rahmen des Europäischen Filmpreises mit ins-

Michael Haneke zum fulminanten Erfolg seines Films „Amour“, zur Auszeichnung als Bester Europäischer Regisseur, des Besten Europäischen Films 2012. Michael Haneke schaffte mit „Amour“ das unübertroffene Kunststück, Zärtlichkeit und Radikalität als Einheit darzustellen. Er zeigt uns, daß Liebe

ihrer außergewöhnlichen Qualität innehalten lassen. Das Thema des Sterbens, tabuisiert und gefürchtet gleichermaßen, wird in der Figur der Anne zu einem nachvollziehbaren Leidensweg, den wir als Zuseher atemlos mitverfolgen und miterleben. Dies ist nur möglich, weil uns Emmanuelle Riva mit der Kraft ihrer Expression einfängt und durch diesen herausfordernden, intensiven Film trägt.

Jean-Louis Trintignant gratuliere ich zum European Actor-Preis 2012. Seine Darstellung des Georges, der seine Frau in den letzten Monaten ihres Lebens begleitet, wird zu einer Sternstunde des europäischen Kinos. Die schauspielerische Qualität kommt einem dokumentarischen Zitat aus dem Leben gleich, reißt uns mit und trägt uns atemlos durch eine Geschichte, die uns tief und nachhaltig berührt. Eine weitere Glanzleistung des großen, französischen Charakterdarstellers“, so Kulturministerin Claudia Schmied, die selbst in Malta anwesend war.

Mailath: Haneke schreibt Filmgeschichte

„Jetzt ist es ‚amtlich‘: Hanekes „Amour“ wurde zum besten europäischen Film des Jahres 2012 gekürt. Zudem wurde Haneke als bester Regisseur, Jean-Louis Trintignant als bester Hauptdarsteller und Emmanuelle Riva als beste Hauptdarstellerin ausgezeichnet. Mit diesen Auszeichnungen – und schon mit der Goldenen Palme zuvor – setzt Michael Haneke seinen fulminanten Erfolgsweg fort“, freut sich Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny mit dem österreichischen Filmemacher.

„Mit seinem Drama „Amour“ über ein betagtes Musiker-Ehepaar auf seinem letzten Lebensweg hat Haneke ein filmisches Meisterwerk geschaffen, das mit erzählerischer Raffinesse und visueller Qualität beeindruckt. Liebe, Leiden und das Altern sind universelle Themen, die uns alle beschäftigen. Haneke behandelt diese in ergreifender Weise realistisch, direkt und unprätentiös“, betont Mailath.

„Hanekes hochverdiente Auszeichnung wie auch die Nominierung von Ulrich Seidl



Foto: ORF/Voestalpin/Ernst Kainerstorfer

Michael Haneke zählt seit vielen Jahren zu den weltweit künstlerisch erfolgreichsten Filmregisseuren. Spätestens mit der Goldenen Palme, die er heuer im Mai in Cannes für seinen Film »Amour« erhielt, reihte er sich in die exklusive Gruppe Meisterregisseure ein.

gesamt vier Auszeichnungen bedacht: „Amour“ ist der beste europäische Film 2012, Michael Haneke der beste Regisseur in diesem Jahr. Emmanuelle Riva sowie Jean-Louis Trintignant wurden als beste Hauptdarsteller mit je einer Trophäe geehrt. Als „Beste Hauptdarstellerin“ nominiert war auch Margarethe Tiesel für ihre Rolle in einem weiteren vom ORF im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens kofinanzierten Film: „Paradies: Liebe“ von Ulrich Seidl.

Die Kulturministerin gratuliert

„Der Europäische Film Award, der jährlich das europäische Filmschaffen in seiner facettenreichen Bandbreite ins Blickfeld rückt, ist eine Auszeichnung mit starkem Signalcharakter und fördert die internationale Verbreitung des Films. Ich gratuliere

nicht nur eine großartige, uns tragende Energie sein kann, die irgendwann doch eine Endlichkeit hat. Mit seinem unerbittlichen Blick in die gemiedenen Winkel der menschlichen Seele gelingt es Michael Haneke, der Konsequenz der Unausweichlichkeit Liebe jenseits des Bekannten entgegen zu setzen. Michael Haneke ist ein einzigartiger Illusionist, Provokateur und Impulsgeber, er ist ein Meister des Kinos. Die zahlreichen Nominierungen für „Amour“ machen deutlich, daß der Film ein einzigartiges Gesamtkunstwerk ist. Die präzise Regiearbeit und das großartige Zusammenspiel aller am Film Mitwirkenden hat schon viele Menschen begeistert und wird es zweifellos weiterhin tun.

Emmanuelle Riva gratuliere ich zum European Actress-Preis 2012. Es sind schauspielerische Leistungen wie diese, die uns ob

„Paradies: Liebe“ dokumentieren ein weiteres Mal das internationale Ansehen des österreichischen Filmschaffens. Ich freue mich über diese Bestätigung nicht zuletzt auch für die Wiener Filmförderung und die nachhaltigen Effekte, die von Erfolgen wie diesem für die heimische Filmbranche ausgehen“, so Mailath und erinnert daran, daß Haneke schon einmal – 2009 mit „Das weiße Band“ – das Kunststück zuwege gebracht hat, sowohl die Goldene Palme als auch den Europäischen Filmpreis zu gewinnen.

ORF gratuliert

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz: „Einmal mehr zeigt sich: Michael Haneke ist einer der bedeutendsten Filmregisseure unserer Tage – nicht nur in Österreich, sondern international. Seine Regiearbeiten behandeln Grundthemen menschlicher Existenz mit einer Strahlkraft, die schier unvergleichlich ist. Hier wird Film im besten Wortsinn zur Kunstform. Ich bin sehr stolz darauf, daß wir mit dem Film/Fernseh-Abkommen seit Jahren verlässlicher Partner der Filmschaffenden des Landes und ihrer zahlreichen Erfolge sind. Auszeichnungen wie diese unterstreichen einmal mehr die wichtige Rolle des ORF als größter Auftraggeber des heimischen Films. Ich freue mich sehr für Michael Haneke und sein Team und gratuliere sehr herzlich.“

ORF-Fernsehdirektorin Kathrin Zechner: „Kino aus Österreich kann auch Kino von Weltrang sein, das zeigen viele Auszeichnungen, die österreichische Filme in den vergangenen Jahren bekommen haben. Eines haben beinahe alle weltweit erfolgreichen Filme made in Austria gemeinsam: Sie sind mit Mitteln des Film/Fernseh-Abkommens entstanden, also in langjähriger verlässlicher Partnerschaft der heimischen Filmschaffenden mit dem ORF. Wenn darüber dann so großartige Projekte finanziert werden können, wie die von Michael Haneke und Ulrich Seidl, dann ist das Geld an der richtigen Stelle gelandet. Es gibt nur eine Handvoll Regisseure weltweit, die die hohe Kunst des Films so unglaublich aufwühlend und lebensnah darstellen. Ich gratuliere sehr herzlich zum Erfolg und blicke erwartungsfroh in die Zukunft des heimischen Films.“ ■

Lesen Sie in der „Österreich Journal“ pdf-Magazin Ausgabe 108 vom 4. Juni 2012 über die Verleihung der „Goldenen Palme“ für Haneke und ein Interview, das Karin Schiefer von der Austrian Film Commission mit dem Regisseur über „Amour“ geführt hat. http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_108.htm

3D-HFR-Bildtechnologie und 4K-Auflösung erstmals in Österreich

Rund 80 Jahre lang dominierte eine Bildfrequenz mit 24 Bildern pro Sekunde (Frames per Second, fps) die Kino-Unterhaltung in Österreich und weltweit. Cineplexx bringt ab 12. Dezember 2012 die aktuellste Kinotechnologie nach Österreich: Der Tolkien Fantasy-Klassiker „Der Hobbit – ein unerwartete Reise“ in 3D wird erstmals mit 48 Bildern pro Sekunde die Kinobesucher begeistern.

Als einer der ersten Filme wurde das Fantasy-Spektakel im augenscheinenden „High Frame Rate“-Verfahren, kurz HFR-Verfahren, produziert. Diese neue Projektionstechnik bringt die derzeit modernste Bildtechnologie in ausgewählte heimische Cineplexx-Kinos. Bei der „High Frame Rate“-Technologie handelt es sich um ein neues Kamerverfahren. Es sorgt dafür, dass einzelne Bilder mit der doppelt so hohen Bildfrequenz von 48 Bildern pro Sekunde aufgenommen und gezeigt werden. Dadurch fühlen sich die Bewegungen im Film echter und „glatter“ an. Zusätzlich wirkt das Bild für den Zuschauer schärfer und klarer. Besonders bei 3D-Filmen versprechen die Kinobetreiber ein noch besseres Kinoerlebnis.

Cineplexx schreibt mit 4K-Kinotechnologie Kinozukunft

Was heißt 4K? Die 4K-Auflösung bietet im Gegensatz zur gängigen 2K-Auflösung (2048 Pixel) eine um das Vierfache höhere Auflösung als Full HD und eine doppelt so hohe als die im Moment festgelegte standardisierte Norm. Mit 2K (2048 Pixel) und 4K (4096 Pixel) werden die für die Produktion von Kinofilmen genutzten Auflösungen der Bilder auf Filmmaterial bezeichnet und die Auflösung von digitalen Kinokameras angegeben. Der von der DCI (Digital Cinema Initiatives) festgelegte Standard für digitales Kino liegt gegenwärtig bei 2K sprich 2048 Pixel. Cineplexx hat ab Dezember für die 4K-Technologie den neuesten CP4230-Projektor von Christie im Einsatz.

Christian Langhammer, geschäftsführender Gesellschafter der Constantin-Film Unternehmensgruppe: „Als Innovations- und Technologieführer in Österreich wollen wir den Kinobesuchern nicht nur spannende Inhalte, sondern auch von der Technik nur das Beste und Neueste in den Cineplexx-

Kinos bieten. Deshalb haben wir uns auch als erste Kinogruppe zur Installation der 3D-HFR-Bildtechnologie in Kombination mit 4K-Projektoren gleich in 7 Standorten entschieden, und setzen damit neue Maßstäbe in der Kinounterhaltung.“

Zu sehen gibt es „Der Hobbit – eine unerwartete Reise“ in 3D-HFR-Technologie ab 12. Dezember exklusiv in den Cineplexx-Kinos Innsbruck, Salzburg Airport, Linz, Donau Plex, Wienerberg, sowie im Village Wien Mitte und dem Artis International Kino. 4K-Auflösung wird 2013 erstmals im Cineplexx zum Einsatz kommen. Der Vorverkauf läuft online und an den Cineplexx-Kinokassen.

Über Cineplexx Kinobetriebe

Cineplexx Kinobetriebe GmbH wurde 1993 in Wien gegründet und ist ein Tochterunternehmen der Constantin Film Holding GmbH. Das Unternehmen entwickelte sich in einer Zeit, als viele traditionelle Kinos in Österreich verschwanden und Multiplex-Kinos den Markt eroberten. Constantin Film reagierte auf diesen Trend und bildete in Österreich eine Gruppe mit 20 Kinos und 148 Leinwänden. Darüber hinaus bestehen traditionelle Lichtspieltheater mit weiteren gesamt 20 Sälen.

2009 startete die Cineplexx International GmbH die Expansion ins benachbarte Ausland und eröffnete in Bozen/Südtirol das erste Kino außerhalb Österreichs mit 9 Sälen. Ebenso übernahm sie in Zagreb ein fünf Saal Kino in der Innenstadt und legte damit den Eckstein für die Expansion in Kroatien. 2011 und 2012 folgten weitere Cineplexx Kinos in Kroatien, Serbien und Slowenien. Die neueste Expansion folgt mit der Eröffnung des ersten Multiplex Kinos in Skopje Mazedonien im November 2012. Gesamt werden im Ausland 93 Leinwände bespielt.

Heute ist Cineplexx mit 34 Multiplex- und 8 traditionellen Standorten in Österreich, Kroatien, Serbien, Montenegro, Mazedonien und Italien vertreten und bietet in 240 Sälen ca. 45.000 Sitzplätze. Mit rund 1200 MitarbeiterInnen erwirtschaftete das Unternehmen im Jahr 2011 einen Umsatz von 110 Millionen Euro. 2011 begrüßten die Cineplexx Kinos rund zehn Millionen BesucherInnen. ■

<http://www.cineplexx.at>

Viennale 2013

Vom 26. Oktober bis 5. November fand in der Wiener Innenstadt, wie jedes Jahr im Oktober, das Vienna International Film Festival, kurz – die Viennale – statt.

Von Margarethe Glac.



Foto: Viennale/Robert Newald

Festival-Direktor Hans Hurch und Michael Caine, der zum »Tribute to Michael Caine« nach Wien angereist war.

Dieses Jahr feierte das Vienna International Film Festival ein rundes Jubiläum. Zum 50. Mal war die österreichische Hauptstadt – diesmal vom 25. Oktober bis 7. November – Treffpunkt für Filmemacher und Fans eines guten Kinos. Mit 96.600 Zuschauern und einer Gesamtauslastung von 79,9% konnte im Vergleich zum Vorjahr wieder einmal ein Erfolg verzeichnet werden. Von den 345 Filmvorstellungen waren 114 ausverkauft.

Sowohl das Publikum als auch die Gäste der Viennale besuchten zahlreich das neue Festivalzentrum im ehemaligen Headquarter der Österreichischen Post in der Dominikanerbastei, um am Rahmenprogramm des Festivals teilzunehmen.

Neben dem Dokumentar-, Kurz- und Spielfilmprogramm fanden auch die Tributes und Sonderprogramme dieses Jahres großen Zuspruch beim Publikum des Festivals – das

Tribute to Michael Caine, die *Retrospektive Fritz Lang* im Filmmuseum, das Programm des Filmarchiv Austria *Wien-Moskau*, das *Special Programm They wanted to see something different* und die *In-focus*-Präsentationen des Œuvres von Alberto Griffi und Manuel Mozos.

Trailer

Der Titel des diesjährigen Viennale-Trailers lautet „*Kino*“ (F/Ö, 2011). Der Trailer ist gleichzeitig der letzte Film von Chris Marker, der am 29. Juli dieses Jahres in Paris verstarb. Er machte darin darauf aufmerksam, daß die lange Suche nach dem perfekten Zuschauer, der weder Griffith, noch Welles oder Godard ein Ende setzen konnten, völlig überraschend von einem Mann namens „Bin“ unterbrochen wurde.

Viennale-Eröffnung

Für die Eröffnungsgala in Anwesenheit von Michael Caine wurde ein Werk gewählt, das sich mit dem Thema Kino auf zwei Ebe-

nen auseinandersetzt. „*Argo*“ (USA 2012, Ben Affleck) ist eigentlich der Titel für einen fiktiven Film, den der CIA-Agent Tony Mendez zum Vorwand nimmt, um eine Gruppe von Amerikanern, die sich nach einem Gewaltakt iranischer Revolutionäre in die kanadische Botschaft retten konnten, aus dem Iran zu bringen. Die im Jahr 1979 angesiedelte Rettungsaktion wird bis aufs kleinste Detail vorbereitet und liefert zahlreiche ebenso spannende wie unterhaltsame Momente.

Dokumentarfilme

In „*Nyukuria Neisyon*“ (Japan 2012) porträtiert der Dokumentalist Funahashi Atsushi das tägliche Leben der Bewohner der Kleinstadt Futanaba, die von der Tsunamiwelle im März 2011 fast zur Gänze zerstört wurde. Kehrt man in die Ortschaft zurück, steht man vor Bergen von Müll, in denen man nur noch schwer Möbel, Häuser und Boote erkennen kann, man steht vor Tierkadavern, die von den Bauern hinterlas-

*) Mag. Dr. Margarethe Glac hat auch 2011 täglich von der Viennale für das „Österreich Journal“ berichtet.

Kultur

sen wurden, weil sie nicht mehr zu verkaufen wären und ihr Erhalt viel zu viel kosten würde.

Der Autor zeigt auch den wachsenden Unmut der Menschen aus Futanaba, die sich von der Regierung sowie von TEPCO auf sich allein gelassen fühlen. Sie dürfen zwar in der naheliegenden Schule übernachten und erhalten Essenspakete vom Roten Kreuz, sind jedoch zur Tatenlosigkeit verdammt und dies ist derzeit wohl die schwerste Bürde, die sie zu tragen haben. Jeder Einwohner hat bei dem Tsunami Familienangehörige oder Freunde verloren und alle früheren Befürworter der Nuklearenergie sind nun deren überzeugte Gegner. Nicht alle jedoch haben aufgegeben, einer der Bauern kümmert sich immer noch um seine verstrahlten Kühe, die auf den Wiesen um Kilometer 14 weiden, denn, wie er sagt, ist sein Schicksal auf ewig mit ihnen verbunden.

Auch **"Zima, uhodi!"** (Rußland, 2012) ist eine Kollaborationsarbeit. Zehn Absolventen der privaten Dokumentarfilm-Akademie von Marina Razbezhkina präsentieren die Anti-Putin-Proteste in Moskau im Winter 2011 von ihren Kulissen. Die Autoren stellen vor allem die bewundernswerte Zivilcourage und eine Hoffnung auf ein besseres Morgen in den Mittelpunkt, die Frauen und Männer, vorbei an Sicherheitsagenten und in klirrender Kälte, auf Moskauer Straßen und Plätzen treiben.

Den Ausgang dieser Protestaktion faßt eines der Plakate besonders gut zusammen: „Präsident Putin wird richtigstellen, was Premier Putin vermasselt hat“.

Proteste stehen auch im Mittelpunkt von **„Vers Madrid“** (F/E 2012, Sylvain George). Der französische Filmemacher Sylvain George war zu Beginn der Proteste im Mai 2011 zufällig in Madrid und verfolgte mit seiner Handycam die Entstehung des „Movimiento 15-M“ mit. Was eigentlich für 60 Minuten geplant war, wurde noch um die Aufnahmen der äußerst brutalen Bekämpfung der „Protestas 25-S“, die vergangenen Monat stattfanden, ergänzt und stellt nun eine zweistündige Dokumentation verschiedener Orte und Menschen, die als „Indignados“ (die Empörten) auf die Straßen gingen. Es geht George dabei nicht so sehr darum, einzelne Menschen und ihre Schicksale zu porträtieren, sondern die Atmosphäre dieser Ereignisse wiederzugeben.

Spielfilme

Unter den Spielfilmen sollte vor allem **„Da-Reun Na-ra-e-suh“** (Südkorea 2012)



»Argo« (USA 2012, Ben Affleck) wurde als Eröffnungsfilm gezeigt.



»Nyuakuria Neisyon« (Japan 2012)



»Zima, uhodi!« (Rußland, 2012)

Fotos: Viennale

Kultur

von Hong Sangso hervorgehoben werden. Die von Isabelle Huppert dargestellte Hauptfigur, Anne, ausgedacht von einer jungen Drehbuchautorin, macht drei Mal in demselben Ort Urlaub. Das erste Mal ist Anne eine erfolgreiche Filmregisseurin und fühlt sich sowohl zu ihrem verheirateten Kollegen wie auch zu dem Rettungsschwimmer am Strand hingezogen, das zweite Mal ist sie die Geliebte eines bekannten südkoreanischen Regisseurs und bei ihrem dritten Aufenthalt wurde sie von ihrem Mann wegen einer koreanischen Frau verlassen und versucht nun, mit Unterstützung einer Freundin ihrem Leben wieder einen Sinn zu geben, dabei verfällt sie sowohl dem verheirateten Mann, der mit seiner hochschwangeren Frau Urlaub macht, als auch dem Rettungsschwimmer, der auch in der dritten Geschichte immer noch nicht weiß, wo sich das "Lighthouse" befindet.

„Margaret“ (USA 2011) von Kenneth Lonergan wurde vom „New Yorker“ als ein „filmisches Wunder des Jahres, wenn nicht des Jahrzehnts“ bezeichnet.

Lisa Cohen (Anna Paquin), die Zeugin eines Verkehrsunfalls wird, in dem ein Buslenker bei Rot über die Kreuzung fährt und dabei eine Frau auf dem Schutzweg tötet, verlangt Gerechtigkeit für das Unfallopfer, das in ihren Armen stirbt. Sie wird jedoch mit einer Realität konfrontiert, die ihr zwar ungerecht erscheint, doch gleichzeitig einfach nur ein Spiegel dessen ist, wie die Welt funktioniert: ein Buslenker, der trotz mehrerer Unfälle nicht entlassen wird, weil er eine mehrköpfige Familie ernähren muß, Verwandte und Freunde des Opfers, die lieber 300 Tausend Dollar einkassieren, als um Prinzipien zu kämpfen.

Mit „No“ (Chile/USA/Mexiko 2012, Pablo Larraín) bringt uns Gael García Bernal in der Rolle des Werbeprofis René Saavedra bei, wie man mit Optimismus „nein“ sagen soll. Er entscheidet sich dazu, die politische Kampagne gegen Augusto Pinochet als einzigen Kandidaten bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, wie eine Coca-Cola-Werbung durchzuführen. Und auch wenn ihm vorgeworfen wird, den Überblick verloren zu haben und die Opfer der Diktatur zu beleidigen, scheint genau diese Taktik die richtige zu sein, zumal das Regime äußerste Beunruhigung zeigt.

Thomas Vinterberg hat mit seinem Film „Jagten“ (DK/S 2012) ein Thema angesprochen, das in unserer Gesellschaft im Unterbewußtsein trotz der lauten Debatten zur Gleichberechtigung immer noch keimt: Darf



»Da-Reun Na-ra-e-suh« (Südkorea 2012)



»Margaret« (USA 2011)



»Jagten« (DK/S 2012)

Fotos: Viennale

Kultur

ein Mann Kindergärtner sein? Und wenn ja, wie nah darf seine Beziehung zu den Kindern sein? In welchem Moment werden Grenzen überschritten? Wo befinden sich überhaupt diese Grenzen und wer definiert sie? Wer ahndet Fehlverhalten und sind Fehler in der Diagnose zugelassen? All diese offenen Fragen treffen in Vinterbergs Filmwerk aufeinander und münden in der Tatsache, daß mehrere Kinder von ihrem Kindergärtner in einem Keller belästigt worden sein sollen, den dieser gar nicht hat. Es ist auch egal, ob er freigesprochen wurde oder nicht, die Jagd geht weiter.

„**Autoreiji Biyondo**“ (Japan 2012), in englischer Übersetzung „**Outrage beyond**“, ist der neueste Film von Kitano Takeshi, in dem der Regisseur und Hauptdarsteller auf die 2010 gezeigte Yakuza-Geschichte „**Outrage**“ anknüpft. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis muß der Gangster Otomo stets um sein Leben fürchten, und da der Angriff immer noch die beste Verteidigung ist, bleibt am Ende des Films nur noch ein Kitano übrig.

„**Rengaine**“ (F 2012, Rachid Djaïdani) thematisiert den Kulturcrash. Oder geht es um Religion? So richtig weiß es niemand der Beteiligten und am wenigsten die zwei Hauptfiguren Sabrina, die aus Algerien stammt und in etwa 40 „Brüder“ hat, die über ihr Leben bestimmen wollen, und Dorcy, ein Schwarzafrikaner und Christ. Genauso wenig weiß Slimane den Grund für die Abneigung gegen eine Heirat von Sabrina und Dorcy, Hauptsache er kann es verhindern, daß seine „kleine Schwester“, die eigentlich älter ist als er, jemanden heiratet, der nicht „dazugehört“, denn er ist „nicht einmal ein Bekehrter“, wie es einer der „Brüder“ treffend bezeichnet. Es hat für Slimane dabei keine Bedeutung, daß er selbst sich heimlich mit einer Jüdin trifft und sein älterer Bruder homosexuell ist, also kauft er eine Pistole. Umso überraschender ist dabei die letzte Szene des Films.

In „**Wadjda**“ (Saudi-Arabien/D 2012, Haifaa Al Mansour) wird ein ähnliches Problem angesprochen, bloß lebt die Titelfigur nicht in Paris sondern in Riad und ist keine erwachsene Frau sondern eine vielleicht 13jährige Schülerin. Auch will sie keinen Andersgläubigen heiraten, sondern einfach nur ein Fahrrad kaufen. Das Problem scheint aber nicht gerade geringer zu sein, denn beim Radfahren kann ein Mädchen ja seine Fruchtbarkeit verlieren. Haifaa Al Mansour hat in diesem Film als das alltägliche Leben von Frauen in Saudi-Arabien mit all seinen



»Autoreiji Biyondo« (Japan 2012)



»Rengaine« (F 2012, Rachid Djaïdani)



»Wadjda« (Saudi-Arabien/D 2012, Haifaa Al Mansour)

absurden Situationen, die jedoch keineswegs als ein Vorwurf formuliert sind, aus der Perspektive einer Frau portraitiert.

„*Cherchez Hortense*“ (F 2012, Pascal Bonitzer) ist, wie der Titel sagt, die Suche nach Hortense. Nur ist Hortense keine Frau, wie man annehmen würde, sondern ein hoher französischer Beamter und heißt eigentlich Henri Hortense. Mit seiner Hilfe sollen die Probleme einer serbischen Migrantin, die aufgrund einer Scheidung ihre Aufenthaltsgenehmigung verloren hat und nun illegal in Frankreich ist, ein für alle Mal aus der Welt geschafft werden. Doch leider erweist sich Hortense als wenig hilfreich und so muß Zorica ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Die Hauptfigur ist dabei gar nicht sie, sondern der Ostasien-Experte Damien, der seinen Studenten erklärt, was der Himmel für Asiaten bedeutet, es aber für sich selbst erst noch entdecken muß.

In focus – Manuel Mozos

„...quando troveja“ (P 1999) ist das Werk von Manuel Mozos, wegen dem der portugiesische Regisseur Miguel Gomez sich entschlossen hatte, Filme zu machen. Es schwebt zwischen Realität und einer sagenhaften Parallelwelt und zeigt, daß Menschen, in deren Leben gerade der Sturm tobt, von Waldgeistern, die in der realen Welt selbst auch ein schweres Schicksal zu erleiden hatten, beschützt werden.

„...cinema português (...)?“ (P 1996) macht Manuel Mozos zum runden Jubiläum einen Rückblick auf die vergangenen 100 Jahre des portugiesischen Filmschaffens. Seiner Aussage zufolge, soll das Publikum jede Gelegenheit nutzen, portugiesisches Kino zu sehen, denn die Filmindustrie in diesem Land durchlebe gerade den tiefsten Einschnitt in ihrer Geschichte.

Der österreichische Film

Bei der 50. Viennale wurden insgesamt 20 aktuelle österreichische Filme gezeigt, von denen mehrere ihre Weltpremiere feierten.

Das neueste Werk von Peter Kern trägt den Titel „*Diamantenfieber*“ (A 2012) und den Untertitel „*Oder kauf dir lieber einen bunten Luftballon*“. In einem leichten, jugendfreien – wie sein jüngster Darsteller betonte – Krimi faßt der Regisseur die Essenz der aktuellen Krise zusammen, ohne dabei mit dem Zeigefinger zu drohen. Und wenn Kern sagt, jede Gesellschaft verdiene die Jugend, die sie bilde und erziehe, dann liegt er mit diesem Film völlig richtig, denn es gibt immer ein Lichtlein im Tunnel.



»Cherchez Hortense« (F 2012, Pascal Bonitzer)



»...quando troveja« (P 1999)



»Diamantenfieber« (A 2012)

Kultur

Die Arbeit an „*Meine Keine Familie*“ (A 2012) dauerte sechs Jahre. Paul-Julien Robert hat sich dazu entschlossen, einen Dokumentarfilm über die Kommune in Friedrichshof im Burgenland zu drehen und aus einem Kurzfilm wurde ein Großprojekt, in dem viele Menschen, die in den 70er- bis 90er-Jahren in der von Otto Mühl gegründeten Kommune gelebt haben, als Erwachsene und als Kinder, kommen zu Wort. Der Regisseur selbst ist eines von diesen Kindern und wenn man ihn als vierjährigen Jungen auf den ersten Videoaufnahmen aus den 80er-Jahren sieht, dann ahnt man noch nicht, welche dunklen Seiten des Friedrichshofes in diesem Film preisgegeben werden und wie sich diese Erlebnisse auf das weitere Leben der singenden und tanzenden Kinder ausgeprägt hatten. Otto Mühl sprach offen darüber, daß er die Mitglieder der Kommune als Kunstobjekte sah, die er nach Lust und Laune biegen und dehnen konnte. Und doch wird in dem Film klar, daß die Mitglieder dies gar nicht auf diese Weise wahrnahmen und ihr ganzes Vertrauen in die Gemeinschaft setzten.

Florian Flicker hat nach zwölf Jahren wieder einmal einen Film gemacht. In „*Grenzgänger*“ (A 2012) adaptiert er Karl Schönherr's „*Weibsteufel*“ auf das Jahr 2011 an der Grünen Grenze zwischen Österreich und der Slowakei. Hans ist Fischer und Schlepper, Jana seine Frau und ein ehemaliger Flüchtling aus dem Osten. Nun betreiben sie ein Gasthaus im March-Thaya-Gebiet und bringen Osteuropäer über die Grenze nach Österreich. Daß ihnen ein Grenzsoldat in die Quere kommt, ist vorprogrammiert. Es gelingt dem Regisseur jedoch zu zeigen, daß es überhaupt nicht klar ist, wer wen zuerst verletzt und verrät.

„*Der Glanz des Tages*“ (A 2012) ist für die beiden Hauptfiguren, den ehemaligen Zirkusartisten Walter Saabel und den erfolgreichen Theaterschauspieler Philipp Hochmaier jeweils etwas anderes. Überhaupt sehen sich der filmische Onkel und Nefte in vielen Dingen überhaupt nicht ähnlich. Was sie verbindet, ist die Leidenschaft für ihren Beruf. Tizza Covi und Rainer Frimmel skizzieren in ihrem neuesten Film die Relation zwischen Bühne und Realität, indem sie die zwei Künstler mit dem dramatischen Schicksal des moldawischen Tischlers Victor konfrontieren.

Wiener Filmpreis

Mit diesem Preis wurde in der Kategorie Spielfilm das neueste Filmwerk Michael



»Meine Keine Familie« (A 2012)



»Grenzgänger« (A 2012)



»Der Glanz des Tages« (A 2012)

Fotos: Viennale

Kultur

Hanekes „*Liebe*“ (A 2012) gekürt. Auszug aus der Jurybegründung: „Bewegend, intim und exakt erzählt ist ‚Liebe‘ ein Film über kompromißlose Loyalität, über Würde, Angst vor Verlust und vor allem über die nüchterne und gerne verdrängte Realität des Sterbens. Mit herausragenden Leistungen der beiden Hauptdarsteller sowie aller anderen kreativ und technisch Beteiligten, ist ‚Liebe‘ Filmschaffen auf allerhöchstem Niveau.“

In der Kategorie Dokumentarfilm wurde „*Meine keine Familie*“ von Paul-Julien Robert (A 2012) gewählt. Die Jury begründete ihre Entscheidung mit den Worten: „Der Film illustriert beispielhaft das Entstehen und Funktionieren autoritärer Strukturen. Obwohl der Regisseur selbst betroffen ist, gelingt es ihm, die nötige Distanz zu seinem Thema zu halten und Interviews und Archivmaterial zu einem narrativ und filmisch überzeugenden Dokument zu verdichten.“

Standard-Viennale-Publikumspreis

Die Jury der Standard-Leser wählte Véréna Paravels und Lucien Castaign-Taylors „*Leviathan*“ (USA/GB/F 2012). Auszug aus der Jurybegründung: „Der Film ist für uns vom ersten Augenblick an aufgrund seiner hohen audiovisuellenn Individualität hervorgestochen. Er zeigt sein Thema in einer unausweichlichen Direktheit, die uns am Ende fast glauben läßt, selbst ein Teil davon gewesen zu sein.“

FIPRESCI-Preis

Den Preis der internationalen Filmkritik erhielt Kenneth Lonergan für „*Margaret*“ (USA 2011): „Kenneth Lonergans Meisterwerk fängt den Zeitgeist Manhattans um zirka 2003 mit Präzision und Tiefblick ein, indem es seine große Besetzung von fehlerhaften Charakteren als Mikroskope wie auch Teleskope einsetzt, die in Sachen widerstrebende und verstörte Gefühle bestens geschult sind.“

Mehr-WERT-Filmpreis der Erste Bank

Dieser Preis wurde dieses Jahr zum zweiten Mal verliehen und ging an Tizza Covi und Rainer Frimmel für „*Der Glanz des Tages*“ (A 2012). Auszug aus der Jurybegründung: „Ein Film, der seinen Bildern vertraut, seine Darsteller kongenial verbindet, seine Geschichte unaufgeregt erzählt, die Gefühle des Zuschauers nicht billig musikalisch provoziert, sondern Raum und Stille für eigenes Verstehen gibt.“

<http://www.viennale.at>



»Leviathan« (USA/GB/F 2012)



Bundespräsident Heinz Fischer mit Frau Margit u. Viennale-Direktor Hans Hurch



Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Viennale-Präsident Eric Pleskow und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (v.l.)

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **59. Folge** portraitiert er

Helene Thimig

Schauspielerinnen

Ottile Helene Thimig, am 5. Juni 1889 in Wien als Tochter des Schauspielers, Hofrats und zeitweiligen Burgtheaterdirektors Hugo Thimig und dessen Gattin Franziska Hummel geboren, wurde von ihrem Vater und der Burgtheater-Mimin Hedwig Bleibtreu auf ihren künstlerischen Beruf vorbereitet. Sie debütierte 1907 am Stadttheater Baden bei Wien, durchlief die „Vorschule“ während eines dreijährigen Engagements am Hoftheater Meinigen und wechselte 1911 an das Königliche Schauspielhaus in Berlin, wo ihr die Begegnung mit Max Reinhardt, dem bedeutenden Erneuerer des modernen Theaters, nicht nur durch die Verpflichtung 1917 an sein Deutsches Theater, zum lebensbestimmenden Schicksal geriet. Die Wienerin verkörperte in den nächsten Jahren alle großen und vielschichtigen Rollen der Bühnenliteratur, dabei Reinhardts dramatischen Prinzipien folgend und errang damit Geltung und Ruhm wie den Beifall des Publikums und der Kritik.

Die Mitwirkung in der Ufa-Verfilmung des Balzac-Romans „Menschen ohne Namen“ 1932 betrachtete sie als interessantes Experiment, weitere Filmaufgaben im deutschsprachigen Bereich gab es indes nicht. Nachdem Reinhardt der Verfehlung durch die an die Macht gelangten Nationalsozialisten anheim fiel, fand Helene Thimigs Karriere in Berlin gleichfalls ein jähes Ende, 1933 orientierte sie sich nach Österreich zurück. Ab 1934 trat sie bei einer Tournee des Reinhardt-Ensembles am Neuen Deutschen Theater in Prag auf, an der Josefstädter Bühne in Wien, als „Glaube“ in Hofmannsthal's „Jedermann“ in Salzburg und in verschiedenen Inszenierungen Reinhardts in mehreren Ländern Europas.

Max Reinhardt und Helene Thimig heirateten 1935 während eines Gastspiels in den USA, beide in zweiter Ehe. Reinhardt, der seit 1923 in regelmäßigen Abständen nach Amerika reiste, in der Hoffnung im dortigen Theater- und Filmgeschäft Fuß zu fassen, wobei er nach Theateraufführungen in New York 1924 und 1927 im September



Foto: Filmarchiv Austria

Helene Thimig

1934 in der Hollywood Bowl Shakespeares „A Midsummer Night's Dream“ inszenierte und den Stoff 1935 erfolgreich verfilmte (Oscar-Nominierung), befand sich 1937 zur Vorbereitung eines später aufgrund der verschlechterten Wirtschaftslage nicht zustande gekommenen Projekts bei Warner Brothers erneut in Hollywood. Die politischen Umstände, die erkennbare Bedrohung Österreichs und das Bedürfnis nach künstlerischer Freiheit ließen eine Heimkehr nicht mehr zu. Helene Thimig folgte ihrem jüdischen Gatten ins Exil und traf Ende Oktober des selben Jahres in der Filmmetropole ein.

In materiellen Schwierigkeiten eröffneten Reinhardt und Helene Thimig im Juli 1938 im Columbia Broadcasting System Building am Sunset Boulevard den schon Jahre zuvor geplanten „Max Reinhardt Workshop of Stage, Screen und Radio“, eine praxisorientierte filmakademieartige Hochschule, die neben der künstlerischen Ausbildung auch Theateraufführungen (ohne Eintrittsgelder einnehmen zu dürfen) produzierte. Zum Lehrkörper zählten die Hollywood-Größen John Huston, der Komponist Erich Wolfgang Korngold, Kamera-



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Helene Thimig, Sharyn Moffet und Katherine Emery (v.l.) in einer Szene des von John Brahm inszenierten psychologischen RKO-Dramas »The Locket« (1946).

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Archiv Rudolf Ulrich



Helene Thimig, Andrea King und Kurt Kreuger in der facettenreichen Warner Brothers-Produktion »Hotel Berlin« (1945), die auf den gleichnamigen Roman der Wiener Autorin Vicki Baum von 1943 zurück geht.

mann Rudolf Maté und die Schauspieler Paul Muni und Basil Rathbone. Helene Thimig fungierte nicht nur als Dozentin, sondern führte bis zur Auflösung des Workshops im Juli 1942 bei über 40 Inszenierungen Regie, darunter vier TV-Direktsendungen.

Reinhardt übersiedelte in beabsichtigter Ausrichtung auf den Broadway im Mai 1942 nach New York, wo er einen Schlaganfall und eine halbseitige Lähmung erlitt. Helene Thimig sah ihn erst am 23. Oktober 1943 im New Yorker Hotel Gladstone wieder, in dem Max Reinhardt am 31. Oktober starb.

Nachdem sie mehrmals ihr künstlerisches Potential bei Kulturveranstaltungen aus dem Kreis der Emigranten einbrachte und inzwischen des Englischen im nötigen Ausmaß mächtig war, übernahm Helene Thimig ab 1942 in Hollywood kleine Filmrollen. In Produktionen verschiedener Studios, wie die John Steinbeck-Verfilmung »The Moon Is Down« (1943), das im deutschbesetzten Norwegen spielende Kriegsmelodram »Edge of Darkness« (»Aufstand in Trollness«, 1943), als Hitlers Halbnichte Angela Raubal in John Farrows Biographie »The Hitler Gang« (1944), in Fred Zinnemanns »The Seventh Cross« (»Das siebte Kreuz«, 1944) nach dem Roman von Anna Seghers, Vicki Baums »Hotel Berlin« (1945) und als eine den Nazis ausgelieferte österreichische Wissenschaft-

lerin in Fritz Langs Spionagedrama »Cloak and Dagger« (»Im Geheimdienst«, 1946), sowie in elf weiteren Filmen fiel ihre Charakterisierungskunst auf, erkannten amerikanische Kritiker ihre gestalterische Kraft. 1946 (inzwischen US-Bürgerin) entschloß sich Helene Thimig aufgrund eines Angebots der Salzburger Festspiele zur Rückkehr nach



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Helene Thimig-Reinhardt:
»Wie Max Reinhardt lebte«
Eine Handbreit über dem Boden«

Österreich, wo man ihr einen triumphalen Empfang bereitete. Während eines weiteren USA-Aufenthalts 1947 stand sie bei Warner Brothers für den auf einer Vorlage Marjorie Carletons basierenden Thriller »Cry Wolf« (»Fluch des Wahnsinns«) letztmals in einem Hollywood-Atelier vor der Kamera. Zwei Tage nach Abschluß der Dreharbeiten flog die Künstlerin non-stop zurück über den Atlantik.

Wieder in Wien verpflichtete sich die Heimgekehrte dem Burgtheater und dem ehemaligen Theater Reinhardts, der »Josefstadt«, sie wirkte in einigen Filmen mit, so in »Das unsterbliche Antlitz« (1947), »Der Engel mit der Posaune« (1948) und unter der Regie Anatole Litvaks im engagierten, im zerstörten Nachkriegsdeutschland mit Oskar Werner gedrehten Spionagestreifen der 20th Century-Fox »Decision Before Dawn« (»Entscheidung im Morgengrauen«) von 1951. Sie spielte auf Tourneen Grillparzer, Ibsen, Zuckmayer, Bernanos und Tennessee Williams, lehrte zeitweise an der Akademie, leitete einige Jahre das Wiener Reinhardt-Seminar, inszenierte in Salzburg den »Jedermann« und hielt auf deutschen Bühnen mit ihrer Kunst und Persönlichkeit die Erinnerung an Max Reinhardt wach. Helene Thimig, mit höchsten Auszeichnungen bedacht, Kammerchauspielerin, Regisseurin und Profes-

Serie »Österreicher in Hollywood«

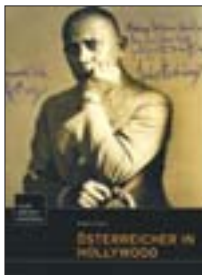
Szene aus dem superlativen, Oscar-nominierten und von Franz Planer fotografierten Spionage-Thriller »Decision Before Dawn« (1951), der in den Dezember des Jahres 1944 führt, Agenten versuchen, den Niedergang des Hitler-Faschismus zu beschleunigen. Oskar Werner (r.) feierte in dieser Fox-Produktion sein internationales Debüt, neben ihm Helene Thimig.



sorin, die zuletzt mit dem Wiener Schauspieler Anton Edthofer ein neues Eheglück fand und mit über 80 Jahren noch auf der Bühne stand, wurde zur großen alten Dame und eine der letzten noblen Überlebenden der „beinahe schon ins Legendäre entrückten großen Epoche des deutschsprachigen Theaters“ (haj., NZZ 9.11.74). Ihr Buch „Wie Max Reinhardt lebte“ von 1973 stellt zugleich auch eine Autobiographie dar.

Helene Thimig-Reinhardt, Sproß einer patrizischen Theaterdynastie (ihre Brüder Hermann und Hans Thimig waren gleichfalls prominente Schauspieler), starb nach mehrwöchiger Krankheit am 7. November 1974 in Wien. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.



Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich

„Österreicher in Hollywood“, 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

Fotos: Archiv Rudolf Ulrich



Ein Dorf voll Museum

Im burgenländischen Mönchhof gibt es ein Dorfmuseum. Nun werden Sie sagen: »Ja, und?« Doch: Was die Familie Haubenwallner in mühevoller Kleinarbeit geschaffen hat, das ist ein Dorf, in das man einziehen könnte. Beinahe.

Von Christa Mössmer (Text) und Michael Mössmer (Fotos).

Alle Fotos: Dorfmuseum Mönchhof / Österreich Journal / Michael Mössmer



Das Dorfmuseum überspannt einen Zeitraum von 1890 bis in die frühen 60er-Jahre. Alles, was ein idealtypisches burgenländisches Dorf braucht, ist hier untergebracht. In diesem Bild sehen Sie den Dorfplatz mit dem traditionellen Wirtshaus.

Es war der 18. Oktober 2012, als wir Mönchhof besuchten, nicht unweit von Podersdorf am See. Dieses Gebiet nennt man „Seewinkel“ und es ist der östliche Teil des Neusiedlersees und die westlichste Salzsteppe Eurasiens (!). Der Herbsttag war klar und mild, die Trauben waren geerntet und der Seewinkel war um diese Jahreszeit leer-gefeßt vom touristischen Trubel. Früher gab es ja zwei geographische Bezeichnungen: nämlich den schon oben erwähnten Seewinkel, der die Orte Podersdorf, Apetlon und Illmitz umfaßte, und nordöstlich davon nannten die Bewohner in den vergangenen Jahrhunderten die Landschaft „Hoadboden“ (Heideboden). Im „Hoadboden“ liegen – außer Mönchhof – noch die Orte Weiden am See, Gols, Halbturn, Frauenkirchen, Sankt Andrä am Zicksee, Andau, Tadten, Wallern im Burgenland und Pamhagen.

Wir waren einsame Gäste in diesem stillen Ort, wo seit 1990 ein Freilichtmuseum

der besonderen Art in mühevoller Klein- und Großarbeit entstanden ist. Mit Recht kann man sagen, daß dieses Museum ein Lebenswerk ist, getragen von der Familie Haubenwallner.

Christine Haubenwallner und ihre Tochter begrüßen uns im Museumsladen und wir plaudern ein bißchen – und da kommt auch noch Josef Haubenwallner und seine kräftige Statur und seine großen Hände zeigen sofort, daß hier einer zupacken kann.

Doch ich habe noch keine Ahnung was mich alles erwarten wird, denn noch befinden wir uns in der Hofeinfahrt, mein Mann hat schon seine Fototaschen ausgepackt und nun kann es losgehen.

Eine alte Welt entsteht nicht in neuem Kleide, sondern die Besonderheit ist es, eine alte Welt in einer neuen Welt wieder aufzubauen. Ein altes Dorf ist wiedererstanden, es wurde in unzähligen Einzelteilen in der Umgebung abgebaut, gesammelt, bewahrt, und wieder aufgebaut.

Das Dorfmuseum überspannt einen Zeitraum von 1890 bis in die frühen 60er-Jahre. Alles, was ein idealtypisches burgenländisches Dorf braucht, ist hier auf fast einem Hektar Grund untergebracht.

Links und rechts reihen sich Scheunen, Schupfen, Kojen und Häuser. Alle haben ihren besonderen Zweck gehabt und wie das Leben einst funktionierte, kann man anhand der Schautafeln ablesen. Besinnlich, bestaunend, schlendere ich durch das Dorf. Und was die ganze Sache so heimelig macht und warum ich mich tatsächlich zurückversetzt fühle in eine alte burgenländische Dorfgemeinschaft ist der Umstand, daß man alles betreten, ja sogar die Dinge anfassen darf. Die Besitzer haben das Vertrauen, daß die BesucherInnen sorgfältig und behutsam mit den wertvollen Gegenständen umgehen, was einen wirklich rührt und ich deshalb fast auf Zehenspitzen gehe, damit man ja nichts beschädige.

ÖJ-Reisetip

Viele Menschen besuchen dieses Dorf, doch heute ist es still im Dorfmuseum und wir haben Glück, daß wir zur Zeit die einzigen Gäste sind. Das ist vor allem für meinen Mann wichtig, denn für die Langzeitbelichtung der einzelnen Aufnahmen ist es besser, wenn niemand „im Bild stehenbleibt“.

Der pannonische Himmel spannt sich über die Landschaft und die Mittagssonne wärmt, sodaß man, obwohl es Mitte Oktober ist, sich immer wieder im Freien hinsetzen kann. Viele Bankerln geben die Gelegenheit dazu.

Mir wird bald klar, daß man hier Tage, ja wenn nicht sogar Wochen brauchen würde, um all die interessanten Schautafeln zu lesen, die Auskunft darüber geben, auf welcher Grundlage die Bauern früher – auch wenn es noch gar nicht so lange her ist – gelebt haben. Durch diese Fülle an Informationen kann ich nur einen kurzen Überblick geben und Sie hoffentlich darauf neugierig machen, selbst einmal in das Museum zu fahren.

Beim Betreten der Anlage läßt der erste Eindruck die ungeheure Vielfalt erahnen. Der erste Teil widmet sich den Grundlagen der Existenzsicherung. Wovon haben die Menschen gelebt? Was haben sie angebaut und wie? Wie haben sie geerntet? Und welche Produkte haben sie für sich behalten?

Alles was der Bauer zur Bearbeitung seiner Landwirtschaft brauchte, ist hier minutiös in hölzernen Kojen oder kleinen Häuschen ausgestellt – ob es für die Getreidewirtschaft, für die Weinproduktion oder für den Erdäpfelanbau war, und was natürlich vor allem wichtig im Seewinkel war, die Schilfrohrernte. Ein Stadtmensch wie ich liest dann auch sehr exotische Ausdrücke wie z. B. „Drusch“, was soviel bedeutet wie Drescharbeit, die im Hochsommer durchgeführt wurde. In unserem Sprachgebrauch verwenden wir auch noch den Begriff „dreschen“ wie „Phrasen dreschen“ oder wenn man einen unliebsamen Zeitgenossen am liebsten „verdreschen“ will. Oder „Trieur“, das war eine Sortiermaschine für das Saatgut. Auch wie man früher, als es noch keine Eiskästen gab, Lebensmittel konserviert hat, ist zu sehen. Gläser mit gefüllten Paprikas, Kraut, Schallotten und Gurkerln – die über die Winterzeit als Grundnahrungsmittel dienten – stehen in Regalen. Auch das Sauerkraut spielte eine sehr wichtige Rolle, da es viel Vitamin C enthält.

Dementsprechend ist ein weiterer Teil der Bevorratung für den Eigenbedarf gewidmet. Denn diese bildete ja die Grundlage dafür, daß immer etwas zum Überleben da war.



Der erste Hof zeigt die Grundbedürfnisse der damaligen Landbevölkerung ...



... einschließlich Bevorratung und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte.



Die »Sammlung« bietet umfassende Informationen jeder Art: Bücher, Fotos, ...

ÖJ-Reisetip

Was in einem langgestreckten Schuppen alles zum Thema zusammengetragen und – wohlgeordnet: nicht nur benannt, sondern erklärt! – ausgestellt ist, läßt die Vermutung zu, daß hier wohl nichts fehlen kann. Und da dem so ist, kann ich diese Darstellung nur sehr oberflächlich halten.

Sehenswert ist jedenfalls auch der Stadel aus Podersdorf, der abgebaut und hier originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Er soll das erste Gebäude gewesen sein, das hier auf dem Grundstück des Dorfmuseums stand.

Man kommt aus dem Staunen nicht heraus, in den vielen kleinen Häuschen, die großteils Berufsgruppen zugeordnet sind, ist eine Vielfalt an Objekten ausgestellt, die man nicht so einfach überschauen kann.

Auf der gegenüberliegenden Seite dieses Hofes findet sich die sogenannte „Sammlung“, die – hier stimmt es – an ein herkömmliches Heimatmuseum erinnert. Doch auch hier ist jedes Buch, jeder der vielen Ordner, dafür gedacht, daß die BesucherInnen darin schmökern können. Es gibt Spielsachen, Kinderwagen, Radios und Erinnerungen an die zwei fürchterlichen Weltkriege – ein buntes Sammelsurium von Ausstellungsstücken, von der Mönchhofer Tracht bis hin zum Mammutzahn.

Sehr auffallend ist auf diesem Platz ein „Zigeunerwagen“ (*der Begriff „Zigeuner“ ist aus dem Sprachgebrauch verschwunden, man spricht heute korrekterweise nur von Sinti und Roma*). Wie ein Magnet zieht er mich an und über ein Holztreppchen bin ich auch am Eingang. Ich kannte diese Wagen nur vom Hörensagen oder habe sie in romantischen Filme gesehen. Einer gewissen Maria Horvath hatte dieser gehört. Er soll der letzte dieser Art sein und es scheint, als hätte sie ihr Zuhause eben nur kurz verlassen. Maria Horvath hatte der ethnischen Minderheit der Lovara angehört, eine Untergruppe der Roma.

Am Kopf des Platzes erinnert ein Zollhaus an die Problematik der neuen Grenzziehung ab 1921 sowie an den Eisernen Vorhang nach 1946. Ein „Trabi“ schließlich symbolisiert den Fall der Grenzen zum damaligen Ostblock und an den der Berliner Mauer. Es ist beeindruckend, wie liebevoll und wie offensichtlich die Familie Haubenwallner um vieles mehr tut, als „nur“ den Inhalt eines Museums zu bieten. Als Beispiel sei hier ein Holzverschlag genannt, in dem sich Dienstfahrrad und -moped finden, wie sie über viele Jahrzehnte von der Gendarmerie und der Zollwache verwendet wurden.

Vorbei an einer Sommerküche und an



Das Innere des »Zigeunerwagens« der Maria Horvath



Ein »Trabi« nebst Zollhaus schließlich symbolisiert den Fall der Grenzen zum damaligen Ostblock und an den der Berliner Mauer.

einem kleinen Teich erreicht man den größten und beeindruckendsten Bereich des Museums, der sich in einem großen Dorfplatz zeigt mit Schule, Gasthaus, Greißlerei, Kino, Gemeindeamt, Post, Feuerwehr, Milchhaus und Schrotmühle, mit den Werkstätten der eingesessenen Handwerker und mit dem bescheidenen Wohnhaus des dörflichen Viehhalters. Und, es sei hier noch einmal deutlich darauf hingewiesen: Jeder einzelne Raum ist komplett eingerichtet und ausgestattet. Man erfährt hier nicht nur, wie man damals hier lebte, sondern mit welchen Werkzeugen und unter welchen Bedingungen Handel, Handwerk, Bürgermeister oder der Herr Doktor damals gearbeitet haben. Viele BesucherInnen, so wie ich, haben wohl schon in so einem Postamt einen Brief aufgegeben, oder das Fräulein vom Amt um die Herstellung einer

Telefonverbindung gebeten oder eine Arztpraxis aufgesucht, die heute (vor allem der Röntgenraum) eher an ein Gruselkabinett erinnert.

Im Zentrum des Dorfes liegt das beeindruckende Gehöft einer gut situierten Weinbauernfamilie mit allem, was so dazugehört: Wirtschaftskammern, Viehställe, Wagenschuppen, Stadl und eigener Weinkeller. Im Schlafzimmer ist eine große Hochzeitstafel mit dem „Guten Geschirr“ gedeckt. Und um alle Gäste an dem Festmahl teilnehmen lassen zu können, wurden einfach die Betten auseinandergenommen und an die Wand gelehnt. Ein Blick in die „Gute Stube“ läßt vermuten, daß wohl alle Kästen mit fein säuberlich gestapelter Wäsche gefüllt sind und sich in den Tischladen alle möglichen Schriftstücke finden lassen.

ÖJ-Reisetip



Das Bild zeigt den weitläufigen Hauptplatz mit Handwerkerhäuschen, rechts das beeindruckende Gehöft einer gut situierten Weinbauernfamilie mit allem, was so dazugehört. Das Bild unten führt uns Innere der Volksschule.



ÖJ-Reisetip

Gleich gegenüber sind die Wohnräume für den dörflichen Bäcker samt Backstube und kleinem Geschäft eingerichtet. Beide Hofstellen, die des Bäckermeisters und die des Weinbauern, bilden eine Halbwirtschaft, die im Heideboden einstmals gängige Wohn- und Wirtschaftsform.

Der weitere Weg durch das Dorf bietet natürlich weitere Überraschungen: eine mehr als komplett eingerichtete landwirtschaftliche Werkstätte, eine große Seiler-Werkstätte, die eines Besen- und Bürstenbinders und eines Uhrmachers. Und nichts ist angedeutet, nein, es ist alles original und so dargestellt, wie wenn die BewohnerInnen und HandwerkerInnen – siehe unsere Maria Horvath mit ihrem Wohnwagen – gerade auf Mittagspause wären.

Am Ende des Dorfes hat die Familie Haubenwallner eine kleine Kirche errichtet. Nun, „klein“ ist in diesem Fall nicht richtig, denn unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sie ja „nur“ ein Museum komplettiert, ist sie mehr als beeindruckend. Und sie dient auch zur Feier von Gottesdiensten, wie etwa beim traditionellen Dorffest, wo es nach der Messe einen Frühschoppen mit Blasmusik und Tanz gibt. Der nächste Termin ist, wie die Vellachtaler Trachtenkapelle ankündigt, der 28. Juli 2013.

Gegenüber der Kirche gibt es aber auch ein evangelisches Bethaus. Und es wäre nicht ein solches von den Haubenwallners, gäbe es dort nicht eine umfassende Dokumentation über den evangelischen Glauben im Burgenland.

„Es ist ein ‚langames‘, gastfreundliches Museum“, sagen die Haubenwallners. Das beweist nicht nur der „Kirchenplatz“, wo alles erkennbar ist, was für einen zünftigen Frühschoppen im Freien notwendig ist, sondern auch im Wirtshaus am Dorfplatz. Wie die meisten anderen Gebäude stand es früher in Mönchhof und ist samt seiner Einrichtung annähernd wieder so aufgebaut worden.

„Hier kann der Besucher lustvoll rasten, nachdenken, weiterfragen oder auch ein Glas Wein genießen, der aus dem Keller von unserem Schwiegersohn stammt“, machen die Haubenwallners Lust auf eine Einkehr. „Dazu passen die von der Nachbarin fallweise gebackenen Grammelpogatschen oder Wasserkipferln.“ Manchmal ist das Gasthaus bis auf den letzten Platz voll besetzt, wenn zu außertourlichen Musikveranstaltungen, Handwerksvorführungen oder Eröffnungen von Sonderausstellungen eingeladen wird.

Apropos Einladung: Sie sollten das Dorf-museum in Mönchhof bei der nächstmög-



Ein Blick in die »Gute Stube« im Gutshof der Weinbauernfamilie



Die große Hochzeitstafel ist gedeckt.



Gegenüber hat sich der Bäcker samt Backstube und kleinem Geschäft eingerichtet.

ÖJ-Reisetip



Alles ist komplett eingerichtet, wie hier die Küche, die man wohl sofort wieder benutzen könnte – ebenso wie das angrenzende Schlafzimmer, dessen Kästen, wie sollte es anders sein, mit fein säuberlich gestapelter Bettwäsche bestückt sind.



ÖJ-Reisetip



Eine mehr als komplett eingerichtete landwirtschaftliche Werkstatt im Bild oben. Das Bild unten zeigt das Geschäft des Otto Unger, in dem Stoffe, Wäsche und Kurzwaren angeboten wurden.

lichen Gelegenheit selbst besuchen. Sie werden sehen, es hinterläßt einen nostalgischen Eindruck, wenn Sie in den 60ern des vorigen Jahrhunderts ihre Kindheit erlebt haben. Ihren Kindern oder Ihren Enkelkln wird es die

Möglichkeit geben, in eine Zeit einzutauchen, die im Dorfmuseum Mönchhof nicht stehengeblieben zu sein scheint...

<http://www.dorfmuseum.at>

Leider haben wir hier viel zu wenig Platz,

um Ihnen eine breite Auswahl unserer Fotos zeigen zu können. Wir haben sie aber auf unserer Seite „Österreich Fotos“ für Sie zusammengestellt:

<http://www.oesterreichfotos.at>

